

Etwas für die Hausfrau.

Fleisch- und Wildkonservierung. — Allerlei Kostbarkeiten.

Nachdem man glücklich über die Zwetschen- und Parabeis-konservierung hinaus ist, sich mit Powidl ohne Zucker für den Winter vorgesorgt hat, wollen wir, da es der Wunsch einiger Leserinnen dieser Rubrik ist, mit Fleisch- und Wildkonservierungsrezepten an die Hand gehen. Wo man erschwingliches Fleisch, hauptsächlich aber Wild bekommt, können wir leider nicht sagen, in Wien aber — das wissen wir bestimmt — bekommt man Wild höchst selten, und da nur zu allerhöchsten Preisen, und Fleisch nur zu den sattfam bekannten!

Hasen- oder Hirschfilets. Ein Stück Wildfleisch, gebraten oder gedünstet, wird von den Beinen befreit und zweimal durch die Fleischmaschine gedreht. Dann gibt man ein paar geschnittene Pistazien, etwas würfeligen Speck, Salz und Pfeffer, zwei Dotter, ein paar Löffel Joghurt dazu; denn es muß pikant schmecken und eine geschmeidige Masse bilden. In einen Möbel füllen, langsam im Dunst 1½ bis 2 Stunden kochen, dann im Möbel einen Tag stehen lassen, damit das Fleisch ganz fest wird; herausstürzen, fein ausschneiden, mit Aspik garnieren oder Kartoffel dazu geben. Hält sich sehr lange.

Delikates Pökelfleisch Natürlich ist das Einpökeln nur bei größerem Vorrat praktisch, oder wenn man Zungen, Rindfleisch, Schweinernes u. dgl. längere Zeit aufheben will. Nachstehende Vorschrift ist erprobt; man kann sie — mindestens 14 Tage — monatelang liegen lassen und immer nachschauen, ob sich oben kein Schaum bildet und die Pökellate hübsch darüber geht. Sonst muß man abgießen, frisch mit etwas reinem Wasser aufkochen und kalt darübergießen. Zu z. B. ungefähr 20 Kilogramm Fleisch kocht man 10 Liter Wasser, 2 Kilogramm Salz, 1 Viertelt Kilogramm Zucker, 10 Dekagramm Salpeter so lange, bis man alle Unreinlichkeiten abgeschöpft hat, dann stellt man es heiß. In ein entsprechend großes Behältnis kommt nun das Fleisch, Lorbeerblätter, Zwiebeln, Pfeffer fest eingelegt, darauf das Pökelfwasser gut 3 bis 4 Zentimeter darüber, deckt es zu und stellt es dann an einen kühlen Platz. Man kann Stücke davon ohne Schaden herausnehmen, nur dann wieder fest zusammenschichten, damit keine Höhlungen entstehen.

Mariniertes Geflügel. Ein altes Huhn, Wild- oder Gänse- oder Enten- oder auch eine magere Gans kann so längere Zeit aufgehoben werden: Das Tier wird entsprechend gepuht und mit Wasser, Grünzeug, Salz, Gewürz nach Geschmack weich gekocht und darin kaltgestellt. Dann kocht man in einem anderen Topf Essig mit ein bißchen Wasser, Neugewürz, Pfeffer, Lorbeerblätter, Salz, kurz mit allerlei Kräutern und läßt es auskühlen; das Fleisch wird aus der Brühe genommen, die noch eine sehr gute Suppe ergibt, in Portionen geteilt, in ein Porzellan- oder irdenes Geschloß gegeben und der Essig darüber gegossen. Obenauf kommen noch Krennscheiben, Kappern, Zitrone u. dgl. Man deckt es gut zu und bewahrt es kühl auf. Daraus können Stücke nach Bedarf genommen werden.

Weitere Kochrezepte.

Aspik. 1 Liter ganz schwache, entfettete Suppe, Essig, Gewürz nach Gusto, 1 Essl. mit der Schale, 10 bis 12 Blätter weiße Gelatine; dies kommt nun auf den heißen Herd. Man läßt es recht gut aufkochen, dann läßt man es stehen und langsam durch den Passierbeutel rinnen, aber nicht brühen. Am besten ist es, den Beutel aufzuhängen, die Schüssel darunter zu geben und die Sache sich selbst zu überlassen. Dieses Aspik ist nahrhaft, hübsch aussehend und billig.

Wohl nicht kriegsgemäß, aber praktisch ist die Konservierung durch Fett. Das gehäutete, gepuhte, nicht gewaschene Fleisch kommt in ein passendes Gefäß und wird von

allen Seiten mit heißem Fett begossen, welches, erstarrend, die Luft abschließt und das Wild tagelang darunter frisch erhält. Das Fett (am besten Sternfett) kann, warm gemacht, immer wieder dazu verwendet werden.

Reichenhaller Fleischkäse. Aus Resten oder unansehnlichen Stücken von Hühnern, Rebhühnern, Wildfleisch u. dgl. Das Fleisch wird durch die Maschine fahiert; dann kommt dazu: etwas übrig gelassener Bratenfett, Pastetengewürz, Speck geschnitten, auch eventuell der Vorrat an Gans- oder Kalbsleber. Das mischt man alles, kocht, ob Salz nötig, und gibt es in eine ausgefettete Form. In der Mühle ungefähr eine Stunde baden, bis die Masse sich vom Geschloß löst, erkalten stürzen und zwei Tage unaufgeschnitten stehen lassen.

Geräucherte Gans. Die Brüste oder Schenkel werden mit der Haut und den Knochen gewaschen und rasch getrocknet. In Salz mischt man etwas Salpeter, stoßt es zusammen und reibt das Fleisch gut ein, legt es in ein Gefäß, beschwert es, läßt es 2 bis 3 Tage liegen, rollt es dann in Mele und gibt es zum Selchen zum Räuchern. Danach läßt sich das Fleisch unbegrenzt lange an einem kühlen Ort aufheben.

Rebhühner in Aspik. Die Rebhühner — es können auch alte sein — werden, gekocht oder gedünstet, von den Knochen gelöst. Man fahiert dies mit einem Stück rohen Fleisches zweibis dreimal, gibt Pastetengewürz, Salz, 1 Ei, ein bißchen geriebenen Käse, den Bratenfett und ein Stückchen Fett dazu. Alles gut vermischen, bis es eine geschmeidige Masse geworden ist, die man in einer befetteten, mit Papier ausgelegten Form im Wasserbade kocht. Sticht man mit einem Zahnstocher hinein und hängt kein Fleisch mehr daran, so ist es gut. In der Form kalt werden lassen, dann stürzen, oben mit lauer Butter bestreichen. Wird die Butter kalt, hilft sie zur Konservierung mit.

Die Reh- oder Hasenleber wird genau so wie die Kalbs- oder Gansleber zubereitet und gilt bei den Jägern als besonderer Lederbissen. — Zu allen Wildspeisen kalt oder warm serviert, ist vorzüglich eine

Sauce Cumberland. Ribisel- oder Holler- oder eine andere Marmelade verrührt man mit etwas Senf, gibt ein bißchen Zitronensaft, etwas Wein, ein paar geschnittene Rosinen, ein paar geschnittene andere Früchte, kurze, gestiftete Mandeln, je mehrerlei, desto besser, hinzu; dann etwas Zucker, eventuell ein bißchen Mustat oder Gewürznelken.

Auch die Spar-Mayonnaise ist sehr gut zu Wildbret aller Art. 2 Blätter Gelatine in ein bißchen Wasser langsam lösen (zirka 4 Löffel voll). Ein Eidotter, Salz, Pfeffer, Senf, 2 Löffel Del, etwas Essig, 2 Würfel Zucker gut abrühren, die Gelatine fest hineintrühren oder noch besser schlagen, bis alles eine dickliche, gleichmäßige Sauce geworden ist.

Reh- oder Rebhühner-Pudding. Zu ungefähr ½ Kilogramm gebratenen Fleisches — es kann auch gekochtes, gedünstetes oder gemischtes sein — kommt ein Stück Speck, zwei Dotter, Salz, Gewürz, geweichtes Brot, 5 gestohene Wacholderbeeren, 1 Stück Leber; eventuell auch etwas Selchfleisch und 2 Maar Schnee. Alles fahieren, das Selchfleisch würfelig schneiden und zuletzt mit dem Schnee dazu mischen; ist es zu weich, etwas Brösel dazu. Wie gewöhnlich im Dunst eine volle Stunde langsam kochen, kalt oder warm servieren, Sauce Cumberland, Sparmayonnaise oder Sauerkraut dazu geben.

Kriegskarten.

Von den eigenartigen Erscheinungen dieses gewaltigen, in der Geschichte ohne Beispiel dastehenden Krieges wird man noch den Kindeskindern und Entelkindern erzählen. Man wird ihnen als historische Merkwürdigkeit die Karten zeigen, die man zum Andenken an die überstandene schwere Zeit gesammelt und aufbewahrt hat. Wir meinen nicht Karten des Kriegsschauplatzes, denn die wären nichts Merkwürdiges, die waren immer da, sondern die während der Kriegszeit nach und nach eingeführten Karten zum Bezuge von Lebensmitteln, die Brot- und Mehlkarte, die Zuckerkarte, die Kaffeekarte und die mit heutigem Tage neu hinzutretende Fettkarte. In Deutschland haben sie daneben noch die Fleischkarte, in einigen Tagen werden sie die Eierkarte haben, und in den andern kriegsführenden Ländern sowie in manchen neutralen fängt man auch schon an, sich auf ähnliche Weise einzuschränken. Sparen, sparen, sparen mit den unentbehrlichen Nahrungsmitteln, das ist fast überall die Parole. Man weiß ja nicht, wie lange der Krieg noch dauern wird, und speziell in dem vom Seeverkehr abgesperrten Mitteleuropa nötigen die krankhaften Anstrengungen der Feinde, jede Lebensmittelzufuhr uns abzuschneiden, zu erhöhter Vorsicht, zu noch sparsamerer Einteilung der vorhandenen Vorräte. Aber man glaube deshalb nicht, daß es die Feinde mit der Lebensmittelversorgung besser haben. Zwar waren bei ihnen dank den bisherigen amerikanischen Zufuhren die notwendigsten Nahrungsmittel noch nicht knapp, aber eine ganz abnorme Höhe hatten die Preise bei ihnen auch schon erreicht. Man braucht zum Beweise nur auf die von ihren eigenen Blättern gebrachten Preisnotierungen hinzuweisen. Seit Kriegsbeginn hat sich der Preis des amerikanischen Weizens in London von 200 K. pro Tonne auf mehr als 400 K. gesteigert. In Berlin beträgt er für dasselbe Quantum nur etwas über 300 K. Der Weizen ist also in England trotz der offenen See Verbindung viel teurer als in Deutschland. Zum großen Teil ist daran die auf das Zehnfache gestiegene Fracht aus Amerika nach den englischen Häfen schuld. Aber den Feindesländern droht eine noch viel größere Gefahr. Die Ernte in Amerika ist nämlich, wie die herübergelabelten Schätzungen ergeben lassen, heuer eine der schlechtesten, die dort bisher verzeichnet wurden. Der Weizenertrag der Vereinigten Staaten bleibt um nicht weniger als 400 Millionen Bushels hinter der vorjährigen Ernte zurück, und ebenso ist in Mais, Gerste und Hafer in Amerika mit einer Mißernte zu rechnen. Man wird drüben nicht viel für eine Ausfuhr zur Verfügung haben, denn der innere Konsum

des amerikanischen Hundertmillionenreiches ist ein sehr bedeutender. Auch die Ernte der großen englischen Kolonie Kanada ergibt nur ungefähr die Hälfte der vorjährigen. Bei so bewandten Umständen fallen die Hauptversorger der Ententemächte mit Lebensmitteln nicht nur beinahe ganz weg, sondern das wenige, das sie schicken können, ist in der letzten Zeit noch weiter in ganz außerordentlichem Maße im Preise gestiegen. Wir werden bei der Organisation, die wir uns gegeben haben, auskommen, wenn dies auch mit großen Einschränkungen und Unbequemlichkeiten verbunden ist. Wie es aber die Engländer, deren Eigenbau kaum für zwei Monate des Jahres ausreicht, anfangen werden, durchzuhalten, das ist ein noch ungelöstes Problem.

Ein sehr bezeichnender Zwischenfall trat sich mitten in der stürmischen Preissteigerung der amerikanischen Getreidemärkte zu. Auf die Nachricht von der rumänischen Kriegserklärung fielen nämlich in New-York und Chicago zwei Tage lang die Getreidepreise. Wie ist das zu erklären? Englische und französische Telegramme hatten die Amerikaner glauben gemacht, jetzt werde Rußland die Dardanellen freibekommen und mit seinen Getreidevorräten den Amerikanern Konkurrenz machen. Seither weiß man es jenseits des Ozeans, daß die Sachen doch ganz anders stehen, das russische Getreide wohl erst nach dem Friedensschlusse seinen Weg durch die Dardanellen finden wird und die Amerikaner, wenn sie nur Getreide genug hätten, nach wie vor nach England ausführen könnten. Ihre Mißernte, aber nicht die Freimachung der Dardanellen durch das Eingreifen Rumäniens, wird sie an der Fortsetzung des bisher so schwunghaft betriebenen Getreideexports hindern.

Wie doch selbst die erfahrensten Kaufleute sich irren können! Als der Krieg ausbrach, fürchteten die Zuckerindustriellen, ihre Industrie werde unter der Lahmlegung des Exports leiden, das Inland werde mit den großen Zuckermengen, die man im Frieden ausführte, es waren ja für mehr als 250 Millionen Kronen jährlich, nichts anzufangen wissen und die Fabriken würden die Hilfe der Kriegsdarlehenskasse in Anspruch nehmen müssen, um bei ihr gegen Verpfändung der Ware Vorschüsse zu nehmen. Und jetzt sieht man im Gegenteil an so vielen Ladentüren die Anzeige: „Zucker ausverkauft!“ Trotz der Zuckerkarten, die den Konsum beschränken, ausverkauft. Ähnlich ist es mit einer Reihe anderer inländischer Produkte, während manche ausländische Waren, wie zum Beispiel Tee, von denen man glauben sollte, daß sie wegen Verhinderung ihrer Einfuhr ausverkauft sein müßten, in mehr als genügender Menge vorhanden sind.

Dem Publikum möge es zur Beruhigung dienen, daß die gegenwärtige Knappheit an Zucker, Kartoffeln und manchen andern Dingen nicht lange anhalten kann. Es handelt sich um einen Uebergangszustand. Es kann sich ja auch ein jeder, wenn er darüber nachdenkt, selbst leicht zusammenreimen, daß doch jetzt, wo die Rüben- und die Kartoffelernte erst ihre Wirkung zu äußern beginnen, nicht schon Mangel an neuer Ware eintreten könnte, wenn nicht andre, bald zu behebbende Umstände an der augenblicklichen Stockung schuld wären. Und ebenso ist es auch mit dem Mehl und andern Dingen. Der jetzige Uebelstand wird behoben werden. Um aber auch für später, bis zur Ernte des nächsten Jahres, falls bis dahin ausländische Zufuhr noch nicht möglich sein sollte, die Volksernährung sicherzustellen, hat man eben die Kriegskarten geschaffen, die jedem, ob reich oder arm, einen gleichen Anteil von den vorhandenen Vorräten zuweisen. Zu Besorgnissen ist kein Anlaß, wir sind mit der vorjährigen schlechteren Ernte ausgekommen, wir werden es auch mit der diesjährigen, die viel besser als die des Vorjahres und in Deutschland sogar eine ganz vorzügliche ist. Auch stehen uns diesmal Serbien, Bulgarien und die Türkei mit ihren Ueber-schüssen voll zur Verfügung.

* Wie der Arbeiter in Stadlau leben muß. Unserem Floridsborger Blatte geht aus Stadlau folgender Nothschrei zu: Es ist herrlich in Wien — aber nicht so in Stadlau, das zwar auch zu Wien gehört, aber schon ganz und gar als Krähwinkel behandelt wird. Und doch ist Stadlau eine sehr belebte Stätte, wo sich, und jetzt besonders, eine gar große Schar Dividendenjäger wichtig machen, und so mancher Arbeiter, der sich um sein bißchen Dasein wehrte, wird ihrer im Leben nie vergessen. Der günstige Anschluß an die Bahnen mit einem Industriegeleise lockt die Industriellen immer mehr hieher. Die einzelnen Fabriken bauen zu, so daß Miesenwerke entstehen, aber um die Arbeiter, die sie geschickt anzulocken verstehen oder die sie sich, da alle hiesigen Werke Kriegslieferanten sind, zu kommandieren lassen, kümmern sie sich gar nicht. Es kommt ja vor, daß einige Firmen, aber nur zum Scheine, als möchten sie auch etwas tun, einige Sardinien- oder Heringschachteln bringen lassen und sie unter den Arbeitern verlaufen. Der Reis aber gehört nur für die Herren Beamten. Sie und da wird auch Kohle abgegeben, aber auch nur, um ein Argument in der Hand zu haben. Bis zum August dieses Jahres ging das sogenannte Durchhalten noch so leidlich. Aber im August wurden zwei der größten Gas-häuser von der Firma Waagner, Biro und Kurz aufgekauft und mußten geräumt werden, da die Firma die Räumlichkeiten zu Fabrikzwecken benötigt. Diese zwei Gas-häuser, wo ein jedes täglich einige hundert Arbeiter mit Lebensmitteln versorgt, sind für die Auspeisung verlorengegangen. Ein Ersatz dafür besteht nicht. So sind die armen, abgerackerten Leute mit der Kost auf die umliegenden Greisler angewiesen, müssen also das Stückchen Brot (70 Gramm) und den sogenannten Niptauer, auf der Gasse herumliegend und im Regen unter den Haustoren der benachbarten Häuser herumstehend, verzehren. Also den ganzen Tag im Schweize arbeiten, mittags nichts zu essen, das ist der Lohn, der Kriegsgewinn der Arbeiter der Kriegslieferanten. Zu allem diesem kommt noch die Brutalität unserer Geschäftsleute. Da mehr als zwei Drittel der hiesigen Arbeiterschaft aus der Umgebung kommen, aber hier den Tag über leben und sich nähren müssen, leiden die hier Wohnenden darunter sehr. Die hier Wohnenden können sich aus vielen Gründen anderwärts nicht anstellen und einzukaufen gehen. Ein großer Teil der Geschäftsleute reserviert für die auswärtigen Kunden die Waren und die hiesigen Bewohner gehen leer aus. Der Arbeiter kommt aus der Fabrik hungrig herausgestürzt, hat keine Zeit, lang um den Preis zu fragen, und auch keine Zeit, auf das Gewicht zu schauen. Er gibt einfach sein Geld hin, um überhaupt etwas zu bekommen, und da er dabei oft noch lange warten muß, muß er sich noch beeilen, um zur rechten Zeit wieder bei der Arbeit zu erscheinen, sonst kommt er mit der Fabriksordnung in Konflikt. Das weiß auch der Geschäftsmann und er versteht auch die Drängerei auszunützen. So wie der Kriegslieferant, so sucht sich auch der Lebensmittelieferant durch Ausnützung der Konjunktur Gewinn zu verschaffen. Wer ein Geschäft hat, der will reizen, dazu ist ja Krieg. Ja, die verstehen den Krieg zu nützen. Unsere Vertrauensmänner haben versucht, diesem Elend ein wenig zu steuern, indem sie an die Gemeindeverwaltung herangingen und die Eröffnung einer Kriegsküche forderten. Freilich, die Wiener haben uns sogar nach langem Kaufen einen Marktplatz hergestellt. Nun sind aber neue Höchstpreise und die Herren Großgrundbesitzer bringen keine Ware und die Bauern haben auch harte Köpfe, die bringen auch keine Kartoffeln auf den Markt. Also bleibt der Marktplatz leer. Nur eine große Woge ist zu sehen, aber von der können wir leider nicht leben. Es mehren sich auf den Feldern Kraut- und Kartoffeldiebstähle — ist es unter solchen Umständen denn ein Wunder? Mit Bangen sehen die armen Leute, die beinahe alle unter Kriegsdienstleistung stehen und wissen, welche Opfer sie bringen müssen, dem Winter entgegen. Sie haben nicht zu bitten, sondern die Gemeinde und die Fabriken haben die Pflicht, für diese gebundenen Leute zu sorgen, damit es ihnen möglich ist, die Kräfte zu erhalten, die zum Arbeiten nötig sind.

Eine Fleischersatz-Speise — das Volksnahrungsmittel „Zef“.

Schon seit Monaten hat sich in einzelnen Wiener Familien ein aus Graz und zwar aus dem dortigen weitbekanntem alkoholfreien Speisehause stammendes, vorzügliches schmackhaftes und verhältnismäßig billiges Fleischersatzmittel, hergestellt aus pflanzlichen Stoffen, eingebürgert. Man bekam das Ersatzmittel vorübergehend im Ersten Wiener Konsumverein, seither wird in Wien die Ware von der Verkaufsstelle der Katholischen Frauenorganisation vertrieben. Manche Haushalte bestellten sich die erwünschte Ersatzspeise gleich aus Graz selber.

Nun werden in Dombachers Wiener Rathauskeller schon seit einiger Zeit an fleischlosen Tagen sogenannte „falsche Schnitzel und Würste“, hergestellt aus einem dem erwähnten Grazer Ersatzmittel ähnlichen „Mehl“ aus Pflanzenstoffen, den Gästen verabreicht und finden ob ihrer Schmackhaftigkeit, ihres Nährwertes und ihrer sättigenden Kraft großen Beifall der Besteller und lebhaften Zuspruch. Da diese Kostproben sich so trefflich bewährt haben, hat, wie uns aus dem Rathause mitgeteilt wird, die „Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Gerathenen in Niederösterreich“, die sich im Wiener Rathause befindet, die Absicht, schon in der allernächsten Zeit das neue Volksnahrungsmittel, den von ihr „Fleischloses Fleisch“ benannten Fleischersatz, in großem Stile erzeugen zu lassen und unter der Bezeichnung „Zef“ in den all-

gemeinen Verkehr zu bringen. Es wird in Papiersäcken zu einem Kilogramm in den Handel gebracht. Ueber die Zubereitung, den Preis usw. teilt uns in liebenswürdiger Weise Herr Obermagistratsrat Dr. Dont, von dem der Plan stammt, diesen neuen Fleischersatz für die Speisung der breiten Schichten der Bevölkerung zu verwenden und in eigener Regie herzustellen und der auch die Durchführung des Planes besorgt, folgendes mit:

Die Zubereitung: Im allgemeinen genügt für fünf Personen eine Masse von $\frac{1}{8}$ Kilogramm. Man läßt, wie das Rezept es vorschreibt, Zwiebel und Petersilie in Fett anlaufen, setzt $\frac{1}{2}$ Liter Wasser und $\frac{1}{2}$ Kilo Masse zu und läßt 20 bis 30 Minuten dünsten. Die erkaltete Masse kann zu vielerlei Speisen wie fätschirtes Fleisch verwendet werden, zum Beispiel:

Schnitzel. Die erkaltete Masse wird mit einem halben Ei, etwa 3 Dekagramm Brösel gemengt, gesalzen (Pfeffer, Paprika, Majoran, Knoblauch, Maggi nach Belieben), zu Laibchen geformt, mit Brösel bestreut und in wenig Fett herausgebakten.

Bratwürste. Die erkaltete Masse wird mit einem halben Ei gemengt, gesalzen, gewürzt, zu langen Würstchen geformt und in wenig Fett herausgebraten. Ein Suppenwürfel in Wasser gelöst und beigemengt, verbessert den Geschmack.

Knödel. Die Masse wird wie bei Schnitzel behandelt, zu kleinen Knödeln geformt und in der Suppe eingekocht, allenfalls etwas Mehl dazu. Mit etwas Mehl dazu und in Wasser gesotten, sind die Knödel vorzüglich (auch zu Gemüsen.)

Gefülltes Kraut, gefüllte Paprika, Lungenstrudel. Die Masse wird wie bei Schnitzel behandelt und als Fülle verwendet.

Billiger Preis: Im Rathause legt man das größte Gewicht darauf, daß dieses Fleischersatzmittel auch wirklich billig erhältlich ist und daß mit ihm nicht, wie dies mit anderen derartigen Erzeugnissen der Fall war, ein „Geschäft“ gemacht wird. Während derartige Fleischersatzmittel bisher mit $4\frac{1}{2}$ bis 5 Kronen bezahlt wurden, wird die Gemeinde Wien streng darauf sehen, daß der von ihr festgesetzte Preis von Krone 1.80 per Kilogramm auch im Kleinverkauf eingehalten wird. Um dies zu ermöglichen, soll die Herstellung in eigener Regie erfolgen. Bisher hat die Wiener Gemeindeverwaltung etwa vier Waggons des Fleischersatzmittels „Zef“ hergestellt, das im städtischen Muhl- und Werkhaus erzeugt wurde. Wie wir erfahren, trägt man sich mit dem Plane, die Massenerstellung des Volksnahrungsmittels in Zukunft durch die städtische Mühle, die „Bonwiller-Mühle“ besorgen zu lassen, die damit zum ersten Male in der Wiener Gemeindeverwaltung eine große Rolle spielen wird und vor aller Augen zeigen wird, daß die Wiener Stadtverwaltung mit ihrem Ankaufe ein wertvolles Unternehmen erwarb, das in der Approvisionierung der Großstadt, ja auch noch manch andere Aufgaben zu lösen haben wird. In Bälde dürfte man also in zahlreichen Wiener Haushalten sagen: Wir kochen mit „Zef“. Voraussetzung ist freilich, daß man über das zur Herstellung der „Zef“-Speisen erforderliche — Fett verfüge

Staffelpreise für Volksnahrungsmittel.

Vom Abgeordneten Regierungsrat Hans Hartl.

Die Schwierigkeiten des „Durchhaltens“ für die ärmeren Kreise der Bevölkerung zeigen die dringende Notwendigkeit, diesen Kreisen insbesondere in der Beschaffung der unentbehrlichsten Lebensmittel zu Hilfe zu kommen. Und wenn dies auf mehreren Wegen geschieht, so ist dies nur um so besser. Ein solcher Weg wird durch die an sich bedauerliche Erscheinung gewiesen, daß in größeren und kleineren Städten Angehörige der wohlhabenden Stände die für den Markt bestimmten Nahrungsmittel vorweg zu kaufen suchen und dabei Preise bezahlen, welche die von den Verkäufern sonst geforderten oft weit übersteigen.

Was hier freiwillig geschieht, müßte sich auch durchgängig auf den gewöhnlichen Einkauf übertragen lassen. Wenn bemittelte Hausfrauen gern beliebig hohe Preise zahlen, um sich in den Besitz der begehrten Lebensmittel zu setzen, so ziehe man hieraus die Folgerungen für den gesamten Einkauf der notwendigen Nahrungsmittel, indem man für diese verschiedene Preise je nach den Vermögensverhältnissen der Käufer festsetzt. Man würde dadurch ein Mittel finden, die Preise für den ärmsten Teil der Bevölkerung erheblich zu erniedrigen, wobei der dadurch herbeigeführte Ausfall durch entsprechende Preiserhöhung für die zahlungsfähigeren Kreise zu decken wäre. Eine solche Maßnahme wäre freilich nichts anderes, als eine *z w a n g s w e i s e* Hilfeleistung der Wohlhabenden für die Armen und würde wie jeder Zwang hier und da unangenehm empfunden werden. Diejenigen aber, die nicht immer bloß an ihre eigene Werte Person denken, sondern Herz genug haben, sich auch der Not ihrer unbemittelten Mitbürger zu erinnern, würden gewiß das in den gegenwärtigen schweren Zeiten vollaus gerechtfertigte bescheidene Opfer ohne Widerspruch auf sich nehmen. Mag es dem kalttaupännischen Gefühl als eine Ungerechtfertigkeit erscheinen, wenn verschiedene Käufer für dieselbe Ware verschiedene Preise zu zahlen haben, in höherem Sinne ist es gerecht, daß einer notleidenden kinderreichen Familie Erdäpfel oder Brot billiger abgegeben werden, als solchen Haushaltungen, in denen die für solche Lebensmittel ausgegebenen Beträge gar nicht ins Gewicht fallen.

In Straßburg ist bereits eine solche Abstufung der Preise für den Verkauf der Frühkartoffeln eingeführt worden, indem dieselben Sorten je nach dem Einkommen der Käufer zu 6, 8 und 12 Mark für den Zentner verkauft wurden. Auf Grund einer möglichst genauen Feststellung des Einkommens wurden dort die Haushaltungen in drei Klassen eingereiht und mit verschiedenfarbigen Karten besetzt, die zum Bezuge der Erdäpfel zu den angegebenen Preisen berechtigten. Während also bei Festsetzung eines einheitlichen Preises alle Käufer etwa 9 Mark für den Zentner zahlen müßten, können nach der getroffenen Einteilung die ärmeren Familien dieselben Kartoffeln um 6 und 8 Mark einkaufen, wogegen freilich die Wohlhabenden den auf 12 Mark erhöhten Preis zu zahlen haben. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß diese Maßregel der Stadt Straßburg ernststen Widerspruch oder Unzufriedenheit erweckt hätte.

Will man dem Beispiele Straßburgs folgen, so könnte es am besten in Verbindung mit der Zuteilung der Kunden an bestimmte Verkaufsstellen, der sogenannten „Rayonierung“ geschehen, durch welche das lästige, zeitvergebende und daher wirtschaftlich so schwer schädigende und daher wirtschastlich so schwer schädigende und daher wirtschastlich so schwer schädigende stundenlange „Anstellen“ vor den Kaufläden vermieden werden könnte. Jeder Bezugsberechtigte melde an, bei welchem Kaufmann er die ihm zukommende Menge des betreffenden Nahrungsmittels zu beziehen wünscht, und erhält hierauf eine Ausweiskarte, die schon durch ihre Farbe die für sie gültige Preisstufe erkennen läßt. Der Kaufmann hat auf Grund seines Kundenverzeichnisses die Menge der von ihm benötigten Lebensmittel festzustellen und bei der zuständigen Verteilungsstelle anzusprechen. Es sei zugegeben, daß die vorbereitenden Arbeiten für eine derartige Regelung des Lebensmittelmarktes keine geringen seien. Sie werden sich aber schon dadurch reichlich bezahlt machen, daß das alltägliche stundenlange, müßige Anstellen von Hunderten mit seinem starken Anreiz zu Groll und Empörung in Wegfall käme.

Und nun noch einmal die Staffelpreise! Für die Einteilung der Haushaltungen in Einkommenstufen, wofür bei uns die Personaleinkommensteuer die Grundlage bieten würde, müßte natürlich nicht nur das einbekannte Einkommen, sondern auch die Zahl der aus diesem Einkommen ihren Lebensunterhalt findenden Familienmitglieder in Betracht gezogen werden. Man könnte etwa bei ledigen und kinderlosen Ehepaaren das Einkommen ungefährzt an-

rechnen, bei Vorhandensein unverzogter Kinder aber entsprechende Abstriche vornehmen. Die Höhe dieser Abstriche könnte beispielsweise für ein Kind mit 20 Prozent, für zwei Kinder mit 30 Prozent, für drei Kinder mit 40 Prozent und für jedes weitere Kind um je fünf Prozent höher angelegt werden. Eltern, Schwiegereltern und sonstige Angehörige, deren Lebensunterhalt ausschließlich vom Haushaltsvorstand bestritten wird, wären gleich den Kindern in Anrechnung zu bringen. Einem Haushaltsvorstand, der etwa 5000 Kronen Einkommen hat und vier unverzogene Kinder besitzt, müßte für seine Einteilung in die vorgeschlagenen Einkommensstufen ein Abstrich von 45 Prozent gewährt werden, so daß für seine Einreihung nur ein Einkommen von 2750 Kronen anzunehmen wäre.

Es ist schon erwähnt worden, daß die besprochene Staffelung der Lebensmittelpreise in ihrem Wesen nichts anderes sein würde, als eine *z w a n g s w e i s e* Unterstützung der unter der Teuerung am schwersten Leidenden durch ihre besser gestellten Mitbürger. Wenn wir aber wollen, daß auch die Armen, für welche das Wort „Durchhalten“ eine Unsumme körperlichen und seelischen Leidens umschließt, aufrecht bleiben und nicht zusammenbrechen sollen, so müssen wir immer neue Mittel suchen, durch welche wir ihnen ihre schwere Lage erleichtern können. Auch vor einem Zwange hiezu dürfen wir nicht zurückschrecken. Ist es doch ein *Z w a n g z u m G u t e n*.

Der Haushalt im Kriege.

In Deutschland, wo die Wissenschaft schon lange dem Haushalt der Massen und des Mittelstandes volle Aufmerksamkeit zuwendet, hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen mitten im Kriege die sehr verdienstvolle Arbeit übernommen, durch eine Umfrage festzustellen, welcher Verbrauch im Haushalt der Familie zu ver-

zeichnen ist und wie die Preissteigerung auf das Haushaltbudget der Familie einwirkt. Von diesen Erhebungen liegen jetzt die Ergebnisse aus zehn Städten, darunter Groß-Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Hannover und Karlsruhe, vor. Sie umfassen 227 Familien mit einer Zahl von 1027 Köpfen. Die Aufnahme ist so geübt, daß von den verschiedenen Vereinen und Gewerkschaften, die dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen angehören, Fragebogen verausgabt wurden, die die Ausgaben der Familie für den Monat April feststellten. Für die statistische Berechnung des Verbrauchs sind Kinder unter elf Jahren nur zur Hälfte in der Kopffzahl der Familie in Anrechnung gebracht. Diese Erhebungen sollen wiederholt werden und damit an Wert gewinnen, weil sie bessere Vergleiche anstellen lassen, als in der ersten Erhebung möglich ist.

Aus den sehr umfangreichen Tabellen müssen folgende wichtige Ergebnisse hervorgehoben werden: Bei den 227 Familien betrug die Gesamtausgabe im Monatsdurchschnitt für den Kopf 83.40 Mark (107.08 Kronen). Diese Gesamtausgabe verteilt sich auf folgende Posten:

	Für den Kopf Mark	In Prozenten
Ernährung	39.27	46.92
Miete	10.15	12.20
Kleidung, Schuhzeug	8.58	10.31
Steuern	2.59	3.21
Beizung, Beleuchtung	2.70	3.24
Wäsche, Hausgerät	2.66	3.19
Bücher, Zeitungen	1.18	1.41
Arzt, Apotheke	1.37	1.64
Fahrtgeld	1.34	1.60
Versicherung, Vereinsbeiträge	4.43	5.30
Unterstützungen, Vergütungen, Sonstiges	9.13	10.98
Insgesamt	83.40	100.00

Die Zusammenstellung ergibt, daß für die Ernährung in der Familie 46.92 Prozent oder beinahe die Hälfte der Ausgaben aufgewendet wurde. Dabei sei bemerkt, daß die Fragebogen vielfach mit einem Defizit abgeschlossen wurden: ein Defizit, das durch zugeschlossene Ersparnisse oder aufgenommene Anleihen gedeckt wurde.

Die Ausgaben für Ernährung (46.92), Miete (12.2) und Bekleidung (10.31 Prozent) machen zusammen nahezu 70 Prozent, jedenfalls aber mehr als zwei Drittel des Aufwandes aus: Das nackte Leben zu erhalten ist der überwiegende Teil des Einkommens bestimmt! Dabei erstreckt sich die Umfrage zu einem erheblichen Teil auch nicht auf die schlechtestgestellte Lohnarbeiterklasse, sondern umfaßt vornehmlich Angestellte von 200 Mark bis mehr als 500 Mark Einkommen monatlich. Insofern sind die Ergebnisse nicht maßgebend für die schlechtestgestellte Lohnarbeiterklasse, sondern sie umfassen vielmehr eine Schicht, die wir zu einem erheblichen Teil zum Mittelstand rechnen können.

Von hohem Interesse ist die Aufteilung des Nahrungsaufwandes auf die einzelnen Nahrungsmittel in den Familien mit verschiedenem Wohlstand. Zu diesem Zweck gliedert die Verarbeitung die Familien in folgende Stufen:

- A) 67 Familien mit 100—200 Mark Monatsinkommen;
- B) 72 " " " 200—300 " " "
- C) 63 " " " 300—400 " " "
- D) 13 " " " 400—500 " " "
- E) 12 " " " über 500 " " "

Für die Ernährung wurden auf den Kopf ausgegeben

	A	B	C	D	E
Brot	4.55	4.42	4.14	5.28	4.55
Mehl, Gröhe, Teigwaren	1.21	1.43	1.48	2.00	1.73
Kartoffeln	2.26	2.24	1.87	1.57	1.69
Butter	2.36	2.66	2.64	3.18	3.10
Margarine	1.19	1.33	1.32	1.60	1.56
Fleisch	3.42	4.90	5.44	6.94	3.02
Wurst	1.70	2.45	2.71	3.52	4.01
Fische	1.22	1.57	1.70	1.74	2.28
Eier	2.05	2.16	2.53	2.75	3.21
Milch	2.60	2.64	2.77	3.24	2.67
Käse	0.90	0.99	0.99	1.09	1.35
Gemüse	1.24	1.62	1.88	2.86	3.51
Obst	0.31	0.40	0.46	0.72	0.88
Marmelade	0.90	1.33	1.09	1.68	1.43
Zucker	0.70	0.72	0.77	1.00	0.78
Kakao, Schokolade	0.56	0.53	1.32	0.96	0.88
Bohnenkaffee	1.01	1.07	1.04	1.56	1.22
Kaffee-Ornat	0.46	0.40	0.30	0.31	0.27
Getränke, alkoholfrei	0.32	0.51	0.42	0.64	0.62
Künstliche Lebensmittel, Er- satzstoffe	0.12	0.19	0.29	0.38	0.53
Sonstige Nahrungs- und Genusmittel	1.31	1.43	2.16	1.62	1.15
Insgesamt	30.40	34.99	36.91	44.74	45.94

Aus dieser Uebersicht ist mancherlei wertvolle Einsicht zu gewinnen. Die Ausgabe für Brot ist in den ärmeren Familien die größte geworden. Sie legt mit 4.55 bei den ärmsten ein, fällt in den zwei nächsten Stufen, um dann wieder zu steigen. Es zeigt sich auch, wie entsprechend dem besseren Einkommen die Ausgaben für die Gegenstände, die nicht durch Kartenaussgabe im Gebrauch beschränkt sind, sich erhöhen. Besonders tritt das hervor bei Butter, Fleisch, Eier, Obst und Gemüse. Dagegen zeigt die Ausgabe für Kartoffeln bei dem besseren Einkommen eine sinkende Tendenz. Die Steigerung für die Lebensmittel ist eine sehr ungleiche.

Die Untersuchung rechnet die in der Tabelle angegebenen Nahrungsmengen auch zurück auf die Preise vor zwei Jahren, auf die Friedenspreise April 1914. Diese Umrechnung interessiert, weil sie uns den Grad der Preissteigerung vom April 1914 bis zum April 1916 für Deutschland zahlenmäßig vorführt.

Die Kopfmenge monatlicher Nahrungsmittel kostet Mark:

Zu den Familien	A	B	C	D	E
April 1916	30.40	34.99	36.91	44.74	45.94
April 1914	17.38	19.55	19.65	22.79	25.08

Die Preise haben sich um drei Viertel erhöht, zum Teil beinahe verdoppelt (Familien D). Dabei ist auffällig, daß die Preise nach Wohlhabensstufen verhältnismäßig stärker ansteigen, eine insofern erfreuliche Erscheinung, weil die Artikel der Massenernährung noch durch staatliche Bewirtschaftung in Deutschland billiger erhalten wurden.

Die Ausgabe für Nahrungsmittel in einer fünfköpfigen Familie betrug in Mark:

In der Einkommensstufe	1914	1916	Mitteln mehr	Zunahme in Prozenten
A	86.90	152.—	65.10	75
B	97.75	174.95	77.20	79
C	98.25	184.55	86.30	88
D	113.85	223.70	109.75	96
E	120.40	229.70	109.30	90

Unsere Gewerkschaften gewinnen in diesen unansehnlichen Zahlen, auch wenn sie zunächst nur für Deutschland ermittelt sind, auch für Oesterreich einen Anhalt dafür, in welcher enormen Weise die gegenwärtige Lebenshaltung verteuert ist und welche Erhöhung des Einkommens notwendig ist, um dieses Defizit zu decken. Geht man aber zu den Gesamtergebnissen der Umfrage über, so ergibt sich für die 227 Familien eine Gesamtausgabe im Durchschnitt von 83.40 Kronen für Kopf und Monat, dem für die Ernährung eine Ausgabe von 39.27 Mark gegenübersteht. Im Jahre 1914 würde nach der angestellten Berechnung die Ausgabe für die Ernährung, um die gleiche Menge Nahrungsmittel zu erlangen, 20.89 Mark betragen haben, das heißt die Ausgabe steigert sich in diesem Jahre um 18.38 Mark. Bei einer fünfköpfigen Familie ein Mehr von monatlich 91.90 Mark. Bei einer dreiköpfigen Familie, also einer Familie mit zwei Kindern unter elf Jahren, würde die Mehrausgabe 55.14 Mark betragen.

Die Gegenüberstellung ergibt ferner, daß zur Deckung der Mehrausgabe eine Erhöhung des Einkommens von 22 Prozent notwendig wäre. Da aber etnige Nahrungsmittel aus der Vergleichsberechnung herausgelassen wurden, so wird man rund 25 Prozent Erhöhung des Einkommens ansetzen müssen. Dabei ist außer Anschlag geblieben, welche Preiserhöhung Bekleidungsstücke, Schuhe und andere Gebrauchsgegenstände erfordern. Ferner sind seit dem April dieses Jahres die Preise weiter in die Höhe gegangen, endlich sind die Preise in Oesterreich durchschnittlich um ein beträchtliches höher als in Deutschland.

Diese Erhöhung zeigt, wie bitterernst es den staatlichen Ernährungsstellen sein müßte, statt auf Erhöhung (Brotfrucht!) auf Erniedrigung der Preise hinzuwirken. Das kann sicherlich geschehen ohne Schädigung der Produktion und ohne Benachteiligung des Handels, wenn beide Interessengruppen ihre übermäßigen Gewinnansprüche zurückstellen wollen.

19. IX. 1916

(Die Approvisionnement der Hauptstadt.)
In letzter Zeit ist die Milchfrage wieder in den Vordergrund getreten. Bekanntlich hatte der Magistrat vor kurzem die Milchpreise zum Besten der Milchproduzenten abermals erhöht, in der Hoffnung, die Produzenten hiedurch zu stärkerer Produktion zu animieren und die Milchzufuhr nach Budapest zu steigern. Diese Hoffnung hat sich bisher leider nicht erfüllt; die Milchzufuhr ist nicht nur nicht gestiegen, sie hat im Gegenteil beträchtlich abgenommen. Vielleicht ist dies nur eine vorübergehende Erscheinung, momentan aber haben sich die Verhältnisse auch auf diesem Gebiete verschlimmert. Es wäre an der Zeit, daß die Hauptstadt, statt immer nur zu dem Mittel der Preissteigerung Zuflucht zu nehmen, die Milchzufuhr aus der Provinz vernünftig und zielbewußt organisiere und mit dem Aufgebot der nötigen Energie durchsetze, daß in der Umgegend die Erzeugung von Butter, wodurch viel Milch absorbiert wird, eingeschränkt werde. Dann würden sich die Zustände sofort erheblich bessern. — Seit einiger Zeit hört man häufig klagen, daß die Beschaffung von Kartoffeln in Budapest mit den größten Schwierigkeiten verbunden sei. Es wäre Pflicht der hauptstädtischen Behörde, dafür zu sorgen, daß das Publikum zu derlei Klagen keinen Anlaß habe und daß dieses besonders für die minder bemittelten Klassen so wichtige Lebensmittel stets in ausreichender Menge zur Verfügung stehe.

19./IX. 1916

Die Lebensmittelversorgung in Russisch-Polen.

Im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet.

Lublin, 18. September. Das Pressbureau des Militärgeneralgouvernements teilt mit: Zu den durch einzelne Blätter veröffentlichten Nachrichten über den Stand der Lebensmittel in Polen erscheint es, um irrtümliche Auffassungen zu vermeiden, notwendig, folgendes festzustellen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen bewegt sich im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet im allgemeinen in demselben Rahmen wie in der Monarchie. Auch nach der neuen Ernte wurde pro Tag und Kopf die 200 Gramm Mehl betragende Verbrauchsmenge nicht erhöht. Die Erzeugung von Klein- und Weißgebäck bleibt weiterhin verboten. Montag und Donnerstag jeder Woche sind fleischlose Tage. Da der überwiegende Teil der Bevölkerung aus Katholiken besteht, die die Satzungen der Religion genau befolgen und sich am Freitag, in der Advent- und Fastenzeit auch Mittwoch und Samstag des Genußes von Fleisch und animalischen Fettstoffen enthalten, ist die Zahl der fleischlosen Tage in Wirklichkeit größer als im Hinterlande. An vielen Bedarfsgegenständen, mit deren Bezug das Okkupationsgebiet auf die Monarchie angewiesen ist, herrscht Knappheit. So war beispielsweise die Verbrauchsmenge an Zucker für Kopf und Monat in Oesterreich größer als im Okkupationsgebiet. Der Fleischkonsum der Zivilbevölkerung beträgt nach den zur Verfügung stehenden Daten über die vorgenommenen Schlachtungen durchschnittlich kaum 100 Gramm pro Kopf und Monat.

Die Aufbringung und der Verbrauch von Schlachtvieh, Speck, Butter und Eiern sind von der Militärverwaltung geregelt. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ist für alle Lebensmittel ungefähr dasselbe wie in den agrarischen Kronländern Oesterreichs.

Daß trotzdem die Preise sich in engeren Grenzen bewegen und für die meisten Lebensmittel niedriger sind als in der Monarchie, ist ein ausschließliches Verdienst der Militärverwaltung, die die Preispolitik in strenge Bahnen gelenkt hat, wie sie den durch den Krieg geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Preistreiberei wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beharrlich und wirksam bekämpft. Bei jedem Preiskommando setzt eine Approvisionierungskommission allmonatlich, wenn nötig in kürzeren Zeiträumen, für ungefähr 100 Lebensmittel Richtpreise fest, die in der Preisprüfungskommission des Militärgeneralgouvernements durch Sachleute überprüft, ausgeglichen und allgemein verlautbart werden. Die Ersichtlichmachung der Lebensmittelpreise ist in allen Verkaufsläden sowie auf Märkten obligatorisch und wird im Unterlassungsfalle empfindlich geahndet.

Die Approvisionnement in Polen.

Aus Lublin, 18. d., wird telegraphiert: Das Pressbureau des Militärregiments teilt mit: Zu den durch einzelne Blätter veröffentlichten Nachrichten über den Stand der Lebensmittel in Polen erscheint es, um irrtümliche Auffassungen zu vermeiden, notwendig, folgendes festzustellen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen bewegt sich im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet im allgemeinen in demselben Rahmen wie in der Monarchie. Auch nach der neuen Ernte wurde per Tag und Kopf die 200 Gramm Mehl betragende Verbrauchsmenge nicht erhöht. Die Erzeugung von Klein- und Weißgebäck bleibt weiterhin verboten. Montag und Donnerstag jeder Woche sind fleischlose Tage. Da der überwiegende Teil der Bevölkerung aus Katholiken besteht, die die Satzungen der Religion genau befolgen und sich am Freitag, in der Advent- und Fastenzeit auch Mittwoch und Samstag des Genusses von Fleisch und animalischen Fettstoffen enthalten, ist die Zahl der fleischlosen Tage in Wirklichkeit größer als im Hinterlande. An vielen Bedarfsgegenständen, mit deren Bezug das Okkupationsgebiet auf die Monarchie angewiesen ist, herrscht Knappheit. So war die Verbrauchsmenge an Zucker für Kopf und Monat in Oesterreich größer als im Okkupationsgebiet. Der Fleischkonsum der Zivilbevölkerung beträgt nach den zur Verfügung stehenden Daten über die vorgenommenen Schlachtungen durchschnittlich kaum 100 Gramm per Kopf und Monat.

Die Ausbringung und der Verbrauch von Schlachtvieh, Speck, Butter und Eiern sind von der Militärverwaltung geregelt. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ist für alle Lebensmittel ungefähr dasselbe wie in den agrarischen Kronländern Oesterreichs. Daß trotzdem die Preise sich in engeren Grenzen bewegen und für die meisten Lebensmittel niedriger sind als in der Monarchie, ist ein ausschließliches Verdienst der Militärverwaltung, die die Preispolitik in strenge Bahnen gelenkt hat, wie sie den durch den Krieg geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Preistreiberei wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beharrlich und wirksam bekämpft. Bei jedem Kreiskommando setzt eine Approvisionnementkommission allmonatlich, wenn nötig in kürzeren Zeiträumen, für ungefähr 100 Lebensmittel Richtpreise fest, die in der Preisprüfungskommission des Militärgeneralgouvernements durch Fachleute überprüft, ausgeglichen und allgemein verlautbart werden.

Ein erster Schritt.

In Graz ist jetzt der Brotverkauf nach dem Grundsatz der Rationierung geregelt; das heißt, jeder in einem bestimmten Stadtteil (Nahon) wohnhafte Verbraucher kann sein Brot nur von einer bestimmten nahegelegenen Verschleißstelle beziehen. Für das ganze Stadtgebiet ist ein Verteilungsplan aufgestellt, der jedem Geschäft seine Kundenschaft und zugleich auch das der Kundenzahl entsprechende Brotquantum zuweist. Nebenbei muß Brot zu allen Geschäftsstunden des Tages verkauft werden, eine Einschränkung auf willkürlich vom Verschleißer festgesetzte Stunden ist untersagt. Die jeweils vorhandene Brotmenge ist derart aufzuteilen, daß alle dem betreffenden Verschleiß zugewiesenen Kunden gleichmäßig befriedigt werden können. Durch diese Neuordnung des Brotverkehrs ist jedem Einwohner von Graz die Sicherheit gegeben, daß er für seine Brotkarte auch tatsächlich Brot erhält, ohne sich darum „anstellen“ zu müssen und ohne Gefahr zu laufen, daß er trotz solcher Mühe- und Zeitaufwandes vielleicht leer ausgehe. Die einfachen Leute aus dem Volke begreifen es überhaupt nicht, daß die Staatsgewalt, die ihnen die Brotkarte in die Hand gibt, damit nicht zugleich auch die Bürgerschaft übernimmt, daß diese Anweisung auch honoriert werde. Wenn der Staat mit dem Hinweis, daß

wir in einer „belagerten Festung“ leben, mit Fug von mir verlangt, daß ich mich mit einer vorgezeichneten Brotration begnüge, dann kann ich von der staatlichen Festungsverwaltung auch mit Fug verlangen, daß sie für die tatsächliche Zuteilung dieser Brotration Sorge trage. Dieser volkstümlichen Auffassung von Sinn und Zweck der Brotkarte entspricht nun eben die Neuordnung des Brotverkehrs, wie sie von der steirischen Statthalterei für Graz verfügt wurde.

Das Beispiel der Provinz ist für die Reichshauptstadt durchaus nachahmenswert. Die Ungleichmäßigkeiten und Unsicherheiten der Verteilung, die für ein Grundnahrungsmittel wie Brot besonders bedenklich sind, haben wahrscheinlich die Grazer Neuordnung angeregt, und die nämlichen Gründe empfehlen auch für Wien die gleiche Maßnahme. Daß hier der Maßstab ein größerer, die Erzeugungsstätten viel mannigfaltiger, die Verteilung schwieriger und komplizierter ist, steht natürlich außer Frage. Aber zu diesem Zwecke muß man eben die Reichshauptstadt in soviel Provinzhauptstädte zerlegen; jeder Wiener Stadtbezirk ist ungefähr ein Graz für sich. Und da das Brot ja doch ohnedies ein bereits völlig verstaatlichter Bedarfsgegenstand ist, dessen Erzeugung und Verbrauch unter genauer Kontrolle der staatlich hierzu bestellten Kriegsgetreideverkehrsanstalt stehen, so liegt ja das ganze zu bewältigende Ziffern- und Tatsachenmaterial bereits in den Händen der öffentlichen Verwaltung. Sie kann also ohne weiteres zugreifen und das Grazer System auf Wiener Boden verpflanzen. Es handelt sich da nicht um eine unerhörte Neuerung, deren Ausführbarkeit etwa erst vorsichtig erprobt und abgewartet werden müßte. Die Versorgungsschwierigkeiten, die wir jetzt in den österreichischen Städten erleben, haben sich in Deutschland schon viel früher eingestellt, und jedem halbwegs aufmerksamen Leser reichsdeutscher Zeitungen ist bekannt, daß in den zahlreichen Großstädten Deutschlands vielerlei Regelungsmethoden versucht wurden und sich, je nach Anpassung an die lokalen Verhältnisse, recht gut bewährt

haben. Die Grazer Rationierung läuft ungefähr auf dasselbe hinaus wie die Berliner Rundenlisten. Wenn wir nun in Wien ein ähnliches System einbürgern wollen und zunächst mit dem Brot beginnen — einer Ware, bei der die Voraussetzungen einer festen Verkehrsordnung bereits gegeben sind, so kann dieser Anfang allmählich zum Ausbau eines besseren allgemeinen Marktsystems hinüberleiten. Wir werden das „Anstellen“ und alle damit zusammenhängenden Misereen nicht mit einem Schlag aus der Welt schaffen. Machen wir mit der Brotverkehrsregelung den ersten Schritt; es wird dann schon schrittweise vorwärts gehen.

Das erste Kriegsernährungsamt Oesterreichs in Linz.

Der Gedanke eines Reichsernährungsamtes, so notwendig es für Oesterreich auch wäre, hat sich bisher nicht verwirklichen lassen. So ist man denn in Oberösterreich zur Einrichtung eines selbständigen Kriegsernährungsamtes geschritten, dessen Zweck es ist, den wilden Zuständen in der Lebensmittelversorgung zu steuern. Wie A. Garsparschitz in einem Artikel im „Grazer Volksblatt“ (Nr. 643) ausführt, will nämlich das Kriegsernährungsamt, das seinen Sitz in Linz hat, diese Auswüchse durch eine sich über das ganze Land erstreckende einheitliche Beschaffungs-, Verteilungs- und Verbrauchsregelung jener Landeserzeugnisse beseitigen, deren Regelung noch keinen andern Zentralstellen, wie Kriegsernährungsamt usw., zugewiesen sind. Der Zweck wird erreicht durch ein alleiniges Aufkaufsrecht der Statthalterei durch von ihr legitimierte Einkäufer, die aus dem Stande der bisherigen sogenannten „Fürkäufer“ für jede Gemeinde aufgestellt werden. Wenn es die Verhältnisse erfordern, können Waren auch durch behördliche Requisition eingefordert werden. Den Produzenten und Selbstversorgern wird ein bestimmter Teil überlassen, für die Nichtselbstversorger in den Zuschußgebieten werden einheitliche Rationen festgesetzt, deren Bezug auf Bezugskarten gebunden ist. Damit kann auch den vielfach vorkommenden Uebelständen, der Bevorzugung Bessersituierter gegenüber Minderbemittelten gesteuert werden. Die zuschußbedürftigen Gemeinden sprechen den Grund von Bezugskarten festgestellten Bedarf beim Ernährungsamt an, von wo die entsprechenden Zuweisungen erfolgen. Die sich ergebenden Ueberschüsse werden der Zentralregierung zur freien Verfügung für andere Zuschußländer und Städte gestellt. Das Ernährungsamt setzt auch die einheitlichen Höchstpreise für die Produzenten, Einkäufer und den Absatz an die Verbraucher fest. Durch diese straffe Organisation des Ernährungsamtes ist eine kontrolllose Abfuhr und Preisbildung bei Landesprodukten, die der Regelung des Ernährungsamtes unterstehen, völlig ausgeschlossen. Gegezwärtig wird an der Verbrauchs- und Verteilungsregelung von Milch, Butter, Eier gearbeitet. So wird die Milchversorgung für Zuschußgebiete rationiert. Die Lieferung für die Landeshauptstadt erfolgt durch Molkereigenossenschaften und wird zum größten Teil u. a. durch die Schäringer Leebuttergenossenschaft erfolgen. Für Kinder, stillende Mütter, Frauen und sonstigen Erwachsenen werden verschiedene Bezugsquantitäten gesichert. Ähnlich erfolgt auch die Verteilungs- und Verbrauchsregelung bei anderen Produkten.

Die Organisation des Ernährungsamtes setzt sich aus dem Vorsitzenden, dem Leiter der Statthalterei, dem die Errichtung des Amtes zu verdanken ist, und einem Kuratorium von zwei Referenten, acht Beiräten und einem kommerziellen Amtsleiter zusammen. Im Kuratorium erscheinen vertreten die Landwirtschaft durch einen Vertreter des Landeskulturates; Handel und Gewerbe durch zwei Vertreter der Handels- und Gewerbekammer; das Militär durch zwei Vertreter für die Militärversorgung; die Konsumenten durch zwei Vertreter der Konsumentenorganisationen und die Landeshauptstadt ebenfalls durch zwei Vertreter. Ergeben sich bei Behandlung von Ernährungsfragen notwendige Maßnahmen in der Versorgung mit anderen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, deren Regelung nicht dem Ernährungsamt unterliegen, sondern anderen Zentralen (z. B. Kriegsernährungsamt) zugewiesen sind, so werden Vertreter aus diesen Zentralen, soweit sie im Ernährungsamt nicht vertreten sind, den betreffenden Verhandlungen beigezogen. In der Zusammensetzung des Kuratoriums erscheinen, was sehr wichtig ist, alle Interessentenschichten des Landes vertreten, so daß bei allen notwendigen Ernährungsmaßnahmen alle Kreise gehört werden können.

Vielleicht ist die Schaffung dieses Kriegsernährungsamtes für Oberösterreich ein Anlaß zur Errichtung ähnlicher Einrichtungen in den übrigen Kronländern. Auf diese Weise käme man dann vielleicht zu einem Reichsernährungsamt, dessen Arbeiten durch diese Kronlandsstellen zweifellos wesentlich gefördert werden würden.

Ein Regierungskommissariat für Verpflegung in Ungarn.

D. Budapest, 20. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Anlässlich der heutigen Erklärung des Ackerbau-ministers Baron Ghillanyi auf die Interpellation des Abgeordneten Rath und des Abgeordneten Citner, daß die Regierung sich mit dem Gedanken trage, alle auf die Verpflegung bezüglichen Fragen einer Zentralstelle unterzuordnen, bildete sich das Gerücht, die Regierung werde ein Verpflegsministerium schaffen.

Wie Ihr Korrespondent aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist diese Nachricht nicht richtig. Die Regierung will alle Verpflegsangelegenheiten aus der Kompetenz des Handels-, des Finanz- und des Ackerbauministeriums ausscheiden und sie einem Regierungskommissariate übertragen, das die Aufgabe haben soll, alle für die Verpflegung wichtigen Angelegenheiten rasch und energisch durchzuführen und jedem Unfug in der Lebensmittelversorgung nachdrücklich entgegenzutreten.

Eine Approvisionierungs-Konferenz der Landeschefs.

Im Ministerium des Innern wird am 25. September unter dem Vorsitze des Leiters dieses Ministeriums Freiherrn v. Handel eine Konferenz stattfinden, an welcher sämtliche Landeschefs der österreichischen Kronländer teilnehmen werden. Der Zweck dieser Konferenz ist die Festsetzung eines einheitlichen Verfahrens in Approvisionierungsangelegenheiten. Es soll künftighin ein gleichartiges Vorgehen in allen österreichischen Kronländern beobachtet und in der Konferenz sollen die diesbezüglichen Detailfragen einer eingehenden Erörterung und Beschlußfassung unterzogen werden.

Die Verpflegsfragen.

Die weißen Flächen, welche an dieser Stelle in den letzten Tagen wiederholt in die Erscheinung getreten sind, erregen das Befremden unserer Leser, nicht zuletzt natürlich unser eigenes Befremden. Vielleicht hinterher auch das Befremden jener amtlichen Faktoren, die sie verursacht haben. Denn bei ruhiger, objektiver Prüfung können Darlegungen, deren Publikation jeweils untersagt wird, unmöglich den Eindruck erwecken, daß sie öffentlichen Interessen abträglich sind. Im Gegenteil. Sie beweisen das Bestreben, in all den wichtigen Fragen des Wirtschaftslebens, deren einwandfreie Behandlung und Lösung Aufgabe und Pflicht der Behörden ist, durch sachliche Würdigung der getroffenen Vorkehrungen der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen. Durch nachträgliche Zulassung ursprünglich verbotener Aufsätze wurde diese Tendenz auch anerkannt. Bei richtiger Wertung dieser Gesichtspunkte ist unschwer die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Mißgriffe nicht auf unserer Seite liegen. Wir können nicht umhin, angesichts dieser Feststellung unserer Vermunderung Ausdruck zu geben, daß ein Blatt von der lokalen Haltung des untrigen, das sich von unsachlichen Angriffen selbstverständlich grundsätzlich fernhält, nunmehr bei der Erörterung der vitalsten Tagesfragen auf Hindernisse stößt, die jede praktische Kritik ausschalten.

23./IX. 1916

* Diktatur für Volksernährung. Der Landesverband ungarischer Fabriksindustrieller hat an die Regierung eine Repräsentation gerichtet, in welcher die Schwierigkeiten und Misere bei der Versorgung des Publikums mit Brot, Fleisch, Fett und anderen Lebensmitteln eingehend erörtert und beachtenswerthe Vorschläge zur Abstellung der Mißstände gemacht werden. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Lage ungemein erschwert werde durch den Umstand, daß in Folge des rumänischen Einbruchs mehrere tausend Waggons Getreide in die Hände des Feindes gelangt sind und die Flüchtlinge, die alle ihre Vorräthe zurückgelassen haben, durch uns versorgt werden müssen. Das Uebel dürfte vorläufig wohl keine katastrophale Wendung nehmen, aber im März, April des nächsten Jahres werden schon die Städte nicht in den Besitz der entsprechenden Getreidevorräthe gelangen können und auch der Ueberfluß der im Konsum durchaus nicht eingeschränkten Provinzbevölkerung erschöpft sein. Im Memorandum wird deshalb beantragt, in den Gemeinden mit einer gewissen Seelenzahl den Brotkartenzwang einzuführen, die Rationen der produzierenden wie der städtischen Bevölkerung in gleicher Weise festzustellen und die in den Haushaltungen und Landwirthschaften befindlichen Ueberflüsse für die Zwecke der öffentlichen Lebensmittelversorgung zu requiriren. Bei der Brotfrage wird ferner in Vorschlag gebracht, in den späteren Monaten von der Verwendung von Maismehl abzusehen und nach deutschem Muster bei der Broterzeugung Kartoffelmehl zu benutzen. Bezüglich der Regelung des Fleisch- und Fettkonsums werden Verfügungen in Vorschlag gebracht, die durch die gestern erschienene Regierungsverordnung zum Theile bereits verwirklicht sind. Außerdem wird beantragt, in Städten mit einer gewissen Bevölkerungszahl Fleischkarten und im ganzen Lande Fettkarten einzuführen. Gleichzeitig sollen im ganzen Lande die Fleischpreise maximalisirt und die Möglichkeit, sowie die Vorbedingungen der Requirirung und Zwangsschlachtung ausgesprochen werden. Das Memorandum weist schließlich darauf hin, daß bei dem heutigen System, wo die Bestimmungen betreffend die Lebensmittelversorgung auf in der Regel verspätet herausgegebenen und nur prinzipielle Verfügungen enthaltenden Verordnungen basirt sind, deren Durchführung von der Uebereinstimmung dreier Ministerien und verschiedener Centralen abhängt, von Vorschlägen und Verfügungen, wie immer sie auch geartet sein mögen, ein wirklicher Erfolg kaum zu erwarten sei. Das einzige Mittel, die

Approvisionierungsfrage in die richtigen Bahnen zu lenken, sei die Errichtung einer Diktatur für Volksernährung. Nur dann werden auf diesen Gebieten leidliche Zustände eintreten, wenn sich die Regierung ehestens entschließt, sämtliche Gewalten im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den Händen einer einzigen, hierzu geeigneten Person zu centralisiren. In diesem Falle kann die Versorgung des Landes noch für lange Zeit gesichert werden, und muß jede Hoffnung unserer Feinde, uns auszuhungern, ein Fiasko erleiden.

Der Statthalter von Böhmen über die Lebensmittelversorgung. Aus Trautenu, 18. d., wird gemeldet: Anlässlich des heutigen Besuches des Statthalters Grafen Coudenhove hatte die Stadt Flaggenschmuck angelegt. Der Statthalter, der in Begleitung des Statthalterereisekretärs Dr. N. v. Patara nachmittags eintraf, wurde im Bahnhofe festlich empfangen. Im Gebäude der Bezirksvertretung nahm er die Vorstellung der Spigen der autonomen Behörden und der Vertreter von Handel und Industrie usw. entgegen. Bgm. Rauch hielt an den Statthalter eine herzliche Begrüßungsansprache, in der er n. a. ausführte, daß die Stadt in der gegenwärtigen schweren Zeit in deutscher Treue zu ihrem geliebten Monarchen stehe. Nachdem Bezirkshauptmann Dr. Kluge den Statthalter begrüßt hatte, würdigte dieser die Verdienste der Stadt Trautenu in der Kriegszeit und fuhr dann fort: „Eine schwierige Aufgabe, die uns immer wieder und wieder beschäftigt, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Unsere Feinde haben geglaubt, daß es ihnen gelingen wird, uns und unseren treuen Bundesgenossen Deutschland auszuhungern. Daß dies nicht gelingen wird, das wissen wir schon. Aber wir sehen, daß doch manche Beschwerlichkeiten und Unregelmäßigkeiten zu ertragen sind, und unser aller Bestreben muß es sein, dieses durch Geduld auf das Mindestmaß herabzusetzen. Ein Mittel ist der gute Wille und der patriotische Sinn jedes einzelnen, der bestrebt sein soll, die Tätigkeit der Behörden zu unterstützen und die Maßregeln, durch die eine geregelte Verteilung der Lebensmittel getroffen wurde, einzuhalten. Gott sei Dank, stützt sich unser Vaterland auf Millionen und Millionen treuer Staatsbürger, wie Sie es sind, und es braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein. Es ist unsere sichere Zukunft, daß uns der endgültige Sieg beschieden sein wird, daß wir durchhalten werden, und daß der Schluß dieses schrecklichen Krieges ein für uns günstiger Friede sein wird, auf welchen wir bauen können.“ Der Statthalter schloß mit Worten warmen Bedenkens unserer heldenhaften Armee und unserer treuen Bundesgenossen und Glück- und Heilwünschen für die Stadt und ihre tüchtige Bevölkerung. Hierauf besichtigte der Statthalter das „Rote Kreuz“-Spital und besuchte das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft, wo ein Empfang der Beamtenschaft stattfand. Nachdem der Statthalter die Filiale des Bezirkspitals in Augenschein genommen hatte, trat er nach herzlicher Verabschiedung die Weiterfahrt mit dem Automobil nach Johannesbad an.

Die Lebensmittelversorgung Triests.

Triest, 22. September. Die Approvisionnementkommission der Triester Statthalterei hielt heute unter Vorsitz des Statthalters Freiherrn v. Friedlender eine Sitzung ab, deren Hauptgegenstand die Sicherung des Lebensmittelbedarfes der Stadt im kommenden Winter und die Feststellung eines Versorgungsplanes für diese Zeit bildete. Hierbei wurde allgemein darauf hingewiesen, daß an dem bisher bewährtem System der Lebensmittelarten und der dezentralisierten, im eigenen Betrieb der Kommission geführten Verkaufsstellen, mit dem sehr günstige Erfahrungen gemacht wurden und durch das von selbst eine Rationalisierung der Konsumenten eingetreten ist, auch in Zukunft festzuhalten wäre. Zur Erleichterung des Lebensmittelbezuges werden die schon seit mehr als einem Jahre bestehenden Verkaufsstellen der Kommission noch weiter vermehrt werden, während betreffend jener wenigen Bedarfsartikel, die nicht auf Grund der Lebensmittelarten abgegeben werden, Maßnahmen in Erwägung gezogen werden sollen, durch die auch in diesen Artikeln ein möglichst vereinfachter Bezug und die Vermeidung unnützen Zeitverlustes für das Publikum gewährleistet wird.

Auf dem Gebiete der Milchversorgung ist es gelungen, durch den Ankauf von Milchkuhen durch die Approvisionnementkommission das für die Stadt verfügbare Milchquantum nicht unwesentlich zu erhöhen, wodurch die von der Kommission eingeleitete Aktion für die Sicherstellung einer zweckmäßigen Ernährung der Kinder eine nachhaltige Förderung erfahren wird. Im Hinblick auf den kommenden Winter wurde ferner über Anregung des Statthalters beschlossen, die Tätigkeit der Kommission auch bei dem Verschleiß von Holz und Kohle zu angemessenen, für weitere Bevölkerungskreise erschwinglichen Preisen auszudehnen. Auch die von der Approvisionnementkommission der Statthalterei errichteten Volksküchen, die sich in Triest allgemeiner Beliebtheit erfreuen und in denen schon gegenwärtig an 5000 Personen zu mäßigen Preisen verköstigt werden, sollen schon in der nächsten Zeit eine weitere Ausgestaltung durch die Eröffnung neuer Küchen in den vorwiegend von der Arbeiterschaft bewohnten Vorortbezirken erfahren.

(Eine neue Approvisionierungszentrale.) In der behördlichen Behandlung der Approvisionierungsfragen ist eine interessante Wendung bevorstehend: es soll im Interesse der einheitlichen Behandlung aller Approvisionierungsfragen eine neue Zentrale — sozusagen eine Zentrale der Zentralen — errichtet und an ihre Spitze eine mit dem Wirkungskreis eines Ministers zu bekleidende Persönlichkeit gestellt werden. Die ersten Andeutungen über diese Neuerung hat Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány vorgestern im Abgeordnetenhaus in jener Rede gemacht, in der er die Interpellationen der Abgeordneten Ráth und Eitner beantwortete. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse, die seinerzeit die Bildung einer Landes-Wirtschaftskommission als notwendig erscheinen ließen, infolge der inzwischen erfolgten Ausgestaltung des kriegswirtschaft-

lichen Lebens, sich wesentlich geändert haben. Heute seien die Kriegsgeschäftskreise innerhalb der Grenzen dieser Kommission bereits gewissermaßen verschmolzen, und sie bilden einen Betrieb, an dessen Spitze sehr wohl jemand mit dem Wirkungskreis eines Ministers gestellt werden kann, der dann auch die geeigneten Mitarbeiter heranzuziehen hätte, so daß er die Kontrolle sämtlicher Approvisionierungszentralen zu versehen vermag. Die Regierung besaße sich mit dieser Idee, teils weil sie glaubt, daß sie den obwaltenden Uebelständen damit steuern kann, teils weil sie jene Ressortminister entlasten will, die heute mit der kriegswirtschaftlichen Geschäftsführung beschäftigt sind. Diese vom Ackerbauminister erwähnte Idee soll nun in der allernächsten Zeit verwirklicht werden. Einzelne Blätter ergehen sich bereits in Kombinationen über die Persönlichkeit, die an die Spitze der zu bildenden neuen Zentrale gestellt werden soll. All diese Mitteilungen sind jedoch unbegründet. Wie wir auf Grund an kompetenter Stelle eingeholter Informationen feststellen können, ist keiner der bisher in den Blättern genannten Männer als Leiter der neuen Zentrale außersehen. Die Entscheidung wird jedoch schon in den nächsten Tagen getroffen werden, da die Regierung die Absicht hat, die neue Institution in der kürzesten Zeit ins Leben treten zu lassen.

23. IX. 1916

Fleischlose Gerichte zur beliebigen Zusammenstellung.

Suppen.

Rudelsuppe. — Blumenkohlsuppe. — Fischsuppe mit Kartoffelklößen. — Tomatensuppe. — Saure Suppe. — Krabbensuppe mit Gemüse-Einlage. — Fliederbeersuppe mit Äpfeln, Birnen und Klößen. — Suppe von frischen weißen Bohnen. — Kohlsuppe. — Apfelsuppe.

Fischgerichte.

Pfannkuchen mit Krabbenfüllung. — Gebratene Muscheln mit Spinat.* — Fischklöße mit Sauertraut. — Pilze mit Krabben. — Gekochte Schollen mit Tomatensauce. — Krabbenragout mit abgerührten Klößen.* — Gekochter Kabeljau mit Weißkohl. — Fischauflauf in der Form mit geriebenem Käse. — Seringe mit frischen grünen Bohnen, Salat und Pellkartoffeln. — Gekochte Matrelen mit Krebsstunte.

Gemüsegerichte.

Gebratene Tomatenscheiben mit Steinpilzen. — Geschmorte weiße Bohnen mit Schnittbohnen. — Gedämpfte gelbe Rüben mit Petersilienkartoffeln. — Nöhrennudeln (Makaroni) mit Spinat. — Rotkohl. — Gefüllter Weißkohl in der Form.* — Kartoffelauflauf mit Sauertraut. — Gemüsepudding. — Weißkohlauflauf. — Rosenkohl mit Bratkartoffeln.

Kleine Gerichte.

Flammeri von Reispeis mit Castunke. — Kartoffelpuffer mit Zwetschen. — Apfelgrühe mit Milch. — Obstkuchen.* — Kriegskuchen.* — Kartoffelklöße mit gekochter Birnen. — Rhabarbertorte. — Hohlhippen mit Obstfüllung. — Rhabarbergrihe mit Milch. — Zwetschentuchen.

Kochvorschriften

*Gebratene Muscheln. Wahlmuscheln müssen gründlich vom Sand befreit und dann 10 Minuten im kochendem Wasser gekocht werden, bis sie sich öffnen. Dann wird der Bart und die Zunge entfernt und die Muscheln aus der Schale gelöst. Die Muscheln werden in Fett hellgelb gebraten, mit wenig Salz und Pfeffer und ein paar Tropfen Zitronen gewürzt und heiß zu einem beliebigen Gemüse gereicht.

*Krabbenragout mit abgerührten Klößen. Man bereitet eine Sauce von brauner Mehlschwitze, die mit Fleischbrühe abgerührt ist. Dahinein schüttet man die aus der Schale gelösten Krabben, läßt sie mit der Brühe durchziehen und gibt die gekochten Klöße dazu.

*Gefüllter Weißkohl in der Form. Statt Hack kann man zu der Füllung ein Gemenge aus feinhacktem, gekochtem Gemüse mit Kartoffelbrei und Brot zu einem festen Teig gemacht, verwenden. Man kann es nach Gefallen schwachhaft machen, indem man gehackte Pilze oder Tomaten dazu verwendet. Der abgekochte Kohl wird schichtweise mit diesem Teig in die Form gefüllt und im Wasserbad gekocht. Es kann eine Tomaten- oder Paperrintunde dazu gegeben werden.

*Einfacher Obstkuchen. Man legt Keks dicht aneinander auf ein Backblech und gießt dichtlich eingekochtes Obst heiß darüber. Erkalte gibt das einen schwachhaften und preiswerten Kuchen.

*Kriegskuchen. 1 Pfund Mehl, ½ Pfund Zucker, 1 ganzes Ei, 1 Palet Backpulver, Korinthen, eine knappe Tasse starken Kaffee, eine knappe Tasse Milch rührt man zusammen und läßt das Ganze in der Backform ¼ bis 1 Stunde backen.

Vorratswirtschaft.

Im städtischen Lebensmittelverkehr haben wir jetzt wieder eine Zeit der Störungen. Mehl, Brot, Zucker, Kartoffeln sind knapp geworden, und die Häufung dieser Knappheiten macht die Versorgung des täglichen Hausbedarfes der Bevölkerung außerordentlich schwierig. Dabei unterliegt es keinem Zweifel — weil sowohl die Nahreszeit als andere bekannte Tatsachen dafür sprechen —, daß von einem wirklichen Mangel an den genannten Marktwaren keine Rede sein kann. Nicht ein Fehlen der Ware, sondern ein Fehler der Organisation muß also an der zeitweiligen Knappheit schuld sein. Allerdings könnten ja auch besondere Ursachen mitspielen, wie wir sie bei den beeinträchtigten Wirtschaftsverhältnissen der Kriegszeit des öfteren wirksam sehen: zum Beispiel Störungen des Eisenbahnverkehrs oder spekulative Zurückhaltung von Vorräten. Auf eine ganz regelrechte Abwicklung des Frachtverkehrs kann im Krieg, wo militärische Bedürfnisse allen anderen voranziehen müssen, niemals gerechnet werden; und schädliche Einflüsse der Spekulation, mag diese auch durch die staatliche Überwachung des Ernährungswesens eingeschränkt werden, dürften sich niemals ganz ausschalten lassen. Da man aber diese beiden Störungsquellen zur Genüge kennt, so muß eben die Versorgung des großstädtischen Marktes so einrichtet werden, daß eine

momentane Knappheit mit all ihren verstimmen- und beunruhigenden Wirkungen unter allen Umständen ausgeschlossen bleibt. Und dazu gibt es ein einfaches und sicheres Mittel: die rechtzeitige Anlegung von Vorräten, von öffentlichen Rücklagen für den dringenden Bedarfsfall.

Das Mittel ist ein uraltes und war in Zeiten, wo jedes Herrschafts- oder Verwaltungsgebiet auf seine eigene landwirtschaftliche Erzeugung angewiesen war, in allgemeiner Übung. Die Abperrungstaktik unserer Feinde zwingt uns zum Zurückgreifen auf diese uralten Methoden der Ernährungspolitik. Es ist nun klar, daß unter den gegebenen Umständen für die großstädtische Vorratswirtschaft vor allem die großstädtischen Gemeindeverwaltungen selbst sorgen müssen. Das ist im Kriege ihre erste und wichtigste Aufgabe, und es gibt keine andere öffentliche Gewalt, die ihnen, sei es aus Eifersucht, sei es aus Gefälligkeit, diese Sorge abnehmen würde. Wenn genügende Rücklagen vorhanden sind, kann es keine Knappheit geben. Natürlich besteht der Kern des Verwaltungsproblems in der richtigen Methode und in dem richtigen Zeitpunkt der Vorratanlegung. Man kann damit nur beginnen, wenn gerade an der betreffenden Ware relativ Ueberschuß herrscht, und man muß dabei mit Umsicht verfahren, um die Knappheit, der man vorbeugen will, nicht etwa hervorzurufen. Eine großstädtische Vorratswirtschaft, die so zu arbeiten versteht, wird nicht nur für alle Fälle gedeckt sein, sondern wird stets auch den geeigneten Augenblick erkennen, wo die Rücklagen für den Marktbedarf geöffnet werden müssen. Zu alledem gehört freilich ein hohes Maß geschäftlicher Nüchternheit und pflichteifriger Wachsamkeit. Es ist keine leichte Sache, den Vorratsfaß zu füllen, und keine leichte Sache, ihn im richtigen Augenblick aufzutun. Aber im Krieg ist überhaupt gar nichts leicht. Jede kleine Hausfrau hat jetzt ihre große Verantwortungslast zu tragen und muß sich schwer abmühen, um mit ein bißchen Samsterei für öde Markttage vorzusorgen. Eine Großstadt-

verwaltung hat für uns alle zu hamstern und darf, wenn sie auch den Mangel nicht in Fülle verwandeln kann, doch wenigstens den Organisationsmangel niemals fühlbar werden lassen. Sie kann keine Nahrungsmittel aus der Erde stampfen, aber sie kann uns die Sicherheit geben, daß wir von der jeweils vorhandenen Nahrungsmenge die gebührende Kopfquote empfangen.

Ausgestaltung des staatlichen Ernährungsdienstes.

Wie wir erfahren, steht in nächster Zeit eine weitere Ausgestaltung des staatlichen Ernährungsdienstes bevor, die den Zweck verfolgt, die bisher bestandenen Einrichtungen in zweifacher Hinsicht zu ergänzen. Einer-

seits soll die staatliche Verordnungs-gewalt — unter der gebotenen Einflußnahme der für die einzelnen Agenden dieses Dienstes in Betracht kommenden Zentralstellen — in ihrem weiteren Ausbau vereinheitlicht werden, andererseits die staatliche Exekutivgewalt in Ernährungsfragen dadurch eine Kräftigung erfahren, daß die Durchführung der getroffenen Maßnahmen und damit die Uebereinstimmung der Praxis mit den bestehenden behördlichen Vorschriften allenthalben in vollkommener Weise als bisher gesichert wird.

In ersterer Richtung ist hervorzuheben, daß mit der Vorbereitung der notwendigen allgemeinen Anordnungen die Interministerielle Approvisionierungskommission betraut bleibt, deren bewährte Geschäftsführung durch zweckdienliche interne Maßnahmen wirksame Förderung erfahren soll. Für die zeitgerechte Schlußfassung der Regierung in wichtigen Angelegenheiten wird durch Einsetzung eines

ständigen, aus den nächstbeteiligten Ministerien gebildeten Komitees

vorgesorgt, das regelmäßig zusammentritt.

Was die Exekutive in Approvisionierungsfragen betrifft, so wird im Rahmen des Ministeriums des Innern ein unter besonderer Leitung stehendes

staatliches Ernährungsamt

mit mehreren Abteilungen geschaffen, dem die erforderliche Anzahl von Beamten der anderen sachlich beteiligten Ressorts dienstlich zugewiesen wird. Diesem Amte werden ferner Ministerialkommissäre beigegeben, die als Inspektionsorgane für den Bereich aller Länder durch unmittelbare Wahrnehmungen und Aufrechterhaltung ständiger Fühlung mit den Landes- und Bezirksbehörden die Einheitlichkeit des Vorganges in Approvisionierungsangelegenheiten und die genaue Beobachtung der erlassenen Normen zu überwachen haben. Innerhalb der einzelnen Bezirke wird ein ständiger Aufsichtsdienst durch den politischen Behörden nach Bedarf beigegebene staatlich bestellte Organe eingerichtet.

24. IX. 1916

Ausgestaltung des staatlichen Ernährungsdienstes.

Offiziell wird verlautbart: Wie wir erfahren, steht in nächster Zeit eine weitere Ausgestaltung des staatlichen Ernährungsdienstes bevor, die den Zweck verfolgt, die bisher bestandenen Einrichtungen in zweifacher Hinsicht zu ergänzen. Einerseits soll die staatliche Verordnungs-gewalt — unter der gebotenen Einflussnahme der für die einzelnen Agenden dieses Dienstes in Betracht kommenden Zentralstellen

— in ihrem weiteren Ausbau vereinheitlicht werden, andererseits die staatliche Exekutivgewalt in Ernährungsfragen dadurch eine Kräftigung erfahren, daß die Durchführung der getroffenen Maßnahmen und damit die Uebereinstimmung der Praxis mit den bestehenden behördlichen Vorschriften allenthalben in vollkommenerer Weise als bisher gesichert wird.

In ersterer Richtung ist hervorzuheben, daß mit der Vorbereitung der notwendigen allgemeinen Anordnungen die Interministerielle Approvisionierungskommission betraut bleibt, deren bewährte Geschäftsführung durch zweckdienliche interne Maßnahmen wirksame Förderung erfahren soll. Für die zeitgerechte Schlußfassung der Regierung in wichtigen Angelegenheiten wird durch Einsetzung eines ständigen, aus den nächstbeteiligten Ministerien gebildeten Komitees vorgesorgt, das regelmäßig zusammentritt.

Was die Exekutive in Approvisionierungsfragen betrifft, so wird im Rahmen des Ministeriums des Innern ein unter besonderer Leitung stehendes staatliches Ernährungsamt mit mehreren Abteilungen geschaffen, dem die erforderliche Anzahl von Beamten der andern sachlich beteiligten Ressorts dienstlich zugewiesen wird. Diesem Amt werden ferner Ministerialinspektionsorgane für den Bereich aller Länder durch unmittelbare Wahrnehmungen und Aufrechterhaltung ständiger Fühlung mit den Landes- und Bezirksbehörden die Einheitlichkeit des Vorganges in Approvisionierungsangelegenheiten und die genaue Beobachtung der erlassenen Normen zu überwachen haben. Innerhalb der einzelnen Bezirke wird ein ständiger Aufsichtsdienst durch den politischen Behörden nach Bedarf beigegebene staatlich bestellte Organe eingerichtet.

Mit der Schaffung des staatlichen Ernährungsamtes und der Zentralisierung aller Angelegenheiten der Approvisionierung wird eine Forderung erfüllt, die oft und oft von der Bevölkerung erhoben wurde. Die Tage der letzten Woche mit ihren mannigfachen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Lebensmitteln haben in drastischer Weise die zahlreichen Mängel der Organisation unseres Approvisionierungswesens gezeigt. Vor wenigen Wochen haben wir auf die Dringlichkeit einer durchgehenden Reform hingewiesen und geschrieben: „Wir haben im Ministerium an der Spitze der Lebensmittelversorgung eine durchaus von modernen Grundsätzen geleitete Persönlichkeit, einen Mann, der mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsgefühl, praktischem Sinn und der Gabe der Organisation ausgestattet ist. Es ist dies der Sektionschef Ritter v. Keller, dessen Name von seiner Wirksamkeit bei der Statthaltereiguten Klang hat. Mein ist er Lebensmittelminister? Davon

kann bei unserm komplizierten Apparat keine Rede sein. Bei jeder Verordnung, die das Licht des Tages erblickt, sind ja viele Raten, die alle ihre Separatwünsche haben, so daß man in jeder Verordnung das Werk eines Kompromisses erblicken muß. Das ist ja sehr schön, daß alle mit der jeweiligen Verordnung zufrieden sind — man kann aber heileibe nicht behaupten, daß in der gegenwärtigen Zeit Kompromisse in der Frage der Lebensmittelversorgung zu begrüßen sind. Die ganze Frage, die gegenwärtig in der Versorgung mit Lebensmitteln besteht, wäre zu lösen, wenn ein Mann, aber wirklich nur ein Mann, allerdings von Willen und Tatkraft beehrt, über die Approvisionierungsangelegenheiten zu entscheiden hätte. Diese Persönlichkeit müßte, wie es im Deutschen Reich geschehen ist, mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet werden. Ihr Ziel müßte unbeirrt von rechts und links sein: Gerechte Verteilung aller Gegenstände des täglichen Gebrauches.“ Nun wird tatsächlich ein Mann an die Spitze des staatlichen Ernährungsamtes gestellt, und es wäre nur dringendst zu wünschen, daß ihm Machtbefugnisse im weitesten Maße erteilt werden, damit er die ihm gestellte schwierige Aufgabe erfülle.

Es ist schon wegen der Schwierigkeiten der herangehenden Tage gedacht worden, die keines-

wegs auf einen Mangel zurückzuführen sind, sondern lediglich in der fehlerhaften, ohne einheitlichen Plan durchgeführten Verteilung der Lebensmittel ihre Ursachen haben. Es ist unmöglich, daß zum Beispiel der Brotmangel auf das Fehlen der Brotfrüchte zurückzuführen ist. Wir stehen knapp nach der neuen Ernte, und es wird wohl niemand geben, der da glauben könnte, diese sei bereits aufgezehrt. Auch Mehl, Eier, Fleisch sind in genügendem Maße vorhanden. Es zeigten sich auch hier Mängel in der Verteilung. Statt einer durchgreifenden Reform, die einem einheitlichen Plan zugrunde lag, wurden bisher stets Teilverfügungen getroffen, die vielleicht das Beste wollten, niemand aber befriedigten und dem großen Bränten des Durchhaltens keineswegs dienen konnten. Es wäre leichtfertig, zu behaupten, daß die Organisation der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung nicht sehr schwierig ist. Dessenungeachtet müssen aber alle Seminare, die ihr entgegenstehen, beseitigt werden. Der komplizierte Apparat, der bei uns herrscht, muß eben vereinfacht und ohne Rücksicht auf alle Sonderinteressen muß Wandel geschaffen werden. Was nicht da ist, muß von der Bevölkerung entbehrt werden, was aber noch in Hülle und Fülle vorhanden ist, soll auch in gleichmäßiger Weise zur Verteilung gelangen.

Die großen Schwierigkeiten, die sich in der letzten Woche bei der Brotbeschaffung ergeben haben, dürfen sich einfach nicht wiederholen. Wenn uns gesagt wird, daß der Brotmangel hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß der Konsum ein größerer war, weil Tausende von Familien mit Rücksicht auf den Schulbeginn nach Wien zurückkehrten, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß dies gewiß kein Ereignis war, daß nicht vorhergesehen werden konnte. Und schließlich leben wir ja nicht von der Hand in den Mund. Es muß ja stets ein Lager mit bestimmten Quantitäten vorhanden sein, ein eiserner Vorrat, aus dem bei unvorhergesehenen Zwischenfällen, bei Störung der Transporte usw., geschöpft werden kann. Wenn sich also bei der plötzlichen Rückkehr Tausender von Familien nach Wien Schwierigkeiten ergeben haben, hätten diese durch leihweise Entnahme aus dem enormen Vorrat am nächsten Tag behoben sein müssen. So fehlt es halt überall an der Organisation. Sittende Frauen und Kinder erhalten Milchkarten. Sie

24. IX. 1916

Angelegenheit der künftigen Lebensmittelversorgung.

sind bestimmten Milchfilialen zuweisen, und wenn sie um Milch kommen, erfahren sie, daß diese in verdorbenem Zustand nach Wien gelangt sei. Sie haben nun nicht die Möglichkeit, sich irgendwo anders die Milch zu beschaffen und müssen schwer entbehren. Wäre in einem solchen Fall vorgeesehen, daß eine Filiale, wenn tatsächlich saure Milch dort ankommt, diese Tatsache der Frau bestätigt und sie an die Zentrale sendet, so würde die Frau dort Milch erhalten können und es würde unmöglich sein, daß stillende Mütter und Säuglinge ohne Milch wären. Es gibt Tage, wo kein Mehl erhältlich ist, wo kein Zucker da ist. Da muß man nun wieder fragen: Haben wir vorläufig nicht genügend Mehl und genügend Zucker? Auch diese Frage ist auf das Entschiedenste zu verneinen. Man braucht nur zwei, drei Stunden von Wien weggehen, um alles Notwendige in Hülle und Fülle zu erschwinglichen Preisen zu erhalten.

Frauen, die aus der Gegend von Znaïm in den letzten Tagen zurückgekehrt sind, haben von dort gutes, echtes Landbrot, wie wir Wiener es selbst in Zeiten des Friedens nicht gegessen haben, mitgebracht. Aber nicht nur das, sondern selbst, um ein Beispiel zu sagen, eine Frau, die der Schreiber dieser Zeilen kennt, hat aus einem kleinen Dorf, außer zwei guten großen Laiben Landbrot 50 Kilogramm Mehl, 40 Kilogramm Reis, ja Grieß, den wir nur mehr vom Hörensagen kennen, und überdies Linsen — zu 40 Heller den Liter — mitgebracht. Hier bekommt man Linsen überhaupt nicht, und als man sie vor Monaten erhalten konnte, kosteten sie 3 K. 20 S. pro Kilogramm. Also am Lande ist noch genügend Vorrat. Man muß ihn nur in die Großstädte bringen und hier richtig verteilen. Und im richtigen Verteilen liegt das ganze Geheimnis der Versorgung der städtischen Bevölkerung.

In der gestrigen Sitzung des Wiener Gemeinderates hat Gemeinderat Rohner mit Recht darauf hingewiesen, daß das Trinkgelderwesen überhandnimmt,

daß jene, die Trinkgelder in reichem Maße geben, ohne sich anzustellen, alle notwendigen Lebensmittel erhalten, während tausend andre, die stundenlang, ob schön, ob Regen, vor den Geschäftslokalen stehen, abziehen müssen, ohne jene Waren zu erhalten, die zur Herstellung der Speisen notwendig sind. Es ist vor allem notwendig, daß der Lebensmittelhandel in andre Bahnen gelenkt werde. Es spielt sich der Fall ab, daß, wenn in einem Bezirke Mangel an irgendeinem Lebensmittel eintritt, die ganze Bevölkerung in andre Bezirke geht, um sich dort das Fehlende zu kaufen, und mehr als das, sofort schwarz sieht, nicht an eine momentane Stockung glaubt, sondern einkauft, soviel sie nur kann. Es verbreitet sich aber auch sofort das Gerücht von der Tatsache, daß ein Geschäft über eine größere Menge eines bestimmten Lebensmittels verfügt, und sogleich läuft alles dort hin, um was nur möglich ist, zu erhalten. Es wäre also eine der dringendsten Aufgaben, die einzelnen Bezirke nach der Bevölkerungsanzahl in gleicher Weise mit Lebensmitteln zu dotieren und festzusetzen, daß jeder nur in dem Bezirk seines Wohnortes berechtigt ist, Lebensmittel zu kaufen. Andererseits könnte

man dann aber auch unter Zuziehung der in diesem Bezirk gewerblichen Verkäufer diesen für ihre Verschleißlokale genau so viel Ware zuweisen, als naturgemäß der auf sie entfallenden Konsumentenzahl entspricht. Es geht nicht an, daß einzelne mehreren Konsumorganisationen angehören, bei allen diesen einkaufen und überdies ihre Mädchen anstellen lassen. Das bringt ein Mißverhältnis zwischen reich und arm, das von niemand gewünscht werden kann. Die Einführung der Familieneinkaufskarte würde ebenfalls manchen Uebelständen abhelfen.

Es wird sich vielleicht als notwendig herausstellen, daß wir die vorhandenen Vorräte stärker strecken müssen, als es bisher der Fall war. In zahlreichen deutschen Städten denkt man daran, die Einheitsküche einzuführen. Das heißt, daß jeder private Haushalt aufhört, daß der Einkauf von Lebensmitteln überhaupt eingestellt wird, und daß jeder, ob reich, ob arm, in den Kriegsküchen, die von den Gastwirten und andern Gewerbetreibenden geführt werden können, ausgespeist wird. Gegen die Kriegsküchen bestehen zahlreiche Bedenken, die hauptsächlich in der schwierigen Organisation dieses Massenbetriebes liegen. Für die Kriegsküchen spricht der Umstand, daß wir uns gleichsam in einer Festung befinden. Wir wissen, über wie viel wir verfügen und wie lange wir durchhalten müssen. Die richtige Verteilung wäre durch diese idealste Zentralisierung gewährleistet, und die Stradung der Vorräte wäre gesichert.

Dazu käme noch die unendliche Ersparnis an zu verarbeitenden Rohmaterialien, wie an Hilfsstoffen (Brennstoffen), sowie die Verwertungsmöglichkeit so vieler Abfälle, welche heute in einzelnen minimalen Mengen beim kleinen Familienhaushalt zersplittern, zumeist verloren gehen.

Ob es nun zur allgemeinen Kriegsküche kommt oder nicht — die übrigens von dem Schreiber dieser Zeilen vor längerer Zeit bei den Zentralstellen angeregt wurde —, eines ist sicher: Es muß etwas geschehen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beheben und zu verhindern, daß diese in gesteigertem Maße neuerlich austauschen. Wir werden durchhalten, aber Voraussetzung ist eine stramme Organisation, die der Bevölkerung die Möglichkeit zum Durchhalten gibt. Die Tätigkeit des neugeschaffenen staatlichen Ernährungsdienstes begleiten jedenfalls die besten Wünsche der Bevölkerung.

Ernst Liebinder.

Die Einrichtung eines staatlichen Ernährungsamtes.

Wien, 23. September.

Auf dem Wege der Zentralisierung des Ernährungsdienstes soll ein weiterer Schritt durch die Errichtung eines staatlichen Ernährungsamtes im Rahmen des Ministeriums des Innern gemacht werden. Diejem neuen Amte ist nicht der gleiche Wirkungskreis eingeräumt wie dem Ernährungsamte im Deutschen Reiche, wo für die Neuorganisation das Verhalten des Reiches zu den Bundesstaaten zum Teil entscheidend gewesen ist. Hier erschiebt es dagegen nur notwendig, im Rahmen des Ministeriums des Innern eine Einrichtung zu schaffen, durch welche ohne bureaukratische Weitwendigkeit wichtige Beschlüsse in Ernährungsfragen durchzuführen sind, die im Einvernehmen der beteiligten Ressortministerien getroffen werden. Das ist jetzt durch die Kreierung des Ernährungsamtes geschehen.

Die Entschlüsse in Ernährungsfragen werden nun in folgender Weise vollzogen: Mit der Vorbereitung aller notwendigen allgemeinen Anordnungen bleibt die interministerielle Approvisionierungskommission nach wie vor betraut, durch deren Errichtung ohnedies die Schwierigkeit einer sonst notwendigen Verständigung der einzelnen Ressorts beseitigt ist. Die nach der Vorbereitung durch die Approvisionierungskommission notwendigen staatlichen Verordnungen werden durch ein ständiges Komitee der beteiligten Minister erlassen. Die exekutive Durchführung dieser Beschlüsse ist dann Aufgabe des staatlichen Ernährungsamtes. Die Durchführung fiel bisher dem Ministerium des Innern zu; dieses Ministerium wird durch die Errichtung des neuen Amtes wesentlich entlastet werden. Darin liegt der eine Vorteil der Maßregel. Außerdem bietet die Errichtung des Ernährungsamtes den Vorteil, daß eine solche Exekutivbehörde nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtet und verwaltet werden kann. Es sei nur an die Organisation der Postsparkasse erinnert, welche dadurch, daß sie als eigenes Amt ausgestaltet und nicht als eine Sektion des Handelsministeriums organisiert wurde, von vornherein nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden konnte, wie überhaupt heute schon innerhalb der einzelnen Ministerien Abteilungen, namentlich das Patentamt und das Versicherungsamt, bestehen, welche innerhalb des ministeriellen Rahmens mit größerer Selbständigkeit die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können.

Der Entscheidung der Zentralstellen werden wie bisher alle grundlegenden Fragen und prinzipiellen Beschlüsse vorbehalten bleiben. Die Zentralstellen werden zum Beispiel zu bestimmen haben, ob und inwieweit Gerste verbraucht werden darf, welche Artikel etwa noch weiter einer Verbrauchsregelung unterworfen werden sollen. Die Durchführung dieser Beschlüsse obliegt dann dem Ernährungsamte. Das Ernährungsamt kann sich der Mitarbeit von Fachleuten, welche außerhalb des Beamtenkreises stehen, versichern. Diejem Amte sollen auch Ministerialkommissäre als Inspektionsorgane zur Führungnahme mit den Landes- und Bezirksbehörden beigegeben werden. Dadurch wird es auch möglich sein, die Sonderbestrebungen einzelner Bezirke zu verhindern. Diese Einrichtung kann daher, wenn sie zweckmäßig ausgestaltet

und geleitet wird, ein nützlicher Schritt zur Vereinheitlichung des Approvisionierungswesens werden. Es wird dies nur davon abhängen, ob das neue Amt von kaufmännischem Geiste erfüllt sein und den Ereignissen des täglichen Lebens Rechnung tragen wird.

Die Errichtung des Ernährungsamtes befundet den ernststen Willen, alle Maßregeln zu ergreifen, um mit möglichster Oekonomie die Heranziehung aller für die Nahrung geeigneten Bestände für diese zu sichern. Ein solches kann jetzt bereits als gewiß angenommen werden: Das Durchhalten mit den verfügbaren Getreidevorräten und sonstigen Lebensmitteln ist gesichert. Die Aushungerungspolitik der Feinde wird abermals hinfällig werden: Wir werden auskommen und durchhalten.

24./IX. 1916

Wie der Lebensmitteldiktator seines Amtes waltet.

Maßnahmen des deutschen Kriegsernährungsamtes.

Nachdem die günstige Ernte in Weizen, Roggen, Gerste und insbesondere in Hafer im deutschen Reich gesichert erscheint, wird dort die Brotartenwochenration für Schwerarbeitende und für die Jugend von 12 bis 17 Jahren um 50 Gramm per Person und Tag ab 1. Oktober erhöht werden. Ferner konnte infolge der günstigen Ernte die Ermäßigung des Brotpreises durchgeführt werden, der bekanntlich von 42 auf 34 Pfennig für das Kilogramm Roggenbrot herabgesetzt wurde. Weizenrieß, der früher 45 Pfennig kostete, wurde auf 28 Pfennig ermäßigt, ebenso wurde der Preis für Graupen im ganzen deutschen Reich einheitlich verbilligt. Trotz der guten Ernte ist ein strenges Verbot erlassen worden, Getreide zur Branntweinbereitung zu verwenden. Den Brauereien wurde weniger als das halbe Quantum des Vorjahres an Gerste zugeteilt, weil das Kriegsernährungsamt auf dem ganz richtigen Standpunkt steht, daß sowohl die Konjumenten ein größeres Kontingent an Graupen für die direkte Ernährung brauchen, als auch die Landwirtschaft zur Hebung der Viehzucht einen größeren Bedarf an Gerste benötigt. Es ist nicht uninteressant einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Weizenpreis in Berlin und in London. Im August des Jahres 1916 kosteten 1000 Kilogramm Weizen in Berlin 260 Mark (dazu die Druschprämie von 20 Mark), in London 330 Mark; der amerikanische Weizen kostete dortselbst 310 Mark (zuzüglich der Fracht nach Europa zirka 370 Mark). Die Tendenz für den Weizenpreis ist in England infolge schlechter englischer und amerikanischer Ernte noch weiter steigend.

Was die Regelung des Fleischkonsums anbelangt, so wurde durchschnittlich ein Wochenquantum von 250 Gramm per Person genehmigt, an Fettstoffen 90 Gramm (inklusive Butter). Die Fleischrationen wurden in Berlin teils in frischem Fleisch, teils in Gefrierfleisch ausgefolgt, und zwar für sämtliche Bewohner der Stadt in einheitlicher Weise. Man erhofft von der Aufhebung des Kartoffelverfütterungsverbotes und infolge der reichen Futterernte eine günstige Beeinflussung der Qualität des Fleisches für diesen Winter, und das Kriegsernährungsamt rechnet damit, das durch die demnächst in Kraft tretenden Reichsleischarten zugewiesene Fleischquantum auch tatsächlich der Gesamtbevölkerung verabreichen zu können. Nur Hasen, Wildgeflügel, Gänse und Enten können außerhalb der Fleischartenabschnitte verkauft werden. Hühner werden eingerechnet. Zur Bekämpfung der Fleischknappheit hat der Berliner Magistrat Mitte August viele tausend Gänse, Enten sowie junge Hühner verkauft. In Steglitz wurden unter anderem 75 Schweine zu dem für uns außerordentlich billig erscheinenden Preis von 45 bis 50 Mark per Stück durch den Magistrat verkauft. Die Verkaufsform ist immer so gehalten, daß möglichst viele Personen bedacht werden können. Es werden ganz kleine Portionen abgegeben, wie zum Beispiel ein Viertel Gänserumpf, oder Gänselein oder Leber und Fett.

Die größte Sorge bereitet dem deutschen Kriegsernährungsamt die Fettfrage. Der Kriegsausschuß für Fett und Del hat festgestellt, daß der Jahresverbrauch im Frieden mit 400.000 Tonnen anzunehmen ist. Im Krieg ist anfangs ein Mehrbedarf eingetreten, infolge der Forderungen für die Heeresverpflegung. Es mußte daher vor allem eine Beschränkung des Fettverbrauches für technische Bedürfnisse (Farbwaren, Leder, Textilindustrie) und Rationierung für die Ernährung in den Gefangenen- und Flüchtlingslagern sowie sparsamste Rationierung auf dem Gebiet der Massenauspeisungen vorgenommen werden. Danach ist man zur Rationierung des Einzelhaushaltes geschritten. Durch all diese Maßnahmen war es möglich, den Kriegsbedarf auf das Maß von 40.000 Tonnen zu beschränken. Nun schritt man an die Vergrößerung der Anbaufläche für Delisaaten, man sucht durch Verarbeitung von Obstkernen, Traubenkernen, Ballnüssen und die Verwendung der ölreichen Samen von Linden und Buchedern schon für diesen Winter die Magarineherzeugung günstiger zu gestalten. Um das vorhandene Fett vor allem für die menschliche Ernährung sicherzustellen, wurde verboten, Seife zu Scheuerzwecken überhaupt zu verwenden.

24./IX. 1916

*Hier vor Lebensmittelkarten für
Christenmüllerei.*

Die schwere Milchknappheit, unter der speziell Berlin leidet, hatte zur Folge, daß ab 1. September Vollmilch nur an Säuglinge, Schwangere, stillende Mütter und Kranke abgegeben werden darf. Im übrigen vollzieht sich der Milchverkehr der Stadt Berlin nur im Rahmen der Magermilchverabreichung. Auf diese Weise soll auch die Buttererzeugung entsprechend gefördert werden. Diese Verordnung hat bei der sonst so wohldisziplinierten reichsdeutschen Bevölkerung in auffallender Weise zu Umgehungsversuchen geführt und es soll ein regelrechter Handel mit Krankenatresten getrieben worden sein. Zweidrittel der Bevölkerung soll sich tatsächlich die ärztliche Bescheinigung für die Notwendigkeit des Vollmilchbezuges beschafft haben. Eine strenge Kontrolle ist bemüht, diesen Unfug einzudämmen. Um der Butternot zu steuern, hat das Kriegsernährungsamt verfügt, daß alle jene Milchbetriebe, die mehr als 50 Liter Milch täglich produzieren, ihr Erzeugnis an Butter dem zuständigen Kommunalverband abliefern müssen. Gegen diesen Erlaß des Herrn v. Batocki hat der Deutsche Landwirtschaftsrat energisch protestiert und auf die Kuh schlachtungen, die derselbe zur Folge haben würde, hingewiesen. Als Gegenaktion hat der Brandenburg-Berliner Viehverband eine Prämie von 100 Mark ausgeschrieben, für jeden Landwirt, der eine neue Milchkuh einstellt.

Was die Kartoffelversorgung anbelangt, so stand Berlin bis jetzt im Zeichen der wechselnden Tendenz. Die hohen Vorkriegepreise hatten im August sehr starke Anlieferungen von Frühkartoffeln zur Folge, die im selben Maß als die Preise herabgesetzt wurden, abgenommen haben. Der Magistrat Berlin rüft die Bevölkerung zur Eigenversorgung mit Kartoffeln auf und es wurde verfügt, daß zur Deckung des Winterbedarfs an die Konsumenten Ende September und Anfang Oktober der Zentner Kartoffel zu Mk. 4.75, zugestellt in den Keller des Verbrauchers, abgeliefert werden muß. Im Kleinhandel ist der Preis auf Mk. 5.50 festgesetzt worden. Das Defizit, das aus dieser Preisbildung entsteht, tragen zu gleichen Teilen die Kommunalverbände und das Reich. Was die Obst- und Gemüseversorgung anbelangt, so hat das Ernährungsamt durch Höchst- und Höchstpreise sowie dadurch, daß Obst- und Gemüsehandlaren und der Einkauf der Obstkonserverfabriken unter behördlicher Kontrolle stehen, auf eine angemessene Preisbildung hingewirkt. Um günstige Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen, wurde der direkte Bezug vom Produzenten für die Konsumentenorganisationen gefordert, ferner wurden Obstabonnements von der Landwirtschaftskammer ausgegeben und 14 Obstmärkte veranstaltet, die der Bevölkerung günstige Einkaufsmöglichkeiten boten. Obstwein darf ab 16. d. gewerblich nicht erzeugt werden, Obstmost nur ausnahmsweise, Obstbrautwein nur von jenen Betrieben, welche die betreffende Konzession schon von früher besitzen, doch darf dabei Obst nur in einer von der Reichsstelle erlaubten Menge verwendet werden.

Es herrscht konstante Zuckerknappheit, deshalb wird Saccharin in größeren Mengen in den Handel gebracht. Als Ursachen der Zuckerknappheit nennt man die verkleinerte Anbaufläche sowie die Massenerzeugung von Kunsthonig. Doch berechnet das Statistische Amt, daß Deutschlands Jahresbedarf (im Frieden 15,000,000 Tonnen) gedeckt sein dürfte, da eine annähernd mittlere Zuckerernte zu erwarten ist. Uebrigens ist wie auf allen anderen Gebieten so auch auf dem Gebiete des Zuckers die Produktion allgemein zurückgegangen, und es beträgt der sichtbare Weltvorrat 3,031,300 Tonnen gegen 4,783,500 im Vorjahr. Bezüglich der Preise sind die Preise allgemein anziehend. Die Großhandelsgesellschaften erzielten hohe Gewinne und Englands Aufkäufe an Fischen und seine gegen Deutschland im neutralen Ausland erzwungenen Ausfuhrverbote wirken selbstverständlich außerordentlich preisverteuernd. Als Folgeerscheinung der stets steigenden Tendenz ist der in Aussicht genommene Käuferpreis zu nennen.

Schließlich seien noch die von den Wiener Konsumenten ebenso oft als vergeblich verlangten Marmeladehöchstpreise erwähnt, die in Deutschland folgendermaßen festgesetzt wurden: Erdbeer und Himbeer Mk. 1.40 per Pfund, Johannisbeer, Kirichen, Heidelbeer, Stachelbeer Mk. 1.08 per Pfund. Zwetschken variieren zwischen 53 und

78 Pfennig per Pfund, je nach der Menge des Einkaufes und der Art der Verpackung.

Selene Granitsch.

Ein staatliches Ernährungsamt.

WTB Wien, 23. Sept. Für die nächste Zeit steht eine weitere Ausgestaltung des staatlichen Ernährungsamtes bevor, die den Zweck verfolgt, die bisher bestehenden Einrichtungen in zweifacher Hinsicht zu ergänzen. Einerseits soll die staatliche Verwaltungs- und Ordnungsgewalt in ihrem weiteren Ausbau vereinheitlicht werden, andererseits die staatliche Exekutivgewalt dadurch eine Kräftigung erfahren, damit die Durchführung der getroffenen Maßnahmen und damit die Übereinstimmung der Praxis mit den bestehenden Vorschriften allenthalben vollkommener als bisher gesichert wird. In erster Richtung ist hervorzuheben, daß mit der Vorbereitung der notwendigen allgemeinen Anordnungen ein interministerieller Ernährungsausschuß betraut bleibt. Für eine zeitgemäße Beschlußfassung der Regierung in wichtigen Angelegenheiten wird durch Einsetzung eines ständigen aus den nächstbeteiligten Ministern gebildeten Ausschusses vorgesorgt, der regelmäßig zusammentritt. Hinsichtlich der Exekutive in Ernährungsfragen wird im Rahmen des Ministeriums des Innern ein unter besonderer Leitung stehendes staatliches Ernährungsamt geschaffen werden. Diesem Amte werden Ministerialkommissare beigegeben, die als Aufsichtsorgane für den Bereich aller Länder durch ständige Fühlung mit den Landes- und Bezirksbehörden die Einheitlichkeit des Vorgehens in Ernährungsfragen und die genaue Beobachtung der erlassenen Bestimmungen zu überwachen haben; innerhalb der einzelnen Bezirke wird ein ständiger Aufwachtdienst durch die politischen Behörden und durch nach Bedarf ihm beigegebene staatlich bestellte Organe eingerichtet werden.

„Nur auf Grund eines ärztlichen Attestes!“

* Je mehr wir, der Not gehorchend, unsere Lebensmittelwirtschaft der Verstaatlichung unterstellen, weil wir nur so den Druck der durch die Abschirmungspolitik Englands geschaffenen Zwangslage gleichmäßig verteilen, um so mehr werden wir auch den Grundsatz aufrechterhalten müssen, eine aus irgendeinem Grunde bedürftigere Minderheit zu bevorzugen. Aus der Erkenntnis solcher Notwendigkeit entstand die Zufuhrkarte, entspringend in verschiedenen Stadien die Abstufung der Lebensmittelpreise nach der sozialen Schichtung der Bezahler. So entstand aber auch die Verpflichtung, gewissen Gruppen von Bezählern die Berechtigung zum Bezug dieser größeren Menge der rationierten Lebensmittel als der Allgemeinheit zuzuerkennen.

So hat beispielsweise ein Säugling heute größere Rechte auf verschiedene unter Markenzwang stehende Waren als ein ausgewachsener Staatsbürger. Er hat mehr Seife, mehr Mehl, mehr Zucker, und auch seine Milch hat ihm der Staat in guter Vorbedachtigkeit gewährleistet dadurch, daß der Milchhändler auf seine Karte unter allen Umständen liefern muß. Ob er diese seine Milch nun als Flaschenkind oder auf dem Umweg durch seine Mutter genießt, bleibt sich gleich, genau wie beim Mehl und beim Zucker. Die Pflegebedürftigkeit des Kindes ist durch Zurechnung größerer Rationen staatlich anerkannt, und der Staat entspricht damit nur einem in Deutschland schon längst geheiligten Grundsatz, das Kind als wertvolles Erbgut jeder Generation anzusehen.

Gleicher Fürsorge wie das Kind erfreuen sich aber die alten Leute und die Kranken, nur daß ihre Ansprüche auf höheren Bezug dieses oder jenes rationierten Lebensmittels ärztlich attestiert sein müssen. Diese Vorsorge ist durchaus anzuerkennen, denn ohne diese Vorschrift würde kein Maß und keine Grenze innegehalten werden können. Aber selbst das ärztliche Attest an sich kann in jedem Fall nicht als genügender Beweis auf die Berechtigung eines höheren Bezuges dieses oder jenes Lebensmittels anerkannt werden, und so unterliegen in Hamburg die der Kommission für Kriegsversorgung zugehörigen ärztlichen Atteste noch einer Begutachtung durch eine Sonderkommission beim Medizinalamt. Bis vor kurzer Zeit erhielten, wie bekannt sein dürfte, alle Leute über 75 Jahre ein Viertelpfund Butter mehr. Die Menge der so bewilligten Butter war aber nicht mehr zu beschaffen, so daß man auch hier die Zuweisung von einem ärztlichen Attest abhängig machte, wobei das Medizinalamt sich auf den Standpunkt stellte, daß ein Alter von 75 Jahren an sich noch nicht gleichbedeutend sei mit größerer Pflegebedürftigkeit. Da das Medizinalamt seine Gutachten auf Grund wissenschaftlicher Erfahrungen und genauer Prüfung jedes einzelnen Falles erstattet, so muß man sie billigerweise als zu Recht bestehend anerkennen.

Je mehr man aber den größeren Bezug rationierter Lebensmittel von dem Vorliegen eines ärztlichen Attestes abhängig macht, um so mehr wächst auch die Gefahr, daß viele, die begründeten Anspruch hätten, leer ausgehen. Es darf nicht vergessen werden, daß ärztliche Atteste Geld kosten, und Geld ist rar geworden in dieser Zeit, so daß mancher sich lieber eine ihn schädigende Entbehrung auferlegt, als daß er das Geld ausgibt. Man darf nicht einwenden, daß, wer kein Geld hat, ja zum Armenarzt gehen könne, denn die Inanspruchnahme eines Armenarztes ist nicht jedermanns Sache, selbst nicht die mancher Leute, denen nach ihrer ganzen Lage kein Vorwurf zu machen wäre, wenn sie dessen Hilfe beanspruchten. Leichtler haben es auch hier wieder die Bessergestellten, bei denen die Ausgabe für ein ärztliches Attest, selbst wenn es erfolglos bleibt, keine Rolle spielt.

Aber der Aufwand für ein ärztliches Attest wäre zu verschmerzen, wenn es ein einmaliger Aufwand wäre; jedoch nach Ablauf eines gewissen Zeitraums muß ein neues Attest eingeholt werden, da diese Atteste nur auf eine Frist ausgestellt werden, und Kosten kommen so zu Kosten. Dieses soll so aber, wenn irgend möglich, vermieden werden. Wie eine Wöchnerin durch den Geburtschein des Kindes und den ärztlichen Nachweis, daß sie selbst still für eine entsprechend lange Zeit gewisse Vorzugsrechte genießen sollte, so auch die Kranken, deren Krankheit als langwierig und in ihren Folgen als erheblich erkannt ist. Es könnte der Ausweg gefunden werden, daß die Nachprüfung eines schon einmal vom Medizinalamt als berechtigt anerkannten Falles auf Mehrbezug eines Lebensmittels für den Betroffenen kostenlos durch einen vom Medizinalamt anzuzureichenden Arzt geschehe. Auch könnte überhaupt bis zu einer gewissen Einkommensgrenze die Ausstellung solcher ärztlicher Atteste kostenlos geschehen, wobei, um gegen unmäßige Inanspruchnahme Vorsorge zu treffen, die abgelehnten Anträge von den Betroffenen zu bezahlen wären, sofern diese Anträge von vornherein als unzulässig erkannt werden. Die bevorstehende Einschränkung im Milchverbrauch wird vom Medizinalamt wieder eine Fülle von Attesten bringen, ebenso die Einführung der Fleischkarte, denn mancher Kranke wird einen erhöhten Fleischgenuß durchaus nötig haben. Und er wird ihm auch gewährt werden. Es werden, wie wir hören, für Diabetiker z. B. Sonderkarten bis zu 700 Gramm ausgestellt werden können. Aber es geht nicht an, daß jedem Kranken auch noch Kosten erwachsen, die in dieser Zeit besonders schwer empfunden werden. Darum wäre es zu wünschen, wenn die zuständige Stelle dieses „nur auf Grund eines ärztlichen Attestes“ auf eine der Allgemeinheit zugewandte, etwa in der von uns angedeuteten Weise löse.

26./IX. 1916

Neue Lebensmittelkarten.

Vom 2. Oktober an gibt es wieder eine Änderung in unseren Lebensmittelkarten. Die bisherige Lebensmittelkarte, die Bezugskarte für Fleisch und Eier und die Fleischkarte kommen in Wegfall. Dafür werden diese Woche in den Brotkommissionen neue Karten abgegeben, und zwar anstelle der bisherigen drei nur zwei Karten.

Die Bezugskarte für Fleisch und Eier ist, wie wir früher schon vorschlugen, in die Lebensmittelkarte, in Buchform, aufgenommen worden. Diese neue Lebensmittelkarte ist in der bisherigen Form gehalten und vom 2. Oktober 1916 bis zum 7. Januar 1917 gültig. Den Abschnitten für die Eintragung der bezogenen Lebensmittel ist ein solcher für Süßstoff (Saccharin) beigelegt. Die bisherigen Abschnitte Grieß oder Graupen und Reis oder Hülsenfrüchte sind zusammengelegt. Der Abschnitt für Seife und Seifenpulver usw. fällt weg. Dafür wird die neue Reichsseifenkarte ausgegeben. Diese ist bis März 1917 gültig und sieht 50 Gramm Feinseife und 250 Gramm Seifenpulver für den Monat vor.

Anstelle der bisherigen Fleischkarten in Heftform haben wir vom nächsten Montag ab die Reichsfleischkarte. Diese Karte besteht aus einer Stammkarte und quadratischen Abschnitten (Fleischmarken). Sie hat bis zum 20. Oktober oder für vier Wochen Gültigkeit. Kinder unter sechs Jahren erhalten nur eine halbe Karte. Die Vollkarte enthält 40 Abschnitte, je zehn für eine Woche, die Kinderkarte 20, je fünf für eine Woche; die Abschnitte tragen den Ausdruck „ $\frac{1}{10}$ Anteil“. Da die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die wöchentlich auf die Fleischkarte entnommen werden darf, bis auf weiteres auf 250 Gramm (bisher in Frankfurt 500 Gramm) Schlachtwiehfleisch mit eingewachsenen Knochen festgesetzt ist, entspricht ein Zehntel Anteil fünfundzwanzig Gramm. Auf der Rückseite der Fleischkarte wird darauf hingewiesen, daß anstelle von je 25 Gramm Schlachtwiehfleisch mit eingewachsenen Knochen entnommen werden können, 20 Gramm Schlachtwiehfleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck, Rohfett oder 50 Gramm Wildbret, Fleischwurst, Eingeweide, Fleischkonserven einschließlich des Dosengewichts, Hühner (Hähne und Hennen) sind mit einem Durchschnittsgewicht von 400 Gramm, junge Hähne bis zu $\frac{1}{2}$ Jahr mit 200 Gramm einzurechnen.

Außer dieser neuen Karte sind die bereits schon ausgegebenen Kartoffelkarten bis zum 1. April eingeführt. Jede Person erhält, wie schon gemeldet wurde, zwei Kartoffelkarten mit je neun Abschnitten zu 10 Pfund. Beim zentnerweisen Bezug von Kartoffeln im Oktober und November berechtigt eine Kartoffelkarte zum Bezug von einem vollen Zentner. Bei dieser Eindeckung werden aber zehn Pfund mehr gegeben als beim pfundweisen Bezug. Die bisherigen Kartoffelkarten behalten noch ihre Gültigkeit. Da infolge des derzeitigen Kartoffelmangels die meisten Familien ihre Kartoffelkarten nicht voll benutzen konnten, werden ihnen diese Karten im nächsten Monat sehr zu statten kommen.

Eine Nahrungsmittel-Messe in Wien.

Der Wiener Handels- und Industrieverein hat bei den maßgebenden Stellen beantragt, eine Nahrungsmittel- und Surrogate-Messe in Wien zu veranstalten. Durch diese Messe würde — so glaubt der Verein — die legitime Industrie und der legitime Großhandel gefördert und der Kettenhandel bekämpft werden, außerdem wäre dadurch den Konsumenten Gelegenheit geboten, eine Uebersicht und ein klares Urteil über jene Surrogate zu erhalten, deren Preise und Qualität entsprechen. Die vor kurzem in Leipzig stattgehabte Nahrungsmittel- und Surrogate-Messe hatte, trotzdem zu deren Vorbereitung nur drei Wochen aufgewendet worden waren, einen großen Erfolg und ist gegenwärtig auch in Berlin eine gleiche Unternehmung in größerem Stile im Zuge.

Der Wirkungskreis des neuen Ernährungsamtes.

Wien, 26. September.

Das Organisationsstatut des neuen Ernährungsamtes ist zwar noch nicht veröffentlicht worden, aber aus der Mitteilung, durch welche der Plan der Errichtung des Amtes bekannt wurde, läßt sich ziemlich genau erkennen, welche Aufgaben demselben zugewiesen werden und welche Grenzen seinem Wirkungskreise gesteckt sind. Die Festlegung der prinzipiellen Grundsätze in der Ernährungsfrage bleibt der interministeriellen Approvisionierungskommission vorbehalten. Für eine große Anzahl von Artikeln ist durch dieselbe die Beschlagnahme von Waren, die Ernährungszwecken dienen, ausgesprochen ein Verteilungsplan in großen Zügen festgelegt und grundsätzliche Regeln für den Verkehr in wichtigsten Artikeln verfügt worden. So ist die Beschlagnahme des Getreides und der Futtermittel angeordnet, ferner ist, allerdings nur für Brotgetreide, ein Verteilungsplan aufgestellt worden, während dies für Futtermittel nicht erfolgt ist und hier nur der Futtermittelzentrale die Versorgung des Konjumes überlassen wurde. Für Kaffee und Zucker sowie für Fettstoffe sind nur die individuellen Stoffquoten festgesetzt und durch das Kartensystem die Unmöglichkeit geschaffen worden, daß irgend jemand mehr als seinen Anteil erhält. Für den Rindviehverkehr sind grundsätzliche Bedingungen aufgestellt und für die Frage der Milchversorgung nur gewissermaßen eine Blankettverordnung erlassen worden. Daneben erfolgte für manche Lebensmittel, wie für Kartoffeln, eine Höchstpreisverordnung; gleichzeitig wurden bestimmte Bedingungen für den Verkehr vorgeschrieben, durch welche eine Requisition ermöglicht wird; für Zwetschken wurden Höchstpreise, allein für Bier und Spiritus nur eine Produktionsbeschränkung verfügt.

Bei der Durchführung aller dieser Verordnungen erscheint jedoch noch eine große Anzahl von Verfügungen notwendig, wenn das Ziel einer gleichmäßigen und sparsamen Versorgung aller Schichten der Bevölkerung aus unseren Lebensmittelvorräten erreicht werden soll. Es ist sicher als eine zu billigende Maßnahme zu betrachten, wenn diese Aufgabe einer einzigen Zentralstelle überwiesen wird, denn nur dann kann Sonderbestrebungen einzelner Kronländer oder einzelner Bezirke, welche sich bisher in sehr empfindlicher Weise fühlbar machten, zielbewußt entgegen gearbeitet werden. Auch ergeben sich alltäglich neue Situationen, denen sofort mit entsprechenden Verfügungen Rechnung getragen werden muß, soll nicht der ganze Ernährungsplan durchkreuzt werden. Gerade in der letzten Zeit sind Störungen in der Konsumversorgung wichtiger Artikel erfolgt, die nur dadurch möglich wurden, daß nicht eine autoritative Stelle bestand, welche auf Grund der ihr möglichen Orientierung die Gefahren voraussehen und denselben durch geeignete Maßnahmen vorbeugen konnte.

Auch auf die Preisbildung kann eine derartige Zentralstelle bis zu einem gewissen Grade Einfluß nehmen. Es ist dies das allerschwierigste Problem, weil bei den Preisen wichtiger Artikel darauf Rücksicht genommen werden muß, daß die Produktion nicht eingeeengt werde. Eine Zentralstelle kann aber allen Preisschwankungen ihre volle Aufmerksamkeit schenken und Preisexzesse oft im Keime ersticken. Es ist dies eine höchst schwierige Aufgabe, die aber doch nur erfüllt werden kann, wenn sie einer Stelle übertragen wird, welche innerhalb des ihr gesteckten Rahmens die weitestgehenden Vollmachten besitzt und einen Apparat zur Verfügung hat, der nicht mit bureaukratischer Weitschichtigkeit, sondern mit kaufmännischer Raschheit und Entschlußfähigkeit funktioniert. Wichtig ist auch, daß die Informationen über die Verhältnisse in den Kronländern durch Organe dieser Zentralstelle eingeholt werden und daß diese Inspektoren ohne alle Zwischeninstanzen ihre informativen Berichte der Zentralstelle direkt erstatten. Man bedenke nur, welcher weiter Weg es war, auf dem bisher derartige Berichte eingeholt werden mußten; bis dieselben in die Zentralstelle einlangten, waren die Verhältnisse oft ganz verändert. Außerdem war es hiedurch einzelnen Kronländern, ja oft sogar einzelnen Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden möglich, Approvisionierungspolitik auf eigene Faust zu treiben, und so ergaben sich die merkwürdigsten Ungleichheiten in den Approvisionierungsverhältnissen, welche in minder begünstigten Bezirken oft sehr bitter empfunden wurden.

Wir wissen, daß die Konsumversorgung eine höchst schwierige Aufgabe ist und die Situation, in der wir uns befinden, der Bevölkerung Opfer auferlegt. Diese werden aber um so williger getragen werden, wenn die Bevölkerung die Gewißheit hat, daß alle Schichten, die Bewohner aller Kronländer hiedurch gleichmäßig betroffen werden. Die bisherigen Beschlüsse der Regierung, die auf Grund der in der Approvisionierungskommission erfolgten Einigung der Ressorts erlassen wurden, sollten diesem Ziel dienen, unser ganzer Nahrungsmittelvorrat sollte hiedurch zu einem einzigen Reservoir werden, aus welchem die ganze Bevölkerung nach ihren Bedürfnissen und ihrem quotenmäßigen Anteil schöpfen sollte. Diese Aufgabe kann nur

dann gelöst werden, wenn gewissermaßen die Exekutive in eine einzige Hand gelegt wird. Deutschland hat diesen Weg bereits beschritten; dort war jedoch nach der deutschen Verfassung eine viel weitgehendere Konzentrierung notwendig, indem auch die Aufstellung der grundlegenden Prinzipien erst verwirklicht werden mußte. Bei uns erschien dies nicht notwendig, weil durch die Schaffung der Approvisionierungskommission die Zusammenfassung aller für die Versorgung notwendigen Maßnahmen bereits erfolgt ist. Es fehlte nur an einer Stelle, welche die Durchführung einheitlich verfügen konnte, was um so notwendiger ist, als die Erscheinungen des tagtäglichen Lebens sofortiges Eingreifen erfordern und Kompetenzbedenken solchen nur hindernd in den Weg treten können.

Das neue Ernährungsamt ist nun das einheitliche Exekutivorgan, welches selbständig die Detailverfügungen treffen kann und soll, um unseren Nahrungsmittelvorrat, welcher das Durchhalten sicher ermöglicht, in sparsamer und gleichmäßiger Weise unter alle Schichten der Bevölkerung zu verteilen. So sollen Störungen vermieden werden, durch welche die Versorgung erweckt wird, daß eine Not bestehe, welche tatsächlich nicht begründet ist. Mit der Errichtung des neuen Amtes ist es allerdings nicht abgetan. Hier gilt noch mehr als in anderen Fällen das Wort, daß nicht Maßnahmen, sondern Männer die Hauptsache sind. Die Leiter des neuen Ernährungsamtes müssen mit zielbewußter Rücksichtslosigkeit vorgehen, niemals Sonderinteressen schonen, alle Ereignisse des täglichen Lebens mit offenem Auge verfolgen, rasche Entscheidungen fällen und schließlich nicht davor zurückweichen, energische Maßnahmen zu treffen, wenn hiedurch das gesteckte Ziel gefördert wird. Die Errichtung des Amtes ist sicher ein guter Gedanke, der jedoch sich nur dann als segensreich erweisen wird, wenn die Organe desselben ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Der Deutsche Städtetag gegen die staatlichen Preiszuschüsse.

Wie bekannt, will das Reich Zuschüsse an die Gemeinden leisten, wenn diese den Kartoffelbezug den Abnehmern zu einem vom Kriegsernährungsamt bezeichneten Preis ermöglichen. Der in Berlin zusammengetretene Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hat gegen diese Preispolitik der Zuschüsse protestiert, indem er behauptet, daß dadurch die erhöhten Erzeugerpreise verdeckt werden sollen. Der Hauptausschuß faßte einstimmig folgende Entschlie-
 Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages billigt ausdrücklich sämtliche Schritte, die der Vorstand getan hat, um bei den Spätkartoffeln den Gemeinden das ihnen gesetzlich zustehende Recht auf Festsetzung der Verbraucherpreise auch in der Wirklichkeit zu erhalten. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß der höchst unerwünschte Ausgang dieser Erörterungen nicht eingetreten wäre, wenn das Kriegsernährungsamt vor Nennung bestimmter Preise für die zur Einkellierung oder im Kleinverkauf abzugebenden Kartoffeln den deutschen Städten Gelegenheit zur Darlegung ihres reichen Erfahrungsmaterials gegeben hätte. Behafteter Einspruch muß gegen das Bestreben eingelegt werden, den Verbraucherpreis durch das künstliche Mittel einer Zuschußleistung aus öffentlichen Kassen herabzusetzen und die Städte durch gesetzlichen oder tatsächlichen Druck zur Beteiligung an einem solchen Vorgehen zu nötigen. Es ist ein Irrtum, diese Zuschüsse mit den Zwischenhandelskosten in Verbindung zu bringen, deren Höhe durch unabänderliche Notwendigkeiten feststeht. Vielmehr bedeutet die Zuschußleistung eine Abgleichung der erhöhten Erzeugerpreise und damit die Gefahr geringern Widerstandes gegen solche Preiserhöhungen. Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages erachtet es für ausgeschlossen, daß diese im Gebiet der Spätkartoffeln erfolgte Maßnahme bei andern landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder in sonstiger allgemeiner Form wiederholt oder ausgebaut wird. Neben den besondern städtischen Gesichtspunkten, unter denen noch die Gefahr schwerster Erschütterung der städtischen Finanzen hervorzuheben ist, würden einem solchen Vorhaben auch die ernstesten kriegswirtschaftlichen Bedenken allgemeiner Art im Wege stehen; denn das Ende der damit beschrittenen Bahn wäre gar nicht abzusehen; besonders ist nicht erkennbar, wie unser Wirtschaftsleben, wenn einmal die Stützung durch öffentliche Mittel erfolgt ist, mit Abschluß des Krieges alsbald in die allein mögliche Form der Aufrechterhaltung aus sich selbst zurückkehren könnte.

Der Deutsche Städtetag beschäftigt sich hier mit einer wichtigen Frage der Preispolitik in einer Weise, die nicht den allgemeinen Beifall finden wird. Richtig ist, daß die Zuschüsse die Gefahr mit sich bringen, daß über die berechnete Höhe der Erzeugerpreise nicht so sorgfältig gewacht wird, wie es notwendig wäre, und daß, wie wir uns kürzlich ausdrückten, die Zuschüsse zu neuen Liebesgaben für die Agrarier werden. Davon abgesehen haben aber die Zuschüsse zu den Lebensmittelpreisen aus allgemeinen Mitteln in der heutigen Zeit ihre völlige Berechtigung; denn sie sind das einzige Mittel, um den wirtschaftlich Schwachen die notwendigsten Waren zu Preisen zu verschaffen, die ihrem Können entsprechen. Wenn die Grenze dessen, was dem schwachen Geldbeutel für die Bezahlung des Lebensunterhalts zugemutet werden kann, erreicht ist — und sie ist jetzt erreicht —, dann muß eben das Ganze eintreten. Wenn der Deutsche Städtetag es für ausgeschlossen erachtet, daß diese Maßnahme sich wiederholen sollte, so sind wir nicht gewiß, ob sie nicht auch beim Zucker anzuwenden ist. Bekanntlich sind zur Förderung der Produktion die Rübenpreise heraufgesetzt worden. Daß im selben Verhältnis auch der Zucker verteuert wird, ist nur zu vermeiden, wenn der Staat mit Zuschüssen eingreift. Das Ende der mit den Zuschüssen betretenen Bahn ist unseres Erachtens leicht abzusehen; es wird erreicht sein, wenn die Preisverhältnisse wieder einigermaßen normal geworden sind.

Der Deutsche Städtetag beschäftigt sich hier mit einer wichtigen Frage der Preispolitik in einer Weise, die nicht den allgemeinen Beifall finden wird. Richtig ist, daß die Zuschüsse die Gefahr mit sich bringen, daß über die berechnete Höhe der Erzeugerpreise nicht so sorgfältig gewacht wird, wie es notwendig wäre, und daß, wie wir uns kürzlich ausdrückten, die Zuschüsse zu neuen Liebesgaben für die Agrarier werden. Davon abgesehen haben aber die Zuschüsse zu den Lebensmittelpreisen aus allgemeinen Mitteln in der heutigen Zeit ihre völlige Berechtigung; denn sie sind das einzige Mittel, um den wirtschaftlich Schwachen die notwendigsten Waren zu Preisen zu verschaffen, die ihrem Können entsprechen. Wenn die Grenze dessen, was dem schwachen Geldbeutel für die Bezahlung des Lebensunterhalts zugemutet werden kann, erreicht ist — und sie ist jetzt erreicht —, dann muß eben das Ganze eintreten. Wenn der Deutsche Städtetag es für ausgeschlossen erachtet, daß diese Maßnahme sich wiederholen sollte, so sind wir nicht gewiß, ob sie nicht auch beim Zucker anzuwenden ist. Bekanntlich sind zur Förderung der Produktion die Rübenpreise heraufgesetzt worden. Daß im selben Verhältnis auch der Zucker verteuert wird, ist nur zu vermeiden, wenn der Staat mit Zuschüssen eingreift. Das Ende der mit den Zuschüssen betretenen Bahn ist unseres Erachtens leicht abzusehen; es wird erreicht sein, wenn die Preisverhältnisse wieder einigermaßen normal geworden sind.

achtet, daß diese Maßnahme sich wiederholen sollte, so sind wir nicht gewiß, ob sie nicht auch beim Zucker anzuwenden ist. Bekanntlich sind zur Förderung der Produktion die Rübenpreise heraufgesetzt worden. Daß im selben Verhältnis auch der Zucker verteuert wird, ist nur zu vermeiden, wenn der Staat mit Zuschüssen eingreift. Das Ende der mit den Zuschüssen betretenen Bahn ist unseres Erachtens leicht abzusehen; es wird erreicht sein, wenn die Preisverhältnisse wieder einigermaßen normal geworden sind.

Verteilungsordnung.

Eine neue Statthaltereiverordnung liegt vor, durch die die Milchversorgung Wiens geregelt und gesichert werden soll. Gleichzeitig wird eine weitere Verordnung angekündigt, deren löblicher Zweck es ist, die konsumierende Bevölkerung endlich von der Pein des „Anstellens“ zu befreien. Dieser Uebelstand ist in unserem Blatte wiederholt besprochen worden, und wir dürfen wohl mit Befriedigung feststellen, daß die Verbesserungsvorschläge, die wir empfohlen haben, größtenteils in die neue Verordnung Aufnahme finden sollen. Vor allem wird die Beschränkung des Lebensmittelverkaufs auf willkürlich festgesetzte Geschäftsstunden durch ein striktes Verbot beseitigt. Die Schwierigkeiten der Versorgung würden gegenwärtig eher eine Verlängerung als eine Verkürzung der normalen Verkaufszeit rechtfertigen. In Zukunft wird es dem Händler jedenfalls unterstehen, den Verschleiß durch beliebigen Ladenschluß zu unterbrechen und dem Publikum bestimmte Einkaufsstunden vorzuschreiben. Eine weitere wichtige Verbesserung wird darin bestehen, daß die von uns so oft und so dringlich befürwortete Dezentralisierung der Verkaufsstellen in weitgehendem Maße gefördert werden soll. In der heute vorliegenden Milchverordnung ist in dieser Hinsicht bereits dankenswerte Vorsorge getroffen. Die neu zu schaffende Wiener Milchversorgungsstelle, eine Körperschaft, in der neben den anderen Interessenten auch die Konsumenten

ständige Bezugsquelle das ihm gebührende Quantum zu erhalten. Dieses System legt freilich den verantwortlichen Verwaltungsstellen eine große Arbeitslast auf. Sie müssen unausgesetzt rechnen, die Vorräte in Evidenz, die Verteilungskanäle in Fluß erhalten. Kein Mädchen im Wert darf den Dienst verjagen. Dafür vollzieht sich aber bei glatter Funktion die ganze Lebensmittelverteilung in reibungsloser Weise, ohne die Sorge und Pein, ohne die furchterliche Zeitvergeudung, ohne die gesundheitlichen Schädigungen und wirtschaftlichen Störungen, die jetzt aus dem Anstellen erwachsen. Einer Arbeit und Verantwortung, die sich so reichlich lohnt, muß sich die großstädtische Verwaltung eben gewachsen zeigen.

durch ein Drittel der Mitglieder vertreten sein sollen — und ähnliche Zentralstellen sind auch für andere größere Städte und Industriezentren in Aussicht genommen —, wird in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen haben, daß der Milchkonsum durch möglichst zahlreiche Verschleißer leicht und glatt befriedigt werde. Die Verordnung zur Bekämpfung des Anstellens behnt den nämlichen Dezentralisationsgrundsatz auf das ganze Gebiet des Lebensmittelhandels aus. Eine rasche und richtige Verteilung kann in der Tat nur durch das weitverzweigte Netz des Kleinhandels bewirkt werden.

Allerdings stets nur unter der Voraussetzung: daß die Kanäle dieses Netzes aus den großen Vorräten und Zufuhren auch regelmäßig gespeist werden. Trifft dies zu, dann wird die von der Verordnung den Lokalbehörden empfohlene allgemeine Durchführung der Kundenrationierung die unleidlichen Mißstände des Anstellens rasch und sicher beseitigen. In Berlin ist das in kurzer Frist gelungen, und es wird in Wien ebenso gelingen. Die Milchverordnung nimmt bereits eine genaue Aufnahme des Rationbedarfes jeder einzelnen Milchverschleißstelle in Aussicht, und eine verlässliche Aufnahme und Deckung dieses Bedarfes ist ohne Kundenlisten gar nicht durchzuführen. Wie die Milch, so können aber auch alle anderen unentbehrlichen Gegenstände des täglichen Hausbedarfes nach demselben System an die Verschleißer verteilt und von diesen prompt in den Konsum gebracht werden. Die Kunden tragen sich in die Liste des Händlers ein, mit dem sie vertraut oder benachbart sind, oder den sie aus sonst einem Grunde bevorzugen, eine freiwillige Rationierung, die der mechanischen Zwangsrationierung nach rein örtlichem Einteilungsgrund unbedingt vorzuziehen ist; der Händler legt dann seine Kundenliste der zentralen Versorgungsstelle vor und erhält die entsprechende Warenmenge zugewiesen. Natürlich erfolgt die Aufteilung stets nach Maßgabe der jeweils gegebenen Vorräte und Zufuhren. Sie wird also nicht immer eine reichliche, aber sie wird immer eine gerechte sein. Jedes Anstellen wird dann zwecklos und überflüssig sein, weil jedermann die Sicherheit hat, bei seiner

Die Verpflegsfragen.

Das Reichs-Ernährungsamt.

Zu der amtlich angekündigten Schaffung eines Reichs-Ernährungsamtes wird uns von ministerieller Seite mitgeteilt: Die Organisationsvorschläge für das Ernährungsamt sind bereits ausgearbeitet und beschäftigen gegenwärtig den Ministerrat. In den nächsten Tagen wird die Bildung des Amtes vollzogen und seine Tätigkeit sofort einsehen. Zur Führung der einzelnen Ägenden werden lediglich sachmännisch erprobte Beamte berufen, doch werden auch — wie die amtliche Ankündigung besagte — aus dem Zivilstande kaufmännisch erfahrene Persönlichkeiten zur Beratung herangezogen. Das Amt ist als Exekutive gedacht, die gesetzgeberische Arbeit bleibt der interministeriellen Approvisionierungskommission vorbehalten. Durch das Zusammenwirken dieser beiden Körper soll ein expeditives Arbeiten erzielt werden. Das Ernährungsamt wird in vier Departements mit je einem Chef geteilt. Als Präsident ist Sektionschef v. Keller aus-
ersehen.

Die Approvisionierungskonferenz der Landeschefs.

Unter Beteiligung sämtlicher Landeschefs hat gestern die von uns angekündigte Approvisionierungskonferenz stattgefunden. Anwesend waren auch die Referenten der betreffenden Landesstellen, der interministeriellen Approvisionierungskommission, Vertreter des Kriegsministeriums und des Armeekorps-Oberkommandos. Die Beratung dauerte von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, es wurden alle wichtigen Verpflegsfragen besprochen sowie die Maßregeln erwogen, wie es bei der Fülle von Verordnungen den Behörden erster Instanz ermöglicht werden könnte, die amtlichen Vorschriften zur Geltung zu bringen und ihre energische Durchführung sicherzustellen. Dieses Ziel wäre durch eine Ausgestaltung und sorgfältige Durchbildung des Ueberwachungsdienstes erreichbar. Nachdem der Hauptreferent Hofrat Baron Fries seinen Bericht erstattet hatte, wurde in der darauffolgenden Diskussion, an der sich sämtliche Landeschefs beteiligten, und einschlägige praktikable Vorschläge vorbrachten, die Richtlinien gezogen, um eine Vereinheitlichung der Lebensmittelversorgung zu bewirken.

Ueber die näheren Details der geplanten Maßnahmen wurde uns nichts mitgeteilt, jedoch ausdrücklich festgestellt, daß die in der letzten Zeit im Publikum aufgetauchte Sorge, als ob eine Verkürzung der Brot- und Mehlrationen beabsichtigt wäre, unbegründet ist.

Der fahrende Kaufmannsladen. Familienkarten.

Das Ministerium des Innern empfiehlt weiter die Einführung von Familienkarten. Auch dadurch glaubt man dem Andrang der Konsumenten abhelfen zu können. Der Vorschlag, den die „Neue Freie Presse“ gemacht hat, die Einführung des fahrenden Kaufmannsladens und den Verkauf von Lebensmitteln durch die Schulkinder in den Schulen, wird vom Ministerium des Innern den Landesbehörden dringendst zur Einführung empfohlen. Der fahrende Kaufmannsladen wird speziell in großen Städten, hauptsächlich in Wien, seine Aufgabe in vollstem Maße erfüllen. Die Schwierigkeit, welche die Bespannung bilden könnte, dürfte, da eine große Zahl von solchen Wagen nicht benötigt wird, keine unüberwindliche sein. Wenn die Rayonierung durchgeführt ist, wenn die Zufuhr der Waren auf bestimmte Tage in den einzelnen Bezirken verteilt wird, so dürfte der fahrende Kaufmannsladen den Bedürfnissen der Bevölkerung vollkommen entsprechen.

Der fahrende Kaufmann bringt beispielsweise am Montag in den einen Bezirk gewisse Gemüse, am andern Tag Kartoffel, am dritten Tag Mehl, dann Milch und Eier in die einzelnen Rayons, und in kürzester Zeit dürften sowohl das Publikum wie die Bediensteten bei dem Anpassungsvermögen des Oesterreichers so geschult sein, daß sich der Verkehr vollständig glatt abwickeln würde. Eine große Erleichterung würde es natürlich bilden, wenn der fahrende Kaufmann noch durch den Verkauf von Waren durch Schulkinder in den Schulen unterstützt würde. Wenn beide Pläne, sachgemäß organisiert, durchgeführt werden, so könnten, davon sind wir überzeugt, alle Schwierigkeiten, die sich der Bevölkerung beim Erwerb von Nahrungsmitteln entgegenstellen, in kürzester Zeit überwunden werden.

Numerierung der Lebensmittelkarten.

Das Ministerium des Innern empfiehlt den Landeschefs, wenn sie an die Rayonierung schreiten, auch die Numerierung der Lebensmittelkarten. Der Plan geht davon aus, daß die Brot- und Mehlkarten, die Kaffeekarten, die Fettkarten usw. Nummern erhalten. Vor den Lebensmitteläden müßte dann eine Tafel angebracht werden, auf der deutlich sichtbar mitgeteilt wird, daß zum Beispiel die Inhaber von Brotkarten mit den Nummern 1 bis 50 Brot in der Zeit von 8 bis 10, die Inhaber der Karten mit höheren Nummern von 10 bis 12 usw. erhalten. Auch könnte die Abgabe zum Beispiel von Fett oder Mehl für die Nummernbesitzer an bestimmte Tage, die ebenfalls vor den Lebensmitteläden affiziert sein müßten, gebunden sein.

Was die Rayonierung betrifft, so fürchtet man, daß sie speziell ziemlich Schwierigkeiten bereiten könnte. Eine zwangsweise Rayonierung wäre überhaupt schwer durchführbar. Man denkt vorläufig an sogenannte freiwillige Kundenlisten. Die Konsumenten sollen sich bereit erklären, ihren Lebensmittelbedarf in bestimmten Verkaufsläden zu besorgen. Dadurch bekämen die Lebensmittelzentralen einen gewissen Ueberblick über den täglichen Bedarf der Verkaufsstellen und könnten auf diese Weise die Abschiebung der Lebensmittel an die Verkaufsläden leichter dezentralisieren.

28. IX. 1916

Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes.

Die Kommission beantragt,

1. daß für die Dauer der Kriegsverhältnisse ein „Hamburgisches Kriegsverorgungsamt“ eingesetzt werde,

2. daß dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt die durch die Beschlüsse des Senats und der Bürgerschaft vom 5., 8. und 9. Februar 1915 der Kommission für Kriegsverorgung zugewiesene Aufgabe der Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln, Futtermitteln und Bedarfsgegenständen übertragen und ferner der Senat ersucht werde, dem Amte die in Ausführung der ergangenen reichsrechtlichen Verordnungen durch die Landeszentralbehörde der Kommission für Kriegsverorgung der Finanzdeputation, der Deputation für Handel, Schifffahrt und Ge-

werbe und der Schlachthofdeputation auf dem Gebiete der Verbrauchsregelung zuweisenden Aufgaben sowie ferner die Festsetzung von Höchstpreisen zu überweisen,

3. daß dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt der in dem zweiten Bericht des wegen der Regelung der Verteilung von Nahrungsmitteln niedergesetzten bürgerchaftlichen Ausschusses unter Nr. 3 enthaltene Antrag zur Erledigung überwiesen werde,

4. daß das Hamburgische Kriegsverorgungsamt aus drei Mitgliedern des Senats und fünf von der Bürgerschaft zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt und eine weitgehende Übertragung der Befugnisse des Amtes auf den Vorsitzenden und die Leiter der einzelnen Abteilungen in Aussicht genommen werde,

5. daß bei einem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt ein Beirat errichtet werde, in dem namentlich auch die Kreise der Verbraucher vertreten sind, und daß die Bemessung der Zahl der Beiratsmitglieder und ihre Auswahl dem Kriegsverorgungsamt überlassen werde.

6. daß die der Kommission für Kriegsverorgung, der Finanzdeputation und der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe für die Zwecke der Versorgung mit Lebensmitteln, Futtermitteln und Bedarfsgegenständen zur Verfügung gestellten Mittel, einschließlich der daraus angeschafften und noch vorhandenen Warenbestände auf das Hamburgische Kriegsverorgungsamt mit der Maßgabe übertragen werden, daß diese Mittel wie bisher von dem übrigen Staatsvermögen unter Befreiung von den Kontrollvorschriften des Revidierten Gesetzes über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896 abgesondert verwaltet werden und über die Veranschlagung der Mittel nach Beendigung des Krieges und Erledigung der Aufgabe des Kriegsverorgungsamtes Abrechnung erteilt wird.

Der Senat erklärt seine Zustimmung zu dem Berichte der Senats- und Bürgerschaftskommission zur Beratung über die Organisation der Lebensmittelversorgung in Hamburg und beantragt, die Bürgerschaft möge die Anträge der Kommission mitgenehmigen und die von der Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes ernennen.

Die Kommissionsanträge werden angenommen.

In das Kriegsverorgungsamt werden gewählt Krause, D. Matthiesen, Dr. Peterfen, Sanné, Wiesinger.

Die Lebensmittelversorgung in Ungarn.

Budapest, 27. September. Das Abgeordnetenhaus erteilte dem Präsidenten die Ermächtigung, anlässlich des Namensfestes Sr. Majestät am 4. Oktober die ehrfurchtsvollen Glückwünsche des Hauses an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen.

Hierauf wird die Verhandlung des Berichtes des Ministerpräsidenten über die Inanspruchnahme der außerordentlichen Gewalten während des Krieges fortgesetzt.

Graf Michael Karolyi (Unabhängigkeitspartei) führt aus: Ungarn ist die Kornkammer der Zentralmächte. Dennoch vermag die Regierung selbst für die Bedürfnisse des eigenen Landes nicht vorzuforgen. Die Regierung besaß keinen einheitlichen Plan. Ihre Verordnungen waren stets einander widersprechend und machten hiedurch die Mißbräuche möglich. Die Lage ist heute unerträglich. Die Teuerung ist eine Begleiterscheinung des Krieges; aber in Deutschland wußte man sich zu großer Bescheidenheit zu zwingen, und diesem Umstand ist es zu verdanken, daß dort die Verpflegung einer Familie nur um 66 Prozent teurer geworden ist, während bei uns die Steigerung 220 Prozent beträgt. Redner zieht eine Parallele zwischen den Preisen bei uns und in Deutschland und betont, die Regierung tue nichts, um die Lage der Bevölkerung zu erleichtern, weil es ihr an sozialem Empfinden mangle. Es wäre erwünscht, daß der Verkauf der Lebensmittel konzentriert würde. Die Regierung müßte unerbittlich gegen den Lebensmittelwucher vorgehen. Heute werden aber die Mißbräuche im Wege der Zensur noch geschützt. Wenn wir nicht für eine rationelle Lebensmittelversorgung Vorkehrungen treffen, so wird sich das schwer rächen. Die Regierung wäre verpflichtet, dem Parlament über ihre Pläne eingehende Aufklärungen zu erteilen. Ein Teil der Lebensmittelfragen kann in öffentlicher Sitzung nicht erörtert werden. Es wäre daher angezeigt, daß die Regierung das Haus in geschlossener Sitzung über die vorhandenen Vorräte informiere. Im allgemeinen sei ein radikaler Systemwechsel auf allen Gebieten erforderlich. Dies sei aber nur durch das allgemeine und geheime Wahlrecht zu erzielen. (Beifall links.)

Abg. Markgraf Ballavicini (Verfassungspartei) bezeichnet es als den größten Fehler, daß durch die Uebelstände in der Lebensmittelfrage die armen Volksschichten ärger getroffen werden als die Reichen. Insbesondere in den Städten sei das System vollständig verfehlt. Es müsse dagegen Abhilfe geschaffen werden, namentlich angesichts der kommenden kalten Jahreszeit, daß die Leute stundenlang sich anstellen müssen, um die wichtigsten Lebensmittel zu erhalten. Er verlangt, daß die Behörden für die Einhaltung

der Höchstpreise in der strengsten Weise sorgen und daß auch für die unbedingt notwendigen Artikel der Indust. Höchstpreise festgesetzt werden. Der Redner verweist auch die Requirierung der Schweinebestände. Er schließt seine Ausführungen, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß nach dem Kriege nicht die Frage, ob 48er oder 67er, sondern nur soziale und wirtschaftliche Fragen das Parlament beschäftigen dürfen.

Abg. Graf Albert Apponyi (Unabhängigkeitspartei) befaßt sich zunächst mit der Rede des Abg. Gustav Graz, die er als überaus lehrreich bezeichnet, und betont aufs neue, es gehe nicht an, daß die durch den Krieg bedingten Entbehrungen nicht alle Schichten der Bevölkerung in gleicher Weise treffen. Wenn in Ungarn, dem Agrarstaate, die Lebensmittelpreise im allgemeinen viel höher sind als im Deutschen Reich, dann müssen unbedingt große Fehler die Ursache davon sein. Die Regierung besaße sich mit der Idee, den ganzen Komplex der Lebensmittelfragen in der Hand eines mit ministeriellem Wirkungskreise ausgestatteten eigenen Organs zu vereinigen. Dieser Gedanke sei im Prinzip vollkommen richtig. Alles hänge aber davon ab, daß hiefür die richtige Persönlichkeit gefunden werde, die die Verantwortlichkeit trägt, in deren Hand alle Fäden vereinigt sind, die den ganzen Komplex überblicken kann und auch den Einklang zwischen den einzelnen Gebieten der Verwaltung sicherzustellen vermag. Diese Persönlichkeit muß in unparteiischer, aber unerbittlicher Weise allen Kategorien der Bevölkerung gegenüber vorgehen. Schon der Name derselben muß eine Garantie dafür bieten, daß wir mit einem Minimum an Opfern das Maximum des Erfolges erreichen, sonst werden wir bloß ein Organ mehr besitzen.

Redner erörtert sodann die Bevölkerungsfrage und die Angelegenheit des Frauen- und Kinderzuschusses. In erster Reihe stehe die Milchfrage. Es sei nicht zu ergründen, warum nicht auch die Milch requiriert werde, damit diese in erster Reihe den Kindern zugute komme. Die Verbesserung der Geburtenzahl sei ein großes soziales und nationales Interesse. Sie hänge von der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und Erwerbsverhältnisse ab. Redner schildert die hygienischen Verhältnisse, beleuchtet die große Sterblichkeit und tritt für einen energischen Kampf gegen den Alkoholismus sowie für umfassende Vorkehrungen für den Mutter- und Kinderschutz ein. Er empfiehlt besondere Maßnahmen für die Regelung der Säuglingspflege, eine Frage, welche Staat und Gesellschaft gemeinschaftlich lösen müssen. Redner schließt mit der Erklärung, seine Partei werde stets für den Ausbau des nationalen Staates, für die Ausdehnung der Rechte auf alle Schichten der Bevölkerung und für die Unabhängigkeit Ungarns eintreten. (Beifall links.)

Abgeordneter Geza Polonyi (parteilos) lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers des Innern auf die Angelegenheit der in oberungarischen Komitaten internierten galizischen Flüchtlinge und fordert die rascheste Lösung dieser Frage, da die galizischen Flüchtlinge zum Beispiel in Nyitra im Gymnasium untergebracht sind und dort Zustände bestehen, die es unmöglich machen, daß der Unterricht dort in absehbarer Zeit beginne.

Hierauf wird die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen.

Abg. Juriga (Slowake) erörterte in eingehender Weise die Uebelstände in der Lebensmittelfrage.

Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen und auf morgen vertagt.

Englische Stimmen über die Nahrungsmittelnöte.

Die „Times“ vom 14. September 1916 schreibt unter der Überschrift „Zuckerangel in Cheshire“:

„In einzelnen Teilen von Cheshire war gestern kein Zucker zu bekommen, da die Händler alle ihre Vorräte verkauft hatten; neue Zufuhr war nicht zu erwarten. An den betreffenden Orten war die Entrüstung groß, da man der Ansicht ist, daß die Zuckernappheit teilweise darauf zurückzuführen ist, daß die Marmeladenfabrikanten die Vorräte aufstapeln. Der Fruchthandel ist ernstlich bedroht. Es gibt genügend gutes Obst, aber die Leute wollen es nicht kaufen. Man läßt große Mengen Obst einfach von den Bäumen fallen.“

In derselben Zeitung heißt es:

„Die Vereinigung von Käsehaltern in Liverpool beschloß, den Preis der Milch von 5 Pence auf 6 Pence den Quart (mehr als 50 Pfennig das Liter) zu erhöhen; die Preissteigerung soll am 1. Oktober eintreten. Diese Maßnahme wird wegen des hohen Preises der Käse und des hohen Preises der Futtermittel ergriffen.“

Die „Times“ vom 16. September 1916 schreibt:

„Die Agitation der Arbeiter gegen die hohen Kosten der Lebenshaltung ist im Steigen begriffen, aber Zeichen für eine unmittelbare Ermäßigung der Nahrungsmittelpreise sind nicht vorhanden. Das 4-Pfund-Brot kostet 9½ Pence (über 80 Pfennig), und in einzelnen Distrikten ist der Preis sogar auf zehn Pence gestiegen. Die Detailpreise der Nahrungsmittel zeigen, mit Ausnahme des Brotes, bemerkenswerte Unterschiede; sie scheinen durch die Summe bedingt zu sein, die der Käufer anzulegen geneigt ist. Gute Blaumen konnte man in London gestern für 2 Pence das Pfund kaufen (also für 16 Pf.), aber in den Läden der Vorstädte wurde für dasselbe Obst 4–6 Pence (also 34 bis mehr als 50 Pf.) verlangt.“ (Zu dem genannten Brotpreis sei bemerkt, daß ein Preis von 9½–10 Pence pro vier englische Pfund Brot einen Preis von rund 95 Pf. für vier deutsche Pfund Brot bedeutet. Demgegenüber kosten in Berlin vier Pfund Brot nur 68 Pf.)

Die „Morning Post“ vom 9. September 1916 schreibt in einem längeren Artikel:

„Wenn unsere Nahrungsmittel in dem Vereinigten Königreich produziert würden, so wäre unsere Regierung in der Lage, die Preise festzusetzen; wenn unsere Nahrungsmittel innerhalb des Britischen Reiches produziert würden, so würden die Vereinigten Regierungen des Reiches zumindest einen Versuch nach dieser Richtung machen können. Aber da unsere Nahrungsmittel zum großen Teil aus der Fremde kommen, so sind wir hilflos.“

Interessant sind in dieser Hinsicht auch Ausführungen in englischen Briefen. So heißt es z. B. in einem solcher Briefe aus Wolverhampton vom 21. Juli 1916:

„Dieser schreckliche Krieg trifft uns ^{hart}. In diesem Jahr haben wir schon 20 Pf. Steuern bezahlt, und eine weitere starke Dosis ^{wird nach-} kommen. Das bedeutet einen heftigen Ansturm auf das Einkommen eines Mannes, ^{und dies} würde alles nicht so viel ausmachen, wenn ^{nicht} jeder Gegenstand so teuer wäre. Die meisten Waren sind jetzt doppelt so teuer wie früher, und sie werden wohl in unserem ganzen Leben nicht wieder viel billiger werden.“

In einem anderen Briefe aus Peterborough vom 24. Juli 1916 heißt es:

„Unser Garten sieht recht nett aus und wir haben ziemlich viel Obst, aber es besteht ein solcher Zuckermangel, daß man die reinste Jagd in den Läden veranstalten muß, und dabei kostet er 6 Pence (über 50 Pf.) das Pfund; heute muß man sein ganzes Geld für Nahrungsmittel ausgeben.“

t. London, 27. September. (Indirekter Drahtbericht.) Die Volksernährung ist in England zu einer ernstlichen Frage geworden und man kann behaupten, daß sie in Zukunft eher schlimmer als besser wird. Wenn England die Neutralen nicht zwingt, es mitzunähren, wird es bald hungern. Die englische Regierung sieht sich gezwungen, Tausende, die vor dem Kriege ihr gutes Auskommen hatten, der Heilsarmee zur Ernährung zu überweisen. Man sieht daraus, daß die Arbeiter recht haben, wenn sie behaupten, trotz der hohen Löhne nicht leben zu können, weil die Lebensmittel nicht mehr zu erschwingen sind. Die Not ist die Quelle aller Unzufriedenheit im Lande. Die Auszüge der Heilsarmee wurden von den Kriegsgegnern zur Propaganda für eine Beendigung des Krieges benutzt, wodurch viele Leute vom Eintritt in das Heer abgehalten wurden. Fast sämtliche Arbeiterorganisationen sind gegen die Regierung.

„Labour Leader“ schrieb, man solle doch nicht abergläubig sein und hoffen, Deutschland zum Frieden zwingen zu können. Man könne darauf noch hundert Jahre vergebens warten. Es sei besser, über eine Annäherung und Verhandlung nachzudenken. Im englischen Volke gegen man häufig der Ansicht, daß die Neutralen, besonders Amerika, den Frieden herbeiführen können. Auch dies ist Illusion.

In politischen Kreisen Englands ist man sehr unzufrieden mit Russland, weil es seine Offensiv eingestellt hat. In vielen Kreisen spricht man von einem Verrat Rumäniens, das sich unter falschen Vorwpiegelungen an die Seite der Verbündeten ge-

drängt habe, und nun schon russische Hilfe in Anspruch nehmen müsse, um sich selbst zu retten. Der rumänische König, ein Hohenzoller, habe die Verbündeten in eine Falle gelockt. 7000 aus Amerika in England angelandene Rumänen werden nicht an die Front geschickt, sondern in Munitionsfabriken beschäftigt. Das Mißtrauen gegen Rumänien herrscht auch bei der Regierung, die eine finanzielle Unterstützung ablehnt, solange die militärische Lage sich nicht gebessert hat.

„Nur auf Grund eines ärztlichen Attestes.“

Von der Krankentost-Kommission des Medizinalamtes erhalten wir folgende Zuschrift:

„In der ersten Beilage des „Hamburger Fremdenblattes“ vom Montag, 25. September, ist ein Artikel erschienen, der in sehr sachlicher und ruhiger Weise die Regelung der Krankentost bespricht. Es wird dort nur ein Tadel ausgesprochen, nämlich der, daß Kranke mit länger dauernden Leiden immer wieder neue ärztliche Atteste beizubringen hätten und daß den Kranken dadurch erhebliche Unkosten und Schwierigkeiten entstünden. Diese Sorge ist aber unberechtigt. Es werden nämlich in der Krankentost-Kommission des Medizinalamtes alle Atteste gesammelt, so daß sie in der Lage ist, wenn z. B. ein Diabetiker nach Ablauf der Gültigkeit seiner Bezugskarten von neuem erscheint, diesem ohne weiteres und ohne neues ärztliches Attest die ihm nötige Krankentost anzuweisen zu können. Selbstverständlich gibt es einige Erkrankungen akuter Art, die meistens nach Wochen oder Monaten auszuheilen pflegen. Für diese Fälle ist es allerdings erforderlich, daß ein Arzt, sagen wir nach ein bis zwei Monaten, von neuem entscheidet, ob immer noch Nahrungsmittelzufuhr unbedingt erforderlich sind.“

Die Krankentost-Kommission des Medizinalamtes ist bemüht, nicht nach starren Prinzipien zu handeln, sondern, wo es angeht, Milde walten zu lassen; scheinbare Härten werden sich zwar nie ganz vermeiden lassen, doch möge man nicht vergessen, daß das Bestreben vorherrscht, unberechtigte Forderungen zurückzuweisen, um dadurch eben die Mittel zu gewinnen, allen Kranken die tatsächlich bedürftig sind, auch ihr Recht zu geben.“

28. IX. 1916

Errichtung eines Reichswirtschaftsamts.

Unter Bezugnahme auf die kürzlich veröffentlichten Erklärungen des Deutschen Handelstages über das Reichswirtschaftsamtsamt und die wirtschaftlichen Vorbereitungen des Krieges (Kriegswirtschaftsamtsamt) wird uns von der Handelskammer zu Hamburg mitgeteilt, daß die Entschliebung des Handelstages über das Reichswirtschaftsamtsamt auf einen Antrag der hiesigen Handelskammer zurückzuführen ist, der folgenden Wortlaut hat:

Der gewaltige Umfang, den die vom Reichsamtsamt des Innern zu bewältigenden Arbeiten infolge der Zusammenfassung der sozialpolitischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Aufgaben in einem einzigen Reichsamtsamt im Laufe der letzten Jahrzehnte angenommen haben, läßt im Interesse von Handel, Industrie und Schifffahrt eine Teilung des Reichsamtsamts des Innern bringend wünschenswert erscheinen, in der Weise, daß die wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen in einem besonderen Reichsamtsamt unter Leitung eines neuen Staatssekretärs, der dem Reichskanzler direkt unterstellt ist, anvertraut werden (Reichswirtschaftsamtsamt). Auf dieses neue Amt würde auch die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes überzuleiten sein, so daß alle Wirtschaftsinteressen einheitlich nach innen und außen durch das Reichswirtschaftsamtsamt vertreten werden. Die Angelegenheiten des Außenhandels müssen von dem neuen Reichsamtsamt mit bearbeitet werden, zweckmäßigerweise in einer besonderen Abteilung unter Leitung eines Unterstaatssekretärs.

Dem Reichswirtschaftsamtsamt ist ein aus Vertretern von Handel, Industrie und Schifffahrt gebildeter wirtschaftlicher Beirat anzugliedern, der fortlaufend in allen bedeutenden Wirtschafts- und handelspolitischen Fragen zu hören ist.

Dem Reichswirtschaftsamtsamt ist u. a. auch die Aufgabe der Vorbereitung wirtschaftlicher Kriegsbereitschaft in Gemeinschaft mit dem Kriegsministerium und anderen militärischen Dienststellen zu überweisen. Die Verhandlungen über die weiteren Einzelheiten der wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft sind zurückzustellen, bis die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges ein abschließendes Urteil ermöglichen.

Wie aus diesem Antrag ersichtlich ist, wurde von der Handelskammer vorgeschlagen, nicht ein besonderes Kriegswirtschaftsamtsamt zu schaffen, sondern dem Reichswirtschaftsamtsamt auch die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges zu übertragen; der Ausschuß des Handelstages hat sich dagegen im Gegensatz zu diesem Antrag für die Errichtung eines besonderen Kriegswirtschaftsamtsamtes ausgesprochen.

Wiener Fragen.

Gestern war eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien. Darüber wird folgender Bericht ausgegeben:

Der Bürgermeister erstattete Bericht über den Stand der Zentralfeste. An laufenden Unterstützungen werden jetzt für 4127 Personen monatlich 91.512 Kronen bezahlt. (Das sind wohl die nichtangeordneten Frauen der Eingekerkerten.) Auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag wurden 292.940 Anmeldungen überreicht.

Mit Beziehung auf einen über die „Gierfrage“ erschienenen Artikel der Arbeiterzeitung vom 29. d., in dem der Vorwurf erhoben wird, der Bürgermeister habe die Interessen der Gierhändler offen gefördert, teilt der Bürgermeister mit, daß er in der Gierfrage keinen Schritt ohne einmütige Zustimmung der Obmänner der Gemeinderatsparteien unternommen habe.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien. Skaret beantragt, gegen den an den Magistrat ergangenen Auftrag der Statthalterei, die in Wien mit der Bahn einlangenden Kartoffeln zu beschlagnahmen, Vorstellung zu erheben, da diese Art der Versorgung der Privatwirtschaften zur Entlastung des Wiener Marktes wesentlich beiträgt. Steiner beantragt, es möge die Statthalterei um Aufhebung der Abperrmaßnahmen der Bezirkshauptmannschaften und darum ersucht werden, Vorkehrungen zu treffen, daß die verfügbaren Kartoffeln aus der Umgebung Wiens mit aller Beschleunigung nach Wien befördert werden. Dr. Hein beantragt, es möge den Bahntartoffeltransporten für die Gemeinde Wien ein städtischer Zugbegleiter beigegeben und das Verkaufspersonal auf den Märkten vermehrt werden. — Diese Anträge werden angenommen und es wird der Verfügung des Bürgermeisters zugestimmt, daß die Beistellung von Landwehrmännern zur Beschleunigung der Kartoffelernte auf den Gründen der Gemeinde in Leopoldau sowie die Beistellung von Militärwagen zur Beförderung der Kartoffeln in die Stadt vom Kriegsministerium verlangt wird.

Magistratssekretär Dr. Wanschura berichtet über die Wirkung der letzten Milchverordnung. Reumann, Skaret, Dr. Hein, Schmid, Vizebürgermeister Joh. Dr. Schwarz-Hiller erklären sich gegen die Festsetzung von Milchhöchstpreisen, die nur für Wien gelten.

Die Anträge Dr. Schwarz-Hiller, die Verabreichung von Milch in Kaffeehäusern (allenfalls mit Ausnahme der Volkskaffeehäuser) gänzlich einzustellen, die Verabreichung von Milch in Heilanstalten und Sanatorien streng zu überwachen, die Abgabe von Milch an Kranke außerhalb von Heilanstalten zu erwirken, weiter die Einstellung von Milchkühen in Wien und Umgebung zu heben sowie die ausländische Milch von den Höchstpreisen auszuscheiden, ferner der Antrag Dr. Hein, daß der Aufenthalt im Sanatorium noch kein Recht zum erhöhten Milchbezug in sich schließt, sondern daß dieser an ein arztärztliches Zeugnis geknüpft sein solle, werden vom Bürgermeister dem Magistrat zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen.

Nach einem Bericht des Magistratsrates Dr. Jamöck über Maßnahmen gegen das Anstellen wird als eines der wirksamsten Mittel dazu erklärt, daß der Verkauf von Lebensmitteln nicht auf bestimmte Stunden beschränkt werde. Die Obmännerkonferenz stimmt einer Magistratsfundmachung, die diesem Uebelstand abhelfen soll, zu. Ueber die Fettversorgung beschließt die Konferenz, neuerdings beim Ministerpräsidenten vorzusprechen.

30./IX. 1916

Eine Rundgebung des Bürgerklubs.

Der Bürgerklub hielt gestern unter dem Vorsitz des Obmannes Oberlurator Steiner eine mehrstündige Sitzung ab, in der vorerst Gemeinderat Sektionschef Eglauer als Obmann eines vom Bürgerklub eingeleiteten Komitees über Maßnahmen gegen das Anstellen berichtete. Der Schriftführer des Komitees Gemeinderat Ulreich unterbreitete dessen Anträge, die in folgenden Ausführungen gipfeln:

Der Gemeinderat erwartet, daß das von der Regierung errichtete Ernährungsamt der rechtzeitigen Beschaffung der Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel für die Stadt Wien in genügender Menge sein besonderes Augenmerk zuwenden wird. Zu diesem Zweck ist insbesondere zu veranlassen, daß die für Wien bestimmten Lebensmitteltransporte auf den Bahnen neben den Militärtransporten eine besondere Vorzugsbehandlung erfahren. Weiters ist Vorsorge zu treffen, daß diese Lebensmitteltransporte weder durch irgendwelche Landes- oder Ortsbehörden, noch durch militärische Stellen beschlagnahmt oder sonst wie aufgehalten werden. Für die in Wien einlangenden Lebensmittel ist eine staatliche Verteilungsstelle zu errichten. Zur tunlichst raschen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist die möglichste Dezentralisierung des Verschleißes durch gleichmäßige Beteiligung der Kleinhändler anzustreben. Die Bedienung der einzelnen Verschleißstellen ist von der Hauptverteilungsstelle festzusetzen, wobei für den Beteiligungsschlüssel die Bevölkerungsschicht der einzelnen Bezirke als Grundlage zu dienen hat. Alle Lebensmittelgeschäfte sind zu verhalten, ihre Lokale wie in Friedenszeiten offen zu halten. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung sind die Mittagspausen für Lebensmittelgeschäfte so festzusetzen, daß in der Zeit von 12 bis 1 Uhr die Lokale offen gehalten werden. Die willkürliche Festsetzung von Verkaufsstunden für bestimmte Artikel ist zu verbieten. Um die vorhandenen Lebensmittel möglichst dem Bedarfe entsprechend zu verteilen und jeder Familie die notwendige Menge an den vorhandenen Lebensmitteln sicherzustellen, sind Familienbezugskarten für die einzelnen Lebensmittel einzuführen. Bei Durchführung obiger Vorschläge glaubt das Komitee, daß von anderen Mitteln, insbesondere von der Rationierung, derzeit abgesehen werden kann.

Diese Anträge wurden angenommen. Bürgermeister Dr. Weistirchner berichtete über die derzeitigen Approvisionierungsverhältnisse, insbesondere in Angelegenheit der von der Regierung eingesetzten Milchverteilungszentralstelle.

Die Nahrungsjorgen.

Man kann nicht gerade sagen, daß die letzten Tage unsern Hausfrauen Erleichterungen gebracht hätten. Die Bestellung des Haushaltes, die Bereitung der Mahlzeiten, die Versorgung der Kinder bereiten heute Schwierigkeiten wie nie zuvor. Und das ärgerlichste dabei ist, daß die Waren vorhanden sind, daß nur in ganz wenigen Artikeln wirkliche Knappheit herrscht. Es ist zum Beispiel absolut nicht wahr, daß keine Erdäpfel da sind, und es ist nicht wahr, daß wir nicht über genügende Mengen von Brotsfrucht aus der neuen Ernte verfügen, und niemand kann auch derartige Behauptungen wirklich ernst nehmen. Wir haben Lebensmittel genug, wir sind ganz einfach nicht auszuhungern, die Schuld an den jetzigen unleidlichen Verhältnissen trägt einzig und allein der Mangel an jeglicher Organisation. Die einzelnen Lebensmittel werden nicht richtig verteilt; es gibt noch zahllose Familien, die von Lebensmittelknappheit wenig genug merken, die reichlich gehäusert haben oder, wie dies in kinderreichen Familien oft bemerkt wird, alle ihre Familienmitglieder auf den Markt schicken, so daß jedes einzelne das Quantum Nahrungsmittel erhält, das für eine ganze Familie vorgesehen ist.

Wem es ist unbedingt richtig, daß bei der Versorgung einer Millionenstadt die mannigfachen Schwierigkeiten sich einstellen, allein gerade Wien liegt ja inmitten herrlichster Gärten, üppiger Felder, und zwei Stunden vom Weichlande der Stadt dehnt sich fruchtbares Hügel-land. Mancher Wiener, der draußen an der Peripherie der Stadt tausend Quadratmeter Grund sein eigen nennt oder in Pacht genommen hat und rechtzeitig dort Kartoffeln anbauen ließ, ist für den Hausbedarf des ganzen Winters eingedeckt. Und die reiche Fülle an grünen Gemüsen, mit denen die Märkte heuer besetzt werden, beweist, daß das Jahr auch ein gutes gewesen ist. Aber wir sehen da draußen weite Flächen, auf denen nichts wie Gras wächst, das nicht einmal abgemäht wurde, und die einzige Aufgabe der strengen Hüter von Ordnung und Gerechtigkeit war es, darauf zu sehen, daß Ziegenhalter ihre Tiere nicht auf diesen fremden Grundstücken weiden ließen. Im Bannkreise der Stadt wurde nicht genügend angebaut, und es wurde nicht dafür gesorgt, daß von den Kartoffeln, die anderweitig aus dem Boden genommen wurden (die Kartoffelernte hat bereits vor drei Wochen begonnen), genügende Mengen den Weg in die Großstadt finden. Und gerade die Kartoffel stellt doch eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel dar, denn sie ist es, die durch ihre verhältnismäßige Billigkeit und ihre sättigenden und magenfüllenden Eigenschaften für die ärmeren Klassen der Bevölkerung geradezu unentbehrlich ist. Man muß es nur einmal auf den Märkten mit ansehen, was jold ein Quantum von 2 Kilogramm Kartoffeln — mehr wird an einen Käufer nicht abgegeben — für die einzelnen Frauen und Mütter, die stundenlang dort stehen, um endlich etwas für den Mittagstisch zu ergattern, bedeuten!

Dabei wird nun aber die ganze verfügbare Menge an Kartoffeln an zwei oder drei Verkaufsstellen aufgestapelt, vor denen sich der Strom der tausenden Frauen durch viele Stunden staut. Es wäre doch ungleich besser

Das Ernährungsamt.

Valdiger Beginn seiner Wirksamkeit.

Ueber das in Gründung begriffene Ernährungsamt erhalten wir von maßgebender Seite folgende Mitteilungen:

Die Inaugurierung des Ernährungsamtes wird baldigst erfolgen. Vorläufig wird es vier Departements erhalten, im Bedarfsfalle aber auch noch weiterhin ausgestaltet werden. Unter den gegebenen Umständen ist die Erledigung der auf dem Approvisionnementstegebiet notwendigen Maßnahmen durch das Ernährungsamt ein sehr vernünftiger und natürlicher Weg. Während ursprünglich die Ernährungsfragen im Ministerium des Innern ein Departement beschäftigt hatten, ist später eine eigene Sektion dafür geschaffen worden, mit einem Sektionschef an der Spitze. Nun wird diese Sektion zu einem Ernährungsamt ausgebaut, das ein in sich geschlossenes Ganzes bilden und auch nach außen hin als selbständiges Amt in die Erscheinung treten wird, wiewohl die oberste Leitung dieses Amtes nach wie vor dem Minister des Innern zusteht.

An den gesetzlichen Kompetenzen der einzelnen Ministerien wird durch die Errichtung des Ernährungsamtes nichts geändert, es ist aber dafür Sorge getroffen, daß die Verständigung und Beratung mit den anderen Ministerien in der kürzesten Weise erfolgt, so daß jede Verzögerung verhindert und die durch den Ernst der Zeit gebotene Raschheit in der Amtierung gewährleistet wird.

Die interministerielle Approvisionierungskommission wird einen Ausschuß einsetzen, der aus den Präsidenten des Ernährungsamtes und drei Sektionschefs (aus dem Ackerbau-, Handels- und Finanzministerium) besteht. Von Fall zu Fall werden auch die Vertreter der anderen Ministerien zugezogen werden. Auf diese Weise bleibt der Einfluß der einzelnen Ressortminister in Ernährungsfragen gewahrt. Durch die Einschränkung der Zahl der Mitglieder dieses Ausschusses werden die Verhandlungen wesentlich beschleunigt. Die Zustimmung der Ressortminister wird auf aller kürzestem Wege, mündlich oder telephonisch, eingeholt werden. Nur bei unüberbrückbaren Meinungsdivergenzen wird das Ministerkomitee, das gleichzeitig mit dem Ernährungsamt geschaffen wurde, in Aktion treten. Dem Komitee gehören der Minister des Innern, der Ackerbau- und der Handelsminister an.

Da die dem Leiter der Approvisionierungssektion im Ministerium des Innern zur Verfügung stehenden Kräfte zur Bewältigung der Arbeiten nicht ausreichen, so wird auch ein Ausbau des Amtes in dem Sinne erfolgen, daß eine nennenswerte Vermehrung der zugeteilten Kräfte vorgenommen wird. Es werden auch von den sonst an den Ernährungsfragen beteiligten Ressortministerien Beamte dem neuen Ernährungsamt zugewiesen werden.

Das Ernährungsamt wird insofern auch eine Amtsgewalt besitzen, als ihm das Recht zusteht, den politischen Behörden in Ernährungsfragen Befehle zu erteilen und die Ueberwachung der Approvisionierungsangelegenheiten aufzutragen. Die Exekutivgewalt steht dem Amt natürlich nur insofern ausdrücklich zu, als sie vornehmlich mit der Kompetenz des Ministeriums des Innern begründet und unter Zustimmung der übrigen an den Ernährungsfragen beteiligten Ressortministerien erteilt wird. Die Aufgabe des Ernährungsamtes ist vor allem die Beratung aller legislativen Vorlagen in Ernährungsfragen, die in den einzelnen Ministerien ausgearbeitet werden. Ferner die Beratung aller Gegenstände, die sich auf Ernährungsfragen beziehen und die ihm von irgendeinem Ministerium zugewiesen werden. Das Amt wird weiter entsprechend auf die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel und auf die Preisbildung Einfluß nehmen und mit allen in Frage kommenden Lebensmittelzentralen in direktem Verkehr stehen. Dann aber wird es auch die Ueberwachung und Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften ausüben. Es wird ein eigener Kontrolldienst eingeführt werden, der territorial gegliedert ist und an dessen Spitze Ministerialsekretäre stehen.

Wie schon berichtet, wird der Leiter der interministeriellen Approvisionierungssektion, Sektionschef Oskar Ritter v. Keller, zum Präsidenten, und der Vorstand des Approvisionierungsdepartements im Ministerium des Innern, Hofrat Baron Fries, zum Vizepräsidenten des Ernährungsamtes berufen werden. Die Personalfragen bezüglich der Departementschefs sind noch nicht erledigt, doch dürfte die Entscheidung in einigen Tagen fallen.

Gegen den Kriegssozialismus.

Für den freien Handel.

* Wien, 29. September.

In Deutschland mehren sich die Stimmen gegen die im Kriege geschaffenen wirtschaftlichen Zentralen. So verlangen die Westfälischen Politischen Nachrichten, Nationalliberale Korrespondenz für Westfalen, den **A b b a u d e s S t a a t s s o z i a l i s m u s** nach dem Kriege, indem sie schreiben:

„Wollten wir übergehen zu einer Beamtenwirtschaft, dann hätten wir den Krieg bequem vermeiden können. Denn dann kämen wir zu einer derartigen Stagnation, daß auch der bequemste Engländer es nicht mehr nötig hätte, uns zu meiden. Die Gefahren, die in der reinen Beamtenwirtschaft unter Ausschaltung individueller Erwerbsinteressen geborgen sind, hat in seiner großförmig-witzigen, aber doch oft zutreffenden Form der Herr v. Januschau in seinem Fehdebrief gegen die Kriegs-G. m. b. S. umschrieben mit dem Büchmann-reifen Wort: Man mietet eine Etage, kauft Klubfessel und läßt sich photographieren. Sicher wird auch Herr v. Oldenburg nicht rundweg bestreiten wollen, daß in manchem Kriegs-G. m. b. S.-Bureau mit großem Eifer Linte vergossen wird. Aber Tatsache bleibt deshalb doch, daß diese Form staatssozialistischer Beamtenwirtschaft durch Leute, die sonst ihre Freude am individuellen Erwerb haben, bedenkliche Anreizung bietet zur Streckung der Arbeit. Man sieht irgendwo im verbündeten oder neutralen Ausland, hat die Etage gemietet, die Klubfessel gekauft und sich photographieren lassen, bezieht seinen Gehalt und beschäftigt eine Menge Leute mit fabelhaften Tagelohnern, aber ohne jedes Interesse am Umsatz. Diese „Unabkömmlichen“ müssen doch beschäftigt werden, und die Sehnsucht nach militärischem Lorbeer ist nicht sonderlich groß. Wenn sich nun irgendwo 50 Rentner Kett finden, die vom Klubfessel aus angekauft werden können, so muß diese Arbeit eben „gestreckt“ werden, um die Unentbehrlichkeit der Arbeitskräfte einigermaßen darzutun. Private Initiative würde heute mit angemessenem Gewinn diese 50 Rentner erlobigen und morgen Ausschau halten nach weiteren 100. Tut die G. m. b. S. das nicht, so hat sie noch die Entschuldigung für sich, daß sie unsere Valuta schone — wovon wir scheinbar auch satt werden können.“

Volksernährungsämter.

In der gestrigen Schlußsitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses hat Ministerpräsident Graf Tisza sehr ernste Worte über die Ernährungsfrage gesprochen. Er gab ohne jede Beschönigung zu, daß Ungarns Ernteergebnisse ungünstig seien, und daß die Summe der zur Verfügung stehenden Brotfrüchte den normalen Bedarf — das heißt, den Verbrauch, wie er zu normalen Zeiten üblich ist — nicht decke. Das Publikum müsse daher seinen Verbrauch einschränken. Graf Tisza erklärte, daß Lebensmittelmangel die Monarchie sicherlich nicht kampfunfähig machen werde. Aber um durchzuhalten, sei es unerlässlich, daß Verwaltung und Bevölkerung in der sorgfältigen Bewirtschaftung der vorhandenen Nahrungsmittelvorräte zusammenwirken. Das Publikum müsse sowohl in der Befolgung der Konsumbeschränkenden Vorschriften wie in der redlichen Einbekennung der Privatvorräte seine Pflicht tun. Auch für den ungarischen Mehlverbrauch kündigte Graf Tisza jene energischen Streckungsmaßnahmen an, die wir in Oesterreich schon viel früher kennen gelernt haben: die Geranziehung von Gerste und Mais. Je mehr aber — infolge der etwaigen Verheimlichung von Edelfruchtvorräten — von diesen Erntefrüchten heran-

gezogen werden müßte, desto mehr Futtermittel würden der tierischen Ernährung entzogen und desto schwieriger würde sich dadurch die Fettversorgung gestalten. Graf Tisza mahnt als in eindringlichster Weise das ungarische Publikum zur Konsumredlichkeit, die zu Kriegszeiten eine noch wichtigere bürgerliche Tugend ist als die Steuerredlichkeit. Andererseits stellt der ungarische Ministerpräsident aber auch eine erhöht und verbesserte Tätigkeit des behördlichen Kontrollapparates in Aussicht. Er bekennt offen, daß die Verwaltung in diesem Punkte bisher „vielleicht eher schlecht als gut“ gearbeitet habe und daß die Konsumregelung in der Zukunft besser durchgeführt werden müsse als in der Vergangenheit. Dieser Aufgabe soll das neue ungarische Lebensmittelversorgungsamte dienen, eine Zentralbehörde, bei deren Einrichtung besonders darauf gesehen werden soll, sie mit einem Stabe tüchtiger und sachkundiger Kontrollorgane auszustatten.

In Oesterreich, wo die Notwendigkeit der Errichtung eines Ernährungsamtes bereits früher erkannt wurde, steht nun dessen Aktivierung unmittelbar bevor. Auch hier wird großes Gewicht darauf gelegt, das neue Amt mit einem wohlorganisierten, reich qualifizierten Kontrolldienst zu versehen. In beiden Reichshälften werden diese gleichzeitig ins Leben tretenden Zentralbehörden in parallelem Sinn zu wirken haben. In Ungarn wird es vor allem nötig sein, die Lärheit, die bisher dort in der Handhabung der Konsumbeschränkenden Vorschriften herrschte, endgültig auszumerzen und an die Volksernährungsprobleme mit jenem strengen Ernst heranzutreten, wie es der von Graf Tisza so unüberhöhlen dargelegten Situation entspricht. In Oesterreich haben wir den Geist, in dem diese Fragen erfaßt werden, müssen, bereits seit geraumer Zeit richtig verstehen gelernt. Wir zweifeln nicht, daß die Männer, die das neue Ernährungsamt zu leiten haben, von den besten Absichten beseelt sind, wir wünschen aber auch dringendst, daß ihnen zur Betätigung ihres Arbeitswillens der freieste Spielraum gewährt werde. Und da wird viel darauf ankommen, ob in der — vorläufig noch nicht klar ersichtlichen — Organisation des

Amtes eine rasche Geschäftsführung und expeditiv Erledigung genügend gesichert sind. In Ernährungsfragen müssen die überlieferten bürokratischen Formlichkeiten und Umständlichkeiten unbedingt ausgeschaltet werden. Von größter Wichtigkeit ist ferner die Ausstattung des Amtes mit genügenden exekutiven Vollmachten. Nur wenn in diesem Punkte die herkömmlichen Einengungen und Bindungen entfallen, wird der Kontrolldienst tatsächlich wirksam sein können. Eine neue Behörde mehr zu haben, kann uns nur nützen, wenn ein paar ältere Behörden weniger dabei im Wege stehen. Wenn die Bevölkerung in Oesterreich und Ungarn von frischem, tatkräftigem Geist erfüllt Volksernährungsämter an der Arbeit sieht, wird ihr guter Wille zum Durchhalten auch durch die feste Zueversicht gestärkt sein, daß ihr die staatliche Fürsorge das Durchhalten auf jede Weise erleichtern werde.

Deutschösterreichischer Städtetag.

Die Tagung der deutschen Städte Oesterreichs gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung der Städte, in der mit Entschiedenheit zum Ausdruck kam, daß die Städte und ihre Vertreter ihre Pflichten gegen die Bevölkerung und gegen den Staat mit größter Opferwilligkeit erfüllen und unter allen Umständen durchhalten werden, bis zum endgültigen militärischen und wirtschaftlichen Sieg.

Aus den Beratungen, über die wir bereits berichtet haben, ist noch folgendes hervorzuheben:

Approvisionnementfragen.

Vizebürgermeister Raim erstattete über die Lebensmittelversorgung ein Referat, in dem es heißt: Von den Verordnungen, wie sie leider seit Kriegsausbruch oft am grünen Tisch gemacht wurden, gingen viele nach ihrer Geburt baldigt mit dem Tode ab. So zum Beispiel erschien die Höchstpreisverordnung für Kartoffeln im September 1915, ohne vorher deren Beschlagsnahme durchgeführt zu haben. Die natürliche Folge war, daß vom Tage der Inkraftsetzung der Verordnung die Zufuhr der Kartoffeln vollkommen aufhörte und dadurch eine Unregelmäßigkeit in der Versorgung der Bevölkerung eintrat. Weiter erschien die Silberverordnung vom Jahre 1915, die die Erhöhung der Mehlpreise beinhaltete, um ein allfälliges Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu decken. Doch gelang es dem energischen Eingreifen des Bürgermeisters mit der Gemeindeverwaltung schon nach wenigen Tagen die Aufhebung durchzusetzen. Dadurch, glaube ich, haben alle Städtebewohner bedeutende Vorteile errungen. In jüngster Zeit sind wieder Verordnungen erschienen, so die Bierverordnung, die sich in Niederösterreich bereits in dritter Auflage zeigt, die nicht die Möglichkeit bietet, die im geringeren Maße zugewiesenen Biermengen so auszuschenken, wie es der geschäftliche Betrieb erfordert. Eine weitere Verordnung ist in den jüngsten Tagen erschienen, die Höchstpreise für Zwickeln. Mit dem Erscheinen dieser Ver-

ordnung verschwand auch dieser Artikel vom Markte, und leider sind nur mehr wenige Wochen, und die Zwecklosigkeit ist vorüber, ohne daß die alljährlich in Tausenden von Waggons eingelangten Zwickeln der städtischen Bevölkerung zugesprochen wären. So ließe sich noch manche Verordnung kritisieren; ich will es aber unterlassen und hoffe, daß die neuzuschaffende Reichsstelle durch Zuziehung von Gemeindevertretern und Fachleuten in der Lage sein wird, durchführbare Verordnungen im Interesse der Gesamtheit zu erlassen.

Wenn ich Sie mit etwas Ziffernmaterial belästige, so geschieht es, um Ihnen ein Bild einer Gemeindeverwaltung von mehr als 2 Millionen Bewohnern zu geben. Bei Beginn des Krieges war man der Meinung, die Bevölkerungszahlen werden sich verringern, doch das war irrig. Das Gegenteil trat ein, die Garnison von Wien stieg von 26.000 auf 120.000 Mann, die Zahl der Flüchtlinge erreichte 250.000 Personen, während die Kranken und verwundeten Militärs die Ziffer 60.000 erreichten. Der Krieg führte daher eine Vermehrung der Bevölkerung der Stadt Wien herbei, was gewiß auch bei vielen deutschen Städten der Fall war. Doch der Vermehrung der Bevölkerung stand nach kurzer Zeit eine bedeutende Abnahme der Zufuhren von Lebensmitteln gegenüber, insbesondere von Getreide und Fleisch aus Galizien und Serbien, das vorher zum größten Teil der Stadt Wien zukam. So erforderte der Mehlsankauf und dessen Verteilung die Schaffung eines eigenen Mehlamtes, und bisher wurden von diesem Amt nicht weniger als 176.640.000 Kilogramm, das sind 17.664 Waggons mit dem Kostenpreis von 99.689.000 Kronen, an die Bevölkerung abgegeben. Redner besprach die bisherige Kartoffelversorgung sowie die Milchversorgung Wiens. Eine schwere Schädigung liege in der Zerteilung des Versorgungsgebietes der Monarchie, die eine Quelle aller Uebelstände ist, die sich in der Versorgungsfrage ergeben. Es wäre daher unbedingt notwendig, wenigstens für die Kriegsdauer die Gemeinlichkeit der Versorgungsgebiete herzustellen, wie es ja auch ein gemeinsames Verteidigungsgebiet gibt.

Bürgermeister Dr. Dinghofer (Binz) verlangte, daß die Stadt- und Landbevölkerung bezüglich der ihnen zukommenden Quoten der Lebensmittel gleich zu behandeln seien und daß man sofort an eine Streckung der vorhandenen Vorräte schreiten müsse, denn es sei äußerst unangenehm, wenn bei Brot die Qualität fortwährend wechselt. Redner tritt dann für die Rationalisierung des ganzen Verkehrs der notwendigen Lebensmittel ein und erhofft nur auf diese Art eine zulängliche Versorgung der Bevölkerung mit denselben. Redner tritt auch für die Einführung des Kartensystems, wie bei Brot und Mehl, auch für alle anderen notwendigen Artikeln ein.

Vizebürgermeister Oberleitner (Mährisch-Schönberg) sagte: Die Verordnungen betreffend Festsetzung von Höchstpreisen haben aus dem Grunde vollständig versagt, weil nebst anderen Mängeln diese Höchstpreise nicht einheitlich für die österreichischen Kronländer festgesetzt wurden. Durch eine einheitliche Festsetzung von Höchstpreisen würde sich ein allmähliches Herabsetzen der Preise erreichen lassen, und dies sei eine der ersten und obersten Forderungen, die an das Ernährungsamt gestellt werden müssen. Am richtigsten wäre es, alle Lebens- und Verbrauchsmittel nach und nach, aber in rascher Folge auf jenen Preis herabzusetzen, der dem Durchschnittspreis einer zehn-jährigen Vorkriegsepoche, vermehrt um einen Zuschlag bis höchstens 50 Prozent entspricht. Daneben müßte aber das Requisitionrecht im vollsten Umfang gehandhabt werden.

Ein Kriegswucheramt.

In der Debatte wurde vom Bürgermeisterstellvertreter Toldt (Salzburg) der Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, ein Kriegswucheramt nach Art des im Deutschen Reich bestehenden ins Leben zu rufen, das nicht nur eine ungerechtfertigte Steigerung der Preise zu verhindern hätte, sondern auch die schrittweise Verringerung der geltenden Höchstpreise auf ein entsprechendes Maß durchführen soll. Der Antrag wurde der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Eine Denkschrift an den Kaiser.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte sodann nachstehend den von Abg. R. G. Wolf eingebrachten Antrag zur Verlesung: Der deutschösterreichische Städtetag fordert sein Präsidium auf, in einer Druckschrift mit kurzen und bündigen Worten, die von der Rücksicht auf Sicherheit, Ordnung und Gedeihen des Staates sowie auf das Wohl der Dynastie eingegebenen Forderungen der Deutschen bezüglich der künftigen Stellung und Geltung des Deutschtums im Staate festzustellen und diese Druckschrift in geeigneter Weise an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen.

Hierauf wurde die Tagung mit einer Ansprache des Bürgermeisters geschlossen.

30. IX. 1916

Die Gemeinderatsobmänner und die Versorgung Wiens.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Klein fand heute wieder eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt.

Zunächst erstattete der Bürgermeister den Bericht über den Stand der Zentralfelle bis zum heutigen Tage: Es wurden an fortlaufenden Unterstüzungen 2,333.354 Kronen, an einmaligen Unterstüzungen 999.737 Kronen, für die öffentliche Auspeisung 7,737.487 Kronen und für die Näh- und Strickstüben 2,054.050 Kronen verausgabt. An laufenden Unterstüzungen sind derzeit für 4127 Personen pro Monat 91.512 Kronen bewilligt. Der Stand der Anmeldungen für den staatlichen Unterhaltsbeitrag beträgt 292.940. Als „gewöhnlich günstig“ bezeichnet der Bericht des Oberstadtpfichters Dr. Böhm die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung vom 12. bis 28. September.

Gegenüber der Wiener „A.-Z.“, die am 29. d. M. behauptet hatte, der Bürgermeister habe die Interessen der Eierhändler „offen gefördert“, stellt Bgm. Dr. Weiskirchner fest, daß er in der Eierfrage keinen Schritt ohne einmütige Zustimmung der Obmänner der Gemeinderatsparteien unternommen habe. (Der Angriff der „A.-Z.“ richtet sich also hauptsächlich gegen Genossen Neumann oder Skaret!) Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete über das Kartoffelgeschäft bis zum Juni 1916 sowie über die bis zum heutigen Tage von der Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Kartoffelversorgung getroffenen Maßnahmen. Aus dem Schriften- und Depeschenwechsel zwischen der Gemeinde Wien und den in Betracht kommenden staatlichen Behörden geht hervor, daß die Gemeinde innerhalb ihres Wirkungsbereiches alles getan hat, um die in der letzten Zeit herrschende Kartoffelknappheit zu beheben. Gm. Skaret beantragt gegenüber dem Auftrage der Statthalterei, die in Wien per Bahn einlaufenden Kartoffeln zu beschlagnahmen, Vorstellung zu erheben. Gm. Steiner stellt den Antrag, die Statthalterei um Aufhebung der Absperrmaßnahmen der Bezirkshauptmannschaften in der Kartoffelfrage sowie Vorsorgen für die beschleunigte Zufuhr der verfügbaren Kartoffelmengen aus der Umgebung Wiens zu ersuchen. Gm. Dr. Hein beantragt, den Bahnkartoffeltransporten für die Gemeinde Wien einen städtischen Zugsbegleiter beizugeben und das Verkaufspersonale auf den Märkten zu vermehren. Diese Anträge werden einmütig zum Beschlusse erhoben und der Verfügung des Bürgermeisters zugestimmt, wonach die Beistellung von Landwehrmännern zur Beschleunigung der Kartoffelernte auf den Gründen der Gemeinde in Leopoldau, sowie die Beistellung von Militärautos zum Transporte der Kartoffeln in die Stadt vom Kriegsministerium verlangt wird. Magistratssekretär Dr. Wandschura berichtet über die Wirkung der Milchverordnung der Statthalterei für Wien. In der Debatte nehmen sämtliche Redner aller Parteien gegen die Festsetzung von lokalen Milchhöchstpreisen für Wien Stellung; ferner beschließt die Obmännerkonferenz einbellig, die Regierung aufzufordern, im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916, betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen alle in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zu treffen und die Milchversorgung Wiens zu sichern.

Gm. Dr. Schwarz-Hiller beantragt u. a. die gänzliche Einstellung der Verabreichung von Milch in Kaffeehäusern, und mit dem Gm. Hein die Ueberwachung und Beschränkung der Milchverabreichung in Sanatorien. Die Anträge werden dem Magistrat zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen.

Als eines der wirksamsten Mittel gegen das Anstellen (Berichterstatler Magistratsrat Dr. Jamböck) wird die Abstellung der Beschränkung des Verkaufes von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auf bestimmte Stunden erblickt. Ein hierzu vom Obermagistratsrat Langthaler vorgelegter Entwurf einer Kundmachung findet Zustimmung. Magistratssekretär Poltor Noskoff berichtet über die Fettversorgung beim Ministerpräsidenten korporativ vorzusprechen werden.

Eine Salznot in Deutschland ist ausgeschlossen!

Die „Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes“ schreiben:

Nach der amtlichen Statistik wurden im Deutschen Reich allein von 71 Salinenbetrieben aus natürlicher Sole oder durch planmäßige Ausföhlung von Steinsalzlagern 671.622 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) Kochsalz (Siedesalz) im Werte von rund 17,6 Millionen Mark gewonnen, während die Erzeugung von bergmännisch gewonnenem Steinsalz 1.296.302 Tonnen im Werte von 6,18 Millionen Mark betrug.

Der durchschnittliche vom statistischen Amt ermittelte Jahresverbrauch an Kochsalz zu Speisewezwecken beträgt etwa 7,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Das macht für 65 Millionen Einwohner 487,5 Millionen Kilogramm, also nur $\frac{1}{3}$ der wirklich erzeugten Gesamtmenge und nur $\frac{1}{2}$ der deutschen Siedesalzerzeugung, wobei zu bemerken ist, daß wir damit noch lange nicht die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht haben.

Die Gewinnung des Siedesalzes ist mit einem so geringen menschlichen Arbeitsaufwand verbunden, daß die zur Erzeugung nötigen menschlichen Arbeitskräfte unter allen Umständen zu beschaffen sind, zumal die beim Siedeverfahren zu verrichtenden Arbeiten verhältnis-

mäßig leicht und einfach sind, so daß sie ohne weiteres von Frauen ausgeführt werden könnten.

Aus dem hier Gesagten erhellt ohne weiteres, daß die von Zeit zu Zeit und auch neuerdings wieder auftretenden Gerüchte von einem bevorstehenden Salz-mangel nur Machenschaften irgend welcher unsauberer Elemente sein können, die wohl hoffen, die Unwissenheit des Publikums zur Bereicherung ihres Geldbeutels auszunützen zu können.

Ähnliche Gerüchte, offenbar ebenso grundlos, wurden auch bei uns in Umlauf gesetzt, bewirkten Panik-käufe und als Folge an manchen Stellen Mangel. Es wäre nicht überflüssig, wenn sich die Behörden, zu deren Kenntnis diese Erscheinungen gelangt sein müssen, zu einer ähnlichen beruhigenden Aufklärung veranlaßt sähen. Es gibt der begründeten Anlässe zur Sorge so viele, daß die unbegründeten schnellstens zu beseitigen eine ernste Pflicht der Beteiligten ist.

Die Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen.

Die sichergestellte Ernährung.

N Berlin, 29. Septbr. (Priv.-Tel.) Dem Reichstag ist nunmehr die angekündigte neue Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges zugegangen, die die Zeit von Anfang März bis gegen Mitte September 1916 umfaßt. Es wird in der allgemeinen Einleitung hervorgehoben, daß es den Feinden trotz aller Anspannung ihrer Kräfte nicht gelungen sei, den ehernen Wall unserer Truppen zu durchbrechen, und daß sie deshalb um so mehr ihre Anstrengungen steigerten, um uns finanziell und wirtschaftlich zu Grunde zu richten. Es gilt für die Feinde, so heißt es, unter Führung und auf Antreiben Englands, das sich mehr und mehr über alle Gebote von Recht und Menschlichkeit hinwegsetzt, den Aushungerungs- und wirtschaftlichen Vernichtungsriegel gegen unser vom Weltverkehr immer mehr abgesperrtes Vaterland mit allen Mitteln durchzuführen. Um so größer mußten die Aufgaben sein, die uns in solcher Zeit gestellt waren, um diesem Plan zum Trotz unsere finanzielle und wirtschaftliche Kraft zu erhalten und zu stärken. Das war einmal notwendig auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung, dann wurden aber auch in andere Zweige unseres Wirtschaftslebens starke organisatorische Eingriffe erforderlich, und dank der Hilfsbereitschaft weitester Kreise des Volkes, dank der bewährten Anpassungsfähigkeit unserer Erwerbsstände, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, ist es gelungen, dem Plan unserer Feinde wirksam zu begegnen. Das Ergebnis der Kriegsanleihe zeigt die Stärke unserer finanziellen Rüstung gegenüber der zunehmenden Strupellosigkeit des Vorgehens unserer Feinde, auch hier insbesondere Englands gegen deutsches Vermögen und deutschen Handel im Auslande, eines Vorgehens, das immer deutlicher als Ziel die dauernde Vernichtung deutscher Erwerbstätigkeit im Auslande und deutschen Welthandels erkennen läßt. Das muß notgedrungen unsererseits zu weiteren Verordnungsmaßnahmen führen. Dabei ist besonders die Verordnung über Liquidationen britischer Unternehmen hervorzuheben.

In einem einleitenden Ueberblick über unsere Nahrungsmittelversorgung wird gesagt:

In dem Zeitraum des jüngsten Halbjahres, über den die vorliegende Denkschrift zu berichten hat, fiel die kritische Spanne unserer Volksernährung. Gleichzeitig mit der starken Anstrengung ihrer militärischen Kräfte erhofften die Feinde den Sieg von der Aushungerung Deutschlands, die sie mit der Erschöpfung der Lebensmittelvorräte am Ende des Wirtschaftsjahres, in den Sommermonaten bestimmt erwarteten. Eine verschärfte wirtschaftliche Abschmürung nach außen, bei deren Durchführung insbesondere England vor keiner Rücksichtslosigkeit und Rechtswidrigkeit gegen den neutralen Handel zurückschreckte, sollte diesen Vorgang beschleunigen. Trotz aller dieser Umstände ist, wie heute mit ruhiger Zuversicht festgestellt werden kann, jener kritische Zeitpunkt glücklich überwunden.

Die nunmehr eingebrachte gute Ernte des Jahres 1916 sichert die Lebens- und namentlich auch die Futtermittelversorgung Deutschlands und besiegelt das Scheitern des feindlichen Aushungerungsplanes. Der erfolgreichen Durchführung dieser Ernte haben die zuständigen Stellen des Reiches und der Einzelstaaten besondere Sorgfalt zugewandt. Vielfach wurden öffentliche Pauten aller Art unterbrochen, um Arbeitskräfte für die Landwirtschaft frei zu machen. Ungenützte Arbeitskräfte, insbesondere Frauen wurden in großem Umfange herangezogen. Die Arbeit der Kriegsgefangenen wurde systematisch nutzbar gemacht, vor allem aber durch planmäßige und umfassende Beurlaubungen durch die militärischen Instanzen dazu beigetragen, daß die Ernte rechtzeitig und gut geborgen werden konnte. Ungeachtet dieses sehr befriedigenden Ereignisses wäre es verfehlt, von einer Reformernte zu sprechen und daran die Forderung des Falles der Schranken der Lebensmittelzuteilung zu knüpfen. Es wird nach wie vor einer planvollen Verteilung der vorhandenen und anfallenden Vorräte unter Begrenzung jedes einzelnen Anteiles bedürfen, um bei allen wichtigen Lebensmitteln den volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen gerechten Ausgleich zwischen dem Anspruch aller Kreise der Verbraucher zu erreichen. Unter der Voraussetzung einer solchen Regelung aber kann mit voller Sicherheit nicht nur die Versorgung für das soeben begonnene Wirtschaftsjahr gewährt, sondern auch die Hinübernahme einer Lebensmittelreserve in das folgende Jahr in Aussicht gestellt werden.

Die Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen.

Die Nahrungsmittelversorgung. — Bekämpfung des Kriegswuchers.

N. Berlin, 29. Septbr. (Priv.-Tel.) Der Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges ist noch folgendes zu entnehmen:

Der Erhaltung und tunlichsten Steigerung der Gütererzeugung gilt die Aufmerksamkeit aller zuständigen Stellen, daneben aber bedürfen die Aufgaben, die aus der Regelung des Güterumsatzes und Güterverbrauchs sich ergeben, dringend der genauesten Beobachtung und Bearbeitung. An der Gesamtheit dieser Aufgaben war früher eine große Zahl von Behörden beteiligt und hieraus erwuchsen mancherlei Schwierigkeiten, da die Zersplitterung der Zuständigkeiten unter die verschiedenen bei der Regelung der Volksernährung mitwirkenden Reichs- und Landesstellen bisweilen die gebotene Schnelligkeit der Entscheidung und Einheitlichkeit der Ausführung beeinträchtigte. Zur Verrückung dieser Verhältnisse bedurfte es der Zusammenfassung der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für das ganze Gebiet der Volksernährung in einer einheitlichen, mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Verwaltungsstelle des Reiches. Durch Bundesratsverordnung vom 22. Mai 1916 wurde die Verfügung über alle im Deutschen Reich greifbaren Vorräte an Lebens- und Futtermitteln, sowie Hilfsstoffen im weitesten Umfange in die Hand des Reichskanzlers gelegt. Am demselben Tage wurde unter dem Namen Kriegsernährungsamt eine neue Zentralbehörde errichtet, der vom Reichskanzler die Wahrnehmung der ihm auf dem Gebiete der Volksernährung zuteilgehenden Befugnisse übertragen ist, soweit sie nicht ausdrücklich vorbehalten sind. Der aus Mitgliedern des Reichstages zusammengesetzte Beirat für Volksernährung hat auch in der Berichtsperiode den zuständigen obersten Reichsbehörden, dem Reichsamt des Innern und später dem Kriegsernährungsamt durch seine eingehenden Beratungen eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben und praktische Mitarbeit geleistet. Alle Zweige der Nahrungsmittelversorgung haben in dem Wirtschaftsplan 1916/17 von neuem eine eingehende Durchberatung erfahren. Dabei sollen auf dem Gebiete der Brotgetreide- und Mehlversorgung die bewährten Einrichtungen des Vorjahres im wesentlichen beibehalten werden. Auch auf dem Gebiete der Versorgung mit Gerste und Hafer weist die neue gesetzliche Regelung nur an einzelnen Punkten Abweichungen von der bisherigen geltenden auf. Gerade für diese wichtigen Lebens- und Futtermittel aber darf dank der soviel besseren Ernte des diesjährigen Sommers für die Praxis der Versorgung eine erhebliche Erleichterung erwartet werden.

Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung sind eine Reihe neuer Maßnahmen beschlossen und durchgeführt, und es darf nunmehr die Erwartung ausgesprochen werden, daß trotz des gegenüber der günstigen vorjährigen Ernte leider erheblich zurückbleibenden diesjährigen Ernteergebnisses sich auf diesem Gebiete die Versorgung der Bevölkerung künftig ohne Gefährdung der Ernährung vollziehen wird.

Die schwierigen Aufgaben liegen nach wie vor auf dem Gebiete der Versorgung mit Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs sowohl mit Fleisch, als mit Fett. Auf diesen Gebieten mußten Verteilung und Verbrauch planmäßig immer mehr den volkswirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden, die sich aus der Sperrung der in Friedenszeiten üblichen Zufuhr fremder Futtermittel ergeben. Die Anforderungen an Fleisch mußten allgemein auf ein Maß beschränkt werden, das mit unserem Viehbestand in Einklang steht und die Versorgung von Heer und Zivilbevölkerung mit Fleisch und anderen tierischen Erzeugnissen auch bei längerer Kriegsdauer besser gewährleistet und die Möglichkeit eines Wiederaufblühens unserer Viehhaltung nach dem Kriege sichert. Durch die in der Berichtsperiode ergangenen Verordnungen über die Fleischversorgung und Regelung des Fleischverbrauchs sind die gesetzlichen Grundlagen für diese Maßnahmen geschaffen, und die darin vorgesehene Reichsstelle für die Versorgung mit Vieh und Fleisch ist inzwischen ins Leben getreten. Die Aufgabe der Versorgung mit Speisefett erwies sich, abgesehen von der oben begründeten Knappheit an Rohstoffen, daran besonders schwierig, weil es im Gegensatz zu anderen wichtigen Nahrungsmitteln bisher an geeigneten statistischen Unterlagen sowohl für die Erzeugung als für den Verbrauch von Fett mangelte. Nach umfassenden organisatorischen Vorarbeiten ist nunmehr eine einheitliche Regelung der Fettversorgung für das ganze Reich getroffen und eine Reichsstelle für Speisefett errichtet worden.

Von allgemeiner Bedeutung für den Nahrungsmittelmarkt sind die neuerdings getroffenen Maßnahmen sowohl strafrechtlicher, als auch verwaltungsrechtlicher Art zur Bekämpfung des Kriegswuchers. Die Strafverordnungen des Höchstpreisgesetzes sind erheblich verschärft worden. Mißbräuchen durch irreführende Bezeichnungen von Nahrungs- und Genussmitteln soll ein Riegel vorgeschoben werden. Weittragende Bestimmungen gegen die immer stärker hervorgetretenen Mißstände im Nahrungsmittelhandel sind durch die neuen Verordnungen über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels getroffen. Die umfassende Arbeit, die durch die Gesetzgebung und die organisatorische Tätigkeit der Behörden geleistet wird, gewinnt Leben und durchgreifende Bedeutung erst durch die vertrauensvolle Mitwirkung des Volksganges. Es muß auch an dieser Stelle erneut betont werden, was bereits in der letzten Denkschrift ausgesprochen ist: Ueber die Tätigkeit aller amtlichen Stellen des Reiches wie der Bundesstaaten und der Gemeinden hinaus muß eine bemühte Mitarbeit der weitesten Kreise der Bevölkerung, der Erzeuger und Händler ebensoviel als der Verbraucher, bei der Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung in immer umfassenderem Maße wirksam werden. Ein solches planvolles Zusammenarbeiten gewährleistet das fleißige Durchhalten auch auf dem Gebiete der deutschen Nahrungsmittelversorgung.

Dann werden im einzelnen die verschiedenen Maßnahmen und die verschiedenen Verordnungen, die im Laufe des letzten halben Jahres erlassen worden sind, um das in der Anregung aufgestellte Programm durchzuführen, besprochen.

1. / X. 1916

Die Approvisionierung im Kriege.

In aller kürzester Zeit wird das von der Regierung geschaffene neue Ernährungsamt seine Wirksamkeit beginnen. An die Spitze desselben wurde Sektionschef v. Keller berufen, eine Persönlichkeit von ausgeprägter Individualität, hervorragendem Wissen und ausgesprochenem Organisationstalent. Die Wahl ist eine glückliche. Ob die Hoffnungen, die man auf das neue Amt und ihren Leiter setzt, in Erfüllung gehen werden, diese Frage muß man der Zukunft überlassen. Das, was uns bisher gefehlt hat, eine bis ins kleinste gehende Organisation der Zufuhr von Lebensmitteln und ihre gerechte Verteilung, die Durchführung eines einheitlichen, das große Ziel des Durchhaltens verfolgenden Planes — ist die erste große Aufgabe des neuen Amtes. Wenn die Aufteilung der vorhandenen Vorräte in gerechter Weise erfolgen wird, dann werden auch Entbehrungen, wenn sie uns auferlegt werden, von der Bevölkerung unbedrossen getragen werden. Man darf von dem neuen Amt und seinem Leiter keine Wunderthaten erwarten. Mehr als vorhanden ist, kann nicht hergegeben werden, aber, was da ist, soll in gleichmäßiger Weise an alle Bevölkerungsfreie zur Verteilung gelangen. Mit lebhafter Befriedigung darf man die Weisungen begrüßen, die an die Behörden zur Verhinderung des „Anstellens“ ergangen sind. Auch die Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit.

Ein Nebelstand, dem leicht abzuwehren wäre, macht sich in der letzten Zeit in sehr fühlbarer Weise geltend. Zahlreiche Kinder kommen ohne Frühstück zur Schule. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, in welcher lebhaften Weise die Wiener Bevölkerung die Durchführung einer von uns an anderer Stelle angeregten Aktion begrüßen würde, die darauf abzielt, die Schulkinder mit Frühstück zu versorgen.

Die An- und Verkäufe der Stadt Wien.

Lehrreiche Ziffern.

Auf dem deutschen Städtetag erstattete B. Rain ein im vorhinein größte Aufmerksamkeit erregendes Referat

über die Lebensmittelversorgung der Großstadt Wien in der Kriegszeit. Der Bericht liegt uns heute im Wort laute vor; er enthält scharfe, aber sachliche Kritiken so mancher Regierungsmassnahmen und fährt dann fort:

Zu Beginn des Krieges war man der Meinung, die Bevölkerungszahl der Zweimillionenstadt Wien werde sich verringern, doch das war irrig. Das Gegenteil trat ein:

Ueber 400.000 Personen Kriegszuwachs in Wien.

Die Garnison der Stadt Wien stieg von 26.000 Mann auf 120.000 Mann, die Zahl der Flüchtlinge erreichte 250.000 Personen, während die Zahl der kranken und verwundeten Militärs die Ziffer 60.000 erreichte. Der Krieg führte eine starke Vermehrung der Bevölkerung der Stadt Wien herbei. Und dem Zuwachs an Bevölkerung stand nach kurzer Zeit eine bedeutende Abnahme der Zufuhren von Lebensmitteln gegenüber, insbesondere von Getreide und Fleisch aus Galizien und Serbien, das vorher zum größten Teil der Stadt Wien zukam. So erforderte der Mehllankauf und dessen Verteilung die Schaffung eines eigenen Mehlamtes, das bisher an die Bevölkerung nicht weniger als 176,640.000 Kilogramm verteilte, das ist gleich

17.664 Waggons Mehl um 99,640.000 Kronen.

Ein anderer, unbedingt notwendiger Bedarfsartikel, insbesondere für die ärmere Bevölkerung, das waren die Kartoffeln. Kartoffeln hat die Gemeinde Wien im Vorjahre 6524 Waggons angekauft und 134 Waggons durch eigene Fehlung auf ihren Grundstücken in Verkehr gebracht. Die Höhe der Ankaufssumme beträgt 8,197.832 Kronen. Für das heurige Jahr hat die Gemeinde Wien 12.000 Waggons Kartoffeln angefordert, um für die Wintermonate vorgesorgt zu haben: hoffen wir, daß Wetter und Transportverhältnisse gestatten, die Kartoffeln rechtzeitig nach Wien zu bringen.

Ankauf von Röhren und Kondensmilch.

Die Milchversorgung Wiens hat durch den Futtermittelmangel einerseits, sowie durch die hohen Viehpreise andererseits die Wiener Milchmeier veranlaßt, die vorhandenen Röhren der Schlachtung zuzuführen und ihre Geschäfte zu schließen. So ging die Zahl der Röhren seit Kriegsausbruch von 9053 Stück auf 4231 Stück herab. Weiters sank die Milchzufuhr vom flachen Lande infolge der starken Inanspruchnahme durch die vielen Sanitäts- und Krankenanstalten, sowie infolge der größeren Verbrauchsmenge an die ländliche Bevölkerung infolge der Knappheit anderer Lebensmittel von 800.000 Liter pro Tag auf 450.000 Liter. Dieser Ausfall ist äußerst empfindlich. Die Gemeinde mußte also nach Eiligkeit trachten, hier die Not zu lindern, soweit es die Möglichkeit gestattet. So schritt sie zum Ankauf von Röhren, insgesamt 1639 Stück, mit einem Kostenaufwand von 1786.000 Kronen. Kondensmilch und Trockenmilch erwarb sie 107 Waggons um 3,303.000 Kronen.

Millionenankäufe in Zucker, Kaffee, Reis usw.

Trotz aller amtlichen Versicherungen, daß keine Knappheit in Zucker eintreten wird, sah sich die Wiener Gemeindeverwaltung doch veranlaßt, nicht weniger als 1223 Waggons Zucker anzukaufen, und zwar im Werte von 11,250.000 Kronen. Weiters wurde Kaffee rechtzeitig erworben, und dafür der Betrag von 4,225.000 Kronen verausgabt. Hülsenfrüchte, Bohnen und Erbsen wurden von der Gemeinde in Massen in Verkehr gesetzt, und zwar 514 Waggons mit einem Kostenaufwand von 3,747.000 Kronen. Für Reis sorgte die Gemeinde durch den Ankauf von 250 Waggons im Werte bis 2,603.000 Kronen. Desgleichen wurde auch Butter und Käse mit dem Betrage von 2,454.000 Kronen, Fett und Speck um den Betrag von 8,595.000 Kronen innerhalb der jüngsten Wochen in Handel gebracht, um der jetzt so stark fühlbaren Not in Fett wenigstens teilweise abzuwehren.

Durch Errichtung einer mit allen modernen Einrichtungen ausgestatteten Kühlanlage war es der Gemeinde möglich, größere Vorräte zu konservieren; im Kühlhaus beträgt der Umsatz in Fleisch 5,671.000 Kronen.

22 Millionen für Futtermittel.

Aber nicht bloß auf das Gebiet der Lebensmittelversorgung mußte sich die Tätigkeit der Gemeinde erstrecken, sie mußte auch seit länger wie Jahresfrist für die Herbeischaffung von Futtermitteln sorgen, setzte 5568 Waggons Kleie, Mais, Hirse, Melassefutter Maisfuttermehl usw. um und verausgabte dafür 22,042.000 Kronen.

In Millionen geht auch die Summe, welche die Gemeinde für Teigwaren und Sauerkraut, Rüben, Zwetschen usw. verausgabte.

Gesamtbilanz: Ueber 220 Millionen!

Die Tätigkeit der Gemeinde für die Lebensmittelversorgung zusammenfassend ergibt: Daß die Gemeinde Wien 205326.000 Kronen für Ankäufe von Lebensmitteln sowie 8,197.832 Kronen für Kartoffelversorgung und weilers 7,570.505 Kronen für öffentliche Ausbeijung verausgabte, also rund 35,829 Waggons mit einem Betrage von 221,094,337 Kronen aufgebracht hat. Um eine Vorstellung über den Umfang des Geschäftes zu erhalten, sei gesagt, daß die Speise an Fracht, Versicherungen und Lagerzins 17,676.000 Kronen betragen!

Das Ziffernmateriale, das B. Rain vorlegte, wurde von den Städtevertretern mit Staunen zur Kenntnis genommen. Zum Schlusse seiner Rede wurde B. Rain allseits beglückwünscht.

Etwas für die Hausfrau.

Zeitgemäße Rezepte.

Kürzlich hielt Fräulein Marianne Stern in der Urania für die Mitglieder der „Kohö“ einen Vortrag, der sehr lehrreich und interessant war. Wir entnehmen den Kochvorschriften, die sie für kommende Zeiten gab, folgende zeitgemäße Rezepte:

Brotaustrich.

Apfelmarmelade: Beliebige ungeschälte, in Vierteln geschnittene Äpfel werden mit etwas Wasserzusatz weich gekocht und durch ein Sieb gestrichen. Etwas Nellen, Zitronenschale und Zimt, in ein Mulltuch gebunden, läßt man mitkochen. Ist die Marmelade dick, wird sie in Gläser gefüllt, luftdicht verbunden und 15 Minuten sterilisiert.

Zwetschkenkäse: Sehr reife Früchte werden auf einem Durchschlag 1 bis 2 Minuten in kochendes oder sehr heißes Wasser gehalten, worauf sie rot werden und man selbe ohne Mühe schälen kann. Die Zwetschken werden dann entkernt, sofort in eine irdene Reib gegeben und auf 5 Kilogramm Zwetschken der Saft von einer Zitrone zugefetzt, damit der Käse leicht bleibt. Dann werden die Zwetschken sofort gekocht (durch längeres Stehen werden dieselben dunkel), und zwar durch zwei Stunden auf gutem Feuer unter ständigem Rühren, damit die Flüssigkeit rasch eindampft. Dann bei langsamem Feuer zu einer dicken, zähen Masse eingekocht und fortwährend gerührt, damit sich der Käse nicht anlegt. Vor dem Fertigkochen gibt man ein Gläschen Slibowitz oder anderen Brantwein hinein, streicht die Masse auf flache Schüsseln und stürzt sie später auf Pergamentpapier. Am besten an der Sonne unter öfterem Wenden fertig trocknen. Trocken aufbewahrt, ist er unbegrenzt haltbar.

Zwetschkenmarmelade: Die Früchte werden für einen Moment in kochendes Wasser gelegt, die Häutchen abgezogen, die Zwetschken entkernt und unter fortwährendem Rühren circa zwei Stunden kochen gelassen. Nun wird die Masse gewogen und für je 1 Kilogramm Frucht 30 Dekagramm Johannisbeeren und 60 Dekagramm Zucker, 2 Eßlöffel Essig der Fruchtmischung beigemischt. Nun kocht man das Ganze zu Marmeladendicke ein und träufelt ein wenig Zitronensaft dazu. Statt der Johannisbeeren kann man auch durchgedrückte Äpfel beimengen, die eine derartige Marmelade sehr ausgiebig gestalten. Wenn die Marmelade eine häßliche Farbe hat, so kann man sie mit einigen Tropfen von rotem Breton- oder Kermesfarbstoff auffärben.

Fleischerahnpfeisen muß man aus jenen Materialien machen, die gerade in reichlicher Menge vorhanden sind. Jede Jahreszeit gibt uns etwas, das im Verhältnis zu seinem Preise erschwinglich ist. Es soll dies immer aus einem Gemenge von Gemüse, Ei oder anderen eiweißhaltigen Materialien, wie Käse, Schwämme, Fische, bestehen. Es ist auch sehr gut, wenn man diesen Fleischerahnpfeisen eine kleine Menge Fleisch zugibt.

Derzeit sind z. B. Kürbis und Paradeis reichlich auf dem Markte, aus welchen sich eine reiche Auswahl von Speisen machen läßt. Als Beispiel dafür einige Rezepte:

Geschnittene Kürbisse mit Paradeis: Geschälte Kürbisse werden fein nudlig geschnitten und bleiben, leicht eingesalzen, kurze Zeit stehen. Man läßt ein entsprechendes Quantum Schmalz heiß werden, gibt die Kürbisse, nachdem das Wasser gut ausgedrückt wurde, hinein und läßt sie eine halbe Stunde dünsten. Dann macht man eine lichte Einbrenn, gibt Paradeismark dazu, läßt aufkochen, gießt Suppe daran, gibt Zitronensaft und eine halbe Zwiebel, in welcher drei Gewürznelken stecken, hinzu. Dies alles läßt man ganz verlocken, passiert nochmals und gibt die Sauce zu den weichgekochten Kürbissen, welche damit aufgekocht werden.

Kürbiskirise: Ein Speisekürbis wird entkernt, in kleine Stücke geschnitten und mit wenig Wasser, unter fleißigem Rühren, zu einem dicken Püree eingekocht, welches man sodann durch ein Haarsieb treibt. Auf $\frac{1}{2}$ Liter Kürbispüree rechnet man $\frac{1}{2}$ Liter Hirse; diese wird abgebrüht und mit Milch dick aufgekocht. 10 Dekagramm Butter oder anderes Fett rührt man schaumig, gibt vier Dotter dazu, 10 Dekagramm Zucker und ziemlich viel geriebene Zitronenschale. Dies rührt man gut ab, fügt die Hirse sowie das Kürbispüree und zuletzt den Schnee der vier Eier dazu. In gut ausgefetteter und ausgestäubter Form bäckt man diese Speise eine Stunde lang. (Die Kriegszeit wird allerdings eine Vereinfachung dieses Rezeptes verlangen.)

Mehlspeisen können auch ohne Fett hergestellt werden, und zwar sind es da einige Teige, die in Betracht kommen. Es ist dies erstens der Nudelteig, aus welchem man eine große Anzahl Speisen erzeugen kann, z. B. Pommes frites, Nudeln, Topfenflederln, Paradeisnudeln usw. Zu Erdäpfelteig braucht man nur eine ganz geringe Menge von Fett, um eine große Quantität Teig zu erzeugen, aus dem sich bekanntlich vielerlei machen läßt. Erdäpfelnudeln mit Lebzelt bestreut, desgleichen Zwetschkenknödel usw. Brandteig läßt sich vielfach zu Fruchtknödeln verwenden und kann auch ohne Fett gemacht werden. Eine große und reiche Auswahl von Mehlspeisen kann man aus Biskuitteig machen, welcher dann immer mit Obst gefüllt wird, damit er nicht zu trocken schmeckt. Also auch da ist es möglich, sich zu helfen. Man muß nur einen Teil der gewohnten Mehlspeisen ausschalten, dafür aber wieder solche aufnehmen, welche sich mit den derzeit vorhandenen Materialien herstellen lassen.

Es läßt sich also trotz der fehlenden Materialien noch immer wirtschaften. Unbedingt verwerflich sind Verschwendungen von Lebensmitteln, wie diese auch jetzt noch immer vorkommen. Diese müssen sowohl im eigenen wie im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft unbedingt vermieden werden. M. St.

Billige Mischmarmelade (aufs Brot oder zu einfachen Mehlspeisen sehr zu empfehlen): Die länglichen oder runden roten (nicht gelben) Rüben, die sogenannten Salatrüben, werden halbweich gekocht, geschält und durch den Kartoffelquetscher oder die Maschine gepreßt. Auf 1 Kilogramm Markt kommt $\frac{1}{4}$ Kilogramm Zucker, Zitronensaft und -Schale oder Vanille. Man kocht dies fast ganz dick ein. In einem zweiten Gefäß hat man nun eine Preiselbeeren-, Brombeeren-, Ribisel- oder Äpfel- oder Birnen- oder Quittenmarmelade gekocht, mischt diese nun zusammen und kocht sie zusammen fertig. Je mehr Früchte man nimmt, desto schmackhafter. Auch Fallobst, gut gereinigt, ist verwendbar, ebenso aus der Presse gekommener Obstsaft. Bis zur Hälfte des Gewichtes kann man mit roten Rüben die Marmelade „strecken“; sie ist sehr bekömmlich, gut ausgiebig und besser als die von gewöhnlichen Karotten bereite. Diese Art der Marmeladen verlangt nur etwas mehr Würze, da sie wenig Eigengeschmack hat. Auch mit Kürbis oder sauren Hagebutten vermischt, schmeckt sie sehr gut. Sogar mit Paradeispüree, entsprechend Zucker und einer Fruchtgattung ist sie sehr gut. Auch als Verwertung kleinerer Reste, roher oder fertiger Früchte miteinander verlockt, ist diese Marmelade zu empfehlen. S. R.

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

**Das Ernährungsamt, — Vorratsaufnahme und schärfere
Marktkontrolle.**

In der Kriegskommission für Konsumenteninteressen wurde vom Vorsitzenden Regierungsrat Georg Friz darüber Mitteilung gemacht, daß die Kommission beschlußgemäß mehrere Eingaben an die zuständigen Ämter richtete. Was die Verordnung betreffend den Rindviehverkehr, insbesondere die Festsetzung von Höchstpreisen für Rindvieh, betrifft, so liegt eine Gefahr darin, daß diese Preise niedriger als die ungarischen Preise sind. In der Zentralviehkommission sind die Konsumenten in viel zu geringer Zahl (3) vertreten.

Die angekündigte Schaffung eines zentralen Ernährungsamtes wurde mit Genugtuung begrüßt, nur müßte das Amt in der Tat eine völlige Zentralisierung der ernährungspolitischen Agenden bedeuten, mit weitgehenden Vollmachten, so daß die jetzt vielfach beklagten Kompetenzschwierigkeiten zwischen den einzelnen Zentralstellen, die in so manchen Fällen unzureichende Vorschriften verursachen, vollständig ausgeschaltet wären. (Die Kompetenzen bleiben aber nach dem vorliegenden Organisationsentwurfe vollständig aufrechterhalten. D. Ned.)

Eingehend befaßte sich die Kommission mit der Frage der Feststellung der noch vorhandenen Vorräte sowohl bei den Produzenten als auch bei den Händlern und in den Privathaushaltungen in Stadt und Land. Die letzten Verordnungen boten den Behörden schon jetzt eine Handhabe, verheimlichte oder aufgeschapelte Vorräte überall auszuforschen und sie der Ernährung des Volkes zuzuführen. Falls die zur Verfügung stehenden Mittel der resillosen Erhebung aller verheimlichten, aufgeschapelten oder gehamsterten Vorräte nicht zum Ziele führen, müßten schärfere Maßnahmen ergriffen werden.

Hierauf gelangten die zahlreichen Uebelstände auf den Märkten, namentlich beim Verkauf von Gemüse usw., zur Erörterung (zu geringe Dezentralisierung des Verkaufes, Unzulänglichkeit der Marktkontrolle, Willkürlichkeit der Verkäufer u. a.). Die Kommission wird bei der Marktamtsdirektion vorsprechen, um eine entschiedene und wirkungsvolle Marktkontrolle zu erreichen. In diesem Zusammenhange wurden neuerdings die trassen Uebelstände des Anstellens erörtert und die schon vor geraumer Zeit seitens der Kommission erstatteten Vorschläge (Dezentralisierung des Verkaufes, Nummerierung der Käufer, Kundenlisten des einzelnen Verkäufers, Bezugsscheine, ganztägiger Verkauf und keine Beschränkung auf einige wenige Verkaufsstunden u. a.) den Behörden zur schleunigsten Durchführung empfohlen.

In Bezug auf die Eierversorgung wird gewünscht, daß über das Verbleiben der bedeutenden Reserven der früheren „Miles“ Aufklärung gegeben werde, und daß die auffallende Knappheit des Eierangebotes seit der Wiedereingelassung des freien Handels beseitigt und für eine zureichende Menge von Eiern auf den Märkten Sorge getragen werden müsse.

Kein Provisorium.

Das Ernährungsamt, das jetzt ins Leben tritt, wird eine unserer wichtigsten Verwaltungsstellen sein und darf nicht als ein bloßer Verlegenheitsbehelf der Kriegszeit betrachtet werden. Aus den Bedürfnissen des Krieges ist das Amt entstanden, aber es wird nicht mit dem Kriege verschwinden. Denn dieser Krieg ist kein kurzes, rasch vorübergehendes Kapitel der Weltgeschichte, sondern wird durch seine unmittelbaren Folgen und mittelbaren Nachwirkungen den Charakter einer geraumen europäischen Entwicklungsperiode bestimmen. Und auch die Ernährungsverhältnisse der am Kriege beteiligten Völker, namentlich Mitteleuropas, werden auch nach Friedensschluß noch lange Zeit brauchen um wieder in den normalen Stand zurückzuführen. Daß die Ernährungspolitik einen bedeutsamen Teil der allgemeinen Verwaltungspolitik zu bilden hat, dürfte wohl ein dauernder Erkenntnisgewinn sein, der den Leidenden Völkern aus diesem Kriege zurückbleibt. Jedenfalls werden aber die Verkehrs- und Versorgungsstörungen von heute auch nach dem Krieg noch anhaltend genug sich fühlbar machen, um das Ernährungsamt über alle Momentbedürfnisse hinweg zu einer dauernden Einrichtung zu erheben. Oder glaubt man, daß die Frachtraumnot im Seeverkehr mit dem Tag des Friedensschlusses geschwunden sein wird? Andererseits werden

lichen Aufgaben entsprechend wird aber auch das Ernährungsamt von vornherein konstituiert werden müssen, das heißt, nicht als eine aus dem etwaigen Personalüberschuß anderer Ämter zusammengesetzte Notbehörde, sondern als ein österreichisches Eliteamt, das mit den tüchtigsten verfügbaren Kräften besetzt wird. Wir werden das Ernährungsamt noch sehr lange brauchen, und wir wünschen, daß ihm nicht nur eine lange, sondern auch eine große Zukunft beschieden sei.

die internationalen Zahlungsschwierigkeiten, eine unvermeidliche Folge der Kriegszerrüttung des europäischen Geldwesens, dem allgemeinen Einfuhrhunger wieder hemmend entgegenwirken. Bis also unsere Volksernährung so weit sein wird, sich wieder aus den vielen altgewohnten Bezugsquellen zu speisen und sich zum vollen Normalstand zu erholen, bis dahin wird viel Zeit vergehen, und in dieser langen Uebergangszeit, deren wirtschaftliche Probleme wir heute kaum noch zu ahnen vermögen, wird das ordnende, organisatorische Walten des Ernährungsamtes gar nicht zu entbehren sein. Ganz abgesehen davon, daß in so unruhiger Zeit auch die Preisbildung nicht sich selbst wird überlassen werden dürfen, weil sonst die liebe Gewohnheit des Preiswuchers zu noch schlimmeren Ausartungen als den bisher erlebten führen könnte. Nicht minder wird auch die durch den Krieg in Blüte gekommene Lebensmittelverfälschung eine stetige, systematische Gegenarbeit der staatlichen Ernährungs politik erfordern.

An Aufgaben auf lange Sicht wird es also dem Ernährungsamt nicht mangeln. Und darum dürfte sich empfehlen, daß nicht nur das Publikum sich mit der bleibenden Natur dieser staatlichen Ernährungs fürsorge vertraut mache, sondern daß auch das neue Amt selbst sich auf ein Wirken in weite Zukunft hinein einrichte. Das Ernährungsamt darf sich selbst nicht als Provisorium fühlen; dagegen wird es allerdings keine seiner organisatorischen Schöpfungen von heute als Definitivum ansehen dürfen. Wir werden nicht ewig bei der Rationierung unserer täglichen Mahlzeiten, bei Brot- und Fettkarte, bei den Ernährungsvorschriften der belagerten Festung stehen bleiben. Das alles wird sich ändern, auf dem einen Marktgebiet schneller, auf dem anderen langsamer, aber dieser ganze Umgestaltungsprozeß wird unter fortwährender Beobachtung stehen müssen und wird, je nach dem Stand der Dinge, wechselnde und stets richtig angepasste Maßnahmen nötig machen. Dazu gehören Wachsamkeit, Scharfblick, rasches Handeln, organisatorische Fertigkeiten — also in allen Stücken das Gegenteil der bureaukratischen Schablone, nach der man sonst zu arbeiten pflegte. Diesen außerordent-

3./X. 1916

Die Lebensmittelversorgung.**Graf Stürgkh über die Versorgung Wiens.**

Gestern vormittags sprach eine Abordnung des Bürgerklubs beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh vor. In der fast dreistündigen Unterredung, der auch der Leiter des Ministeriums des Innern Baron Handel beiwohnte, gelangten die verschiedenen Fragen der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung zu eingehendster Besprechung. Der Ministerpräsident gab namens der Regie-

runge die bestimmte Erklärung ab, daß insbesondere in der Brot- und Kartoffelversorgung kein Grund zur Beunruhigung vorliege. Die durch die Regierung getroffenen Maßnahmen werden schon in den nächsten Tagen zur vollen Wirksamkeit gelangen und zur Besehung der zeitweiligen Schwierigkeiten führen. Die Regierung sei auch mit allen Kräften bemüht, die ausreichende Versorgung der Stadt mit Milch und Fett sicherzustellen. Die Organisation des Verteilungsapparats werde im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung durchgeführt werden, um auch hierin zu den der Bevölkerung dienlichsten Maßnahmen zu gelangen.

Reichliche Kartoffelzufuhr nach Wien.

Vom Wirtschaftsamt der Statthalterei wurde gestern auf das Ansuchen der Wiener Kleidermachergenossenschaft um die Ausfuhrbewilligung für 25.000 Kilogramm Kartoffeln aus dem politischen Bezirk Gänserndorf für die bei den Unternehmungen der Genossenschaft bediensteten Beamten, Arbeiter sowie beschäftigten Meister und Frauen eingerückter Meister unter gleichzeitiger Abweisung des Ansuchens erklärt, daß die Einholung von Ausfuhrbewilligungen seitens Wiener Korporationen nicht nötig sei, da noch im Laufe dieser und nächster Woche Kartoffeln in großen Mengen nach Wien gebracht werden, so daß der Kartoffelbedarf der Wiener Bevölkerung hinreichend befriedigt werden könne.

Die Rayonierung im Konsumverein.

Der Erste Wiener Konsumverein, über dessen Rayonierungsplan zum Zwecke einer rationellen Lebensmittelabgabe wir bereits kürzlich berichteten, versendet folgendes Zirkular:

„Die geradezu unhaltbaren Zustände des stundenlangen Anstehens haben uns veranlaßt, mit Bewilligung der Behörden die Rayonierung und Numerierung unserer Mitglieder durchzuführen, um die Abgabe von Waren in geregelte Bahnen zu bringen.

Alle Mitglieder haben nunmehr auf ihren Büchern eine laufende Nummer und darunter in Buchform die Nummer des Magazins verzeichnet, in dem allein sie berechtigt sind, Waren, deren Abgabe beschränkt ist, zu beziehen, während ihnen in allen anderen Magazinen die Ausfolgung dieser Waren verweigert werden muß. (Mitglieder, die noch keine Nummer haben, werden ersucht, sich sofort in demjenigen Magazin, in dem sie einzukaufen wünschen, anzumelden.)

Die Abgabe der Waren wird nunmehr ab anfangs Oktober dieses Jahres in folgender Weise geordnet: die erste Hälfte der Mitglieder in jedem Magazin erhält den im Quantum beschränkten Artikel, die in den Magazinen bekanntgegeben werden (derzeit Kaffee, Butter und Mehl), am Mittwoch den 4. Oktober, während der Tag der Abgabe der beschränkten Artikel für die zweite Hälfte der Mitglieder im Magazin tags vorher angeschlagen werden wird. Jedes Magazin wird an der Tür ersichtlich haben, bis zu welcher Nummer die Abgabe stattfindet (zum Beispiel Nr. 1 bis 420, und am nächsten Verkaufstage Nr. 421 und darüber).

Daß an jedem dieser Verkaufstage in den Magazinen vorrätige Quantum beschränkter Artikel wird an die Mitglieder, so bald es möglich ist, in einem dem Familienstande entsprechenden Quantum gleichmäßig auf-

geteilt werden, daher ein Anstellen unnötig ist, da ja das auf jedes einzelne Mitglied entfallende Quantum den ganzen Tag über aufbewahrt wird. In dem bestimmten Tage nicht abgeholte Waren können nicht länger reserviert werden. Mitglieder, die eine andere Nummer auf ihrem Büchel haben, als für den Tag bestimmt, erhalten die obgenannten Artikel an diesem Tage überhaupt nicht.

Brot gelangt an die Mitglieder, die dasselbe von uns regelmäßig beziehen, jeden zweiten Tag zur Abgabe, und zwar derart, daß an einem Tage die erste Hälfte, am zweiten Tage die zweite Hälfte der Mitglieder das nach der Produktion auf sie entfallende Quantum ausgesetzt erhält.

Milch, von der wir nur mehr sehr kleine Mengen zum Ausschank haben, kann, solange nicht eine behördliche Regelung durchgeführt wird, nur an eine beschränkte Anzahl von Mitgliedern regelmäßig abgegeben werden. Von den Mitgliedern, die schon heute Milch durch uns beziehen, erhalten jene, an die noch eine geringe Menge Milch verabsolgt werden kann, in das Bezugsbuch die Stampiglie „Milch“. Für andere Mitglieder reicht das uns zugewiesene Milchquantum nicht aus.

Die Berücksichtigung der Anzahl der zu versorgenden Personen bei jedem Mitglied ist vorläufig nur bei einzelnen Artikeln in der Weise möglich, daß die zur Abgabe gelangenden Quantitäten abgestuft werden, nach Familien mit ein bis zwei, Familien mit drei bis fünf und Familien von mehr als fünf Mitgliedern. Bei allen Artikeln, bei denen die geringen zugewiesenen Quantitäten eine derartige Aufteilung nicht zulassen, kann diese nur nach der Mitgliederzahl vorgenommen werden.

Sollte es uns möglich werden, bei den verschiedenen Zentralkstellen, die uns diese Waren zuweisen (ein direkter Kauf ist nach den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen überhaupt unmöglich), größere Quantitäten als bisher zu erlangen, so wird die auf jedes Mitglied entfallende Menge auch entsprechend erhöht werden.“

Ernährungsfragen.

N Berlin, 2. Oktbr. (Priv.-Tel.) Der Ausschuss der Brotartengemeinschaft Groß-Berlin hat beschlossen, die bereits angekündigte Ermäßigung des Roggenbrotpreises mit dem 16. Oktober in Kraft treten zu lassen.

O Dresden. Schon im vorigen Winter war das Wild aus den Wäldern der sächsischen Großstädte fast verschwunden. Jetzt hat die sächsische Regierung angeordnet, daß Jagdbesitzer von jeder Tagesstrecke, die mehr als 20 Hasen beträgt, die Hälfte der mehrgeschossenen Hasen an die größeren Städte abzuliefern haben.

O Dresden. Der Bezirk Dresden erhöhte den Brotbezug Jugendlicher von zwölf bis vierzehn Jahren um vier Pfund monatlich.

r Göttingen. Die Obstbeschlagnahme ist in zahlreichen Bezirken des ersten Armeekorps aufgehoben.

w Stuttgart. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Buttererzeugung hat die württembergische Regierung die monatlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Buttermenge von 375 Gr. auf 300 Gr. herabgesetzt.

D Karlsruhe. Da die in diesem Jahre von der Landwirtschaftskammer abgeschlossenen Mastungsverträge über 15 000 Schweine ein so günstiges Ergebnis gezeigt haben, wird von der Kammer beabsichtigt, im nächsten Jahre wieder in erhöhtem Maße Verträge abzuschließen. Im Laufe des Jahres 1917 sollen auf diese Weise bis zu 150 000 Schweine gemästet werden. Hierfür wird als Futter zu billigem Preise gemahlene Gerste, ein zur Mast hervorragend geeignetes Kraftfutter, geliefert. Die Schweine sollen unmittelbar zur Ernährung der Bevölkerung dienen.

**Beschlüsse der wirtschaftlichen Kommission des
 Polenklubs.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Lra lau, 3. Oktober.

„Kaprjod“ meldet über die heutige Sitzung der Sektion der städtischen wirtschaftlichen Kommission des Polenklubs, daß Abgeordneter Diamand ausführlich über die Approvisionierungsaufgaben sprach und über die Approvisionierungsanordnungen, welche der Polenklub als politische Vertretung des Landes vornehmen sollte, um diese Aufgaben möglichst gut zu lösen. Er stellte Anträge wegen der Wahl eines Approvisionierungssubkomitees, welches ständig sein soll und unabhängig vom Präsidium des Polenklubs in Aktion treten und handeln kann. Weiter empfiehlt er die Errichtung einer staatlichen Approvisionierungszentrale, welche das ganze Approvisionierungswesen umfassen und von den Ressortministerien unabhängig sein soll. Das Präsidium des Polenklubs soll wegen der Vertretung Galiziens in allen Kriegswirtschaftlichen Institutionen Schritte einleiten. Endlich verlangt er die Aufhebung des Verbotes des Scharinverkaufes.

Nach den Reden der Abgeordneten Groß, Kauß, Gliwinski sprach auch Obmann Ritter v. Bilinski, der in Erwiderung auf die Ausführungen Diamands bestritt, daß der Polenklub und dessen Präsidium den Approvisionierungsfragen wenig Interesse entgegenbrachten. Er hob hervor, daß die Frage des Wiederaufbaues des Landes noch viel wichtiger sei als jene der Approvisionierung.

Die Kommission nahm den Antrag Diamand wegen der Wahl eines Approvisionierungskomitees an, die anderen Anträge trat die Kommission einem Subkomitee ab, welches in der Donnerstagssitzung dem Polenklub Bericht erstatten soll.

Nachmittags fand eine Sitzung der landwirtschaftlichen Kommission des Polenklubs unter Vorsitz des Abgeordneten Dlugosz in Anwesenheit des Obmannes Dr. v. Bilinski statt. Der Leiter der technischen Sektion der Landeszentrale für den Wiederaufbau des Landes, Hofrat Ingarden, referierte über den bisherigen Stand der Frage. Die Frage des Wiederaufbaues wurde einer eingehenden Diskussion unterzogen.

Die Anrechnung der Warenbezugsmarken.

* Die Gäste der Hamburger Kriegsküchen fanden sich bis zu dem Tage der Einführung der Reichsfleischkarte in der besondern Lage, für das Essen aus den Kriegsküchen keine Warenbezugsmarken abgeben zu müssen. Auch wer diese Küchen nicht in Anspruch nahm und doch außer dem Hause essen wollte, brauchte nur mit seiner Brotkarte bewaffnet zu sein, um sich allen Bedürfnissen gewachsen zu zeigen. Anders wurde es, als die Reichsfeierstelle ein Wörtchen mitbrachte, da mußte man auch in Gasthäusern, wenn man Eier Speisen verlangte, durch seine Eierkarte kund und zu wissen tun, daß man ein Nations-Ei für die Woche noch nicht verzehrt habe.

In vielen Städten Deutschlands war es aber schon lange Gepflogenheit, in den staatlich aufgemachten Küchen für das Essen nicht nur Geld, sondern auch Warenbezugsmarken zu ordern; nicht nur Fleischmarken, sondern auch Kartoffelmarken, Marken für Gries, Graupen und Mehl. Unzweifelhaft genossen die Hamburger Kriegsküchen- und Gasthausbesucher bisher einen großen Vorzug diesen Städten gegenüber. In öffentlichen Gaststätten werden in Hamburg heute Brotmarken, Fleischmarken und Eiermarken, je nach der Speise verlangt. Wie wir heute morgen mitteilen, werden aber in absehbarer Zeit auch die Kartoffelmarken in Gasthäusern und Mittagsküchen mit abgefordert werden müssen, wie es zu Anfang dieses Monats schon in den Kriegsküchen der Fall ist.

Wengstlichen Gemütern mögen diese Maßnahmen bedenklich erscheinen, ihre Erfüllung aber ist nur ein Gebot der Billigkeit den ärmeren Volksschichten gegenüber. Es besteht auch einseitig die Gefahr, daß die Inanspruchnahme der Warenbezugsmarken für außerhalb des Haushalts zu gehörende Speisen noch weiter ausgedehnt werde; jedenfalls besteht beim hamburgischen Kriegsverorgungsamt die Absicht, so weit wie nur irgend möglich, darauf zu verzichten. Es ist für die Ernährungsmöglichkeiten der Allgemeinheit von sehr erheblichem Wert, die Lebenshaltung außerhalb der Haushaltung so leicht wie angänglich zu gestalten, weil dadurch auch Nahrungsmittel dem Verbrauch zugeführt werden, die wegen ihrer Kostspieligkeit nicht für jedermann erschwinglich sind. Es ist schon genug damit getan, daß in öffentlichen Gaststätten für Butterbröte kein Streichfett hergegeben werden darf; darum sollen wir wahrhaftig davon absehen, die Schlinge uns selbst enger zuzuziehen dadurch, daß wir den Markenzwang in seiner Wirkung vielfältiger gestalten. Es genügt wirklich, wenn wir für ein Spielgeleit im Gasthaus unsere Eierkarte opfern. Wenn wir auch noch von unserer Butterkarte opfern sollten für das Braten, und seien es auch nur fünf Gramm von unserer Wochenmenge von 90 Gramm Streichfett, so wäre das alles weniger als annehmen.

Eine völlige Gleichheit in der Verteilung wird sich auch heute nicht erzielen lassen, weil soziale Unterschiede selbst nicht durch eine Umverordnungsverordnung aus der Welt geschafft werden. Wenn wir aber die Anrechnung der Warenbezugsmarken zu weit treiben, so werden wir schließlich auch dahin kommen, daß man sich nur gegen eine Marke seiner Seifenartie wird — rasieren lassen können; denn offensichtlich ist doch der, der sich rasieren läßt, gegen den der sich selbst rasiert, im Vorteil, weil dem „Selbstrasierer“ die nötige Seife auf seine Karte angerechnet wird, dem, der sich rasieren läßt, aber nicht, obwohl doch nicht zu leugnen ist, daß beide Seife verbrauchen. Genau so liegt es bei der Wäsche; die Haushaltungen, die außer dem Hause waschen lassen, sparen sich den Aufwand darum, woher der Wäscher eine Seife bezieht, sie haben aber den Vorteil, mehr Seife für den Hausverbrauch zu haben als jene, die ihre Wäsche zu Hause waschen.

Man sieht also, zu welchen Folgerungen man schließlich gelangt; irgendwo sind die Dinge immer stärker als die Menschen, und man besiegt sie nicht dadurch, daß man sich ihnen unterordnet, sondern sich über sie stellt. Nur die sinnfällige Ausdeutung der Durchführbarkeit einer Verordnung, nicht ihre slavische Befolgung, verleiht ihr überhaupt erst ihren Wert.

Die Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen.

(Vgl. Nr. 274B des „Hamburger Fremdenbl.“.)

Aus dem dem Reichstag zugegangenen neunten Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen veröffentlichen wir noch die nachstehenden bemerkenswerten Ausführungen:

Die Erhaltung der finanziellen Kraft des Landes war die bedeutungsvolle Aufgabe der Reichsbank während der Berichtszeit. Sein Rückgrat, den Goldbestand, hat das Zentralinstitut in den verfloffenen sechs Monaten um nahezu 12 Millionen Mark vermehren können. Dies Ergebnis ist günstig, wenn bedacht wird, daß aus den Einnahmen häufig große Summen zur Bezahlung nach dem Ausland und zur Bereithaltung für die heimische Industrie vorher abgezweigt werden mußten.

Zur Stärkung des Goldbestandes haben auch die in Stadt und Land errichteten Goldankaufsstellen beigetragen. Daß die Reichsbank den Einlieferern von Gold ein Gedenkblatt bzw. eine eiserne Gedenkmonze überreicht, sollte noch immer mehr bekannt werden.

Noch erfreulicher erscheint der gesamte Goldzuwachs der Reichsbank während des Krieges, wenn die entsprechenden Ziffern des feindlichen Auslandes zum Vergleich herangezogen werden. Da ergibt sich, daß, ungeachtet der außerordentlich kräftig betriebenen Goldsammlungen, bei unseren Feinden die erzielten Ergebnisse in den Banlausweisen weit weniger sichtbar werden als bei uns, weil unsere Gegner zur Bezahlung der aus dem Auslande bezogenen Kriegsbedürfnisse ungleich größere Goldmengen abstoßen mußten, als dies in Deutschland der Fall war. — Der Notenumlauf der Reichsbank hat begreiflicherweise eine weitere Steigerung erfahren, wozu die Bedürfnisse der von unseren Truppen besetzten feindlichen Gebietsteile nicht unwesentlich beigetragen haben. Aber auch hier zeigt ein Vergleich mit den Ausweiszißern der feindlichen Staatsbanken, daß in Frankreich und Rußland die Zunahme des Umlaufs an Noten ungleich größer ist als bei uns. Gleichwohl darf nichts außer acht gelassen werden, was das Verhältnis zwischen Goldbestand und Notenumlauf verbessern kann. Die Reichsbank fördert daher die Ausgestaltung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch die Einrichtung der beständigsten Schecks, die eine neuerdings erlassene Bundesratsverordnung geschaffen hat.

Wenn die gesamten täglich fälligen Verbindlichkeiten der Reichsbank durch den Goldbestand gegenwärtig in Höhe von 27,7 Prozent gedeckt werden, so liegt darin gegen den letzten Friedensausweis allerdings eine Verschlechterung von 5,3 Punkten. Aber auch hier wird durch den Vergleich mit dem Auslande erst der richtige Maßstab gewonnen. Es beträgt nämlich die Verschlechterung bei der Bank von England 9,6 Punkte, bei der Bank von Frankreich 28,9 Punkte und bei der russischen Staatsbank gar 30,3 Punkte.

Die ausländischen Wechselkurse zeugen zwar noch immer von der Lahmung des deutschen Auslandshandels. Immerhin ist auch hier insofern eine befriedigende Entwicklung festzustellen, als seit der neuen Regelung des Devisenverkehrs die deutschen Kurse in verschiedenen Ländern einen wesentlich günstigeren Stand erreichten, während da, wo eine Verschlechterung sich nicht verhindern ließ, diese in engen Grenzen blieb.

Der Bericht über die vierte Kriegsanzleihe, der in der Denkschrift enthalten ist, bringt durch übersichtliche Gruppierung der bereits früher bekannt gewordenen Ziffern die erfreuliche Tatsache in Erinnerung, daß an dem glänzenden Gesamtergebnis eine ungewöhnlich große Zahl kleiner Zeichner und u. a. auch 420 000 Schöler beteiligt waren.

Die Denkschrift widerlegt noch einmal die haltlose Verdächtigung unserer Feinde, daß unsere Kriegsanzleihen in der Hauptsache mit Hilfe der Darlehnsklassen aufgebracht wurden, während in Wahrheit die gesamte Inanspruchnahme dieser Institute nicht mehr als 2,6 Prozent der gezeichneten Beträge umfaßt. Mit berechtigtem Stolz kann der Bericht der Reichsbank darauf hinweisen, daß Deutschland durch den Umfang seiner lediglich im Inlande aufgenommenen langfristigen Anleihen und durch deren stabilen Kursstand seine finanzielle Überlegenheit dargetan habe.

Die überaus große Zahl der in den übrigen Gruppen der Denkschrift besprochenen Bekanntmachungen und Verordnungen zeigt, daß

die Fürsorge der Reichsregierung sich allen Zweigen unseres Wirtschafts- und Rechtslebens gleichmäßig zugewandt hat. Im Rahmen des vorliegenden Ueberblicks können aber füglich nur die allerwichtigsten Maßnahmen hervorgehoben werden.

Unter den Anordnungen im Gebiet der Rechtspflege ist die Verord-

nung zur Entlastung der Gerichte zu nennen für die Rechtsanwälte geführt, die, wie vom Reichstage, auch von der Reichsjustizverwaltung anerkannt wurden. Eine Reihe von Bestimmungen, die der Vereinfachung des Gerichtsverfahrens galten, so insbesondere die Einschränkung der Erhaltungsfähigkeit von Anwaltskosten in geringfügigen Streitigkeiten, ist deshalb wieder beseitigt worden.

Besonders eingehend beschäftigt sich die Denkschrift mit der von der britischen Regierung eingeführten Zwangsliquidierung deutscher Unternehmungen innerhalb des englischen Reiches und der von Deutschland festgesetzten Vergeltungsmaßnahmen. Dieser Abschnitt der Denkschrift verdient weitestehende Verbreitung. Die Darstellung zeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit und mit welchem Zynismus England vorgegangen ist, und wie es kein Mittel gescheut hat, um sich des lästig gewordenen Handelsrivalen zu entledigen. Wer noch bedurfte, daß England diesen Krieg bis zur völligen wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands zu führen entschlossen ist, findet ihn hier niedergelegt. Deutscher Rechtsauffassung entsprechend, werden die von der Regierung angeordneten Gegenmaßnahmen im Gegensatz zur englischen Willkür mit strenger Sachlichkeit, aber auch mit gebührender Schärfe durchgeführt.

Eine große Reihe von Bestimmungen dient endlich der Anpassung der sozialpolitischen Forderungen an die Kriegsverhältnisse. Auch hier ist das Bestreben vorwiegend, alle Härten auszugleichen, die nach der strengen Vorschrift des Gesetzes durch die Abwesenheit der Millionen von Wehrpflichtigen von ihrem Wohnsitz entstehen konnten.

In ihrer klaren, gehaltvollen, jeden Ueberschwang vermeidenden Sprache gibt die Denkschrift ein übersichtliches Bild von der überwältigenden Fülle von pflichttreuer Arbeit, die von allen Behörden während der verfloffenen sechs Monate zur Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Kriegswirtschaft geleistet worden ist.

4/X. 1916

* Die Lebensmittelversorgung der Gemeinde Berlin-Friedenau. In allen Kreisen der Friedenauer Bevölkerung hatte man seit längerer Zeit über die Lebensmittelversorgung durch die Verwaltung lebhaft Klagen erhoben, ja man beschuldigte den Bürgermeister Walger, die Lebensmittelknappheit im Orte verschuldet zu haben. Mit Entrüstung wurde darauf hingewiesen, daß in den Nachbarorten Schöneberg und Wilmersdorf die Lebensmittel viel reichlicher verteilt würden als in Friedenau, und die Unzufriedenheit erreichte in Friedenau einen derartigen Höhepunkt, daß in der Presse dem Bürgermeister vorgeschlagen wurde, sein Amt niederzulegen. Hierauf sah sich Bürgermeister Walger veranlaßt, eine Erklärung in Form eines Flugblattes abzugeben, das an die Einwohner von Haus zu Haus verteilt wurde. In dem Flugblatt wurde die bisherige Lebensmittelpolitik verteidigt und die Schuld der Knappheit auf die Versorgung durch den Kreis Teltow und auf die Zentral-Einkaufsgenossenschaft geschoben. Mit dieser Erklärung war aber die Opposition nicht zufrieden, und in der Ortspresse und in den Versammlungen wurde die Fehde gegen den Bürgermeister weiter fortgesetzt.

Wie weit die Angelegenheit gezogen hatte, zeigte die schon lange geforderte Aussprache über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde. Schon eine Stunde vor der angesetzten Zeit füllten sich die Räume des Rathauses. Bürgermeister Walger kennzeichnete auf Grund eines Rückblicks auf die geschichtliche Entwicklung der Lebensmittelversorgung Friedenaus die Schwierigkeiten, die der Gemeinde besonders in letzter Zeit erwachsen sind, und die in der Hauptsache in den Einrichtungen der Zentraleinkaufsgenossenschaft, in dem geringen Entgegenkommen der Friedenauer Händler und in der Monopolisierung fast aller Waren zu suchen sind. Ein großes Verdienst habe sich der Kreis Teltow durch die im Mai 1916 erfolgte Gründung der Teltower Kriegswirtschaftsgenossenschaft erworben, von der alle Gemeinden versorgt werden und die monatlich rund 5 Mill. M. Waren heranschafft. Zum Schluß redete der Bürgermeister einem energischen Durchgreifen des Kriegsernährungsamtes das Wort. Er schlug vor, da sich eine engere Verbindung zwischen der Bevölkerung und den Gemeindevertretern als durchaus wünschenswert herausgestellt hat, ein besonderes Lebensmittelamt einzusetzen sowie eine Auskunft- und Beschwerdestelle zu errichten. Die Vertretung schloß sich nach längerer Erörterung diesem Vorschlage an und erwählte einen fünfgliedrigen Ausschuß, der bereits in der nächsten Sitzung positive Vorschläge über diese neuen Gemeindestellen machen soll.

Volksernährung im Kriege.

Sonntag fand im Sitzungssaal der Deutschen Arbeiterpartei die heutige Hauptversammlung des Reichsvereins der Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs, des Hauptverbandes der Partei, statt. In der Versammlung erstattete der Obmann der Partei Walter Gattermayer einen Bericht über die Volksernährung und legte der Versammlung eine Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, vor, in der der Zubericht Ausdruck gegeben wird, daß durch eine zielbewußte Tätigkeit der verantwortlichen Stellen das Durchhalten mit den vorhandenen Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsgegenständen bis zur siegreichen Beendigung des Krieges möglich ist. In dem nunmehr zu errichtenden österreichischen Ernährungsamt kann aber die Gewähr für die notwendige Raschheit und Zielsicherheit der Regierungsmaßnahmen so lange nicht erblickt werden, als dieses Amt nach dem Muster Ungarns nicht in ein Ernährungsministerium umgewandelt wird, das — von den übrigen Ministerien vollständig unabhängig — imstande ist, die bei der Lösung ernährungspolitischer Fragen sich immer ergebenden Kompetenzschwierigkeiten zu beheben. Die Versammlung verlangt, daß an die Spitze des so ausgestalteten Ernährungsamtes ein Direktor gestellt wird, dem die weitestgehenden Befugnisse erteilt werden und der die Erfahrungen des Kriegsernährungswesens in seinen Maßnahmen zu verwerten hätte. Die Hauptversammlung sieht zunächst in der unerwarteten Haltung Ungarns gegenüber der Gestaltung des österreichischen Lebensmittelmarktes eine der Hauptursachen der Schwierigkeiten unserer Volksernährung und muß neuerdings feststellen, daß in dem Mangel eines gemeinsamen Versorgungsgebietes eine der Hauptursachen der unzulänglichen Wirkung der von der österreichischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu sehen ist. Eine weitere Ursache der unzulänglichen staatlichen Lebensmittelpolitik ist in dem Mangel einer Fühlungnahme mit der verbrauchenden Bevölkerung zu suchen. So wurden zum Beispiel in die Zentralkommission für den Viehverkehr bloß drei Vertreter der Verbraucher berufen. Sie verlangt deshalb eine gleichmäßige Vertretung der Verbraucher und Erzeuger in allen Approvisionierungsstellen. Ebenso sieht die Hauptversammlung in dem Nebeneinanderarbeiten der staatsbehördlichen und landesbehördlichen Kräfte eine große Gefahr, die hauptsächlich bei der Regelung der Preisfrage zum Ausdruck kommt. Die Hauptversammlung verlangt schließlich von dem Ernährungsamt ein tatkräftiges Eingreifen gegenüber dem Lebensmittelwucher in jeder Form und fordert eine Verbilligung der Regiekosten der einzelnen Zentralen, da die dort nachweisbar ausbezahlten hohen Gehalte Verteuerungen des Betriebes herbeiführen. Unter den übrigen von der Versammlung gefaßten Resolutionen befindet sich eine wegen der Steuerzuschläge für die staatlichen Angestellten und Arbeiter, dann eine wegen der Versicherungsfragen und wegen der Bevölkerungspolitik.

5./X. 1916

* Die Einwirkung der Kriegsernährung auf die Gesundheit besprach gestern abend Geh. Rat Professor Dr. Boas im Rahmen eines Vortrages, den die Zentrale der Hausfrauenvereine von Groß-Berlin, gemeinsam mit dem Deutsch-evangelischen Frauenbund (Ortsgruppe Berlin) und anderen Frauenvereinen veranstaltete. Nach einleitenden Betrachtungen über Unter- und Leberernährung wandte sich Geheimrat Boas den neuesten Anschauungen über die Ernährung des menschlichen Körpers zu, die sich von der früheren Ueberschätzung der Bedeutung des Eiweiß für den Aufbau des Körpers weit entfernen. Eines dieser neuen Systeme, das des dänischen Arztes Hindhebe, behandelte der Vortragende ausführlich.

Hindhebe hält für die menschliche Ernährung nur Kartoffeln, Brot, Fett und Obst für notwendig, ohne jedoch Gegner der Fleischernährung zu sein und ohne daß er vorschreibt, daß man sich nur mit diesen Lebensmitteln befestigen soll. Er hat aber durch wissenschaftlich einwandfreie Untersuchungsmethoden bewiesen, daß man bei dieser Ernährungsweise in höchstem Maße leistungsfähig und strotzend gesund sein kann. Allerdings gehören täglich 5—6 Pfund Kartoffeln dazu, um das Minimum von 20 Gr. Eiweiß, das Hindhebe für notwendig hält, dem Körper zuzuführen.

Auf diesen Grundgedanken aufbauend, sind in letzter Zeit in einem Kölner Lazarette Versuche angestellt, die an Stelle der gewöhnlichen Kartoffeln „Nährkartoffeln“ setzen, von denen 1 Pfund aus etwa 4 Pfund Rohkartoffeln gewonnen wurden. Die Erfahrungen hiermit waren überaus günstige, und sie lieferten den Beweis, daß man mit wenig und bescheidener Nahrung gesund und arbeitsfähig sein und bleiben kann. Außerdem, hob Prof. Boas hervor, sei die Anpassungsfähigkeit des menschlichen Körpers eine überaus hohe. Unser Körper würde daher auch lernen, mit weniger Kalorien auszukommen. Was wir aber an Nahrungsmitteln brauchen, sind Kartoffeln, Brot, Obst und Fett. Fleisch, Fisch, Ei usw. können wir entbehren. Mit einem Ausblick auf die wirtschaftliche und hygienische Bedeutung der neuen Ernährungsformen schloß der Redner seine Ausführungen mit den Worten: „Mäßigkeit macht stark.“
E. St.

5./X. 1916

Höchstpreise für verdorbene Fette in Aussicht. Die bisher gültigen Höchstpreisbestimmungen für Speisefett erstrecken sich nur auf solche Waren, welche für den menschlichen Genuß geeignet sind, nicht aber auf verdorbene Ware. Es ist seit einiger Zeit in der Presse wiederholt darauf hingewiesen worden, daß schlechtgewordene Butter oder verdorbene Margarine oder Knochen Speisefette zu Preisen, die weit über den Höchstpreisen für gute Waren liegen, verkauft worden sind. Eine amtliche Erklärung hierüber besagt: Ob die dabei mehrfach erhobene Behauptung, daß die genannten Speisefette absichtlich nicht genügend gepflegt worden seien, so daß sie verderben könnten, oder daß man sie für verdorben erklärt, um sie den Höchstpreisbestimmungen zu entziehen, zutrifft, wird seitens des Kriegsernährungsamts regelmäßig genau nachgeprüft. Dem Mißstande, daß für verdorbene Waren sehr viel höhere Preise als für gute zu erzielen sind, wodurch ein Anreiz für mangelhafte Behandlung der Ware gegeben ist, muß ein Ende gemacht werden. Deshalb wird beabsichtigt, in nächster Zeit eine Verordnung zu erlassen, in welcher für die verdorbenen Speisefette Höchstpreise festgesetzt werden, die so bemessen sind, daß die Mißstände unter allen Umständen ausgeschaltet werden.

5./X. 1916

Die Teuerung in England.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Basel, 4. Oktober.

Ein Journalist bestätigt in der hiesigen „National-Zeitung“, daß trotz aller Maßnahmen der Behörden die Lebensmittelpreise in England sehr erheblich gestiegen sind. Vergleicht man den Marktbericht vom Juli 1914 mit dem vom Juni 1916, so ergibt sich eine Preiserhöhung von 53 v. H., mitunter sogar von 59 v. H. Gerade die allernotwendigsten Bedarfsartikel sind meistens verteuert. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung werden am empfindlichsten getroffen. Ueberall fehlt es der englischen Landwirtschaft an Arbeitskräften; es wäre ein Wunder, wenn sich die Folgen davon nicht bei der Ernte bemerkbar machen würden.

Aus London wird über den gleichen Gegenstand dem Blatte gemeldet: Die Lebensmittel steigen dauernd. Die Verpflegungskosten haben sich für die Arbeiterklasse um die Hälfte des Betrages erhöht, welchen sie vor dem Kriege ausmachten.

*10. IX. 1916***Die fettlose Küche.**

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Wie viele Schwierigkeiten hat die Hausfrau schon in der Kriegszeit überwunden, und so wird es auch mit dem Schwersten sein, das ihr bevorsteht: mit dem Kochen ohne Fett oder mit einem ganz minimalen Quantum desselben.

Wenn wir zurückblicken auf die lange wirtschaftliche Krise, die wir nun schon durchgemacht haben, so erinnern wir uns vielleicht heute mit einem Lächeln daran, daß es uns damals, zu Kriegsbeginn, fast unmöglich erschien, das geliebte Rührl oder eine frische Semmel zum Kaffee zu entbehren, wie beispielsweise mit dem Weißbrot die Brösel, die doch in der Küche eine wichtige Rolle spielten, verschwanden, wie die Fettpreise enorm in die Höhe gingen, so daß gebackene Mehlspeisen und ebensolche Fleischspeisen unmöglich wurden, wie der Rahm, der doch zur Herstellung einer guten Sauce als unentbehrlich galt, nicht mehr zu haben war. Als schließlich im vergangenen Winter die Mehlvorräte knapp waren, so daß Maismehl in der verschiedensten Form zubereitet werden mußte, woran unser Gaumen sicher nicht gewöhnt war, und wie man zu Mäckerzähnmitteln greifen mußte, wie Zucker- und Kaffeemarlen kamen, hat die gute Hausfrau den schweren wirtschaftlichen Kampf zu führen verstanden und beherrscht auch heute ihre Küche. Und in einigen Wochen wird uns das Kochen ohne Fett oder sehr wenig gerade so geläufig sein wie das Kochen mit Trockenmilch oder ohne Brösel und dergleichen. Sollten manche Hausfrauen sich mit dem fettlosen Kochen noch nicht ganz zurechtfinden, so könnte ich ihnen als praktische Hausfrau einen guten Rat geben.

Ich besuchte vor einigen Tagen einen Vortrag, der mich sehr interessierte. In diesem Vortrage wurden unter anderm praktische Winke über Gemüsebröten, dem Kochen in der Kochkiste gegeben. Während des Vortrages nun lachten und lachten die verschiedensten Speisen ohne Fett! Wir konnten am Schlusse dieses Vortrages die Speisen kosten und überzeugten uns, daß man auch ohne Fett wohlschmeckende Speisen herstellen kann. Die Gerichte wurden alle erklärt und die Rezepte gegeben. Es wurde uns mitgeteilt, daß diese Vorträge jeden Mittwoch und Freitag um 4 Uhr nachmittags in der Küche des städtischen Gaswerkes, 8. Bezirk, Josefstädterstraße Nr. 10, stattfinden.

Wie gut ging es mir früher, wo alles reichlich vorhanden war. Da war das Kochen keine Kunst, aber heute, wo es oft an den wichtigsten Lebensmitteln fehlt, da ist es eine Kunst, eine mehrköpfige Familie halbwegs zufrieden zu stellen. Aber, wenn die Opfer auch schwer sind, die von uns Hausfrauen jetzt verlangt werden, so sind sie doch im Vergleich zu Opfern, die andre bringen müssen, immer noch klein.

6./X. 1916

Die Ansprüche an den Wiener Markt.

Einige Wiener westliche Bezirke hatten in den letzten Tagen einen Ansturm von mehreren Zehntausenden von Einkäufern aus den Südbahngemeinden und namentlich auch aus den Gegenden der Ziegelwerke Bösendorf, Siebenhirten usw. auszuhalten, ein Andrang,

der bei der ohnehin in Wien herrschenden augenblicklichen Knappheit zu allerlei Mißständen führte. Die Rayonierung der Kronländer, welche die niederösterreichischen Kartoffelgebiete den kartoffelarmen Gebieten Niederösterreichs mit Ausschluß von Wien vorbehält, hat den Zweck, jedem das Seine zu sichern. Wenn nun die Stadt Wien aus Niederösterreich nichts erhält, weil die kartoffelreichen Gebiete des Landes die kartoffelarmen versorgen sollen, und wenn dann die Bewohner der kartoffelarmen Gebiete nach Wien strömen, weil sie trotz der Rayonierung keine Erdäpfel erhalten, so entstehen Zustände, die schlimmer sind, als wenn gar nichts verfügt worden wäre. Es ist Zeit, daß die Bezirkshauptmannschaften im Westen außerhalb Wiens für ihren Marktbedarf entsprechend der Rayonierung sorgen, damit ihre Bevölkerung nicht in andere Versorgungskreise flüchten muß.

6. X. 1916

Die Ueberschätzung des Eiweißes.

Vortrag von Prof. Dr. J. Boas.

Auf Veranlassung der Centrale der Hausfrauenvereine sprach gestern vor einer überaus großen Zuhörerschaft der bekannte Magenarzt Prof. Dr. J. Boas im Sitzungssaale des Abgeordneten-Hauses über die Einwirkung des Krieges auf unsere Ernährung.

Mit aller Entschiedenheit bestritt er, daß bei uns eine Unterernährung infolge des Krieges eingetreten sei. Gewiß zeigten sich hier und da bei verschiedenen Personen Gewichtsverminderungen; das bedeute aber durchaus nicht eine Unterernährung, müßten doch sogar in Friedenszeiten zahlreiche Personen planmäßig auf Anordnung des Arztes auf eine Gewichtsverminderung hinarbeiten. Infolge Ueberschätzung der eiweißreichen Nahrung ist man bei uns in Friedenszeiten oft zu einer Ueberernährung gekommen. Die Anschauungen über die Bedeutung des Eiweißes haben sich in den letzten Jahren, nicht zum wenigsten dank den Arbeiten des dänischen Landarztes Hindhede, gewandelt. Professor Boas erläuterte in anschaulicher Weise die Grundzüge des Systems Hindhede, das er unseren Lesern bereits in Nr. 438 der „Voss. Ztg.“ vom 27. August fesselnd auseinandergesetzt hat. Er betont, daß das Hindhede'sche Ernährungsprinzip, bei dem vor allem Kartoffeln und Brot die Hauptsache spielten, gewissermaßen die eiserne Ration darstellt, die an sich zwar den Körper ohne Defizit erhält, aber Ergänzungen und Erweiterungen durch andere Nahrungs- und Genußmittel keineswegs ausschließen will. Das Eiweiß läßt sich nicht vollständig ersetzen; 20 Gramm auf den Tag ist das Mindestmaß, was Hindhede fordert, während die Münchener Schule den Bedarf an Eiweiß auf täglich 118 Gramm feststellt. Hindhede tritt keineswegs für rein pflanzliche Kost ein.

Boas zeigt dann weiter, wie wir uns im Kriege den veränderten Nahrungsbedingungen angepaßt haben. Unsere Ernährungslage ist zwar mit Schwierigkeiten verbunden, gibt aber zu ernstern Besorgnissen keinen Anlaß. Wir können mit den allereinfachsten Mitteln durchhalten. Brot, Kartoffeln, Fette (Milch und Butter) kommen in erster Linie in Betracht; hier muß für eine richtige Produktion und Organisation gesorgt werden. An zahlreichen anderen Nahrungsmitteln wird viel zu viel herumgedokktert. Ob wir ein Ei mehr oder weniger bekommen, ob wir ein paar Gramm Fleisch mehr oder weniger erhalten, ist ziemlich gleichgültig. Auch nach dem Kriege werden wir, und das ist keine geringe Errungenschaft, mächtiger und einfacher in unserer Ernährung sein, und dadurch auch gesünder.

6./X. 1916

Krieg und Wirtschaft.

Die Presse und die Kriegsverorgungsämter.

* Wie wir in unserer gestrigen Abendausgabe schon mitgeteilt, werden die Vertreter der Presse von Koblenz von jetzt ab zu den Versammlungen der städtischen Lebensmittel-Kommission mit beratender Stimme zugezogen. Die Stadtverwaltung von Koblenz folgt damit in gewisser Weise dem Kriegsernährungsamt in Berlin, das durch die Einrichtung eines Pressebüros ständige Fühlung mit der deutschen Presse hält und auch durch seine „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ der Bevölkerung durch die Zeitungen alles Wissenswerte über neue Verordnungen in Wirtschafts- und Ernährungsfragen zur Kenntnis bringt.

Auch in Hamburg ist bekanntlich für das neue hamburgische Kriegsverorgungsamt ein Pressebüro vorgesehen, um schneller als bisher mit Bekanntmachungen und vor allem mit Erläuterungen zu Bekanntmachungen an die Öffentlichkeit zu treten. Darüber hinaus hofft man aber auch, gerade aus den Kreisen der Presse, an die ja in der Regel viel eher als an die amtlichen Stellen die Bevölkerung mit Klagen, Beschwerden und Verbesserungsvorschlägen herantritt, mancherlei Anregung zu empfangen, die zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden kann. Wenn dieses Pressebüro des hamburgischen Kriegsverorgungsamtes heute noch nicht geschaffen worden ist, so liegt es eben daran, daß das Amt noch nicht alle Arbeiten der Zweigstellen hat übernehmen können, denen sie bisher oblagen. Der Uebergang wird ganz allmählich nur vorgenommen werden können, weil das zu bearbeitende Gebiet so vielfältig und so weitschichtig ist, daß auch hier alle mit Weile ein dringendes Gebot ist.

Bevor aber das hamburgische Kriegsverorgungsamt überhaupt in die Erscheinung getreten war, hatte die frühere Kommission für Kriegsverorgung seit einiger Zeit regelmäßige wöchentliche Besprechungen mit Angehörigen der Presse, die unter dem Vorsitz des Herrn Senators Dr. Diestel, dem Vorsitzenden des jetzigen Kriegsverorgungsamtes, stattfanden und beiden Teilen wertvolle Dienste leisteten. Aus eben diesen Zusammenkünften ist dann der Gedanke entstanden, dem

neuen Kriegsverorgungsamt ein Pressebüro anzugliedern. Wie sich das Kriegsverorgungsamt, das bekanntlich aus drei Mitgliedern des Senats und fünf Mitgliedern der Bürgerschaft besteht von denen nur eins auch zugleich Angehöriger einer hamburgischen Zeitung ist, dieses Pressebüro im einzelnen gedacht hat, wissen wir heute noch nicht. In dem Vorgehen der Lebensmittel-Kommission zu Koblenz aber, Vertreter der Presse als beratende Mitglieder hinzuzuziehen, dürfte auch dem hamburgischen Kriegsverorgungsamt ein Fingerzeig gegeben sein, ihr Pressebüro von vornherein auf die Grundlage zu stellen, die am ersten Erfolge verspricht.

Ein Prüfungsamt für Ersatzmittel.

6/X. 1916

Es gehört zu den beklagenswertesten Erscheinungen der Zeit, daß die minder und gar nicht bemittelten unter der Not am stärksten leiden. Sie werden unter anderem auch von den Erzeugern und Händlern mit sogenannten Ersatzstoffen am ärgsten ausgebeutet; der Wohlhabende kann sich noch lange die wirklichen Bedarfsgegenstände verschaffen, weil es für ihn doch nur eine Geldfrage ist, während der Arme zu Ersatzstoffen greifen muß, die schlecht und in jedem Sinne teuer sind. Kaum zeigt sich irgendwo ein Mangel oder eine Preissteigerung, so sind auch schon die Ersatzmittel da; so derzeit die Seifen-erläse. Es sind in der Mehrzahl der Fälle fette Erdarten, in der Regel Bolus alba (weiße Tonerde) die die Eigenschaft hat, die Haut zu reinigen. Während man weiße Tonerde in jedem Drogengeschäft das Kilogramm für 30 bis 40 Heller bekommt, werden für die Tonerde mit Phantasienamen Phantasiepreise gefordert und dazü der Reklame auch bezahlt.

Vor einigen Wochen teilte uns ein Freund aus einer größeren Provinzstadt folgendes mit: Er ist l. l. Professor und beschäftigt sich mit chemischen Studien, die auch die Ersatzmittelindustrie zum Gegenstande haben. In dieser Eigenschaft verlangte er und erhielt ein Muster eines in der Ortszeitung angekündigten Seifenersatzes. Er hält es für gewöhnliche Schamotte. Gleichzeitig mit dem Muster erhielt er aber auch ein gedrucktes Rundschreiben, das in ebenso begeisterten wie tschechisch-deutschen Worten die Vorteile des Ersatzmittels anpreist, allerdings die Vorteile für den, der sich mit dem Verkaufe beschäftigt, und die Einladung, er möge sich damit beschäftigen. Der Preis für ihn sei 15 Heller für das Stück; der Verkaufspreis sei mit 23 Heller festgesetzt. (Er war mit 20 Heller vorgebracht, aber handschriftlich auf 23 erhöht; der Appetit war offenbar im Laufe der Zeit gestiegen.) Das Muster zeigte alle Eigenschaften der Ersatzerden; es reinigt oberflächlich, beschmutzt ein wenig die Wäsche und zerbröckelt nach einigem Gebrauch in kleine Stücke, die natürlich unbenutzbar sind, wodurch es sich erheblich verteuert. Man erreicht, wie gesagt, genau dasselbe, nur ganz erheblich billiger, wenn man in einem Drogengeschäft weiße Tonerde in Stück- oder Pulverform kauft, was übrigens hiemit empfohlen sei.

Das unserem Freunde, dem Gymnasialprofessor, zum Wiederverkaufe angebotene Ersatzmittel taucht nun auch im Anzeigenteile der Wiener Blätter auf, wo Käufer und Wiederverkäufer gesucht werden. Es heißt „Brisol“ und ist das Erzeugnis einer Aktiengesellschaft. Was wir oben über seine Eigenschaften im Vergleiche zur weißen Tonerde (Bolus alba) sagten, überhebt uns der Notwendigkeit, vor diesem Seifenersatz besonders zu warnen; er ist nicht schlechter und nicht teurer als die meisten anderen, aber auch nicht besser und ebenso teuer. Wohl aber regt diese Wahrnehmung bei uns den Gedanken an, daß die Regierung zum Schutze der Unbemittelten, auf die derartige Ersatzmittel in erster Linie berechnet sind, ein Amt errichten möge, dessen Aufgabe es wäre, den Wert und die Angemessenheit der Preise von Ersatzmitteln für unentbehrliche Lebensmittel zu prüfen und die Erlaubnis zu Verkauf und öffentlicher Anpreisung erst dann zu geben, wenn die Prüfung in beiden Richtungen befriedigend ausgefallen ist. Es ist nicht zulässig, daß die Not der Zeit von gewissenlosen Unternehmern zur Bereicherung ausgenützt werde, und die Regierung hat, wie wir meinen, geradezu die Pflicht, die so schwer getroffenen unbemittelten Klassen vor Ausbeutung zu schützen, wenn es so verhältnismäßig leicht wie in diesem Falle geschehen kann. Es brauchte ja nur der Verkauf durch Wiederverkäufer und die Veröffentlichung von Anzeigen in den Zeitungen von einem Zeugnisse der Amtsstelle abhängig erklärt werden. Nebenbei gesagt, scheint es uns, daß die hiermit vorgeschlagene Amtsstelle in der k. k. Untersuchungsanstalt für Nahrungsmittel schon vorhanden wäre; sie brauchte nur entsprechend erweitert zu werden, damit sie außer den unmittelbaren Nahrungsmitteln alles umfasse, was zum täglichen Leben notwendig ist. Viel Schaden könnte durch diese Stelle verhütet und viel Gutes gestiftet werden. Entschließt sich die Regierung, wie wir hoffen, sie zu errichten, so geschehe es aber bald, und es sei ihren Verordnungen rückwirkende Kraft verliehen, damit sie imstande sei, die Ausbeutung durch schon eingeführte Ersatzmittel einzustellen.

Die Abprovisionierung im Kriege.**Das Ernährungsamt.**

An der Organisation des Ernährungsamtes wird, wie wir erfahren, eifrigst gearbeitet. Das neue Amt wird voraussichtlich bereits Mitte Oktober in Funktion treten. Das Ernährungsamt wird vier Geschäftsgruppen (Departements) haben, an deren Spitze je ein Vorstand stehen wird. Ferner werden ihm zwölf Ministerialkommissäre zugeteilt sein, die die einzelnen Gebiete Oesterreichs zu bereisen haben werden, um die Beziehungen zwischen den Landesstellen und den Ministerien einerseits und den Landesstellen und den Bezirkshauptmannschaften andererseits aufrechtzuerhalten. Sie werden weiter den jeweiligen Versorgungsstand wahrzunehmen haben und alle Uebelstände im kürzesten Wege zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen haben.

Außerdem wird eine bedeutende Personalvermehrung bei den politischen Behörden in erster Instanz in Aussicht genommen. Diese Organe werden im Bezirke selbst eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen haben wie die Ministerialkommissäre in den einzelnen Ministerien. Ihnen wird vor allem die Ueberwachung und Durchführung der bestehenden Verordnungen und die Berichterstattung zwischen Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften obliegen. Es werden Beamte ernannt werden, denen exekutive Gewalt eingeräumt wird.

Am 11. d. tritt der ständige Arbeitsausschuß des Abprovisionierungsbeirates zusammen, um verschiedene dringende Fragen zu erledigen. Er wird sich voraussichtlich besonders mit der Frage der Regelung des Fleischverbrauches, der Aufbringung von Fett und dann mit den Anträgen aus dem Schoße des Ernährungsbeirates betreffend die Milch- und Butterversorgung beschäftigen.

Vorurteile im Ernährungs- dienst.

Nach unsere Doffentlichkeit kommt allmählich „dahinter“. Allmählich merkt sie, daß die auffällige Vielgeschäftigkeit doch nicht jedermann sein tägliches Stück Brot sichert. Allmählich erkennt sie, wo das Hindernis einer zuverlässigen Versorgung steckt. Und allmählich durchschaut sie die Vorurteile, die uns hemmen, die uns um den Erfolg der Bemühungen bringen.

Mannigfach sind die Vorurteile alten und neuen Ursprungs, die noch heute vorwalten. Der Glaube an die Allheilskraft bloßer Höchstpreise, der zu Kriegsbeginn weit verbreitet war, ist allerdings schon erschüttert, hat aber inzwischen einem neuen Irrglauben Platz gemacht, der besonders von den Händlerkreisen verbreitet wird: Höchstpreise seien überhaupt ein Schaden, da sie die Ware vom Markte treiben. Der neue Irrtum scheint nicht minder schlimm als der alte Irrglaube, denn er würde uns hindern, an dem Abbau der Preise oder der Hemmung der Preissteigerung tatkräftig zu arbeiten. Die Wahrheit ist, daß Höchstpreise verbunden sein müssen mit einer wirksamen **Organisation** sowohl

der Aufbringung als der Verteilung. Die Aufbringung kann durch behördliche Anforderung (Requisition), die Verteilung durch das Kartensystem geregelt sein, aber diese zwei Mittel sind weder die einzigen noch in jedem Falle die besten.

Wo Aufbringungs- und Verteilungsorganisation fehlen, dort versagt freilich der Höchstpreis. Das haben wir im letzten Winter in der Wildbretfrage erlebt. Für die heurige Jagdsaison hat das Ackerbauministerium ein System ausgearbeitet, das Hand und Fuß hat. Wir können heute freilich noch nicht absehen, ob nicht auch an dieser Maschine ein oder mehrere Stifte versagen werden, aber die Maschine selbst ist richtig gebaut. Der Jagdberechtigte hat eine genau umschriebene Menge seiner Strecke abzuführen (nicht Anforderung, sondern Abfuhrpflicht!), erhält einen **Festpreis**, um den nicht mehr zu markten ist. Die Aufbringung wird weiter so organisiert, daß in jedem Lande **Uebernahmsstellen** eingerichtet werden, die weiter die Verteilung durchführen, über die die Landesbehörde entscheidet. Hier klappt allerdings eine Lücke, denn es fehlt an einer festen Verteilungsordnung. Bloß angedeutet ist, daß Wohlfahrtseinrichtungen und Konsumentenorganisationen **vorangehen**. Zu wünschen wäre gewesen, daß hier ein ganz bestimter **Vorbekalt** für die Krankenanstalten sowie für die öffentlichen Ausweisungen gemacht, den Minderbemittelten eine bestimmte Quote im Wege der direkten Versorgung zu Selbstkostenpreisen überlassen und bloß der Rest den Wildbretthändlern zur Verfügung gestellt würde, die dann an die zahlungsfähige Privatlandschaft verkaufen. Vielleicht läßt sich eine ähnliche Verteilungsvorschrift noch nachtragen. Im ganzen aber sehen wir ein geschlossenes System von Aufbringung und Verteilung, einen **Bewirtschaftungsplan** wenigstens vorgeschrieben — wie die Durchführung gelingen wird, wissen wir freilich noch nicht. Gewiß ist, daß der Festpreis in diesem Plane berechtigt und wirksam ist.

Was nun die Methode der Aufbringung der Vorräte betrifft, so walten auch hier Vorurteile. Ein Teil schwört bedingungslos auf den Zwangsbefehl, auf die Requisition, der andere auf dessen Gegenteil, auf die lieblosende Anlockung durch saftige Preise, auf den sogenannten „wirtschaftlichen Anreiz“. Die Zwangstheorie ist in weitem Umfang in Geltung: Industrielle Betriebe, von denen man gesicherte Höchstleistungen erreichen will, kommen einfach unter Kriegsdienstleistung — bei landwirtschaftlichen Betrieben ist die Anwendung des Zwangssystems noch nicht versucht worden, obschon in der letzten Zeit viel über die Militarisierung der Landwirtschaft gesprochen wird. Eines ist sicher: den Drusch in den landwirtschaftlichen Ueberschüßbetrieben hätten wir staatlich organisieren müssen! Die viel zu geringe Anlieferung an Brotfrucht, die vorhanden ist, zeigt uns, daß wir eine Unterlassung begangen haben. Ebenso wird die Organisation des Anbaues im nächsten Frühjahr vorher ernstlich durchdacht werden müssen. Aber an dieser **zwangsläufigen Ordnung** ist die Ordnung und nicht der Zwang die Hauptsache. Der Zwang an sich, die Einsetzung von Befehlsgewalt und Befehlshabern, nützt ebensowenig als der Höchstpreis; auch hier kommt es auf den **sachlichen Wirtschaftsplan** an, den man vorerst besitzen muß: Je vernünftiger er ist, umsoweniger an Zwang wird not tun. Einige Verbrauchsartikel wie Milch lassen aus technischen Gründen weder Enteignung oder Beschlagnahme noch irgend welche behördliche Anforderung zu. Deshalb aber bleibt man keineswegs auf den „Anreiz“ durch wachsende Preise beschränkt, wie viele Landwirte glauben machen wollen.

Die Aufbringung erfolgt in solchen Fällen viel besser durch Auflage eines angemessenen Lieferungscontingents auf die örtliche Gesamtheit der Wirtschaftsbesitzer. Einzelne Bezirkshauptmannschaften haben das mit Erfolg versucht: Jede Gemeinde hat Woche für Woche eine bestimmte Menge von Milch, Butter und Eiern einzuliefern, es ist Sache der Ortsgewalt, das Contingent im Orte aufzuteilen (zu repartieren). Zur Aufbringung durch Contingent müssen wir gelangen. Es ist einfach sinnlos, daß die Landwirte Milch und Butter

7./X. 1916

(Einführung von Lebensmittel-Zertifikaten.) Der Magistrat gibt bekannt, daß er auf Grund der Regierungsverordnung 4207/M. E. vom 23. November 1915 für die hauptstädtische Bevölkerung Lebensmittel-Zertifikate ins Leben treten läßt. Gegen Vorweisung dieser Zertifikate werden künftig alle ständigen Buda-pester Einwohner alle vom Magistrat herauszugebenden Karten (Bohnen-, Reiskarten usw.) bei den nach den Wohnungen kompetenten Mehlkommissionen erhalten. Ohne Vorweisung des Zertifikats wird also niemand die von nun an herauszugebenden Karten erhalten können. Der Magistrat ermahnt daher das Publikum, die Lebensmittel-Zertifikate sorgfältig aufzubewahren, da verlorene Zertifikate nicht ersetzt werden. Die Verteilung der Zertifikate erfolgt am 6. Oktober, gleichzeitig mit den neuen Mehl- und Brotkarten, und in derselben Weise, das heißt die Zertifikate werden ins Haus gestellt. Jeder ständige Buda-pester Einwohner wird ohne Rücksicht auf sein Alter ein Zertifikat erhalten. Mehr als eines kann niemand beanspruchen. Solchen Personen, die nicht ständig in Budapest wohnen, darf man kein Zertifikat geben. Uebersflüssige oder irrtümlich zugestellte Zertifikate müssen sofort nach der Wohnung zuständigen Mehlkommission zurück-erstattet werden. Das Lebensmittel-Zertifikat darf man weder für Geld, noch für irgendeine Gegenleistung einem anderen überlassen; es darf nur von dem benützt werden, für den es ausgestellt wurde. Diejenigen, die gegen diese Bestimmungen verstoßen oder sie umgehen, sowie die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter, die die ihnen behufs Zustellung übergebenen Lebensmittel-Zertifikate nicht unter genauer Beobachtung der obigen Verfügungen verteilen und die überflüssigen Zertifikate nicht unverzüglich der zuständigen Mehlkommission zurückgeben, machen sich einer Uebertretung schuldig, und werden — falls ihre Handlung kein schwereres Vergehen involviert — im Sinne des § 9 des G.-U. L: 1914 mit Arrest bis zu zwei Monaten und einer Geldstrafe bis zu 600 Kronen bestraft. Zur Beurteilung der Uebertretungen sind die Bezirkshauptmannschaften kompetent.

Der Magistrat der Haupt-
und Residenzstadt.

Z./X. 1916

Ernährungsfragen.

München, 6. Oktbr. (Priv.-Tel.) Der Bayerische Landwirtschaftsrat stellte sich in seiner letzten Vollversammlung auf den Standpunkt, daß die Ausschaltung des Kleinhandels zum Nachteil der großen Verbrauchszentren bei der Versorgung mit Eiern, Butter und Schmalz erfolgt sei. So alte eingelebte Bezugsverhältnisse seien eben einmal durch gesetzliche Maßnahmen nicht zu ersetzen. Bezüglich der Versorgung mit Milch und Fett werde die Preisfestsetzung für Nordbayern als zu niedrig bezeichnet. Die Zurückstellung eines Teiles der Saferernte zur Herstellung hochwertiger Safernährmittel wird befürwortet. Die Beschaffung von Kunstdünger sei überdies vorzuziehen. Von den besonders in Norddeutschland so überreichlich vorhandenen und etwa noch geplanten Kriegsfabriken aller Art, könnten auch einige in Bayern errichtet werden. Zu der neulich in Bayern eingerichteten vertragsmäßigen Schweinemast sollten zur möglichsten Nutzbarmachung der Futterernte auch vertragsmäßige Rindermasten treten. Erneut wurde ferner auf die unbefristete Notwendigkeit der Erhöhung der Schweinehöchstpreise, vor allem in den unteren Gewichtsklassen zur Gebung der Mast hingewiesen.

Einstimmig fand ein Antrag Annahme, daß gesetzliche Maßnahmen zur grundsätzlichen Hintanhaltung viehloser oder viehschwacher Wirtschaften nicht für nützlich oder notwendig gehalten werden könnten. Sie würden eher schädlich als produktionsfördernd wirken. Aber es wäre auf das schärfste zu verurteilen, wenn Betriebe zur jetzigen schweren Kriegszeit ohne gewichtige Gründe zur nutzlosen oder nutzviehschwachen Wirtschaft übergehen würden. Der Landwirtschaftsrat erachtet es als vaterländische Pflicht, nicht selbstsüchtig, sondern so zu wirtschaften, wie es die Allgemeinheit erfordert.

Z. / X. 1914

Versorgungsfragen.

G. Wien, im Oktober.

Die Lebensmittelnappheit stellt fast alle Verwaltungsbehörden vor die gleichen Aufgaben, und es ist fast eine Probe auf ihre Tüchtigkeit, wie weit sie sich befähigt zeigen, sie zu lösen. Wir sagen: „fast“, denn nicht überall wird unter den gleichen Bedingungen gearbeitet. Es stehen nicht überall die gleichen Mengen zur Verfügung, es ist auch nicht überall die Bevölkerung gleichmäßig gewohnt, Anordnungen der Obrigkeit Folge zu leisten. Zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn besteht da gleich ein Unterschied. Hat Oesterreich-Ungarn als vorwiegend agrarisches Land vielleicht ein Plus an manchen Vorräten, so hat es andererseits ein Minus an staatsbürgerlicher Erziehung und es ist noch eine Frage, wo leichter zu wirtschaften ist, da, wo zwar etwas weniger vorhanden ist, aber jedermann sich den Anordnungen der Behörde fügt, oder dort, wo man zwar etwas mehr, aber niemand zur Behörde Vertrauen hat und jeder sich lieber auf irgend eine Protektion verläßt als auf den allgemeinen Segen, der von oben kommt. Dem Anschein nach fährt man im Deutschen Reiche dabei doch immer besser. Hier sind die Behörden über allgemeine Erwägungen noch nicht herausgekommen. Man kann ja Mitleid haben mit den armen Beamten, die plötzlich vor ganz außerhalb ihrer Vorbildung liegenden Probleme gestellt sind, und man muß es ihnen lassen, daß sie wenigstens neuerdings der rücksichtslosen öffentlichen Erörterung der Mißstände nichts in den Weg legen. Aber kein Mitleid und keine Anerkennung kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß alle Instanzen, die bisher den Markt versorgt hatten, ausgeschaltet sind, und die amtlichen, die sich jetzt mit der Versorgung zu befassen haben, versagen. Da sammelt sich denn eine Erbitterung in den Gemütern an, die für die Zeit des Friedens einen bedenklichen Rückstand hinterlassen wird. Täuschen wir uns darüber nicht. Das Vertrauen der hiesigen Bevölkerung zu ihren Behörden war nie besonders groß, und man konnte oft genug hören, der Sozialismus sei zwar eine schöne Sache, aber ein Sozialstaat mit Oesterreich-ungarischen Beamten sei wie der Krieg wieder zeige, eine wahre Unmöglichkeit. Das Mißtrauen von heute ist aber nicht mehr eine bloße Nebenart, wie sie nun einmal zum eisernen Bestand der landesüblichen Raunzerei gehört, sondern ist auf eine tief empfundene Erfahrung gegründet. Nicht die verschiedenen Unzulänglichkeiten der Kriegsvorbereitung und Führung, nicht die unvermeidlichen blutigen Opfer, nicht die angeblichen, aber vorläufig noch nicht einwandfrei nachgewiesenen Fehler der Diplomatie haben das Volk in dem Maße erbittert, wie die vermeintliche Inbolenz der Behörden gegen die Not des täglichen Lebens und die angebliche Konnivenz der Oberen gegen die Ausbeutung der Massennot durch die großen Verdienner.

Wien, 7. Oktbr. (Priv.-Tel., zf.) Das neue Ernährungsamt, das in der nächsten Woche seine Arbeit aufnimmt, umfaßt vier Geschäftsgruppen. Zwölf Ministerialsekretäre werden die ihnen zugewiesenen Gebiete Oesterreichs bereisen, um eine ständige Fühlungnahme zwischen den Landesstellen und den Ministerien herzustellen und den jeweiligen Versorgungsstand zu erkunden. Bei der politischen Behörden erster Instanz erfolgt eine bedeutende Personalvermehrung, die den Versorgungsausgleich in den einzelnen Bezirken regelt.

Uebereifrige Vorschläge.

In der letzten Sitzung der Handelspolitischen Kommission stellte nach eingehender Begründung Kammersekretär und Referent Doktor Ziegler folgende Forderungen, betreffend die Ausgestaltung des eben geschaffenen österreichischen Ernährungsamtes auf:

1. Der Leiter des österreichischen Ernährungsamtes (bekanntlich Sektionschef R. v. Keller, dessen Stellvertreter Hofrat Baron Fries ist. Anm.) müsse den Rang eines Ministers bekommen, daher das Ernährungsamt den übrigen Ministerien gleichgestellt werden. 2. In diesem Ernährungsministerium müssten alle das Ernährungswesen betreffende Kompetenzen, die nach den bisherigen Verlautbarungen scheinbar noch immer den einzelnen Ministerien zugewiesen bleiben, vereinigt werden und zwar sowohl in legislativer als auch in exekutiver Hinsicht. 3. Um den verschiedenen Interessentengruppen (Produktion, Handel, Gewerbe und Konsum) Gelegenheit zu zweckmäßiger Mitarbeit zu geben, hätte der gegenwärtig bestehende Approbitionierungs-(Ernährungs-)Beirat als beratende Körperschaft des Ernährungsamtes bestehen zu bleiben und wenigstens ein ständiger Arbeitsausschuss zusammengesetzt aus wenigen Vertretern der drei Interessentengruppen, ständig beisammen zu bleiben, um ohne die rasche Durchführung dringender notwendiger Maßnahmen irgend wie hindern zu können, sofort zu allen Tagesfragen über das Ernährungswesen Stellung nehmen zu können. 4. Um ein einheitliches Vorgehen und richtiges Zusammenarbeiten der beiden Ernährungsämter zu ermöglichen, wären periodisch und fallweise im Falle der Dringlichkeit gemeinsame Beratungen bevollmächtigter Delegierter beider Ernährungsämter etwa unter dem Vorsitz eines höheren Funktionärs des Kriegsministeriums einzuberufen.

Ob es derzeit wirklich keine dringenderen Sorgen gibt als die, daß der Leiter des Ernährungsamtes Ministerrang und das Amt selbst Ministeriumsrank bekommen? Auch die Einteilung der Bevölkerung in „drei Interessentengruppen“ (Produzenten, Handel- und Gewerbetreibende, Konsumenten) ist ein, freilich anscheinend unausrottbarer, aber verhängnisvoller Kapitalfehler, denn die Konsumenten sind nicht eine „Gruppe“, sondern sie sind die Gesamtheit; die Produzenten und die Handel- und Gewerbetreibenden sind genau so Konsumenten wie z. B. die Mitglieder der „Handelspolitischen Kommission“ oder des Ernährungsamtes. Jeder Mensch, jeder, der konsumiert, ist Konsument. Wie man die Bevölkerung Europas nicht einteilen kann in Deutsche, Briten, Russen und Europäer, ebensowenig kann man die Konsumenten als eine eigene Interessentengruppe hinstellen. Es wäre wirklich an der Zeit, daß wenigstens der gebildete Teil derjenigen, die in Ernährungsfragen mitsprechen, sich für ihre Begriffe zutreffender Ausdrücke bediene.

Zur Schaffung des Kriegsernährungsamtes.

Das Kriegsernährungsamt tritt bekanntermaßen Mitte Oktober in Tätigkeit. Genauere Angaben über das Organisationsstatut liegen bisher nicht vor, aus den jeweiligen informativen Mitteilungen amtlicher Stellen konnte man aber ungefähr über den Wirkungsbereich und die Aufgaben des neuen Amtes ein Urteil sich bilden. Das Amt wird nur mit der Vollzugsgewalt ausgestattet — das ist das wesentlichste Moment — sämtliche Kompetenzen der Ministerien bleiben aufrecht, die Handlungsfreiheit des Amtes ist begrenzt, denn es untersteht dem Ministerium des Innern. Gegen diese Einschränkung der Befugnisse, auf deren hemmende Nachwirkung wir wiederholt hinwiesen, erheben sich nun aus der Mitte der Handelspolitischen Kommission Bedenken. In der letzten Sitzung der Approvisionierungssektion dieser Kommission wurde unter Darlegung der Gründe die Ausgestaltung des Ernährungsamtes in dem Sinne gefordert, daß es den übrigen Ministerien gleichgestellt wird und folgerichtig auch legislative Rechte erhält. Also ein selbständiges Ernährungsministerium mit einem Minister an der Spitze.

In der erwähnten Sitzung der Approvisionierungssektion sprach Kammersekretär Dr. Ziegler über diese aktuelle Frage und er jagte darüber:

Nicht Ernährungsamt — sondern Ministerium.

Wir haben vor Jahresfrist die Forderung auf Errichtung eines einheitlichen Ernährungsamtes aufgestellt, weil die vielen Kompetenzschwierigkeiten der verschiedenen Ministerien in Approvisionierungsangelegenheiten die Einheitlichkeit der angeordneten Maßregeln häufig gefährdeten. Mir Recht wurde schon damals darauf verwiesen, daß die Begründung eines einheitlichen österreichischen Amtes noch immer nicht alle Schwierigkeiten beseitigen könnte, zumal Oesterreich auf gewisse Zuschüsse aus dem Agrarstaate Ungarn angewiesen ist. Aus diesem Grunde verlangten wir schon damals die Schaffung eines gemeinsamen Reichs-Ernährungs-Ministeriums, welches ebenso wie die übrigen gemeinsamen Ministerien legislativ und exekutiv sich über beide Reichshälften erstrecken müßte. Der staatsrechtlichen Schwierigkeiten, die einer derartigen Institution entgegenstehen, war man sich gewiß voll auf bewußt. In Oesterreich hat man sich erst verhältnismäßig spät zur Schaffung eines Ernährungsamtes und hier auch nur allein für die diesseitige Reichshälfte entschlossen. Bei dem nunmehr nächsten ins Leben tretenden österreichischen Ernährungsamt ist der Name eines Ministeriums vermieden, überdies bleibt die unter der Leitung des Ministeriums des Innern stehende interministerielle Approvisionierungskommission aufrechterhalten und damit scheinbar die Trennung zwischen Legislative und Exekutive.

Ein „Wirtschafts-Minister“.

Wenn schon die feinerzeit aufgestellte Forderung, Schaffung eines einheitlichen Ernährungsamtes für Oesterreich und Ungarn scheinbar nicht durchzuführen ist, so müßten wenigstens folgende Forderungen für die Ausgestaltung des österreichischen Ernährungsamtes aufgestellt werden:

1. Der Leiter des österreichischen Ernährungsamtes müsse den Rang eines Ministers bekommen, daher das Ernährungsamt den übrigen Ministerien gleichgestellt werden.

2. In diesem Ernährungsministerium müßten alle das Ernährungswesen betreffende Kompetenzen, die nach den bisherigen Verlautbarungen scheinbar noch immer den einzelnen Ministerien zugewiesen

bleiben, vereinigt werden, und zwar sowohl in legislativer als auch in exekutiver Hinsicht.

3. Um den verschiedenen Interessentengruppen (Produktion, Handel, Gewerbe und Konsum) Gelegenheit zu zweckmäßiger Mitarbeit zu geben, hätte der gegenwärtig bestehende Approvisionierungs-(Ernährungs-)Beirat als beratende Körperschaft des Ernährungsamtes bestehen zu bleiben und wenigstens ein ständiger Arbeitsausschuß zusammengefaßt aus wenigen Vertretern der drei Interessentengruppen, ständig beisammen zu bleiben, um ohne die rasche Durchführung dringend notwendiger Maßnahmen irgend wie hindern zu können, sofort zu allen Tagesfragen über das Ernährungswesen Stellung nehmen zu können.

Vorschlag auf Bildung einer „Ernährungs-Delegation“.

4. Um ein einheitliches Vorgehen und richtiges Zusammenarbeiten der beiden Ernährungsämter zu ermöglichen, wären periodisch und fallweise im Falle der Dringlichkeit gemeinsame Beratungen bevollmächtigter Delegierter beider Ernährungsämter etwa unter dem Vorherrschaft eines höheren Funktionärs des Kriegsernährungsministeriums einzuberufen.

1 Etwas für die Hausfrau.

Ohne Fett — ohne Fleisch — ohne Del — verschiedenes Zeitgemüse.

Am Rost braten. Dies kann auf zweierlei Art geschehen: Man steckt das betreffende Fleisch an einen Spieß oder legt es auf einen Fleischrost. Nun gibt man es über die Pfanne ins Rohr, wo es öfters gedreht oder begossen wird, oder: Man macht sich Glut von Holzkohle, läßt den Rost sehr heiß werden, bestreicht ihn mit Fett und legt das Fleisch erst jetzt darauf. Man stellt den Bratenrost, der Rinnen haben muß, so, daß der abfließende Saft in diese Rinnen fließt, wo das Fleisch immer wieder begossen werden kann.

Braten in Papier. Diese Art des Bratens hat sehr viele Anhänger gefunden, die für diesen Zweck im Handel vertriebenen Säde werden innen mit Fett bestrichen, das Fleisch hineingegeben, die Oeffnung geschlossen und wie sonst gebraten. Der Bratprozeß geht sehr rasch vor sich, der Braten ist sehr mürbe und von Geschmack sehr zart. Achtung sein beim Oeffnen, denn innen ist ein kurzer köstlicher Bratensaft. Natürlich kann man auch

Fische in Schelben auf dem Rost braten, da ist es aber nötig, sie in Fettpapier einzuschlagen, sie bekommen sonst zu rasch Farbe. Geflügel muß für beide Arten sehr jung sein, sonst bleibt es hart.

Milchbraten. Ein Stück abgelegenes geklopftes Rind- oder Kalbfleisch — am besten sind dazu Rostbraten oder Kalbs-schnitzl — wird gefalzen, das Fleisch kommt in eine Kasserole und man schüttet so viel Trockenmilch darüber, daß das Fleisch bedeckt ist, deckt es zu und läßt die Milch eingehen. Ist die Milch verdünnet, soll das Fleisch gar sein. Nun einen Tropfen Suppe oder Wasser oder einen Suppenwürfel hinein, einen kurzen Saft machen, nach Geschmack mit etwas Zitronen abschmecken und sofort servieren.

Junggesellen-Braten. Man zerreißt eine Zeitung in lange Streifen und bereitet sich ein paar solche Fidiбусse vor, ferner ein oder zwei leere Flaschen und einen Teller. Auf diesen legt man das entsprechend geklopft, gefalzene, eventuell gepfefferte Fleisch und stellt diesen so auf die Flaschen, daß sie einen Halt haben. Nun zündet man einen Papierstreifen an, fährt mit demselben unter dem Teller hin und her, ist er abgebrannt, kommt der nächste daran. Man wird staunen, wie rasch das Fleisch gut wird. Natürlich ist dies nur ausnahmsweise und für ein Stück gedacht, für mehrere wäre dieses Braten zu mühselig.

Ohne Fleisch. Jede Suppe, ein gedünstetes, ausgestaubtes Gemüse mit Kartoffeln und eventuell eine Mehlspeise kann ein sehr genügendes Mahl bilden. So z. B.: 1. Schwämme-suppe, Kohl mit Erdäpfel verrührt, Johanneskuchen. 2. Maggis Gemüse-suppe, Paradeis-kartoffeln, Apfel mit Schnee. 3. Paradeis-suppe, Sauertraut mit Knödel, Schaumkoch. 4. Konserven-suppe, Kürbis-krant, Kartoffel, Bisquitkuchen. 5. Weinsuppe, Nudeln mit Mohn oder Sebkuchen. 6. Konservensuppe, grüne Fischen mit Reis, Klaartorte. 7. Obstsuppe, Reis mit grünen Erbsen, Sacherkuch oder Bröselauflauf mit Saft.

Fettloser Kuchen aus Kraut. Ein Häufel Kraut schneiden, in Salzwasser kochen, fein hacken, auf dem Brett wird eine Grube davon gemacht, 1—2 Eier, Salz, Pfeffer, bisschen geriebene gelbe Zwiebel, eine Handvoll Brösel, ev. etwas Mehl zu einem Teig verarbeiten, in eine befettete Pfanne geben und backen. Selbstredend muß das Kraut fest ausgedrückt werden. Am besten paßt eine Paradeis- oder Zwiebel-sauce dazu, auch Majoranerdäpfel sind sehr gut dazu und sättigen vollkommen.

Universal-Mayonaise ohne Del. Zwei Dotter, zwei Löffel Wasser, zwei Löffel Essig sprudelt man in heißem Wasser bis es dick wird, was nach paar Minuten geschieht. Dazu kommt nach Geschmack Salz, Zucker, Senf eventuell etwas feingehackte Kappern und vor dem Servieren der Schnee der Klar. Kann zu jeder Schnittlauch-sauce, zu jedem Fisch oder Fleisch verwendet werden. Niemand wird das Fehlen des Oels bemerken. Nach Notwendigkeit verdünnen und richtig würzen.

8. I. 1916

Vorschläge zur Organisation des Ernährungsamtes.

In der Approvisionierungsfektion der Handelspolitischen Kommission berichtete über die Schaffung eines Ernährungsamtes Kammersekretär Dr. Ziegler: Die Aufteilung der Aufgaben der Ernährungsfrage unter die verschiedenen Ministerien, die Unterstellung der verschiedenen speziellen Zentralen, wie Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Futtermittelzentrale, Zuckerzentrale unter verschiedene Ministerien hat häufig Kompetenzschwierigkeiten und dadurch Verzögerung dringender Maßnahmen mit sich gebracht und die Einheitlichkeit der angeordneten Maßnahmen gefährdet. Indessen hat schon vor Jahresfrist die Approvisionierungsfektion ausgesprochen, daß die Zusammenziehung der Ernährungsfragen Oesterreichs in ein einheitliches Amt noch immer nicht alle Schwierigkeiten beseitigen könnte, da Oesterreich vielfach nicht nur im Frieden, sondern insbesondere im Kriege auf Zuschüsse aus dem Agrarstaat Ungarn angewiesen ist. Das Ernährungsamt würde daher nach wie vor auf langwierige Verhandlungen mit Ungarn über die Größe und den Preis dieser Zuschüsse angewiesen sein, so daß nicht nur Zeit verloren geht, sondern daß auch der Preis für die aus Ungarn zu beziehenden Lebensmittel von Ungarn einseitig festgestellt würde, was wieder die Preispolitik Oesterreichs erschwert und stört. Schon damals wurde darauf verwiesen, daß ebenso wie Oesterreich-Ungarn militärisch eine Einheit bilde, die beiden Reichshälften eine wirtschaftliche Einheit bilden müßten, und schon damals wurde die Schaffung eines gemeinsamen Reichsernährungsministeriums gefordert.

In Oesterreich hat man sich erst spät und nur halb zur Schaffung eines Ernährungsamtes entschlossen. Die interministerielle Approvisionierungskommission konnte ein einheitliches Ernährungsministerium für Oesterreich nicht ersehen. Auch bei dem nunmehr nächstens ins Leben tretenden österreichischen Ernährungsamt ist der Name eines Ministeriums vermieden, überdies bleibt die unter der Leitung des Ministeriums des Innern stehende interministerielle Approvisionierungskommission aufrecht erhalten und damit augenscheinlich die Trennung zwischen Verordnung und Durchführung. Folgende Forderungen für die Ausgestaltung des österreichischen Ernährungsamtes wären aufzustellen:

1. Das Ernährungsamt müßte als Ministerium den übrigen Ministerien gleichgestellt werden.

2. In diesem Ernährungsministerium müßten alle Kompetenzen, die nach den bisherigen Verlautbarungen offenbar noch immer den Sonderministerien zugewiesen bleiben, vereinigt werden, und zwar sowohl in legislativer als auch in exekutiver Hinsicht.

3. Der gegenwärtig bestehende Approvisionierungs- (Ernährungs-) Beirat hätte als beratende Körperschaft des Ernährungsamtes bestehen zu bleiben und ein Arbeitsauschuß aus wenigen Vertretern der drei Interessentengruppen (Produktion, Handel, Konsum) müßte ständig gemacht werden.

4. Um ein einheitliches Vorgehen und richtiges Zusammenarbeiten der Ernährungsämter Oesterreichs und Ungarns zu ermöglichen, wären periodisch und fallweise gemeinsame Beratungen bevollmächtigter Delegierter unter dem Vorsitz eines höheren Funktionärs des Kriegsministeriums einzuberufen.

8.7.X. 1916

Starke Nachfrage nach Salz.

In den letzten Tagen macht sich in Wien Knappheit in einem Artikel bemerkbar, bei dem man es am wenigsten erwartet hätte: in Salz. Hausfrauen, die sich mit dieser unentbehrlichen Würze vorsorgen wollen, müssen zu ihrer nicht geringen Ueberraschung in dem nächsten Gemischtwarenladen erfahren, daß kein Salz zu haben ist. Sie gehen in ein zweites, drittes, viertes Geschäft — und erhalten überall die gleiche Auskunft. Daß die Verlegenheit, die sich in einem Haushalt daraus ergibt, nicht gering ist, versteht sich von selbst.

Es wäre — so wird uns von unterrichteter Stelle nachdrücklich versichert — ganz und gar verfehlt, anzunehmen, daß eine tatsächliche Knappheit in Salz besteht; denn es wäre in der Tat nicht zu verstehen, woher eine solche in einem Lande kommen sollte, das im Hinblick auf die Salzproduktion eine hervorragende Stellung einnimmt. Die Gründe sind, wie bei so mancher Knappheit, vielmehr darin zu suchen, daß gelegentlich, vermutlich infolge Verkehrsschwierigkeiten, eine Verzögerung der Zufuhr eintrat. Diese an sich bedeutungslose Tatsache bot den Anlaß zu Gerüchten, die von einem unmittelbar bevorstehenden Ausgehen der Salzvorräte wissen wollten. Die weitere Folge davon waren sinnlose und übertriebene große Salzeinkäufe seitens der sattem bekannten „Hamster“. Da aber Salz im allgemeinen nur in kleinen Mengen eingekauft zu werden pflegt, mußte diese unerwartete und nicht gewöhnliche Tatsache auf den Gesamtkonsum einwirken, und daraus entstand die angebliche Knappheit, die sich besonders in einzelnen Bezirken fühlbar macht.

Das es sich um eine nur vorübergehende Störung handelt, die in der kürzesten Zeit behoben sein wird, kann aus den oben angeführten Gründen mit voller Sicherheit erwartet werden.

Unsere Lebensmittelversorgung

Ein aufklärendes Wort an das Berner Volk

Es sind ernste Zeiten, die wir gegenwärtig durchleben. Die gewaltigen Kriegsereignisse mit ihren Begleiterscheinungen stellen auch unser Vaterland vor immer neue Schwierigkeiten, deren Lösung nur unter Beobachtung ruhiger Besonnenheit und mit Einsatz aller vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte möglich sein wird.

Zu den schwierigeren Problemen gehört zurzeit die Frage unserer Lebensmittelversorgung. Namentlich die ärmere Bevölkerung sieht dem Winter mit einem Gefühl banger Sorge entgegen. Es ist das begreiflich. Und doch sind die Befürchtungen, die vielfach laut werden, entschieden übertrieben. So sehr die Lage zum Aufsehen mahnt, so ist sie doch keineswegs zum Verzweifeln. Bei genügender Volkssolidarität und ökonomischem Haushalten sollte es möglich sein, das Gespenst des Hungers von jedem Hause fernzuhalten.

Um die Richtigkeit dieser Behauptung in vollem Umfange zu erkennen, ist es nötig, sich über Quantität und Qualität der uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel ein Urteil zu bilden.

Milch steht uns genügend zu Gebote, auch wenn sie zum Erfolge anderer, uns sonst reichlicher zur Verfügung stehender Nahrungsmittel herangezogen werden muß. Sind auch die Detailmilchpreise relativ hoch, so sind sie doch nicht unerträglich, und auch zu diesen Ankaufspreisen stellt die Milch noch immer eines der allervorteilhaftesten Nahrungsmittel dar, dessen ausgiebige Verwendung im täglichen Konsum in hohem Maße zu empfehlen ist. So werden wir auch an Milchprodukten nicht Mangel leiden müssen, und wenn wirklich eine Notlage dazu drängen würde, so stünde in einem Ausfuhrverbot das Mittel zu Gebote, jederzeit erträgliche Verhältnisse herzustellen.

In Kriegszeiten bildet für die Schweiz, die kaum einen Sechstel ihres Eigenbedarfes an Getreide baut, eine große Sorge die Brotversorgung. Indessen ist nicht anzunehmen, daß dank unserer guten Beziehungen mit allen kriegführenden Staaten, von irgend einer Seite eine Getreidesperre verhängt werden könnte, so daß die uns absolut notwendige Zufuhr immerfort zu erwarten steht.

Eine bedeutende Nahrungsmittelreserve und Gewähr für eine annähernd genügende Fleischversorgung besitzen wir sodann in unsern Viehbeständen. Trotz der Kriegszeit sind sie an Stückzahl um 10 Proz. und mehr gestiegen. Demgegenüber vermag die qualitativ schlechte Futtermittel bei dem Mangel an Zufuhr von Kraftfuttermitteln nicht zu genügen, und man wird sich vor die Notwendigkeit der Abschächtung eines gewissen Prozentsatzes unseres Viehes gestellt sehen, bevor bei demselben ein Gewichtsrückgang eintritt. Die Aufbewahrung des Fleisches in den Kühlanlagen unserer großen städtischen Schlachtanstalten wird nicht auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Der schweizerische Bauernstand hat in den letzten Jahren die Fleischversorgung des Landes sicherzustellen verstanden; es besteht kein Grund zu der Annahme, es werde das plötzlich nicht mehr möglich sein. Also auch dieserhalb darf man sich nicht unbegründeten Befürchtungen hingeben.

Leider stehen wir vor einer ganz geringen Kartoffelernte, und in dieser Tatsache muß der Hauptgrund der lautgewordenen Zweifel in unsere künftige Lebensmittelversorgung erblickt werden, obgleich auch hier das Volkswirtschaftsdepartement bereits die nötigen vorbeugenden Maßnahmen getroffen hat. Genaue Angaben lassen sich bezüglich des in unserm Lande gewonnenen Kartoffelquantums zurzeit noch nicht machen, indessen dürfte man kaum stark fehlgehen, wenn man das Minderertragnis gegenüber einer Normalernte für das ganze Gebiet der Schweiz auf ca. 3 Millionen Doppelzentner veranschlagt.

Für diesen Ausfall haben wir zurzeit einen Ersatz nicht. Zufuhr von Italien und Deutschland ist zu erwarten. Es sollte damit in erster Linie die Versorgung unserer Städte und der

Gebirgsbevölkerung erstrebt werden. Aber wir halten dafür, daß darauf nicht mit Sicherheit gerechnet werden kann und den Verhältnissen deshalb noch in anderer Weise begegnet werden muß.

Das kann durch eine wesentliche Einschränkung des Kartoffelverbrauches geschehen; man muß sich an eine etwas veränderte Kosttration gewöhnen und für den Kartoffelausfall Mais, Reis, Bohnen und andere stärkehaltigen Nahrungsmittel in die Lücke treten lassen. Mit Milch gekocht lassen sich aus diesen Nahrungsmitteln wohlgeschmeckende Gerichte bereiten, welche die fehlenden Kartoffeln durchaus ersetzen können. Wir empfehlen dringend, hierauf Bedacht zu nehmen.

Sodann können unsere Kartoffelbestände geschont werden, wenn namentlich auch in den wohlhabenden Familien etwas mehr Sparsinn betätigt wird. Das leichtfertige Umpringen mit unsern Nahrungsmitteln ist in diesen Tagen geradezu ein Frevel an unserer ärmern Bevölkerung. Wir wollen hier nicht uns bekannt gewordene Einzelvorkommnisse erwähnen, haben aber ernststen Grund, mehr Sorgfalt im Verbrauch von Nahrungsmitteln in Familien, wo nicht mit dem Rappen gerechnet werden muß, dringend zu empfehlen.

Auf dem Lande wird eine gegenseitige Aus- hülfe mit Nahrungsmitteln ohne erhebliche Schwierigkeiten möglich sein. Die Städte hingegen werden gut tun, Reserven anzulegen. Sie werden dazu gelangen können, wenn sie sachkundige Vertrauensmänner mit den bezüglichen Angelegenheiten betrauen, welche unter Beobachtung gewohnter Handelsgebräuche eher zum Ziele gelangen, als besondere Kommissionen, die erfahrungsgemäß hierfür nicht immer die geeignetsten Organe sind. Wir verlangen aber auch von unserm Bauernstande, daß er in diesen ernsten Tagen Volkssolidarität beobachte und die Lebensmittelversorgung der Städte loyal durchführen helfe.

Nehmt sodann Bedacht auf eine möglichst weitgehende Konservierung von Nahrungsmitteln. Der genussfähige Teil breistiger Kartoffeln kann gedörrt werden, wie man es vordem auch getan, und Kohl, Rüben, „Rübli“ und alle andern Herbstgemüsearten sind in möglichst großen Quantitäten nach bekannten Rezepten zu konservieren.

Wir stehen vor einer reichlichen Obst- und Gemüseernte. Denkt weniger an eine starke Mostbereitung, als vielmehr an die Anlage reichlicher Vorräte an Tafel- und Dörr- und Obst.

Werden diese Ratschläge beobachtet, so läßt sich den Anforderungen, die der nächste Winter im Gebiete der Lebensmittelversorgung an uns stellen wird, Genüge leisten. Man Sorge überall nach Möglichkeit vor, dann werden uns unliebsame Ueberraschungen erspart bleiben. Wir werden die Schwierigkeiten überwinden und jede Notlage verhindern, wenn wir es allesamt ernstlich wollen und uns danach verhalten.

Sollte sich aber wider alles Erwarten und trotz vorsorglicher Maßnahmen da und dort die Lebensmittelversorgung schwierig gestalten, dann müßten in erster Linie die Gemeindeverwaltungen ohne Verzug und energisch eingreifen. Das kann nun unsres Erachtens nicht durch Festsetzung von Höchstpreisen geschehen, eine unter allen Umständen zweifelhafte Maßnahme, sondern dadurch, daß man Lebensmittel nach Möglichkeit auf den Platz schafft. Wo die finanzielle Kraft einzelner Familien zu deren Anschaffung nicht hinreicht, da hat die Allgemeinheit einzutreten, und alle in Betracht kommenden Stellen, Hilfskommissionen, Gemeinde- und Staatsorgane, haben hier die Pflicht zielbewußter und fester Mitbeteiligung. Auch der Regierungsrat wird der Frage volle Aufmerksamkeit schenken.

Jeder Geschrei noch Klagen können uns in diesen schwierigen Zeiten durchhelfen, das wird nur ein einmütiges Handeln vermögen, die feste Entschlossenheit, einander auszuweichen und zusammenzuhalten.

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident:
Dr. Tschumi,
der Staatssekretär:
Rudolf.

9./8. 1916

Die Lebensmittelversorgung der Schwerarbeiter. Beim bayerischen Minister des Innern fand, wie uns aus München gedrahtet wird, ein Empfang statt, bei dem es sich um die Ernährung der Schwerarbeiter handelte, die ernstlich beeinträchtigt ist. Die bisher noch in größerem Maße notwendigen Ueberstunden können von der Arbeiterschaft nicht mehr geleistet werden, wenn nicht den Schwerarbeitern eine größere Menge an Nahrungsmitteln, vornehmlich Fleisch, Fett und Eiern, zugewiesen wird, als dies jetzt durch die neuen Kopfteile geschieht. Von der Arbeiterschaft zu einer Stellungnahme hierzu angeregt und um den unsinnigen Streifgerüchten entgegenzutreten zu können, hatte die Geschäftsstelle München des Deutschen Metallarbeiterverbandes um einen Empfang beim Minister des Innern nachgesucht. Die Abordnung ersuchte den Minister, darauf hinzuwirken, daß den Schwerarbeitern größere Nahrungsmittelmengen zugewiesen werden. Der Minister versprach dies und versicherte, darauf hinwirken zu wollen, daß den Schwerarbeitern eine größere Menge Nahrungsmittel zugewiesen werden. Auch sonst versprach der Minister, alles zu tun, was zur Besserung der Ernährung der Schwerarbeiter beitragen könne. Er werde durch Einvernehmen mit den Metallindustriellen die Möglichkeit einer rationellen Nahrungsmittelzuweisung weitestgehend fördern. In diesem Sinne wurde auch im Ministerium des Innern die Förderung der Ernährungsinteressen der Schwerarbeiter zugesagt.

9./X. 1916

**Wünsche zur Lebensmittelregelung
aus Lübeck.**

Aus Lübeck wird uns über einen Beschluß berichtet, der bemerkenswerte Anregungen enthält: Die Kommission des Bürgerausschusses, der ein Antrag des Bürgerchaftsmitgliedes Spellinga betr. dringend notwendige Kriegsmassnahmen in der Frage der Volksernährung zur Vorberatung überwiesen wurde, beantragt einstimmig, den Antrag Spellinga in folgender Form anzunehmen:

„Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, den Vertreter Lübecks im Bundesrat zu beauftragen, bei den maßgebenden Stellen für folgende, dringend notwendige Kriegsmassnahmen in der Frage der Volksernährung einzutreten: 1. Beschlagnahme und möglichst gleichmäßige Rationierung der zum Unterhalt notwendigsten Lebensmittel für Stadt und Land; Verteilung durch Karten mit voller Anrechnung der privaten Bestände, soweit solches bisher noch nicht erfolgt ist; besondere Berücksichtigung der schwerarbeitenden Bevölkerung, der Wäscherinnen, der Kinder und Kranken bei bestimmten Waren, wie Milch, Fleisch, Eiern. 2. Geregelter Preisfestsetzung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich; Schaffung von Preisen, die auch für die Minderbemittelten erschwinglich sind. 3. Aufhebung der einzelstaatlichen Ausführverbote und 4. Herabsetzung der Provision der Einkaufs- und Viehhändlerverbände und ihrer Aufkäufer.“

Hausfrauen und Höchstpreise.

Das Leben der Hausfrauen ist jetzt mühselig und der Enttäuschungen voll. Alle Mühsalen der Lebensmittelbeschaffung und der geschickten Verwertung der Vorräte wollen wir wohl nutzlos ertragen und sie bewerten als unsere Kriegslleistung, die klein ist, gemessen an den Heldentaten unserer Kämpfer und klein auch im Hinblick auf die sonstigen Opfer, die der Krieg von jedem einzelnen von uns fordert. Aber gegen die unnötigen Erschwerungen, herausgewachsen aus Profitgier und unzweckmäßigen Verordnungen, lehnen wir uns auf. Was haben z. B. die Höchstpreise den Hausfrauen gebracht? In Hamburg jedenfalls — und in anderen Städten mag es wohl ebenso sein — hat jede bisherige Festsetzung eines Höchstpreises nur erzielt, daß die betreffenden Waren sofort vom Markt verschwanden. Hierfür zwei Beispiele aus der letzten Woche.

Am 4. Oktober verkündete in der Morgenzeitung des „Hamburger Fremdenblattes“ die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut, daß in den Ladengeschäften Sauerkraut nur für 16 Pfg. das Pfund verkauft werden dürfe. Als eine Stunde später in meinem Auftrag in dem gleichen Laden, in dem ich kurz vorher Sauerkraut gesehen hatte, dieses Gemüse geholt werden sollte, wurde es nicht verabreicht, und ebenso erging es in den übrigen Geschäften unseres Wohnbezirks. Als Erklärung wurde gesagt, daß die Geschäftslente den Sauerlohl für 20 Pfg. eingekauft hätten und ihn nun nicht für 16 Pfg. abgeben wollten. Was also nützen Verfügungen, wenn sie nicht befolgt werden, und wem dienen derartige Bekanntgaben, wenn die betreffende Gesellschaft nicht auch die Möglichkeit hat, dahin zu wirken, daß die vorhandenen Vorräte tatsächlich abgegeben werden?

Die Hausfrauen sind wieder einmal um eine Enttäuschung reicher, und der tägliche Mittagstisch, der wahrlich heute schon schwer genug zu besetzen ist, ist um ein nahrhaftes und schmackhaftes Gericht ärmer.

Am 5. Oktober gab das Hamburgische Kriegsverorgungsamt die Höchstpreise für Wild bekannt. Hasen waren darin mit 6.45 Mk. für den Kleinhandel bezeichnet. Da wir seit Monaten keinen Hasenbraten mehr gegessen haben, umspielte meine hausfrauliche Phantasie sofort die Hoffnung, meine Familie am Sonntag mit einem Hasenbraten zu überraschen.

In dem ersten Geschäft, das ich zum Haseneinkauf besuchte, ward meine Bestellung angenommen. Ich frohlockte in der Vorstellung der freudig überraschten Gesichter meiner Angehörigen, aber ich frohlockte zu früh, denn als ich ganz beiläufig sagte: „6.45 Mk., nicht wahr?“ erhielt ich zur Antwort: „Nein, die Hasen kosten 10 Mk. das Stück.“ Mein Hinweis auf den Höchstpreis des Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes wurde

mit dem Einwurf abgetan, daß für Höchstpreise keine Hasen zu haben seien. Daraufhin verzichtete ich, da ich derartige Ueberschreitungen nicht unterstützen, ging zu noch drei Wildhändlern, um überall die Bemerkung bestätigt zu finden, daß für „Höchstpreise tatsächlich keine Hasen zu haben sind“. Überall eine kühle, überlegene Ablehnung. Mein Hasenbratenrausch war ansgeträumt, aber ich frage mich, genau wie die anderen Hausfrauen mit den gleichen Erfahrungen und den gleichen Enttäuschungen, warum Verfügungen, die nur auf dem Papier stehen, warum Verordnungen, an die sich keiner lehrt? Wenn man uns schwer geplagten Hausfrauen heute Preise nennt, so sollte man uns auch die Gewißheit geben, daß uns für die festgesetzten Preise die genannte Ware verkauft wird. Sonst entsteht aus diesen fortgesetzten Enttäuschungen schließlich Erbitterung, und davor sollten die Frauen bewahrt werden, die in erstem Verantwortungsfühl sich den abgeänderten hauswirtschaftlichen Voraussetzungen angepaßt haben.

Eine Hausfrau für viele.

10. / X. 1916

Der Ruf nach dem Wirtschaftsdiktator.

Nicht untergeordnetes Ernährungsamt, sondern vollständig unabhängiges Wirtschaftsministerium mit einem Diktator an der Spitze — das ist die Forderung, die jetzt aus vielen Korporationen und Parteilagern erhoben wird. In der Handelspolitischen Kommission wurde kürzlich diese Forderung aufgestellt, die Kriegskommission für Konsumenteninteressen hat sie längst als dringlich bezeichnet und neuestens bringt sie die Deutsche Arbeiterpartei in einer Entschiedenheit betont. Eine wirklich allen Ansprüchen genügende Zentralstelle, die möglichst umgehend die Schäden auf dem Lebensmittelmarke zu beseitigen, lästig und hart empfundene Uebeln möglichst abzuheben und mit ordnender Gewalt alle Schwierigkeiten in der Versorgung des Konsums auf ein erträgliches Mindestmaß zurückzuführen hätte, ist nicht nur der Wunsch weiter Bevölkerungskreise, sondern gewiß auch der Wunsch der verantwortlichen Stellen, welchen die Schaffung eines Kriegsernährungsamtes obliegt. Die Organisation dieses Amtes soll auf dem bewährten Grundjah aufgebaut sein: Männer, nicht Maßnahmen. Vor allem soll sie die Resjorischwierigkeiten im Reiche und in den Kronländern überwinden und überall durchgreifen, wo bisher Hemmungen sich gezeigt haben. Der Schwerpunkt der Reformmöglichkeit liegt allerdings in den Machtbefugnissen, in der Willenskraft und Schneidigkeit der leitenden Persönlichkeit, wenigstens jetzt, wo es eben manches zu bessern gilt und hauptsächlich durch die energische Tat ins rechte Geleise gebracht werden kann und soll. Dieser Gedankengang hat zweifellos dazu geführt, daß man — wie die Handelspolitische Kommission es wünscht — bei der Wahl wohl dem Militär vor dem Zivil den Vorzug zu geben scheint. Begnügt sich doch die Handelspolitische Kommission nicht mit dem Verlangen auf Errichtung eines Ernährungsamtes für Oesterreich allein; sie erklärt die Schaffung eines für Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Ernährungsamtes für Militär und Zivil unter der Leitung des Kriegsministeriums als empfehlenswert, da diese Institution am meisten Erfolg verspricht. Wir bescheiden uns mit der Feststellung der Tatsache, daß diese Forderung von beachtenswerter Seite erhoben wurde und fügen nur hinzu: Je weiter sich die Staatsleitung das Ziel steckt, desto besser.

Die Approbationierung im Kriege Die Beschränkung des Verkaufes von Lebensmitteln.

Aus dem Rathhause wird gemeldet: Eine am 4. d. verlautbarte Kundmachung des Wiener Magistrats hat mit Wirksamkeit vom 5. d. die Beschränkung des Verkaufes von Lebensmitteln und sonstigen uneinzelbaren Bedarfsgegenständen auf bestimmte Tage und Verkaufsstunden unterjagt.

Diese Anordnung erfährt sowohl in den Kreisen der Verbraucher und der Gewerbetreibenden wie auch seitens der mit der Ueberwachung beauftragten Organe vielfach eine mißverständliche Auffassung. Zweck dieser Kundmachung ist, der mißbräuchlichen, weil willkürlichen Anordnung gewisser Verkaufstage und Stunden durch einzelne Vertschleißer entgegenzutreten und zu verhindern, daß die Abgabe von verkaufsfertiger Ware ohne triftigen Grund verweigert werde. Ein solcher ist gewiß dann vorhanden, wenn der Verkäufer die ihm gelieferte Warenmenge für den Weiterverkauf dadurch vorbereiten muß, daß er das Umfüllen, Aufteilen auf die für den Kleinverkauf üblichen oder vorgeschriebenen Mengen und Gewichtseinheiten und das entsprechende Verpacken zu besorgen hat. Diese Arbeiten werden sich in der Mehrzahl der Fälle bei der Beschäftigten Personenzahl der mit dem Verkaufe beschäftigten Personen und unter den gegebenen Raumverhältnissen nicht gleichzeitig mit und neben der Verkaufstätigkeit durchführen lassen. Es muß daher bei richtiger Auslegung der behördlichen Anordnung dasjenige Maß von Zeit vor Verkaufsbeginn eingeräumt werden, welches notwendig ist, um diese unumgänglichen Vorarbeiten auszuführen, weil gerade dadurch eine raschere Abwicklung der Verkaufstätigkeit im Interesse des Publikums erzielt werden kann. Auch wenn mit Rücksicht auf die Zahl der beim Verkauf tätigen Personen und auf die Eigenart der Betriebseinrichtung,

ein Offenhalten des Verkaufsladens während der gesetzlichen Mittagspausen untunlich ist, kann dem Gewerbsmanne das durch die Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift bedingte zeitweilige Schließen des Verkaufsladens nicht verwehrt werden.

11./X. 1916

Die Organisation des österreichischen Ernährungsamtes.

Wien, 9. Oktober.

Die Approbitionsektion der Handelspolitischen Kommission hielt, wie gemeldet, unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hof eine Sitzung ab, in welcher zur Schaffung eines Ernährungsamtes in der diesseitigen Reichshälfte Stellung genommen wurde.

Gemeinsame Beratungen des österreichischen und des ungarischen „Ernährungsministers“.

Sektionschef a. D. Eglauer stimmte im großen und ganzen dem von uns bereits mitgeteilten Referat des Kammersekretärs Dr. Ziegler bei und beantragte noch folgende Zusätze: Um den Bedarf an Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung und das Militär zu decken, sowie um Warenbeschlagnahmen auf dem Transport möglichst zu vermeiden, wären den gemeinsamen Beratungen des österreichischen und ungarischen Ernährungsamtes bevollmächtigte Delegierte des Kriegsministeriums beizuziehen. Die Zumeisung von Lebensmitteln aus den verfügbaren Vorräten an die einzelnen Länder und Städte hätte im allgemeinen nach deren Einwohnerzahl zu erfolgen, wobei der besonders dringende Bedarf einzelner Kronländer und Städte zu berücksichtigen wäre.

Gemeinderat Dr. Stich spricht sich dafür aus, daß das Ernährungsamt sowohl die legislatorischen als auch die exekutiven Aufgaben des Ernährungswesens zu erfüllen habe, da eine Trennung dieser Aufgaben ihm ungewöhnlich erscheint.

Die Einheitlichkeit des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes.

Gemeinderat Dr. Hein legt großen Wert darauf, daß auch von der handelspolitischen Kommission der im Auslande niedergelegte Grundsatz, nach welchem Österreich und Ungarn ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden, mit größter Entschiedenheit vertreten werde. Die Kommission müsse daher die Schaffung eines Österreich und Ungarn gemeinsamen Ernährungsamtes verlangen, in dessen Leitung das Kriegsministerium vertreten sein muß. Der Redner erblickt eine der wichtigsten Aufgaben des Ernährungsamtes darin, daß endlich die Abferrungspolitik, die von einzelnen Kronländern und Bezirken betrieben wird, beseitigt wird.

Frau Freund-Markus verlangt, daß das neue Ernährungsamt bei Aufstellung des Verteilungsplanes auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Approbitionierung Wiens Rücksicht nimmt.

Gräfin Walterskirchen erwartet eine Besserung der Ernährungsverhältnisse davon, daß gemeinsame Beratungen der Ernährungsämter beider Reichshälften unter dem Vorsitz des Kriegsministers stattfinden.

Regierungsrat Frik fordert, daß dem Ernährungsamte eine Zentralgewalt eingeräumt werde, da nur darin eine Garantie für eine einheitliche Ernährungspolitik zu erblicken sei. Auch er spricht sich dafür aus, daß in Festhaltung an dem Grundsatz der Einheitlichkeit des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes in erster Linie die Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes angedeutet werden muß.

Die städtische Lebensmittelversorgung.

Bei dem gegenwärtigen Zustand beschränkter Lebenshaltung spielen Brot und Kartoffeln in der Volksernährung die wichtigste Rolle. Hat die Brotversorgung kaum irgendwo Anlaß zu Klagen und Besorgnissen gegeben, so lagen und liegen die Verhältnisse bei der Kartoffelzufuhr für einzelne Gemeinden ziemlich problematisch. Unsere Stadt hat es verstanden, auch nach dieser Richtung allen billigerweise zu erhebenden Forderungen zu entsprechen. Stets hatte sie genügende Kartoffelvorräte, die es ihr sogar ermöglichten, weniger gut versorgten Nachbargemeinden auszuweichen. Auch für den kommenden Winter ist vorgesorgt. Ueber den Rahmen dieser Bemühungen hinaus hat sich die städtische Verwaltung die Beschaffung aller möglichen Lebensmittel angelegen sein lassen. In der Frage der Zuweisung an das Publikum stellte sich die Verwaltung dabei grundsätzlich auf den Standpunkt, rein städtische Verkaufsstellen nicht zu errichten, da bei diesen in hohem Grad Ansammlungen stattfinden müssen. Ein zweiter Gesichtspunkt war der, die um ihre Existenz schwer ringenden Gewerbetreibenden nicht zu schädigen.

Die Stadt führte ein gemischtes System ein, das darin besteht, daß die Kleinhändler die von ihr beschafften

Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände erhalten und zu den von der Stadt vorgeschriebenen Preisen auf Grund eines sehr gut arbeitenden Kontrollsystems an die Bürgerschaft abgeben. Da bei den jetzigen Verhältnissen die Kleinhändler die für ihre Geschäfte notwendigen Waren sich kaum noch selbst beschaffen können, tritt die Stadt mit ihrem Kapital in Auslage, indem sie dauernd größere Mengen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aufkauft, um sie dann an die Gewerbetreibenden nach Bedarf abzugeben. Durch diese Regelung kann die Einwohnerschaft ihre Einkäufe an der gewohnten Stelle und unter Vermeidung unnützer Wege vornehmen. Auf solche Art wurden neben Hülsenfrüchten, in Gestalt von Erbsen und Bohnen, zur Verfügung gestellt: Haferstroh, Grütze, Graupen, Weizen- und Maisgries, Feigwaren aller Art (Makkaroni, Nudeln, Spaghetti, Nudelgraupen) u. a. m. Nie hat es an dem gebräuchlichen Gemüse gemangelt. Serringe, Sardinen in Öl und in Tomaten, Marmeladen, Schokoladenpulver, Pflaumenmus, Haselnüsse, Grünkerngrütze, Mischobst, Kraftsuppen usw. sind durch das städtische Lebensmittelamt eingekauft und zum größten Teile bereits in den Handel gebracht worden, ohne daß diese fortdauernden Bemühungen eine Unterbrechung erführen. In den Kreis solcher Bestrebungen sind Bedarfsgegenstände des Haushaltes, wie Seife, Scheuerlappen u. a. einbezogen worden. Die einzige rein städtische Anstalt ist die schon im Frieden begründete Fleisch- und Fischhalle, die natürlich in Zeiten außerordentlicher wirtschaftlicher Erschwernisse, wie sie der Krieg mit sich brachte, beibehalten wurde und berufen war, recht segensreich zu wirken. Besonders hervorgehoben zu werden verdient auch die Abgabe von Dauerwaren — Schinken, Hamburger Rauchfleisch, Salami usw. — und von Enten, Gänsen und Hühnern.

Die mit der Fleischhalle verbundene Fischhalle lieferte frische Seefische aller Art — Schellfisch, Dorsch, Kabeljau, Scholle, Seelachs, Aalquappen — überdies sämtliche Fischräucherwaren. Eine ständig betriebene Fischbraterei entsprach der starken Nachfrage nach Fischkoteletten und Fischbouletten. Auch der in letzter Zeit viel konsumierte Thunfisch, dessen Fleisch eine gewisse Ähnlichkeit mit Rindfleisch hat, wurde verkauft, und zwar zu einem Pfundpreis von Mark 2,30, also wesentlich billiger, als im privaten Handel.

Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß es sich bei der vorstehenden Mitteilung um Berlin-Wilmersdorf handelt.

M./X. 1916

Aus der Obmännerkonferenz.

Behebung der Brotnappheit und des Zuckermangels.

Unter dem Vorzuge des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner und der Vizebürgermeister Hierhammer und Rain fand gestern eine Sitzung der Obmännerkonferenz statt.

Magistratssekretär Dr. Rohkopf berichtete über die Mehlversorgung der Stadt Wien und führte aus, die in den letzten Wochen in Wien herrschende Brotnappheit sei darauf zurückzuführen, daß die unter dem Kriegsbienstleistungs-gesetze stehenden Betriebe von der Kriegsgetreide-Verkehrs-anstalt direkt mit Mehl versorgt wurden, wodurch eine Reduktion des für Wien bestimmten Kontingents um 25 Waggons wöchentlich eingetreten sei. Die Regierung habe bereits Vorfrage getroffen, daß der Gemeinde Wien das notwendige Mehlquantum zugewiesen werde.

Bezüglich des in der letzten Zeit herrschenden Zuckermangels berichtete Magistratssekretär Dr. Rohkopf, daß dieser Mangel hauptsächlich auf Transport-schwierigkeiten zurückzuführen sei. Die Regierung habe der Gemeinde den Auftrag erteilt, aus ihren Vorräten Zucker für den Konsum zur Verfügung zu stellen. In Entsprechung dieses Auftrages hat die Gemeinde 133 Waggons Zucker dem allgemeinen Konsum und 10 Waggons der Zentralstelle übergeben.

Ankauf von Milchkühen.

Weiter berichtet Magistratssekretär Dr. Rohkopf, daß die Gemeinde 400 Kühe angekauft habe, die zum Teile von der Gemeinde selbst übernommen und auf dem Gute Sachsendang, in der Gutsverwaltung Wallhof und am Kobenzl eingestellt und zum Teile an die Milchmeier und Milchlieferanten Wiens abgegeben wurden; die Gemeinde beabsichtige, noch weitere tausend Stück Kühe zu erwerben.

Kommunale Mehlabgabestellen.

Magistratsrat Dr. Jamöck berichtete über die Schaffung einer Mehleinlaufkarte und über die Errichtung städtischer Mehlabgabestellen für jeden Sprengel der bestehenden Brot- und Mehlkommissionen, für welche Abgabestellen größere, bereits bestehende Geschäfte in Aussicht genommen sind. Die Beratung über diesen Gegenstand wird in der nächsten Sitzung der Obmännerkonferenz fortgesetzt werden.

Einheitliche Lösung des Ernährungsproblems für Militär und Zivil.

Regierungsrat Dr. v. Tazenthal bezeichnet es als Hauptforderung, daß die Lösung des Ernährungsproblems für Militär und Zivilbevölkerung in eine Hand gelegt wird. An die Spitze eines solchen Ernährungsamtes ist eine Militärperson zu stellen, die imstande wäre, mit dem notwendigen Nachdruck aufzutreten. Nur durch die einheitliche Behandlung sämtlicher Ernährungsfragen für die Armee und die Zivilbevölkerung könne die Uebersversorgung einzelner Bevölkerungsgruppen und Gebietsteile ausgeschlossen werden. Als Hauptgrundsatz hätte zu gelten, daß die Soldaten in der Front unter allen Umständen auf das glänzendste versorgt werden müßten, während die Armee im Hinterlande und die Zivilbevölkerung gleichmäßig zu behandeln wären.

Frau Freundlich wünscht eine stärkere Dezentralisation der Kriegsküchen, wodurch die Approvisionnement weicher Bevölkerungsteile erleichtert würde. Nehmerin setzt sich ebenfalls dafür ein, daß an die Spitze eines gemeinsamen Ernährungsamtes eine militärische Persönlichkeit gestellt werden möge, deren Aufgabe es insbesondere wäre, praktische Organisationsarbeit zu leisten.

Es sprachen ferner noch Stadtrat Knoll, Dr. v. Dorn, Herr Synod und der Berichterstatter zum Schlußwort, worauf der Vorsitzende Abgeordneter Hof das Ergebnis der Beratung wie folgt zusammenfaßte:

Das Resümee.

Die Handelspolitische Kommission stellt nachdrücklich die Forderung auf, daß während des Krieges ein für Oesterreich und Ungarn gemeinsames Ernährungsamt für Militär und Zivil unter der Leitung des Kriegsministeriums geschaffen werden soll, welches alle unentbehrlichen Lebensmittel

zu verwalten und aufzuteilen hätte. Außerdem wäre in jeder Reichshälfte ein eigenes Ernährungsamt zu errichten, welches die ihm zugewiesenen Nahrungsmittel zu verteilen hätte. Dieses Amt wäre mit solchen Vollmachten auszustatten, daß es möglichst unabhängig arbeiten könnte und nur dem Ministerrate oder dem Ministerpräsidenten unterstellt wäre. In dem Ernährungsamt wäre eine besondere Stelle zu schaffen, welche sich insbesondere mit der Approvisionnement der größeren Industrieorte zu befassen hätte. Das Ernährungsamt hätte die länder- und bezirksweise Absperrung unbedingt aufzuheben, da hierdurch eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel ausgeschlossen wird.

Der Vorsitzende gab sodann einige Aufklärungen über die Kriegsküchen und erwähnte, daß sich die verschiedenen Industriezweige damit beschäftigen, Kriegsküchen für ihre Arbeiter zu errichten.

Bezüglich der Kartoffelnot bemerkte der Vorsitzende, daß die größten Schwierigkeiten bereits überwunden seien; die Stadt Wien habe 12.000 Waggons Kartoffeln sichergestellt, von denen 8.500 Waggons noch vor dem Winter zur Verfügung stehen werden, während die restlichen 3.500 Waggons für die Zeit von März bis halben Juli 1917 bestimmt sind. Die Gemeinde Wien mache alle Anstrengungen, daß diese zugesicherten Kartoffelmengen möglichst rasch hieherkommen. Durch den Verkauf der städtischen Kartoffeln an viele Lebensmittelhändler und Verschleißstellen sei auch die weitestgehende Dezentralisierung in die Wege geleitet.

11./X. 1916

Hamburger Ernährungsfragen.

† Die Verordnung über die Anrechnung der in Wirtschaften an Gäste verabfolgten Kartoffeln oder Kartoffel Speisen auf die Kartoffelkarte, die heute in Kraft getreten ist, bedeutet bei all ihrer einschneidenden Wirkung nur einen Akt der Gerechtigkeit gegenüber jenen, die sich zu den Gästen der Kriegsküche zählen und mit der Einführung der Reichsfleischkarte, also ab 2. Oktober, gezwungen waren, neben ihrer Fleischkarte auch die Kartoffelkarte in Anrechnung bringen zu lassen. Bedenkt man, daß etwa ein Fünftel der hamburgischen Bevölkerung diese Küchen in Anspruch nimmt, so ist nicht einzusehen, warum diese es nicht haben sollen, als die Gasthofbesitzer. Was Ernährungsfragen angeht, steht Hamburg überhaupt noch an bevorzugter Stelle; nur mit jenen Lebensmitteln, die durch das Reich monopolisiert sind, steht es sich mit anderen Plätzen im Reich gleich. Aber auch hier sind Unterschiede, die für Hamburg entschieden günstig sind, so z. B. mit der Butter; während es Städte gibt, die schon seit Wochen für den Kopf der Bevölkerung nicht mehr als 30 Gramm Streichfett verteilen, haben wir hier immer unsere 90 Gramm verteilen können, dank den nachdrücklichen Bemühungen unseres Kriegsverorgungsamtes. Allerdings wird in letzter Zeit über die hohen Preise für Fische geklagt, aber das System der Höchstpreise läßt sich nicht überall anwenden. Die Höchstpreise sind sehr zweischneidige Wirtschaftswaffen, und wir haben erst bei ihrer Einführung für Karpfen und Schleien erfahren müssen, daß diese Fische auch sofort vom Markt verschwunden waren. Immerhin geht es nicht an, daß, wie in diesen Tagen, für grüne Perlinge von Straßenhändlern für das Pfund 1,20 Mark gefordert wurden, gegen einen Preis von höchstens 20 Pfennig zu Friedenszeiten. So machtlos sind die Schwierigkeiten der Zeit denn doch nicht, um eine Verteuerung von 500 Prozent zu rechtfertigen. Hier muß sich die Bevölkerung aber selbst helfen, indem sie solche Kleinhändler zur Anzeige bringt. Ist das Denunzieren sonst auch nicht jedermanns Sache, so ist es heute aber Pflicht, wo eine zu grobe Ueberschiebung vorliegt, nicht nur eine Pflicht gegen sich selbst, sondern gegen die Allgemeinheit, in deren wohlverstandenen Interesse die Ausmerzung solcher Unredlichkeiten ist. Die Preisprüfungsstelle wird dankbar für jeden nachgewiesenen Fall sein und Abhilfe schaffen.

In Hamburg werden zurzeit eine Viertelmillion Zusatzbrotarten ausgegeben, und zwar an Schwerarbeitende, an Jugendliche von 14 bis 17 Jahren und an Familien (auf zwei Kinder eine Karte über 300 Gramm), sofern das Einkommen nicht über 3000 Mark beträgt. Es kommt demnach fast auf jede dritte Person in Hamburg eine Zusatzbrotart. Diese Ausgabe der Zusatzbrotarten soll demnächst erweitert werden, und zwar zunächst so, daß alle Kinder und Jugendlichen eine Zusatzbrotkarte über 300 Gramm erhalten und später Kinder von 6 bis 11 Jahren eine solche über 250 Gramm, die von 11 bis 16 Jahren eine Zusatzkarte über 500 Gramm. Durch das Kraftloswerden der jetzt gültigen Zusatzmilkarten am 31. Oktober haben sich bei der Krankentrost-Kommission des Medizinalamtes ganze Haufen von Attesten auf Auslieferung weiterer Zusatzkarten angesammelt, deren Bearbeitung naturgemäß viel Zeit in Anspruch nimmt. Es sind jedoch Anordnungen zur schnelleren Erledigung getroffen worden, so daß es möglich sein wird, in der Folgezeit solche Gesuche schon in zwei Tagen zu entscheiden. Bei dieser Gelegenheit sei angefügt, daß nach dem Muster der Hamburgischen Krankentrost-Kommission Einrichtungen für das ganze Reich geschaffen werden sollen, gewiß ein Beweis dafür, wie sehr sie sich bewährt hat und höheren Ortes Anerkennung findet.

Nun noch ein Wort zur Eier-Verteilung. Wie am Sonntag bekannt gemacht worden ist, dürfen Eier vom 22. Oktober ab nur gegen eine Warenbezugskarte verkauft werden, die auf Grund einer neuen Kundendefinition ausgestellt sind. Diese Eintragung hat

bis zum 14. Oktober

in den Geschäften zu geschehen, die durch ein **g e l b e s S c h i l d** bekanntgeben, daß sie Eintragungen in die Kundendefinition vorzunehmen berechtigt sind. Haushaltungen, die Eier eingelegt haben, so daß auf jeden Haushaltsangehörigen mehr als 15 Eier zu rechnen sind, dürfen sich nicht eintragen. Hat also ein Haushalt von vier Personen 100 Eier eingelagert, so darf er sich erst in die Kundendefinition eintragen lassen, wenn dieser Bestand auf 60 Eier zusammengeschnitten ist. Dieser Bestand ist als Reserve zu betrachten. Ueber den Verbrauch der über diese Reserve hinaus zählenden Eier werden keine Vorschriften erwartet, doch wird im allgemeinen Interesse erwartet, daß die Haushaltungen selbst ihren Vorrat so weit wie möglich strecken, ehe sie sich in die Kundendefinition eintragen lassen. Eine Eintragung in die Kundendefinition bei einem Vorrat von mehr als 15 Eiern für jeden Haushaltsangehörigen wird unannehmlich verfolgt werden. Eine ge-

wisse Kontrolle hat das Kriegsverorgungsamt ja durch die Bestandsaufnahme der Vorräte in den Haushaltungen vom 1. September d. J. Wer das rechtzeitige Eintragen in die Kundendefinition versäumt, kann nicht damit rechnen später berücksichtigt zu werden. Zeit genug ist ja, und man sollte der Behörde keine unnütze Arbeit machen dadurch, daß immer neue Listen angefertigt werden. Auf Grund dieser Listen erhält Hamburg seine Eier von der Reichs-Eierstelle in Berlin, und dort wird man kaum geneigt sein, nach kurzer Zeit die Eiermenge für Hamburg zu erhöhen, weil neue Listen eingereicht worden sind. Wie nachlässig manche Kreise der Bevölkerung bei diesen Anmeldungen sind, mag durch den Umstand erwiesen werden, daß nach Ablauf der Anmeldezeit für Petroleum nicht weniger als 40 000 Anmeldungen noch eingingen. Daß unter solchen Umständen auch die Behörden nicht arbeiten können, leuchtet ein. Die Eintragung in die Kundendefinition für diejenigen, die zunächst von ihren eingelagerten Eiern zehren, ist sehr einfach; sie gehen zu ihrem Lieferanten und geben an, daß sie bisher von den eingelagerten Eiern gezehrt haben, und werden dann bezugsberechtigt.

Die von dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt gelieferten Eier werden jetzt für 32 Pfg. für das Stück verkauft. Die von der J. E. G. gelieferten Eier gehen hier unmittelbar an den Eier-Import-Verein zur Bearbeitung, d. h. sie werden Stück für Stück geprüft, so daß die Gewähr besteht, keine schlechten Eier zu erhalten. Aus diesem Grunde können diese Eier auch nicht getauscht werden, wenn einmal, was äußerst selten vorkommt, ein Ei schlecht sein sollte. Im übrigen sei auf die Bekanntmachung über die Regelung des Eier-Verbrauchs im Stadtgebiet Hamburg in unserer Ausgabe von Sonntag morgen, 8. Oktober, Nr. 279, verwiesen.

Zum Schluß eine freundliche Nachricht für die Vegetarier, die ihren Nahrungsmitteln überhäuft haben, daß sie mit der Reichsfleischkarte nichts anzufangen wüßten. Das Hamburgische Kriegsverorgungsamt pflegt angestrichelt Verhandlungen, den Vegetariern für die Reichsfleischkarte andere Warenbezugskarten ausstellen zu können. Dazu ist es auf Grund der Bundesratsverordnungen berechtigt. Wie es aber geschehen soll, ist augenblicklich Gegenstand der Beratungen. Man sieht also, daß hier in Hamburg alles geschieht, um auch den verschiedensten Wünschen gerecht zu werden.

M./X. 1916

(Zertifikate für die Einfuhr von Lebensmitteln.) Die hauptstädtische Approvisionierungssektion teilt mit, daß jene Budapester Einwohner, die zu Zwecken ihrer eigenen Haushaltung solche Lebensmittel nach Budapest transportieren wollen, die nur auf Grund eines Transportzertifikats hergebracht werden dürfen (wie Mehl, Kartoffeln usw.), sich vom Zentral-Mehlamt (IV., Szervitaplatz 8) ein Zeugnis verschaffen müssen, worin die Zahl der Mitglieder ihrer Haushaltung angegeben wird. Diese Zeugnisse dienen dazu, um die Provinzbehörden, die die Transportzertifikate ausstellen, über den Bedarf der betreffenden Parteien zu orientieren. Das Zentral-Mehlamt stellt die Zeugnisse auch auf schriftliches Ersuchen aus.

M./X. 1916

Beratung der Obmännertkonferenz.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner und der Vizebürgermeister Pierhammer und Rain fand gestern eine Sitzung der Obmännertkonferenz statt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte mit, daß die Vorarbeiten für die Verabreichung eines Frühstücks an arme Schulkinder in vollem Gang seien.

Magistratssekretär Dr. Kofkopp berichtete über die Mehloverföorgung der Stadt Wien und führte aus, daß die in den letzten Wochen in Wien herrschende Brotknappheit darauf zurückzuführen sei, daß die unter dem Kriegsdienstleistungsgesetz stehenden Betriebe von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt direkt mit Mehl versorgt wurden, wodurch eine Reduktion des für Wien bestimmten Kontingents am 26 Waggons wöchentlich eingetreten sei. Die Regierung habe bereits Vorforge getroffen, daß der Gemeinde Wien das notwendige Mehlquantum zugewiesen werde.

Bezüglich des in der letzten Zeit herrschenden Zuckermangels berichtete Magistratssekretär Dr. Kofkopp, daß derselbe hauptsächlich auf Transportchwierigkeiten zurückzuführen sei. Die Regierung habe der Gemeinde den Auftrag erteilt, aus ihren Vorräten Zucker für den Konsum zur Verfügung zu stellen. In Entsprechung dieses Auftrages hat die Gemeinde 133 Waggons Zucker dem allgemeinen Konsum und 10 Waggons der Zentralstelle übergeben.

Weiter berichtet Magistratssekretär Dr. Kofkopp, daß die Gemeinde 400 Kühe angekauft habe, die zum Teil von der Gemeinde selbst übernommen und auf dem Gut Sachseingang, in der Gutsverwaltung Wallhof und am Kobenzl eingestellt und zum Teil an die Milchmeter und Milchlieferanten Wiens abgegeben wurden; die Gemeinde beabsichtige, noch weitere 1000 Stück Kühe zu erwerben.

Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Dr. Schwarz-Hiller, Leitner, Magistratsdirektor Dr. Rüdtern, die Gemeinderäte Steiner, Starck und Dr. v. Dorn beteiligten, wurden diese Berichte zur Kenntnis genommen.

Magistratsrat Dr. Jamöck berichtete über die Schaffung einer Mehleinkaufskarte und über die Errichtung städtischer Mehlabgabestellen für jeden Sprengel der bestehenden Brot- und Mehllieferungskommissionen, für welche Abgabestellen größere bereits bestehende Geschäfte in Aussicht genommen sind. Die Beratung über diesen Gegenstand wird in der nächsten Sitzung der Obmännertkonferenz fortgesetzt werden.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete über die Kartoffelversorgung und teilte mit, daß sich die Zuschübe nach Wien in den letzten Tagen wesentlich gebessert hätten und daß dadurch eine bessere Dotierung der Märkte bereits durchgeführt werden konnte.

Errichtung eines Ernährungsamtes.

Wie bereits verlautbart worden ist, wurde im Ministerium des Innern zur Besorgung des Ernährungsdienstes ein besonderes Amt errichtet, welches unter dem Titel „K. k. Ministerium des Innern, Ernährungsamt“ auch nach außenhin in Verkehr tritt. Zum Präsidenten dieses Ernährungsamtes wurde der Sektionschef im Ministerium des Innern Oskar Ritter v. Keller und zum Vizepräsidenten der Hofrat im Ministerium des Innern August Freiherr v. Fries ernannt. Die oberste Leitung des Ernährungsamtes ist dem Minister des Innern vorbehalten. Aufgabe des Ernährungsamtes ist:

Die Bewirtschaftung (Aufbringung und Verteilung) sowie die Ueberwachung der Preise der zur menschlichen Ernährung geeigneten Artikel, nach Umständen die Einflussnahme auf diese Tätigkeit hinsichtlich der einem anderen Ressort zugewiesenen Artikel, dann die Durchführung der hinsichtlich des allgemeinen Ernährungsdienstes getroffenen Maßnahmen; Aufrechterhaltung einer ständigen Fühlung mit den politischen Landes- und Bezirksbehörden und Erlassung von Weisungen an dieselben behufs Sicherung der Einheitlichkeit des Vorgehens in Approvisionierungsangelegenheiten und der genauen Beobachtung der erlassenen Normen; Unterstützung der Landes- und Bezirksbehörden bei der Organisation eines ständigen Aufsichtsdienstes in den Bezirken.

Vertretung des staatlichen Ernährungsdienstes bei den von der Regierung hierfür eingesetzten Anstalten.

Die Vorbereitung der in der Interministeriellen Approvisionierungskommission zu beratenden Vorschläge, soweit diese nicht unmittelbar von den einzelnen beteiligten Ressortministerien an die Kommission gelangen, und die Besorgung des Bürodienstes für die Interministerielle Approvisionierungskommission.

Vermittlung des Verkehrs des Ministeriums des Innern mit dem Approvisionierungsbeirat und thunlichste Fühlungnahme mit demselben anlässlich der Erlassung allgemeiner Maßregeln.

Die gesetzliche Kompetenz der einzelnen Ministerien wird durch die Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Ernährungsamtes nicht berührt.

Zur ständigen Fühlungnahme mit den politischen Landes- und Bezirksbehörden in allen Approvisionierungsangelegenheiten werden dem Ernährungsamte mehrere Ministerialkommissäre als Inspektionsorgane direkt unterstellt, welche ihren Amtssitz in Wien haben.

Die Einrichtung der Interministeriellen Approvisionierungskommission bleibt weiterhin aufrecht. Eine Vereinfachung der Geschäftsführung derselben tritt insofern ein, als in der Regel eine engere, aus den Vertretern der Ministerien des Innern, des Handels und des Ackerbaues in der Interministeriellen Approvisionierungskommission bestehende Kommission zusammentreten und nur nach Bedarf Vertreter der übrigen der Interministeriellen Approvisionierungskommission angehörenden Ministerien den Sitzungen beigezogen werden. Die Beschlüsse der Interministeriellen Approvisionierungskommission, beziehungsweise der engeren Kommission bedürfen der Genehmigung durch das Ministerkomitee, welches aus den Ministern des Innern, des Handels und des Ackerbaues besteht.

So wie bisher der Interministeriellen Approvisionierungskommission wird nunmehr auch dem Ernährungsamte der Approvisionierungsbeirat zur Seite stehen, mit welchem eine noch engere Fühlungnahme hergestellt werden soll und dessen Meinungsäußerung über Ernährungsfragen legislative und normative Natur prinzipiell vor Erlassung gegenständlicher Maßnahmen eingeholt werden wird, insofern nicht in einzelnen Fällen die besondere Dringlichkeit des Gegenstandes diese Fühlungnahme unmöglich machen sollte. Zu diesem Behufe wird es notwendig sein, daß die Ausschüsse des Approvisionierungsbeirates öfter zusammentreten und daß der Beirat von dem ihm durch seine Geschäftsordnung eingeräumten Rechte, die Ausschüsse auch zur endgültigen Erstattung von Gutachten oder Vorschlägen im Namen des Beirates zu ermächtigen, häufig Gebrauch macht.

Durch diese Neuorganisation wird nicht nur die enge Fühlungnahme des unter oberster Leitung des Ministers des Innern stehenden Ernährungsamtes mit den Ressortministerien und den Konsumentenkreisen hergestellt, sondern auch die gebotene Raschheit aller einheitlich zu treffenden Maßnahmen, auf dem Gebiete der Approvisionierung verbürgt.

**Große Bürgerversammlung am
Neubau.****Vizebürgermeister Rain über die Lebensmittel-
versorgung Wiens.**

Die Ortsgruppe Neubau der Wiener Bürgervereinigung hielt Donnerstag den 5. d. in Kayfers Glockensaal in der Neubaugasse eine Versammlung ab, die seitens der Bürgerschaft äußerst zahlreich besucht war. Der Obmann dieser Ortsgruppe **Dr. Pichler**, konnte u. a. begrüßen: **Dr. Rain**, den Präsident der Wiener Bürgervereinigung **StR. Brauneis**, **StR. Fraß**, **Abg. Nepustil**, Handelskammerrat **Pabst**, **Abg. Ohrfandl**, zahlreiche Gemeinde-, Bezirks-, Armen- und Ortschulräte, die Obmänner einiger christlicher Vereine u. a. m. Entschuldigen ließen sich **Bgm. Dr. Weiskirchner**, der Obmannstellvertreter der Neubauer Bürgervereinigung **Armenrat Strauß** und **Obmann des Armeninstitutes Raif, Rat Ströbl**.

Nachdem der Vorsitzende dem dahingeshiedenen Mitgliede **Bürger und Armenrat Larssen** einen Nachruf gehalten hatte, besprach **Dr. Rain** eine Reihe wirtschaftlicher Fragen, wobei er auch u. a. bemerkte, daß es in der Lebensmittelversorgung eine große Erleichterung bedeutet hätte, wenn gleich zu Kriegsbeginn die Lebensmittelzölle aufgehoben worden wären. Auch sei es tief bedauerlich, daß bei einem gemeinsamen einheitlichen Kriegsgebiet Oesterreich und Ungarn nicht auch ein gemeinsames, einheitliches Wirtschaftsgebiet darstelle. (Lebhafte Zwischenrufe.) Redner verwies dann auf die Notlage, in die vor allem der Mittelstand durch den Krieg geraten sei und bezeichnete es als die heilige Pflicht der maßgebenden Kreise, dafür zu sorgen, daß dem so schwer betroffenen Mittelstand nach dem Kriege wieder auf die Beine geholfen werde. **Dr. Rain** kam auch auf die seit Monaten andauernde Heze gegen das Wiener Rathaus und den Bürgermeister zu sprechen, zwei Faktoren, die vielfach für die Approvisionnement der Stadt verantwortlich gemacht werden, erörterte die geheimen Beweggründe dieses Kesseltreibens und zeigte an der Hand von statistischem Material, was die Wiener Gemeindevertretung an Arbeit bis heute geleistet hat, um die Versorgung der Stadt mit den wichtigsten Lebensmitteln sicherzustellen. 12.000 Waggons Kartoffeln hat die Gemeinde für das heurige Jahr angefordert. Ihre Zuckervorräte haben Wien gerade zur Zeit des Einstebens sehr wohl gelan. Was die Milchfrage anbelangt, versicherte Redner, daß auch die Großhändler ihre Zufuhren erhalten haben, daß die gewisse Knappheit aber ihnen zuzuschreiben ist, da sie zuerst ihre eigenen Niederlagen ausgiebig versorgt und den höheren Preis auch für sich eingestreift haben. Nur den Bemühungen des Bürgermeisters sei es ferner zu danken gewesen, daß der vor 1½ Jahren gekaufte Kaffee nicht beschlagnahmt, sondern der Bevölkerung zugeführt werden konnte.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen befahte sich Redner mit den Verhältnissen nach dem Kriege. Es werde da Pflicht der berufenen Stellen sein, dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens das größte Augenmerk zuzuwenden. Der einheimische Bauer müsse wieder Lust und Liebe zur angestammten Scholle bekommen, der Gewerbestand müsse gehoben werden, eine vernünftiger und gerechtere Ausnützung des Bodens müsse Platz greifen und es dürfe nicht wieder geschehen, daß ganze üppige Landstrecken und Flächen gewissen Spekulationskreisen für Jagdzwecke u. dgl. dienen, statt daß sie den heimkehrenden Krieger zu der Bewirtschaftung überlassen werden. Auch der Gemeinde ständen nach dem Kriege große Aufgaben bevor. Wie der Staat im Großen, so werde sie in ihrem Bereich dafür sorgen müssen, daß nach der Abrüstung der lebhafte Bürger, Beamte, Gewerksmann, der Arbeiter usw. so rasch wie möglich ihrem Erwerb wiedergegeben werden. Wenn die öffentliche Auspeisung heute schon von 63.000 Personen beansprucht wird, werde sich deren Zahl unmittelbar nach dem Kriege verdoppeln oder verdreifachen. Die Gemeinde beabsichtige daher die Zahl der Kriegsküchen schon jetzt zu vermehren, Kühlanlagen

Sagerhäuser zu errichten und Mühlen zu erwerben, wie sie in der letzten Zeit damit bereits angefangen hat. Politisch werde unser Kampf nach dem Kriege sich hauptsächlich gegen jene gewissen Leute wenden müssen, welche die Kriegslage dazu brnähnten, um uns zu bewuchern, gegen die das Lebensmittelamt zu unserem Schutze errichtet werden mußte, um uns nicht auszubeuten. (Zustimmung.) Redner gab zum Schlusse noch der Hoffnung Ausdruck, daß ein baldiger und ein siegreicher Friede eintreffen und ein neues, mächtiges Oesterreich einer glücklichen Zukunft entgegen gehe. (Großer Beifall.)

Der Präsident der Bürgervereinigung **StR. Brauneis** berichtete dann über die Tätigkeit der Bürgervereinigung und der Vorteile, die der Bürgerschaft schon durch diese Körperschaft zuteil wurden. Er hob das Interesse hervor, daß **Dr. Rain** für die Bürgervereinigung bekunde und hat um engen Zusammenschluß aller bürgerlichen Kreise.

Dr. Ohrfandl wies ebenfalls auf die Heze gegen den Bürgermeister hin und kennzeichnete das Treiben gewisser Kreise, die Autonomie der Gemeinde zu untergraben, dem Bürgermeister seinen schweren Dienst so unangenehm wie möglich zu machen und ihm die erdenklichsten Hindernisse zu bereiten. Wir müssen daher fest hinter dem Rathaus stehen, schloß Redner, und nach dem Kriege, wenn es gilt, neue Gemeindevertreter zu wählen, unseren waderen Kollegen in der Gemeindefube abermals zum Siege verhelfen.

Nach den Schlussworten des Obmannes **Dr. Pichler** übermittelte die Versammlung dem Bürgermeister die besten Grüße.

Z. E. G. und Bürgermeister Walger

Die Lebensmittelversorgung in Friedenau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung von Friedenau hat Bürgermeister Walger einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung der Gemeinde Friedenau gegeben, und ist dabei auch ausführlich auf die Tätigkeit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (Z. E. G.) eingegangen. Mit Bezug hierauf erhalten wir von der Z. E. G. folgende Mitteilungen:

Die Klagen, die Herr Bürgermeister Walger in der letzten Sitzung der Friedenauer Gemeindevertretung gegen die Z. E. G. gerichtet hat, umfassen vier Punkte, nämlich:

1. Herr Bürgermeister Walger behauptet, die Gemeinde Friedenau habe im Frühjahr 1915 eine große Menge Reis angekauft und diesen der Bevölkerung von Friedenau zur Verfügung gestellt. Der Reis habe in Friedenau jedoch keine Abnahme gefunden, und so hätte die Gemeindeverwaltung den Reis der Z. E. G. zum Verkauf angeboten, von dieser jedoch die Antwort erhalten: die Z. E. G. besitze so viel Reis, „daß sie darin ertrinken könnte“. Ferner habe man ihm gesagt, er werde den Reis nicht los werden, da die Z. E. G. ihren Reis mit 30 und 35 Pfennig herausbringen werde, während der Friedenauer Reis 50 Pfennig kostet. Zu dieser Darstellung des Herrn Bürgermeisters Walger ist zu bemerken:

Es ist schlechterdings ausgeschlossen, daß die Z. E. G. jemals eine Aeußerung getan habe, wie die von Herrn Bürgermeister Walger angeführte, daß so viel Reis da wäre, daß die Z. E. G. darin ertrinken könnte. Es ist ferner unrichtig, daß jemals seitens der Z. E. G. gesagt worden ist, die Z. E. G. werde den Reis zu 30 oder 35 Pfennig zum Verkauf bringen. Denn die Durchschnittsorten, die die Z. E. G. zum Verkauf brachte, kosteten 80 bis 100 Pfennig das Pfund, und selbst Bruchreis wurde zum Preise von 60 bis 70 Mark für den Doppelzentner verkauft.

2. Herr Bürgermeister Walger hat gesagt, die Gemeinde Friedenau habe im Frühjahr 1915 anlässlich der großen Schweinefleischschlachtungen für über 100 000 Mark Schweinefleisch-Konserven von der Z. E. G. gekauft, aber nach diesen Konferenzen sei recht wenig Nachfrage gewesen.

Hierzu bemerken wir: Es trifft zu, daß die Gemeinde Friedenau im Frühjahr 1915 für rund 100 000 Mark Schweinefleisch-Konserven von uns geliefert erhalten hat. Diese Lieferung war jedoch eine Reduktion der ursprünglichen Bestellung der Gemeinde Friedenau, denn die letztere hatte zunächst für 50 000 Mark und dann nochmals für 200 000 Mark derartige Konserven von der Z. E. G. gekauft. Auf ausdrückliches Bitten des Herrn Bürgermeisters Walger war dann unter dem 20. Mai 1915 die Gemeinde Friedenau von der Abnahme des größten Teiles der gekauften Konserven entbunden worden. In einem Brief des Herrn Bürgermeisters Walger vom 31. Mai 1915 befindet sich folgende Stelle: „Nach der Zusammensetzung unserer Bevölkerung und den damit gemachten Erfahrungen sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß die hiesige Einwohnerschaft eher geneigt ist, sehr hohe Fleischpreise zu bezahlen, als billige Fleischkonserven zu kaufen.“ Im Gegensatz zu dieser Aeußerung stehen die Klagen, die heute geäußert werden, daß man keine Fleischwaren mehr besitze, während damals die Schweinefleischkonserven für Friedenau nicht gut genug sein sollten, und man auf die Lieferung von Konserven im Werte von 150 000 Mark verzichtete.

3. Herr Bürgermeister Walger hat gesagt, er habe eine Schladwurst zum Preise von 5,50 Mark das Pfund angeboten erhalten. Er habe die Erlaubnis zur Einfuhr dieser Wurst bei der Z. E. G. nachgesucht, sie sei ihm aber verweigert worden, weil die Z. E. G. auf dem Standpunkt stehe, der Preis für die Wurst wäre ein Wucherpreis.

Hierzu ist zu bemerken: Ob die Gemeinde Friedenau sich überhaupt, um die Freigabe der Einfuhr von Auslandsschladwurst zum Preise von 5,50 Mark pro Pfund zu erlangen, unmittelbar an die Z. E. G. wandt hat, ist nicht feststellbar, da hierauf bezügliche Korrespondenzen nicht vorliegen. In jedem Falle hätte ein derartiges Gesuch der Gemeinde Friedenau abschlägig beschieden werden müssen. Abgesehen davon, daß der der Gemeinde abgeforderte Preis von 5,50 Mark für das Pfund ein ganz unverhältnismäßig hoher gewesen wäre, würde die Bewilligung eines solchen Gesuches mit den vom Gesetzgeber mit dem Erlasse der Bundesratsverordnung vom 18. März 1915 verfolgten Zielen im Widerspruch gestanden haben. Dadurch, daß der Z. E. G. das alleinige Recht verliehen wurde, ausländische Fleischwaren in Verkehr zu bringen, soll eine preistreibende Einkaufskonkurrenz auf den ausländischen Märkten ausgeschlossen und ferner die Grundlage für die Möglichkeit einer gleichmäßigen Verteilung der insgesamt zur Einfuhr gelangenden Mengen geschaffen werden. Die letztere Möglichkeit insbesondere würde durch die Gestattung von Sonderbezügen zugunsten einzelner Gemeinden oder sonstiger begrenzter Personenzreise vereitelt werden.

4. Herr Bürgermeister Walger hat endlich gesagt, es seien der Gemeindeverwaltung Friedenau Seringe zu billigeren Preisen angeboten worden, als sie die Z. E. G. liefere. Daraufhin habe er bei der Z. E. G. nachgefragt, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

Zu dieser Klage ist Folgendes zu bemerken: Da nur die einheitliche Durchführung der Zentralisierung vollen Nutzen bringen und der Allgemeinheit dienen kann, ist es nicht möglich, einer einzelnen Gemeinde für ihre Zwecke die freie Einfuhr einer zentralisierten Warengattung zu gestatten. Das betreffende Quantum würde das Kontingent verringern, das für Gesamt-Deutschland bestimmt ist und den einzelnen Versorgungsgebieten unter Berücksichtigung ihrer Bedarfsverhältnisse in zweckmäßiger und gerechter Weise nach den Anweisungen des Kriegsernährungsamtes zugeführt werden soll.

Was den angeblich geringeren Preis der Seringe anlangt, so bezieht sich dieser aller Wahrscheinlichkeit nach auf kleinere Fässer mit einem geringeren Nettoinhalt. Der von der Z. E. G. festgesetzte Preis versteht sich für 1 Faß mit netto 115 Kilo Fischgewicht. Da aber das Gewicht der einzelnen Fässer weit auseinander geht, so kommt es vielfach vor, daß auch Fässer zu billigeren Preisen angeboten werden, die aber viel weniger Fische enthalten, als die mit dem Normalgewicht.

13./X. 1916

* Ernährungsfragen in Berlin-Lichtenberg. In der gestrigen Lichtenberger Stadtvorordnetenversammlung erregte die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation: „Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise zu erwirken?“ das Hauptinteresse an den Verhandlungen. Stadtv. Mirus (Soz.) erläuterte in längeren Ausführungen die gesamte Lebensmittelversorgung der Stadt Lichtenberg, wobei er verschiedene Beschwerden zur Sprache brachte. Er wies auf die schlechte Versorgung mit Kartoffeln sowie auf die hohen Preise hin und forderte für die Zukunft, eine derartige Preispolitik nicht mehr einzuschlagen. Trotz der hohen Preise sei aber gegenwärtig der traurige Zustand zu verzeichnen, daß die Bevölkerung wieder stundenlang vor den Läden stände. Die knappen Zufuhren würden auf die Leutenot zurückgeführt, es gebe aber das Gerücht, daß durch den Mangel höhere Preise erzielt werden sollen. Er halte die Beschlagnahme für richtig und dem Erzeuger die Pflicht aufzuerlegen, die Kartoffeln bis zur Abnahme zu pflegen. Redner streifte darauf die Fleischversorgung, die Zuckerknappheit, die Gemüseverteuerung und die hohen Eierpreise. Er verurteilte den Wucher in scharfen Worten und forderte schließlich in einer Beschlusfassung, die Nahrungsmittel für die Lichtenberger Bevölkerung sicherzustellen. Die Anfrage wurde namens des Magistrats vom Stadtsyndikus Dr. Marekty beantwortet. Er gab zu, daß die wirtschaftliche allgemeine Lage der Bevölkerung durch die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt auf das schwerste beeinträchtigt werde und daß die nachdrücklichsten Gegenmaßnahmen aller zuständigen Behörden unbedingt erforderlich seien. Er glaube allerdings, daß es wenigstens bei einer Reihe der wichtigsten Lebensmittel schon jetzt gelungen sei, die Preise auf einer erträglichen Stufe zu halten, das gelte insbesondere von dem neuen Brotpreise von 64 Pf., dem Preis für die Winterlagerkartoffel von 4,25 M. für den Zentner und schließlich auch bei der Milch, deren Literpreis von 32 Pf. angesichts der Futtermittelknappheit nicht als unangemessen hoch bezeichnet werden könne. Die Ermöglichung eines angemessenen Milch-, Brot- und Kartoffelpreises sei vor allem auch durch Mitwirkung der Groß-Berliner Gemeinden zu danken, deren Zusammenschluß in den Fragen der Lebensmittelversorgung sich in erfreulicherweise bewährt habe. Der Magistrat halte es in erster Linie für geboten, Selbsthilfe zu treiben und von allen Lebensmitteln, deren Knappheit und Preissteigerung sich besonders bemerkbar macht, soviel als möglich anzukaufen und zu möglichst billigem Preise zu verkaufen. Er sehe in den vier eigenen städtischen Fleischverkaufsstellen im Monat für 170 000 M. kartensfreie Fleischwaren um. Was die Massenspeisung anbetreffe, so sei die Zahl der fahrbaren Küchen auf 11 gesteigert, in Kürze könnten 13 000 Portionen ausgegeben werden. Der Magistrat sei der Meinung, daß die Gemeinschaftsküchen ein sehr wesentliches Mittel sind, die bestehende Lebensmittelknappheit durch Streckung der vorhandenen Lebensmittel zu lindern und vor allem den Folgen der Preissteigerung entgegenzuarbeiten. Durch eigene Maßnahmen müssen die bestehenden Schwierigkeiten bekämpft werden. Zu verhehlen sei nicht, daß auch trotz der größten Anstrengungen der Behörden gleichwohl die Lage schwierig bleiben werde. Nach kurzer Erörterung wurde die Entschliessung einstimmig angenommen und der Magistrat ersucht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Ernährung der Lichtenberger Einwohner für die bevorstehende Zeit sichergestellt wird. Der Magistrat muß dafür eintreten, daß die vorhandenen Lebensmittel bei Zurückhaltung beschlagnahmt und Höchstpreise für Produzenten, Grossisten und Kleinverkäufer festgesetzt werden. Um die Innehaltung aller im Interesse der Volksernährung getroffenen Maßnahmen örtlich übernehmen zu können, soll der Magistrat besondere Revisionsbeamte anstellen, ferner für Herabsetzung der gegenwärtigen Preise für Mehl, Brot, Fleisch, Kartoffeln usw. eintreten. — In der vorgenommenen Neuwahl von Magistratsmitgliedern wurden die Stadträte Kielblock, Kloster, Glasche und Koch wiedergewählt. Für die ausscheidenden Stadträte Groß und Bernhardi wurden der Gewerkschaftssekretär Müller (Soz.) und der Stadtv. Ritter (Soz.) neugewählt, so daß auch Lichtenberg zu fünfzig 2 sozialdemokratische Mitglieder des Magistrats haben wird.

13./X. 1916

Kriegskostenausstellung der Noth.

Anlässlich der Hausfrauentagung der Noth wird in Wien eine interessante und lehrreiche Ausstellung zu sehen sein, in der vegetabilische und zum Teil ohne Fett zubereitete Speisen, wie es die Anpassung der Küche an die Kriegsnotwendigkeiten erfordert, gezeigt werden. Die jetzt so wichtige Frage: „Wie ersetzt man Fett durch andere Nährstoffe?“ wird in einem Vortrag behandelt werden, den Frau Marie Priester aus Frankfurt a. M. im Anschluß an die Ausstellung halten wird. Außer den in Deutschland zusammengestellten Ausstellungsgerichten wird auch die Musterküche der Noth speziell Wiener Kriegsgerichte zur Ausstellung bringen. Die Leiterin der Musterküche, Frau Melanie Jact, wird zur Demonstration derselben in der Ausstellung sprechen. Die Vorträge werden eingeleitet von der gerichtlich beeideten Sachverständigen für Lebensmittel Fräulein Marianne Stein. Zu der Veranstaltung, die morgen im Hotel Continental, 2. Bezirk, Praterstraße Nr. 7, stattfindet (Ausstellungseröffnung 11 Uhr vormittags, Vortrag halb 7 Uhr abends), sind Karten zu haben in der Kanzlei, 1. Bezirk, Ribbelungengasse Nr. 7; in der Warenzentrale, 7. Bezirk, Neubaugasse Nr. 31; in den Nähstuben der Noth, 1. Bezirk, Mathausstraße Nr. 10, 1. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 12, und 6. Bezirk, Mariahilferstraße Nr. 28.

Die Hausfrauentagung.

Das Programm der Veranstaltung.

Die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (Rohö) hat, wie schon gemeldet, für die Zeit vom 14. bis 18. d. nach Wien eine Konferenz der Delegierten aller österr. Ortsgruppen einberufen. Für die Tagung wurde folgendes Programm festgesetzt:

S a m s t a g den 14. d., $\frac{1}{2}$ 11 Uhr vormittag: Eröffnung der Ausstellung von Kriegsspeisen, II., Praterstraße 7, „Hotel Continental“ (Delegierte und Vorstand haben Sitzung im kleinen Saale des Gewerbevereins, I., Eschenbachgasse 11); nachmittags: Besichtigungen, und zwar: Ausstellung von Kriegsspeisen, II., Praterstraße 7, „Hotel Continental“; Einkaufszentrale, VII., Neubaugasse 31; Fürsorgeaktion der Frau Anitta Müller zc. Zur Führung und zu Besorgungen sind Bezirksrätinnen bereit; $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends: Hauswirtschaftlicher Vortrag über „Anpassung der Küche an die Kriegsnotwendigkeiten“ im „Hotel Continental“, gehalten von den Damen: Marie Priester aus Frankfurt am Main, Marianne Stern, beidete Sachverständige für Lebensmittel und Melanie Z a c h, Leiterin der Musterküche der Rohö. Danach gemeinsames Nacht Mahl im „Hotel Continental“. (Delegierte sind als Gäste der Zentrale geladen; Bezirksrätinnen haben bis Freitag den 13. d. ihre Teilnahme anzumelden.)

S o n n t a g den 15. d., $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags: Delegiertenkonferenz mit kurzen Referaten der Vertreterinnen der Ortsgruppen über „Konjumentenfragen“ und „Wirtschaftliche Frauenarbeit im Kriege“; $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachmittags: Gemeinsames Mittagessen im „Hotel Mühlnerhof“, VI., Mariahilferstraße 81 (per Person 3 Kronen). Die Teilnahme an diesem Mittagessen ist bis 10 Uhr vormittags bei Frau Vizepräsidentin S a z zu melden; nachmittags: Besichtigung der Geflügelfarm, Heimtrippe zc.; 7 Uhr abends: Versammlung mit Vortrag des Herrn Dr. Erich P i s t o r über „Konjumentenfragen im Krieg und Frieden“. Danach zwangloses Beisammensein.

M o n t a g den 16. d., $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags: Fortsetzung und Schluß der geschäftlichen Beratungen. Nach 11 Uhr begeben sich die gewählten Delegierten in die Ministerien und Ämter. Hierauf Besichtigungen von Kriegsläden zc. Nachmittags Besichtigungen wie Samstag und Sonntag.

Die geschäftlichen Beratungen finden im kleinen Saal, die Versammlungen im großen Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereins, I., Eschenbachgasse 11, statt. Die Abendversammlung am Samstag wird im „Hotel Continental“, II., Praterstraße 7, abgehalten werden.

Die Kriegskost-Ausstellung.

Anlässlich der Hausfrauentagung wird, wie erwähnt, in Wien eine interessante und lehrreiche Ausstellung abgehalten, in der vegetabilische und zum Teil ohne Fett zubereitete Speisen, wie es die Anpassung der Küche an die Kriegsnotwendigkeiten erfordert, gezeigt werden. Die Leitung der „Rohö“ teilt darüber mit:

Die jetzt so wichtige Frage: „Wie ersetzt man Fett durch andere Nährstoffe“ wird in einem Vortrag behandelt werden, den Frau Marie P r i e s t e r aus Frankfurt a. M. im Anschluß an die Ausstellung halten wird. Die Kriegskostausstellung der Frau Priester hat in Deutschland in vielen Städten großen Beifall gefunden, und wir entnehmen unter anderem der „Vossischen Zeitung“ folgenden Bericht: „Man sieht gepökelte Hasen, deren knusprige Rippen aus Bohnen bestehen, man kostet Leberwurst und der Inhalt ist trotz Wurstgeschmack ebenfalls nur Bohnen. Wirklich ist hier der Beweis erbracht, daß wir in dem reichlich vorhandenen Gemüse und den Hülsenfrüchten einen vollwertigen Ersatz für das knappe Fleisch besitzen.“

Außer den in Deutschland zusammengestellten Ausstellungsgerichten wird auch die Musterküche der „Rohö“ speziell „Wiener Kriegsgerichte“ zur Ausstellung bringen. Die Leiterin der Musterküche, Frau Melanie Z a c h, wird zur Demonstration derselben in der Ausstellung sprechen. Die Vorträge werden eingeleitet von der gerichtlich beeideten Sachverständigen für Lebensmittel, Fräulein Marianne S t e r n.

Zu der Veranstaltung sind Karten zu haben: in der Kanzlei, I., Nibelungengasse 7, in der Warenzentrale, VII., Neubaugasse 31, und in den Nähestuben der „Rohö“, I., Rathausstraße 10, I., Wipplingerstraße 12, und VI., Mariahilferstraße 26 (Haus Lud. Lutter). — Der Regiebeitrag zum Eintritt in die Ausstellung und zu dem hauswirtschaftlichen Vortrag beträgt 1 Krone, zu dem Vortrag „Konjumentenfragen im Krieg und Frieden“ 50 Heller.

13. IX. 1916

Verpflegungsverhältnisse und Ernährungsfragen.

Aus Troppau wird uns berichtet: Im Handelskammeraal in Troppau fand eine vom städtischen Verpflegungsausschusse einberufene Versammlung statt, der auch Bürgermeister Rudlich beiwohnte und in der Abg. Dr. Freißler über die gegenwärtigen Verpflegungsverhältnisse und Ernährungsfragen sprach. Er legte die Bedeutung einer straffen Organisation in den Verpflegungsverhältnissen und Ernährungsfragen dar, wies auf die Ursachen und Wirkungen hin, die uns zur rationellen Sparsamkeit in allen Verbrauchsartikeln zwingen, und führte aus, daß der gegenwärtige Stand unserer Verpflegungsverhältnisse trotz dem Ausfall der rumänischen Zufuhr in keiner Weise zu Besorgnissen Anlaß gebe.

Dabei sei, wenn auch die Versorgung mit Getreide und Mahlprodukten in ausreichendem Maße erfolge, doch die strengste Sparsamkeit geboten und es wäre die Einführung der differenzierten Brotkarte zu empfehlen, die in Deutschland bereits besteht. Auf große Schwierigkeiten stoße die Fett-, Milch- und Eierversorgung infolge der großen Unzulänglichkeiten bei der Ausnützung der Beziehungen der Konsumenten zu den Produzenten, die die Behörden zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zwingen.

Die Besorgnisse hinsichtlich der Kartoffelversorgung seien gleichfalls unbegründet, die vorübergehende Störung der Zufuhr sei nur auf den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen. Bezüglich der Fleischversorgung läßt sich auf Grund der Viehbestände erhoffen, daß die volle Deckung mit Fleisch gefunden werden könne. Zur zweckmäßigen Verteilung der Fleischvorräte seien, was die Stadt Troppau anbelangt, nunmehr Fleischkarten ausgegeben worden, welches Beispiel allseits zur Nachahmung zu empfehlen wäre.

Die Friedenauer Lebensmittelversorgung. Der Friedenauer Bürgerverein, der sich gebildet hat, um den Mängeln der Lebensmittelversorgung abzuwehren, hielt gestern seine erste Sitzung ab. Der Besuch war so stark, daß der Saal polizeilich gesperrt werden mußte. Der Kaufmann Johannes Lüders legte die Ziele des Vereins dar. Er führte folgendes aus: Nicht Wünsche sind es, die wir vorbringen, sondern berechnete Ansprüche. Ueber begangene Fehler wollen wir nicht mehr den Stab brechen, sondern versuchen, Besseres zu schaffen. Wir reichen der Gemeindevertretung gern die Hand zur praktischen Arbeit, sagen ihr aber ganz offen, daß unser Vertrauen zu ihr nur dann wiederkehren kann, wenn sie in Zukunft besser für uns sorgt. Das Wohl der Gemeinde steht auf dem Spiel. Wenn die Gemeindevertretung nicht auf uns hört, so gibt es ja auch noch höhere Instanzen. Wir verlangen vor allen Dingen Einkauf der Lebensmittel durch praktische Kaufleute unter Aufsicht des Bürgermeisters und nicht nur wie bis jetzt durch Beamte. Eine gemeinsame Kommission zwischen Gemeindevertretung und praktischen Kaufleuten sowie Landwirten aus der Gemeinde, Regelung der Kartoffelzufuhr. Eine regelrechte Verbindung mit den Reichsstellen, Gründung einer Mittelstandsküche und Volksküche, Versorgung der Kranken in der Gemeinde mit den ihnen ärztlich verschriebenen Stärkungsmitteln. Die Ausführungen des Redners fanden volle Zustimmung. Sämtliche Anwesenden erklärten ihren Eintritt in den Verein. Außerdem sollen Hauslisten im ganzen Ort herumgehen, um die gesamte Einwohnerschaft zu organisieren. Es wurden vorläufig 8 Herren gewählt, die sich dem Bürgermeister zur Verfügung stellen sollen, um im Ernährungsausschuß mitzuarbeiten.

Die Delegiertentagung der Rohö.**Die Kriegsspeisen ausstellung.**

Die Delegiertentagung aller Ortsgruppen der Rohö nahm heute um 11 Uhr vormittags mit der Eröffnung der Ausstellung von „Kriegsspeisen der verbündeten Hausfrauen“ ihren Anfang. Das zahlreich erschienene Publikum, dem nicht nur elegante Frauen der wohlhabenden Stände, sondern auch schlichte Bürgerfrauen angehörten, zeugte für das allgemeine Interesse, das die Frauen Wiens dem Wirken der Rohö entgegenbringt.

Frau Konegen, die die Ausstellung eröffnete, führte in ihrer Ansprache aus, daß die zur Schau gestellten Kriegsspeisen aus Deutschland wie aus Oesterreich ein Zeugnis dafür ablegen, in welchem Maße die Frauen hüben und drüben im Kriege gelernt haben, alles für den häuslichen Herd nutzbar zu machen, und lud hierauf die Erschienenen ein, sich die mannigfachen Gerichte anzusehen, die trotz Mangel an Fett und Mehl unter Verzicht auf Fleischzusatz doch ein Menü bilden können, das uns mit dem Küchenmeister Krieg nicht unzufrieden sein läßt.

Hierauf begann der Rundgang durch die aus zwei Abteilungen bestehende Ausstellung. In der einen Abteilung demonstrierte Frau Marie Priester aus Leipzig die Erzeugnisse reichsdeutscher Kriegskochkunst, deren Grundsatz lautet: „Vierzig Gramm Fett können durch neunzig Gramm Kohlehydrate ersetzt werden.“ Die sehr appetitlich aussehenden Speisen, die ihrem Aeußern nach irgendeine Fleischspeise vorzutäuschen geeignet sind, sind größtenteils Pflanzenkost. Frau Priester zeigte beispielsweise, welche Gestaltung bis zur Delikatesse Wirsing erfahren kann. Zuerst sieht man den Wirsing einfach gekocht, dann mit Bohnenfüllung, schließlich sieht das mit einer Suppentwürze übergossene Gemüse einem Stück Braten gleich. Man muß inuner wieder staunen, was die deutschen Hausfrauen aus Bohnen, Kastanien und Obst herzustellen vermögen.

In der zweiten Abteilung zeigte Frau Schweinburg Erzeugnisse der österreichischen Kriegskochkunst. Allgemein hörte man feststellen, daß nach den in der Ausstellung zur Schau gestellten Speisen den Hausfrauen Oesterreichs noch immer bei aller Knappheit viel mehr Kochmaterial zur Verfügung steht als den reichsdeutschen Frauen. In der österreichischen Abteilung sah man auch wirkliche Fleischgerichte, die in der deutschen Abteilung gänzlich fehlen. Besonders hervorzuheben wären die mannigfach vorgeführten Beispiele der Zubereitung von Fischen. Wurst im Schlaifrodjöl ebenfalls als originelle Speise auf. Krautstrudel ohne Fett und Mehl wird gewiß von den Hausfrauen auch als ein Meisterstück der Kochkunst bezeichnet werden. Die Ausstellung bietet in jeder Hinsicht den Hausfrauen Gelegenheit, zu lernen, wie man trotz der Lebensmittelknappheit gut kochen kann.

Vom Kriegsernährungsamte.

Offiziell heißt es: „A. I. Ministerium des Innern, Ernährungsamt“. Schon im Titel ist also die Abhängigkeit und Unterordnung der neuen Zentralkstelle ausdrücklich betont.

Was sich uns zeigt, sind nur Maßnahmen, allerdings sehr sorgfältig erwogene und mit gewissenhaftester Genauigkeit ausgearbeitete Maßnahmen, gebunden an Kompetenzen, alte und neue Vorschriften, Ueberprüfungen durch ein eigenes Ministerkomitee.

In der Erläuterung zu der Verordnung über den Tätigkeitsbeginn des Ernährungsamtes hieß es: „Durch

diese Neuorganisation wird nicht nur die enge Fühlungnahme des Amtes mit den Ressortministerien und den Konsumentkreisen hergestellt, sondern auch die gebotene Raschheit aller einheitlich zu treffenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung verbürgt.“ Wir fürchten diese Erwartung ist doch zu optimistisch und hoffen, daß wenigstens eine Besserung nach mancher Richtung eintritt. Die Einheitlichkeit zu erzielen, mit gebotener Raschheit — die gesamte Öffentlichkeit wünscht es sehnlichst. Sie zollt den fleißigen, emsigen Beamten, die die neue komplizierte Verwaltungsmaschine in Schwung versetzen und in richtigem Gang erhalten sollen, Anerkennung und Bewunderung. Aber die Öffentlichkeit hat sich die neue Schöpfung anders vorgestellt, wesentlich anders.

Montag nächster Woche tritt das Ernährungsamt in Funktion. In Ungarn ist es noch in der Vorbereitung, doch wird dessen Leiter den Rang eines Ministers erhalten und nur dem Reichstag für seine Handlungen verantwortlich sein. Die amtlichen Stellen betonen, daß Bosnien und die Herzegovina schon seit längerer Zeit eine selbständige Approvisionierungskommission besitzen, mit der nun das österreichische Ernährungsamt und das ungarische Wirtschaftsministerium wegen Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel das Einvernehmen herstellen werden.

14. I. 1916

Ein interessanter Kochversuch — große Ersparnisse.

Die Leiterin der Kohö-Musterküche Frau Melanie Zač hat ein für sechs bis sieben Personen bestimmtes Mittagessen auf einem normalen Kohlenparherd gekocht und ein zweitesmal ein Mittagessen in gleicher Zusammenstellung auf einem von der „Oljo“-Gesellschaft, Wien, 1. Bezirk, Bellariastraße Nr. 12, beigeestellten „Oljo“-Gasherd zubereitet. Dabei zeigte sich, daß für Kohlen und Holz 136 Heller verausacht werden mußten, bei Gas dagegen bloß 26 Heller, demnach für Brennmaterial fünfmal weniger. Daß daher das Kochen auf Gas empfehlenswert ist und die Auslagen für die Anschaffung eines Gaskochapparats bald hereingebracht werden, geht aus diesem interessanten Kochversuch klar hervor.

14./X. 1916

Einige Mitteilungen über Approvisionierungsangelegenheiten.

Von informierter Seite.

Wien, 13. Oktober.

Mitte der nächsten Woche wird das Ernährungsamt, über dessen Organisation und Geschäftseinteilung bereits eingehend berichtet wurde, seine Wirksamkeit aufnehmen.

Im Vordergrund der Approvisionierungsfragen steht gegenwärtig die vorübergehende Brot- und Mehlnapppheit, die übrigens in den letzten Tagen bereits eine wesentliche Milderung erfahren hat. Eines sei ausdrücklich bemerkt: Die Zuweisungen an Brotmehl nach Wien in der letzten Zeit können als vollkommen genügend bezeichnet werden. Dagegen ist es eine Tatsache, daß ein Teil der Bäcker nicht rechtzeitig in den Besitz des Mehles gekommen ist, woran vielleicht in der Mehrzahl der Fälle der Fuhrwerksmangel schuld trug. Jedenfalls ist den Bäckern die Wichtigkeit, daß sie ihrer Betriebspflicht nachkommen, sehr eindringlich eingeschärft worden.

Von Interesse ist, daß man sich im Rathause gegenwärtig mit dem Projekte einer Regelung des Verschleißes von Mehl in ganz Wien beschäftigt. Es ist an eine Art Rayonierung mit Heranziehung der Brotkommissionen gedacht. Möglichste Dezentralisierung des vorhandenen und der Gemeinde jeweils zugewiesenen Mehles wird angestrebt. Die Durchführung dieses Projektes soll die Bewohner der verschiedenen Bezirke zufriedenstellen und das Anstellen kuppieren. Es ist selbstverständlich, daß, die Realisierung dieses Projektes vorausgesetzt, man dann an das natürlich weitaus schwieriger zu lösende Problem schreiten wird, die Erfahrungen bei der Mehlnayonierung sich beim Verschleiß von Brot zunutze zu machen.

Was die auch in der „Neuen Freien Presse“ zum Ausdruck gebrachten Zweifel unserer Hausfrauen über den Grad ihrer Verpflichtung an den fleischlosen Tagen anlangt, so wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der

Wortlaut der Verordnungen hier gegen den alten Juristengrundsatz: „In zweifelhaften Fällen das Mildere“ spricht. Die Verordnung über die fleischlosen Tage verbietet nämlich ausdrücklich den Fleischgenuß, und die Behörde steht daher auf dem strengen Standpunkte, daß es nicht angehe, Fleischreste, die etwa an den vorhergegangenen Tagen in der Küche erübrigt wurden, am fleischlosen Tage dem Genuße zuzuführen.

14./X. 1916

**Diskussion im Approvisionierungsbeiräte
über Fleischkarten und Kriegsküchen.**

Wien, 12. Oktober.

Gestern fand eine Sitzung des Arbeitsausschusses des Approvisionierungsbeirates statt, welche der Beratung mehrerer von der Regierung vorgelegter Fragen galt.

Beratungen über die Fleischkarte.

Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Präsidenten gab der Vertreter des Ministeriums des Innern Hofrat Freiherr v. Fries ein Bild der auf dem Gebiete der Approvisionierung geplanten weiteren Maßnahmen, worauf in die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung eingegangen wurde. Zunächst gelangte die Frage der Einführung von Fleischkarten und der Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch zur Verhandlung. Nach vom Regierungsvertreter gegebenen Aufklärungen erstattete kaiserlicher Rat Hotowetz das Referat. An der sich entwickelnden Debatte beteiligten sich Handelskammersekretär Dr. Lausche, Landesauschuss-Stöckler und Regierungsrat a. D. Fritsch.

Ministerial-Bizeseekretär v. Klasterky referierte eingehend über die Schweine- und Schweinefettfrage.

Die Organisation der Kriegsküchen.

Sodann berichtete Reichsratsabgeordneter Dr. Robert Freißler über die nach seinen Vorschlägen in Schlesien bereits eingeleitete Organisation von Kriegsküchen, indem er ausführte: Sollen die Kriegsküchen den heutigen Verhältnissen wirklich entsprechen, so müssen sie nicht allein charitativen Erwägungen, sondern den Grundsätzen einer möglichst weitgehenden Sparsamkeit in der Gebahrung mit den vorhandenen Lebensmitteln Rechnung tragen. Aus diesem Grunde ist es unerlässlich, daß die Verabfolgung von Speisen aus der Kriegsküche in einen organisatorischen Zusammenhang mit den amtlichen Bezugskarten für die verschiedenen staatlich bewirtschafteten Lebensmittel gebracht wird. An der Hand von Berechnungen, die sich auf die Einheit von 100 Personen während vier Wochen stützen, würde die Verabreichung einer täglichen kräftigen und ausreichenden Hauptmahlzeit im Sinne dieses Organisationsvorschlages beispielsweise eine Kürzung der gewöhnlichen Brotkarte um nicht ganz ein Viertel und der Fettkarte um etwa ein Drittel ermöglichen.

Die Kriegsküchen sind als kaufmännische Unternehmungen einzurichten, die Preisnachlässe und ähnliche Begünstigungen weder in Anspruch nehmen noch gewähren, sondern die gesamten Kosten für Material, Regie und Amortisation auf die Tagesportion berechnen. Bei Zugrundelegung der heutigen Marktpreise braucht der auf diese Weise errechnete Aufwand für eine Mahlzeit — allerdings je nach Zusammenstellung des Menüzettels — den Betrag von etwa 80 bis 100 Heller nicht zu übersteigen. An Personen, welche diese Beträge nicht erschwingen können, sind durch eigene Unterstützungsorganisationen ganze oder halbe Freikarten zu bezahlen. Als Träger der Organisation hätten in erster Linie die Gemeinden zu erscheinen; doch ist auch die Grundlage von Vereinen möglich und unter Umständen zweckmäßig. Als Voraussetzung erscheint allerdings immer der entsprechende Zusammenhang mit den Ausgabestellen für die amtlichen Bezugskarten. Ebenso wichtig ist die Sicherung der von den Kriegsküchen benötigten Warenmengen. Aus beiden Gründen ist die beratende, belehrende und unter Umständen auch anordnende Mitwirkung der Regierung unerlässlich; deshalb wäre ein eigener Referent im Kriegsernährungsamt für die energische und rasche Bearbeitung des Gegenstandes zu berufen. Die mit der Lieferung der staatlich bewirtschafteten Artikel betrauten Zentralen wären anzuweisen, den amtlich erhobenen Bedarf der Kriegsküchen vorzugsweise, also vor dem sonstigen Konsum, zu befriedigen. Die Kriegsküchen sind nicht nur für das Speisen an Ort und Stelle, sondern auch für das Abholen der Speisen einzurichten. Eine möglichst verbreitete Anwendung dieses Systems würde die Verdüsterung vielleicht des Einzeleinflusses auf Zubereitung und Auswahl der Speisen da und dort berauben, ihr aber die großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Lebensmittel zum größten Teil ersparen, die Ökonomie mit den vorhandenen Lebensmitteln außerordentlich begünstigen und den Geldaufwand für eine Hauptmahlzeit herabsetzen.

Nach Ansicht des Berichterstatters wird eine solche teilweise Sozialisierung der Küchenwirtschaft geeignet sein, die wichtigsten Beschwerden über den Zustand der Lebensmittelmärkte aus der Welt zu schaffen und die Voraussetzungen für ein gedeihliches Durchhalten unererschütterlich zu festigen. Im Hinblick auf die mit der Organisation immerhin verbundenen technischen Schwierigkeiten empfahl Redner endlich eine beschleunigte Bearbeitung der Frage auf das dringendste.

Nach einer Wechselfrede, an welcher sich die Mitglieder Abgeordneter Dr. Kenner und Regierungsrat Dr. Hotowetz beteiligten, wurde der Bericht samt Anträgen vom Arbeitsausschusse einstimmig beifällig genehmigt.

Die Beratung des Antrages Professor Dr. Winkler, betreffend die Milchversorgung der größeren Konsumorte und die Regelung der Preise für Milch und Molkereiprodukte, wurde mit Rücksicht auf die noch notwendige Klärung weiterer Fragen vertagt.

Es gelangte weiter noch die Frage eines Ausfuhrverbotes für Aepfel und die Einführung von Transportbeschränkungen für bestimmte Artikel, weiter von Höchstpreisen für Fische zur Behandlung.

Wiener Lebensmittelfragen.

Gestern vormittag trat die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien neuerlich zusammen, um die Berichte der Magistratsorgane entgegenzunehmen und über die vorliegenden Mißstände zu beraten. Dabei brachte Abgeordneter Neumann die Beschwerden der Arbeiterschaft zum Ausdruck, die infolge der viel zu geringen Zuweisungen der staatlich bewirtschafteten Artikel an die Konsumvereine und durch die Zurücksetzung in den privaten Geschäften oft tagelang unversorgt bleibt.

Die Organisationen konnten sich diesem Bedürfnis nicht verschließen und haben Vorbereitungen getroffen, um einen Kriegsverband zur raschen und gleichmäßigen Verteilung der staatlich bewirtschafteten Artikel (Brot, Mehl, Kartoffeln, Zucker, Kaffee u. s. w.) ins Leben zu rufen. Der Kriegsverband soll aus wirtschaftlichen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Konsumvereinen) paritätisch zusammengesetzt sein und eine „Lebensmittelzentrale“ für das Industriegebiet Wien schaffen. Sie ist auf Kriegszeit berechnet. Nach dem Abschluß der Gründungsarbeiten und sobald die Zentrale ihre Tätigkeit aufnimmt, wird darüber ausführlich berichtet werden. Dieser Kriegsverband beschäftigte gestern schon die Obmännerkonferenz der Gemeinde. Der Magistrat beschäftigt sich etwas spät mit den Abwehrmaßnahmen gegen die Anstellnot.

Kartoffeln und Gemüse.

Die Kartoffelzufuhr ist nach dem Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg gegenwärtig befriedigend und die Dotierung der Märkte in den letzten drei Tagen war reichlicher als jemals. Trotzdem hat das Ansehen abermals eine Zunahme erfahren, so daß es den Anschein hat, als ob auch von den Wiener Märkten auswärtiger Bedarf gedeckt werde. Bei dieser starken Nachfrage sei die Gemeinde nicht in der Lage, Reserven anzufammeln. Gemeinderat Neumann erklärte die starke Nachfrage nach Kartoffeln durch die frühzeitig eingetretene Gemüseknappeit und Gemeinsteuerung, deren Ursache zu erheben wäre. Neben den hohen Preisen, die den Produzenten bewilligt werden müssen, scheinen die Kleinverkaufspreise zu hoch gegriffen zu sein. Erwünscht wäre der Obmännerkonferenz, die Zufuhrzahlen und die Preistabellen, die unmittelbar vor der Sitzung geltend seien, vorgelegt zu erhalten, damit auch zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse rechtzeitig geeignete Maßnahmen getroffen werden könnten. Vizebürgermeister Rain meinte, daß auch bei Gemüse Vorkauf eine Rolle spielen, sonst würde der Gemüsemarkt noch geringer besetzt.

Keine Kartoffeln für Wien!

Gemeinderat Dr. Schwarz-Siller beklagt, daß es nicht möglich sei, in der Nähe von Wien Kartoffeln für Wien zu beschaffen. Die Gegend von Korneuburg und Stoderau habe auf Verfügung der Militärverwaltung fünfhundert Waggons Kartoffeln für die Munitionsfabriken von Wöllersdorf abzuliefern. Da sei es begreiflich, daß die Lebensmittelversorgung für Wien nicht erleichtert werde. (Die Munitionsarbeiter müssen doch mindestens Kartoffeln bekommen! D. Red.) Dr. Ehrenberg hob hervor, daß der große Versorgungsplan, der im

Ministerium des Innern ausgearbeitet wurde, von der Produktion dieser Gegend die Südbahngemeinden zu versorgen in Aussicht nimmt. Gemeinderat Staret fragt an, ob die Kartoffelstückgutsendungen wieder eingestellt wurden. Bei der Erörterung dieser Frage wurde festgestellt, daß ohne Transportbefreiung seit kurzer Zeit die Beförderung solcher Stückgüter nicht erfolge. Schließlich wurde angeregt, die Befreiung aufmerksamer zu machen, daß zur Verhinderung des Verderbens von Kartoffeln, die aufbewahrt werden sollen, ein Konservierungsverfahren unerlässlich sei. Die Debatte mündete sich der Durchführung einer

Mehleinkaufskarte

und der Rationierung des Mehlsverkaufes zu, worüber noch berichtet werden soll. Gemeinderat Neumann fordert, daß die Dotierung der Konsumantenorganisationen und des Kriegsverbandes mit Lebensmitteln, also auch mit Mehl, nicht der Gemeinde zufalle, sondern direkt von den Zentralstellen erfolge. Die Konsumvereine haben zur Zeit, als sie von der Kommune Wien bedient wurden, schlechte Erfahrungen gemacht und wehren sich daher gegen eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes. Was die Karte betrifft, so müsse sich diese auf das ganze Wiener Industriegebiet, das ist auch auf die nächstliegenden Gemeinden, erstrecken, damit die Arbeiter Gelegenheit haben, ihre Einkäufe nächst dem Arbeitsort zu besorgen. Innerhalb dieses Konsumgebietes wäre die volle Freizügigkeit der Konsumenten zu wahren und

es müßte ihnen die Wahl der Mehlabgabestelle überlassen bleiben. In diesen Stellen müßte ein Kundenbuch oder eine Kundenliste geführt werden. Ueber die Tätigkeit des Konzerns der Kaufleute liegen der Obmännerkonferenz bisher keine eingehenden Berichte vor. Es wurde mitgeteilt, daß 15 Prozent der Dotierung von den Mitgliedern des Konzerns dem Kundenverkauf zugeführt werden können. Ob der übrig bleibende Teil von 85 Prozent den Kleinhändlern zum Zwecke des Verkaufs im Kleinen zugeführt wurde, darüber fehlt der Einblick. — Auch dem Gemeinderat Dr. Hein ist es nicht sympathisch, daß nur einzelne Kaufleute mit der Mehlabgabe betraut werden sollen. Die Aufstellung in ganz kleinen Mengen bezeugt aber Schwierigkeiten. Der Konzern habe richtig gearbeitet, ohne jemand zu bevorzugen. (Der Eindruck der Bevölkerung ist ganz anders! Die Red.) — Gemeinderat Staret kann den Grundgedanken der gleichen Verteilung von Mehl durch die Mehleinkaufskarte und die Rationierung nur begrüßen. Wenn die Konsumentenorganisationen Mißtrauen hegen, so sei dieses leider nur zu begründet. Der Konzern habe sehr ungleich gewirkt. Die Konsumvereine waren schlecht bedient, denn es wurde Filialen von achthundert bis tausend Mitgliedern ein Satz Mehl zugewiesen, während daneben kleine Gemischtwarenverächleiser, die nicht den fünften Teil Kunden hatten, mehrere Sätze Mehl zugewiesen erhielten. Eingehend besprach Staret die Bildung des Kriegsverbandes, dem die Lebensmittelversorgung der Kriegsdienstleister obliegen soll und dessen Schaffung von der Militärverwaltung gefordert worden ist. Die direkte Dotierung der Konsumentenorganisation und des Kriegsverbandes, also des organisierten Konsums durch die Zentralstellen sei schon aus dem Grunde notwendig, weil der

Verteilungszusatz.

der von der Gemeinde eingehoben wird und einer indirekten Abgabe gleichkommt, nicht vertragen werden kann. Die Konsumvereine arbeiten ohne Gewinn und schütten allfällige Gebahrungsbüchse als sogenannte Rückvergütung (Dividende) aus, in ihrer Kalkulation hat daher eine besondere Abgabe von zwei Kronen für hundert Kilogramm an die Kommune Wien überhaupt keinen Raum. Die Anordnungen, die in der Mehleinkaufskarte enthalten sind, werden die Konsumvereine ebenso wie der Kriegsverband beachten und werden sie der eingehendsten Kontrolle unterwerfen. Ausgenommen müssen aber diese Organisationen von der Bestimmung werden, daß auch sie an das Mehlabgabeamt der Stadt Wien gemessen werden. Wir machen nie als Kreislerpolitik und wollen sie durch die Allgemeinheit weder begünstigt noch benachteiligt wissen. Es kann nicht vergessen werden, daß die Begünstigung von Kunden, die in der zwangsweisen Zuweisung an eine bestimmte städtische Vorkaufsstelle gelegen ist, zu einem Teil dem Verlust der Kundenschaft gleichkommt, die den ganzen Wert des Geschäftes repräsentiert. Deshalb scheint es angeemessener, die Konsumenten die Einkaufsstelle selbst wählen zu lassen. Bei diesem Gegenstand entwickelte sich eine lebhaftige Debatte, an der sich alle Mitglieder der Obmännerkonferenz und die Magistratsreferenten beteiligten. Die Erledigung der Vorschläge, die gemacht wurden, ist der nächsten Konferenz vorbehalten, da eine Einigung über sie nicht erzielt werden konnte. Marktdirektor Bauer besprach

die herrschende Gemüseknappeit.

Eine Abnahme der Beschickung des Marktes trete alljährlich um diese Zeit ein. Neuer habe die Zufuhr früher als in vorhergehenden Jahren abgenommen. Die Ursache sei zunächst darin zu suchen, daß der eigene Gebrauch der Produzenten größer wurde, die Nachfrage am Orte eine Steigerung erfuhr und großer Mangel an Fuhrwerk herrsche. Einen ziffermäßigen Bericht werde er in nächster Sitzung vorlegen, der Aufschlüsse über die Zufuhren und über die Preisbildung geben werde.

Deures serbisches Fleisch.

Gemeinderat Neumann teilte mit, daß auf dem Eugenplatz in Favoriten bei dem Verkauf von serbischem Rindfleisch Unzukömmlichkeiten Platz gegriffen haben, die um so bedauerlicher sind, als die Bevölkerung ohnehin wegen der Not an Lebensmitteln in steter Erregung ist. Der Verkauf von serbischem Fleisch hat erst von 9 Uhr vormittags an stattgefunden. Der Preis, den die Heeresverwaltung fixierte, der sich auch nach einer Probeschachtung ergab, sei überschritten worden, denn es mußte eine Frau für anderthalb Kilogramm zwanzig Kronen bezahlen. Es wurden zudem die Frauen grob behandelt und sie mußten eine Knochenzange hinnehmen, die die übliche Zange weit überschritt. Neumann forderte eine eingehende Erhebung, damit solche Vorkommnisse auf dem ohnehin heißen Boden in Favoriten vermieden werden. Außerdem forderte er, daß die Fleischgattung deutlich sichtbar deklarieren werde. Der Bürgermeister versprach, diesen Forderungen Rechnung zu tragen.

Für unsere Frauen.

Berliner fleisch- und fettharmer Kriegsküchenszettel.

Gefüllter Kohl mit Kastanien. Die nahrhaften Kastanien, die jetzt wieder kommen, müssen wir in diesem Jahre besonders ausnützen, ihre Verwendung noch erweitern — so lesen wir im „L.M.“ — so eignen sie sich beispielsweise zur Füllung von Kohl, zu dem sie im Geschmack gut passen. Man nimmt zwei kleinere oder einen großen Kopf Kohl, entfernt die Außenblätter und kocht die Kohlköpfe 10 Minuten lang im Salzwasser und läßt sie auch darin erkalten, dann haben sie die gerade wünschenswerte Weichheit bekommen. Sie müssen abtropfen, werden vorsichtig ausgebrüht und dann auseinander gebogen, damit man die Innenblätter entfernen kann und Platz für die Füllung gewinnt. Zu dieser befreit man 500 Gramm Kastanien von der äußeren harten Schale und kocht sie darauf in schwachem Salzwasser so lange, bis sich die bräunliche Innenhaut entfernen läßt. Sie werden dann in leichter Fleischbrühe mit einer halben gewiegten Zwiebel und etwas gehackter Petersilie ganz weich gekocht und zwei Drittel der Kastanien in den Kohl gefüllt, dessen Blätter mit weißem Garn darüber zusammengebunden werden. Man schmort den Kohl nun in etwas Kohlschiffwasser, in dem ein Brühwürfel gelöst wurde, langsam ganz gar. Den Rest der Kastanien streicht man durch ein Sieb, verköcht den Brei mit der Kohlschmorbrühe zu gebundener Lunte, würzt sie mit Maggis Würze und etwas Pfeffer und füllt sie über den Kohl. Wer es kann, schlägt zuletzt ein kleines Stückchen Butter durch die Lunte, die dadurch ein glänzendes Aussehen und erhöhten Wohlgeschmack erhält. In der Schale gekochte Kartoffeln reicht man dazu.

Zwetschenpolenta. In 1 Liter aus Trockenmilchpulver bereitete Milch, die man etwas süßt und der man auch eine Prise Salz zusetzt, streut man 125 bis 150 Gramm Maisgrieß und kocht einen dicken, glatten Brei. Eine Auflaufform fettet man ein und drückt die gekochte Polenta gleichmäßig hinein. Man belegt sie ganz dicht und dick mit halben, entfeimten Zwetschen, schlägt von 2 Eiweiß einen steifen Schnee und streicht ihn über die Zwetschen. Man bäckt die Polenta im mäßig heißen Ofen, bis sie eine lichtbraune Kruste bekommen hat, und bestreut sie beim Auftragen mit Zucker. Statt mit Zwetschen kann man sie auch mit geschmorten Birnen oder geschmorten Apfelscheiben machen, die aber keinen Saft haben dürfen und vor dem Auslegen gut abtropfen müssen.

Maisgrießkuchen. 1 Lasse aus Trockenmilch bereitete Milch wird mit einer Lasse Maisgrieß und einer Prise Salz zu steifem Brei unter Rühren abgekocht, 25 Gramm Fett und ein Ei, ein Löffel geriebener Käse und ebenso viel geriebene Zwiebel darunter gemischt und noch ein Teelöffel glattgerührtes Eierparpulver durchgemengt. Der glatte Teig wird in eine eingefettete flache Form gegeben und im heißen Ofen Nachtbraun gebacken. 1 Literglas gemischtes Gemüse erhitzt man im Wasserbade, bindet ihr Einkochwasser mit heller Mehlschwitze, kocht zwei Teelöffel

Eierparpulver damit durch, würzt mit gewiegter Petersilie und mengt das Gemüse mit dieser ganz dick gehaltenen Lunte. Auf den Maisgrießkuchen, den man auf eine heiße Schüssel gleiten läßt, füllt man das Gemüse, stellt die Schüssel zum Durchziehen etwa 10 Minuten auf einen Topf mit kochendem Wasser und bereitet inzwischen die gebratenen Käsescheiben. Zu ihnen kann man auch mageren Käse vorteilhaft verwenden. Man schneidet strohhalmdicke Scheiben von hartem Käse, taucht sie mit der Gabel in einen recht dick gefalteten einfachen Eierkuchenteig und brät sie in Fett unter einmaligem Wenden rasch bräunlich; schmeckt vorzüglich und kann zu den verschiedensten Gemüsen die Stelle der Fleischbeilage vertreten.

Die „Bereitschaft“ an den Minister des Innern über die Volksernährung.

Eine Abordnung des Vereines „Die Bereitschaft“, bestehend aus den Herren Dr. Kumpfer, Universitätsprofessor Dr. Fraenkel und Dr. Joachim, wurde gestern vom Minister des Innern Baron Sanderl in fast einstündiger Audienz empfangen. Die Herren unterbreiteten dem Minister weitgehende Vorschläge bezüglich der Volksernährung im dritten Kriegsjahre. Der Minister behandelte die einschlägigen Fragen mit den Herren in sehr eingehender Weise, gab einzelne geplante Maßregeln, die sich teilweise mit den erstatteten Vorschlägen deckten, bekannt und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß wir, allerdings nicht ohne Entbehrungen, bis zur nächsten Ernte durchhalten werden. In der Denkschrift, die dem Minister überreicht wurde, wird darauf hingewiesen, daß die Verordnungen von den Bemittelten umgangen werden können, daß den Ersatz- und Genußmittelerzeugern noch immer Nährstoffe zur Verwertung preisgegeben werden, und daß die Höchstpreise für die Lebensmittel in verschiedenen Ländern und Bezirken ganz ungleichmäßig festgesetzt sind, wodurch jeder Art von Ausbeutung und Wucher Tür und Tor geöffnet sind. Das unzweckmäßige Speichern führt oft zum Verderben eines Teiles der Lebensmittel.

In der Denkschrift wird die Organisation der Massenauspeisung, die obligatorische Gemeinschaftsküche, verlangt und vorgeschlagen, daß in größtem und immerfort steigendem Ausmaße Massenauspeisungen für jene veranstaltet werden, die im Bezug öffentlicher Unterhaltsbeiträge stehen, dann für alle industriellen Arbeiter, die zum größten Teile heute für Kriegszwecke tätig sind. Die Industriellen müssen daher hiezu verhalten und die bestmögliche Ausführung muß dauernd überwacht werden.

Das Ziel müsse aber immer die Pflicht-Gemeinschaftsküche für alle Staatsbürger ohne jede Ausnahme bleiben. Wenn einmal die Lebensmittel nur mehr in auf Speisen verarbeitetem Zustande erhältlich sind, werde auch das Anstellen zu deren Ankauf, das heute ein gleich großes Übel bildet wie ihr Mangel und eine Verwüstung von Volkskraft und Arbeitszeit bedeutet, auf das möglichst geringe Maß beschränkt sein.

Der Abend
14. / X. 1916

139/4

Morgige Verkäufe:

Fett wird beim Stande der Großschlächtereier in der Großmarkthalle zu haben sein.

Bezüglich Eier, Butter und Mehl können die Hausfrauen für morgen nur wenig erwarten. Mehl wird schon Montag, Eier und Butter Dienstag reichlicher vorhanden sein.

Die Österreichische Verkaufsgesellschaft wird bei ihren Ständen in der Viktualienhalle Kartoffeln und Obst verkaufen.

Hirschfleisch und Hasen werden bei Anton Dechant in der Großmarkthalle zu haben sein.

Mit Geflügel, lebendem und abgestochenen, ist die Großmarkthalle noch gut versehen.

Ignaz Steiner wird in seinem Stande am Eugentplatz abgestochene Fettgänse und Fetteenten zu K 7 das Kilogramm feilhalten.

Auf den Fischmärkten und bei den Fischhändlern werden Flußfische, besonders Karpfen, in größerer Auswahl vorhanden sein. Dies gilt auch für Montag, an welchem Tage überdies die von der Zentraleinkaufsgesellschaft eingeführten Seefische zu K 3 in den Ständen auf dem Karmelitermarkt, Raschmarkt, in der Schwendberggasse und in der Gauslachergasse zu haben sein werden.

Montag wird die Großschlächtereier bei allen ihren Ständen Fett verkaufen.

Mehl wird Montag in der Viktualienhalle (3. Bezirk, Invalidenstrasse) zu haben sein.

Die Österreichische Verkaufsgesellschaft wird Montag in der Viktualienhalle Kartoffeln, Kraut und Obst feilhalten.

Eine höchst zeitgemäße Mahnung.

Die Stockung der Zufuhren, unter der wir hart nach der Ernte leiden, geht darauf zurück, daß nicht so zeitig wie sonst gedroschen und daß das Eingehemste nicht rechtzeitig zu Markte gebracht wird. Dafür gibt es Gründe: Infolge Arbeitermangels geht die Fehung langsam von statten, der Herbstanbau braucht mehr Zeit und beansprucht alles Fuhrwerk. Trotzdem könnte mehr geschehen, muß sogar mehr geschehen, wenn nicht unerträgliche Zustände eintreten sollen. Mit Recht hat darum der Statthalter in Niederösterreich im Interesse der Beschleunigung der Getreideaufbringung einen Erlaß an die Bezirkshauptmannschaften gerichtet, worin er die Amtsvorstände auffordert, die Getreideaufbringung nunmehr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern und das bei den gegenwärtigen Verhältnissen mögliche Aufbringungsmaximum zu erzielen. „Alle Kräfte, die sich in den Dienst der guten Sache stellen, sind zu fördern, besondere Verdienste sind der Belohnung zuzuführen. Widerstände sind ohne Rücksicht auf Person oder Stand schonungslos zu brechen.“ Die Kommissäre der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt sind durch persönliche Einflussnahme und durch unausgesetzte Ueberwachung durch die Bezirks-Getreide-Inspektoren zur strengen Erfüllung ihrer Pflichten zu verhalten. Sie sind insbesondere daran zu erinnern, daß ihre Aufgabe keineswegs dadurch erschöpft ist, daß sie lediglich das vom Produzenten angebotene Getreide ankaufen, sondern daß es ihre Pflicht ist, auch die nicht angebotenen gedroschenen Getreidemengen ausfindig zu machen und den Drusch mit allen Mitteln zu beschleunigen. Hierbei kann ihnen das Publikum, das von Vorräten Kenntnis hat, gewiß nützen.

Die Bezirks-Getreide-Inspektoren haben die ihnen zugewiesenen Gemeinden rastlos zu bereisen und über eine allfällige aktive oder passive Widerstandsleistung, von welcher Seite sie immer ausgehen sollte, der Bezirkshauptmannschaft sofort Mitteilung zu machen. Die Gemeindevorstellungen und Erntekommissionen sind zur regen Mitarbeit heranzuziehen. Sollten etwa einzelne Gemeindevorsteher in Verkennung der ihnen obliegenden Aufgaben ihre Pflichten verabsäumen, so wäre auf Grund der Gemeindeordnung gegen sie amtszuhandeln. Der Erlaß besagt weiter: „Ich mache die Herren Amtsvorstände schließlich darauf auf-

merksam, daß ich sie in ihren Bemühungen, die Getreideanlieferungen auf das äußerste Maß zu erhöhen, mit allem Nachdruck und in jeder Weise fördern, jene Amtsvorstände aber, die die in dieser ersten Zeit gebotene erhöhte Tatkraft vermissen lassen sollten, nachsichtslos zur Verantwortung ziehen werde.“ Der Erlaß sieht in dem Pflichtgefühl der Amtsvorstände die sichere Gewähr, daß nunmehr alle Energien entfaltet werden, um die restlose Aufbringung der Ernte zu sichern und die in den größeren Konsumzentren des Landes zum Teile noch bestehende Brot- und Mehlnappheit in kürzester Zeit zu beseitigen.

Die Preispolitik der Ernährungsämter.

Im deutschen Reichstag wurde Freitag die Kartoffelversorgung des Reiches verhandelt. Auch dort haben sie bei der Ausbringung der Kartoffeln für die Städte ihre Schwierigkeiten, auch dort wird die Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte auf die zu geringe Höhe der Preise zurückgeführt und werden „Hochpreise“ gefordert. Es ist darum sehr beachtenswert, wie sich der Leiter des Kriegsernährungsamtes zu solchen Reizmitteln gestellt hat.

Um aber die Gefahr der Zurückhaltung, sagt Herr v. Batocki, ein für allemal zu beseitigen, erkläre ich ausdrücklich, daß, solange ich Präsident des Kriegsernährungsamtes sein werde, es unter keinen Umständen wieder passieren wird, daß Höchstpreise nachträglich erhöht werden. Ich würde eher zum äußersten Mittel schreiten, ehe ich mich entschließen würde, eine einmal vorgenommene Preisfestsetzung nachträglich zu erhöhen. (Lebhafter Beifall.) Wenn sich irgend jemand im Lande die Hoffnung machen sollte, daß er noch einmal durch Zurückhaltung mehr Geld verdienen wird, so kann sich seine Hoffnung nur darauf gründen, daß ich dann nicht mehr im Amte bin. (Hört! Hört!) Aber ich hoffe, daß sich auch mein Nachfolger unter allen Umständen auf meinen Standpunkt stellen und niemals einen festgesetzten Höchstpreis nachträglich erhöhen wird, sei es für Kartoffeln, sei es für irgend eine Ware. (Lebhafter, wiederholter Beifall.) Ich hoffe, daß durch diese Erklärung eine Quelle von Verger verstopft wird.

Diese feste Haltung sticht sehr vorteilhaft ab. Wie jede andere läßt sich auch eine staatliche Preispolitik machen, wenn jedermann von Anbeginn an überzeugt ist, daß die getroffene Verfügung unumstößlich bleibt. Sie kann praktisch unumstößlich nur dann bleiben, wenn der Festsetzung der wichtigsten Preise auch die Regelung in allen verwandten und Ersatzerzeugnissen nachfolgt, so daß nicht ein Preis durch den anderen (Zuckerrüben durch Futterrüben) aus den Angeln gehoben wird.

Aus diesem Grunde hat der Beirat unserer Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bei der Erörterung des Wirtschaftsplanes der neuen Ernte den Aufbau aller Preise auf Grundlage des geltenden Getreidepreises verlangt. Bei diesem Anlaß wurde von den Vertretern des Verbrauches (Dr. Tausche, Dr. Renner und anderen) ein Antrag gestellt: Bei keinem der staatlich bewirtschafteten Artikel habe eine Erhöhung der einmal bestehenden Höchstpreise mehr einzutreten. Dieser Antrag, der der fortwährenden Preissteigerung einen Damm setzen sollte, wurde damals mit einer knappen Mehrheit der Agrarier abgelehnt.

Bei uns hat es eben an einer festen Ausrichtung der staatlichen Preispolitik im Sinne des Abbaues oder auch nur der Befestigung der Preise von jeher gefehlt!

15./X. 1916

Etwas für die Hausfrau.

Gute ausprobierte Rezepte. — Brot und Brotaufstrich. —
Pudding und Kuchen ohne Fett.

Ausgiebiger, nahrhafter Brotaufstrich zum Nachtmahl. 15 Deka weiße Bohnen werden, am besten in der Kochkiste gekocht, passiert oder fäsiert, mit einem geriebenen, sauren Apfel, einer feingeschabten Sardelle, feingeschabtem Zwiebel, etwas Petersilie, Schnittlauch, Stückchen geschabtem Rettich, einer feingehackten größeren Essig- oder Salzgurke, einem gekochten, feingehackten Ei (kann auch wegbleiben), zwei geriebenen Nüssen, etwas Salz abgerührt (glatt) und auf gebähtes oder ungebähtes Brot gestrichen. Zu einer Schüssel Salzkartoffeln oder Kartoffelschmarren (wenn man's hat!) serviert. Auch zu Gemüsen, z. B. Sauerkraut, Rüben, Kohl sowie Saucen schmecken diese ausgiebigen Brote als Abendessen vorzüglich. Die Brote werden dünn aufgeschnitten, der Brotaufstrich fingerdick aufgestrichen.

Brotaufstrich für Kinder. Zu gleichen Teilen feingeriebener roher Nessel und Karotten, einigen feingemahlener Nüssen, Mandeln oder Haselnüssen werden mit Puderzucker bestreut oder mit Honig durchzogen, glattgerührt und auf gebähtes oder ungebähtes Brot gestrichen.

Brotrezept. 35 Deka Mehl aufs Brett geben, dazu eine schwache Messerspitze Butter oder Fett mit etwas Salz, etwas Kümmel oder Kümmelpulver durchmischen und mit beiläufig

1/2 Liter Wasser zu einem zarten Teig verarbeiten. Nun wird der Teig mit einer starken Messerspitze Backpulver abgerollt, so daß der Teig sich zart und locker anfühlt. Man formt nun einen Boden, bepinselt ihn mit Ei oder Wasser, drückt mit dem Kochlöffelstiel der Reihe nach acht Vertiefungen ein und bäckt ihn, auf gefettetes Papier gelegt, in nicht allzu heißer Röhre hellbraun.

Für gesalzene Brotaufstriche wird zumeist dunkles Kochmehl genommen (wenn man's bekommt), für gesüßte Brotaufstriche hingegen das lichtere Weizenmehl.

Bohnen- oder Erbsenpudding. Beide Puddings können in gesüßter oder ungesalzener Art bereitet werden. Bei der gesalzeneren Art fällt selbstverständlich der Zucker weg und man kann bei der Variierung 5 Deka geriebenen Käse, 5 Deka fein fäsiertes Fleisch, Wurst, Leber, Fisch beimengen. Fleisch und Fischarten sollen schon vorgekocht oder vorgebrüht sein. 25 Deka Bohnenpüree, 12 Deka geriebener Zucker, 3 Deka feingeriebene Nüsse, Vanille und Zitronengeschmack, etwas Salz, vier Dotter. Alles dies wird in einer Schüssel glattgerührt und mit 4 klar festem Schnee durchzogen, in die bestaubte Puddingform eingefüllt und dreiviertel Stunden im Wasserbade gekocht, gelockert und gestürzt, mit dünnem Apfelpüree, Zwetschkenröster oder Beerenobstsaucen serviert. Die gesalzeneren Puddings dienen als Beilage zu Gemüsen, Saucen und Kriegssalaten. Man kann auch zwei Eier absparen, dafür aber muß man ein halbes Päckchen Backpulver hinzufügen.

Bayerischer Kriegskuchen ohne Fett. 22 Deka dunkles Kochmehl kommt in eine Schüssel, 10 bis 12 Deka Staubzucker, etwas Salz, Zitronen- und Vanillegeschmack, 1 Ei, 1 Tasse Milch. Dies alles wird glattgerührt, mit einem halben Päckchen Backpulver durchzogen, in eine Pfanne gegeben, mit Pflaumen, Apfel- oder Bienenschnitzeln belegt und in mäßig heißer Röhre schön hellbraun gebacken. Melanie Sad.

15./X. 1916

Die Hausfrauentagung.

Wien, 14. Oktober.

Die auf drei Tage anberaumte österreichische Hausfrauenkonferenz, zu der aus den Kronländern Abordnungen der Organisationen der Hausfrauen eingetroffen sind, begann heute vormittag im Saale des Niederösterreichischen Gewerbevereines mit ihren Beratungen über die wichtigsten kriegswirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen gemeinsamen Angelegenheiten. Den Vorsitz bei den Beratungen führten abwechselnd die Präsidentinnen der Zentrale Frau Helene Granitsch und Frau Freund-Marcus sowie die Vizepräsidentinnen Stephanie Eubliher, Adele Hirschenhauser, Karoline Konegen und Gertrude Saff.

Bei der Konferenz waren folgende Städte vertreten: Prag (Ernestine Tauffig), Karlsbad (Grete Bernann), Eger und Bely (Fetta Pula), Graz (Violante Anmüller), Salzburg (Mathilde Lauterbacher und Marie Hoffmann), Innsbruck (Paula Burgauer und Virginia Bruner), Steyer (Paula Schönauer), Mährisch-Odrau (Gedwig Schwarz), Jglau (Klementine Schwachota und Annette Schnürmann), Klosterneuburg (Daura Benesch und Amalia Müller), Dlmütz (Marie Niediger und Sophie Jurenta), Baden (Mathilde Wolf, B. Gegenstein und Rosa Engel), Vorneuburg (Anna Wiedermann, M. Christof und Malvine Newald), Stodcken (Helene Kefler), Pfaffstätten (Emilie Plechl), Mödling (Fanny Ehrenberg und Olga Mayr).

Nach Erledigung einiger interner Organisationsfragen wurde über Antrag des Präsidiums beschlossen, daß zur Erleichterung der Lebensmittelverteilung in den österreichischen Städten die Hausfrauenorganisationen durch die Zentrale Wien bei der Regierung auf allen Gebieten der Approvisionierung die dem Kartenausmaß entsprechenden Lebensmittelmengen anfordern werden. Ueberall unterstützen die Leitungen der „Rohö“ die Approvisionierungsfürsorge der Gemeinde, indem sie durch Rayonierung und Portionierung die Lebensmittelverteilung organisieren. Die von den einzelnen Verbänden auf diesem Gebiete geleistete Arbeit war gerade in der Kriegszeit von allergrößter Bedeutung, und je länger die Dauer des Kriegszustandes, desto wichtiger die Tätigkeit der Hausfrauenorganisationen. Uebereinstimmend wurde von allen Delegierten erklärt, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Militarisierung der gesamten Produktion und des gesamten Handels zur Forderung der Bevölkerung erhoben werden muß. Ohne diese strenge Form bleiben Produktionszwang, Enteignungszwang und alle die anderen bedeutungsvollen Worte doch nur Schlagworte, und überall wird die Möglichkeit gefunden, die erlassenen Verordnungen zu umgehen. Der dritte Kriegswinter erheischt allerstrengste Maßnahmen und deren zielbewußte Durchführung. Die Reichsorganisation der Hausfrauen wird überall bemüht sein, daß die gerechten Forderungen der Verordnungen, deren Notwendigkeit zum Schutze der Gesamtheit begründet erscheint, auch eingehalten und korrekt durchgeführt werden.

Die Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsministeriums, das instande ist, die wichtigsten Approvisionierungsfragen Oesterreich-Ungarns einheitlich und in stetem Einvernehmen mit dem deutschen Ernährungsamte zu Regelung zu bringen, ist gleichfalls eine dringende Forderung der wirtschaftsführenden Hausfrauen. In bezug auf die notwendige Kriegsangepassung der Haushaltungen wird die „Rohö“ in ganz Oesterreich bemüht sein, ihre Aufklärungsarbeit den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Musterküchenbetriebe mit entsprechenden Vorkursen über Kriegsküche für Hausfrauen und Hauspersonal sollen die Kenntnis der rationalen Nahrungsmittelverwertung bei kriegsgemäßer Sparsamkeit überall verbreiten. Gleichzeitig sollen die organisierten Hausfrauen in allen Städten für die Rückkehr zur einfachen Lebensführung vergangener Zeiläufe eintreten, und auch in diesem Sinne werden Vorträge über die Zusammenhänge zwischen Krieg und Luxus, zwischen Luxus und Valutafrage und Valuta und Teuerung, Aufklärung unter die breiten Massen tragen. Das Abzeichen der „Rohö“ für alle Mitglieder dieser so außerordentlich weitverbreiteten Organisation wird gleichzeitig als Einfachheitsabzeichen gegen die Luxusabtreibung einzelner Kreise getragen werden.

Schließlich wurde die Frage der wirtschaftlichen Friedensrüstung von allen Delegierten der Kronländer sowie von den Vertreterinnen der Zentrale Wien auf das eingehendste besprochen, und schon im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Wirtschaft in der Uebergangsperiode wird die Militarisierung von Produktion und Handel als bringende Notwendigkeit bezeichnet. Nach der Konferenz begaben sich die

auswärtigen Teilnehmerinnen zur Besichtigung der Kriegschöpfungen der „Rohö“ (Kriegsgeflügelarm, Kriegsschweinearm, Kriegswerkstätten, Nähstuben, Heimtipp, Kriegsküchen, Muster- und Lehrküche, EierdurchleuchtungsMagazin usw.).

Am Abend trafen die Delegierten wieder zusammen, um den Vorträgen über „Kriegsgemäße Küche in den verbündeten Staaten“ beizuwohnen. Dieselben wurden im Rahmen der Ausstellung „Kriegsgemäße Speisen“ von den Frauen Marie Griesler (Frankfurt a. Main), Marianne Stern, beider Sachverständige für Lebensmittel, und Melanie Zaid, Leiterin der Musterküche der „Rohö“, gehalten.

Anlässlich der Hausfrauentagung wurde heute vormittag im Hotel Continental eine interessante, reichhaltige Ausstellung eröffnet, in der vegetabilische, zum Teil ohne Zeit zubereitete Speisen vorgezeigt wurden. Die ausgestellten Gerichte bilden eine Illustration, wie man im Rahmen der jetzt gebotenen Möglichkeiten durch rationelle und ökonomische Bewertung der vorhandenen Nahrungsmittel nahrhaft, billig, schmackhaft und abwechslungsreich kochen und die Gefahr der Unterernährung vermeiden kann. Nach Ansprachen der Vizepräsidentin Frau Konegen, der Präsidialrätin Frau Kühnelt und der Schriftführerin Frau Schweinburg, in welchen auf die Wichtigkeit der Küche für das Durchhalten hingewiesen wurde, traten die überaus zahlreichen erschienenen Damen einen Rundgang durch die Ausstellung an, die den lebhaftesten Beifall aller Erschienenen fand.

15./X. 1916

* Der Leiter des Ernährungsamtes. Ueber die bevorstehende Ernennung des Obergespanns Baron Ludwig Kürthy zum Leiter des Ernährungsamtes wird heute noch mitgetheilt, daß Baron Kürthy nicht den Wirkungskreis eines Ministers besitzen, sondern daß sein neues Amt vielmehr administrativen Charakter tragen wird. Dem Ernährungsamt werden alle jene Ministerialbeamte zugetheilt werden, die sich bisher in den verschiedenen Ministerien mit Approvisionierungsangelegenheiten beschäftigt haben. Das Ernährungsamt wird in seiner Thätigkeit von einem Approvisionierungssenat unterstützt werden; Ministerpräsident Graf Stephan Tisza wird an die oppositionellen Parteien das Ersuchen richten, in diesem Senat ihre Vertreter zu entsenden. Auch heißt es, die Regierung habe die Absicht, den Delegirten der einzelnen Interessengruppen in dem Senat einen Platz zu sichern. Die Organisationsarbeiten sind derzeit im Ministerium des Innern im Zuge. Es besteht ferner der Plan, zur Vollstreckung gewisser dringenden Verfügungen Regierungskommissäre zu ernennen. Wie wir hören, wird das Ernährungsamt nicht, wie ursprünglich geplant, dem Ministerium des Innern, sondern dem Finanzministerium unterstellt werden.

— Baron Ludwig Kürthy entstammt einer altadeligen Familie, deren Sprossen sich in den Diensten des Komitats Bars hervorgethan haben. Er wurde als der Sohn des einstigen Reichstagsabgeordneten Stephan Kürthy am 17. November 1852 zu Komárom geboren und genoß eine sorgfältige Erziehung. Nach Absolvierung seiner Studien widmete er sich dem Verwaltungsdienste und machte rasch Karriere. Im Jahre 1890 wurde er Obergespann des Biptöer Komitats, später fungirte er in gleicher Eigenschaft im Komitat Arva, seit 1900 ist er Obergespann des Bólymer Komitats und vor einigen Jahren wurde er auch mit der Leitung des Turóczer Komitats betraut. Man rühmt ihm große Versirtheit in den Administrationsagenden nach. In den Komitaten, an deren Spitze er steht, erfreut er sich großer Beliebtheit. Er ist k. u. k. Kämmerer; vor nicht langer Zeit wurde ihm die ungarische Baronie verliehen. Er war mit der Gräfin Ludovika Zichy vermählt, die jedoch schon nach zweijähriger Ehe starb.

Die Lebensmittelbesorgung.

Von Bartholomäus v. Lányi,

Wirkl. Geheimer Rath, Justizminister a. D.

In der langen Reihe der mannigfachen Kriegsaufgaben ist das Nahrungsweesen bereits zu der hohen Bedeutung einer Lebensfrage angewachsen. Nicht etwa darum, als wären überhaupt unsere Nahrungsquellen dem Versiegen nahe — denn wir sind und bleiben auch fernerhin im Stande, die Aushungerungspolitik unserer Feinde wirksam zu vereiteln: vielmehr handelt es sich hier um die interne Befriedigungsart der Lebensbedürfnisse, namentlich um die Beschaffung und Vertheilung der Nahrungsgegenstände im eigenen Macht- und Wirtschaftsgebiete. Daß in dieser Hinsicht gar Vieles zu wünschen übrig ist, braucht nicht des Näheren erörtert zu werden. Immer und immer wieder werden Klagen laut, welche auf die diesbezüglichen Mängel hinweisen und auf schnelle Abhilfe drängen. Diese Frage gelangte auch in der jüngsten Kriegssession des Parlaments zur Verhandlung und es konnte sich auch die Regierung davor nicht verschließen, daß eine gründliche Reform des Nahrungsweesens — besonders hinsichtlich der Behandlungsform — wünschenswerth, ja sogar unerlässlich sei. Ministerpräsident Graf Tisza hat damals auch schon die Hauptzüge des einschlägigen Organisationsplanes angedeutet. Es sollen nämlich die in den betheiligten Ministerien in dieser Branche bisher thätig gewesenen Beamten in ein Centralernährungsamt vereinigt und einem mit erweiterter Machtvollkommenheit bekleideten Chef untergeordnet werden. An der Seite dieses Amtes soll ein aus Fachleuten zusammengestelltes berathendes Kollegium fungiren und dem Centralamte sollen besondere Organe zur Verfügung stehen, denen die Aufgabe zufallen würde, den Vollzug der Beschlüsse und der Verordnungen des Centralamtes zu leiten und zu überwachen.

Bisher ist dieser Plan noch nicht verwirklicht worden. Es verlautet jedoch, daß in Oesterreich ebenfalls ein Centralamt für Nahrungsweesen errichtet wird und daß die Vertheilung der Nahrungsmittelvorräthe die ungarischen und österreichischen Centralämter — unter Betheiligung des gemeinsamen Kriegsministeriums — gemeinschaftlich vornehmen werden, so daß die Befriedigung der Bedürfnisse der beiden Staaten der Monarchie und zugleich auch diejenige des Heeres einheitlich erfolgen könne. In einem Theil der Presse wird dieses Ansinnen a priori perhorreszirt mit dem Hinweise, daß eine derartige Kooperation der erwähnten drei Amtsstellen mit der politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit Ungarns unvereinbar sei und daß diese Idee schon im Keime erstickt werden sollte.

Wir wollen uns nicht darauf einlassen, ob die Nachricht von dem hier erwähnten Kooperationsplane der Wahrheit entspricht und ob sich dieser Plan bereits in irgend einem konkreten Stadium der Beratungen oder der Verwirklichung befindet, auch das steht uns fern, für oder gegen eine derartige Lösungsmodalität im Meritum Stellung zu nehmen: unser Interesse erweckt diesmal bloß die Frage, ob es begründet wäre, diesem Lösungsmodus staatsrechtliche Bedenken entgegenzustellen. Und hier gelangen wir zu dem Schlusse, daß dies keineswegs am Plage wäre.

Das wirtschaftliche Leben beruht im Grunde genommen auf der individuellen Freiheit und

Regierung sowohl mit der österreichischen Regierung als auch mit der gemeinsamen Heeresverwaltung auch bis jetzt langwierige Verhandlungen zu pflegen bemüht war, zukünftig im kurzen Wege zu erledigen. Es handelt sich hier bloß um die Frage der praktischen Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit, nicht aber um eine Frage des Staatsrechtes.

— Eine neue Eiweißquelle. Wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, ist es der deutschen Wissenschaft gelungen, ein Verfahren zur Massenherstellung von Mineralhefe für menschliche Ernährung, oder Nährhefe, zu finden. Der Erfinder hat sein Verfahren dem Kriegsausschuß für Ersatzfutter G. m. b. H. zur Verfügung gestellt, und der Kriegsausschuß läßt jetzt diese Nährhefe in einer Hamburger Fabrik herstellen. Die hiesige Gesellschaft für Wohlfahrts-einrichtungen hat nach angestellten Versuchen beschlossen, vom 16. Oktober ab den in ihren Volksküchen, Arbeiterküchen, Fabrikantinnen, in staatlichen und privaten Betrieben verabfolgten Speisen diese Nährhefe zuzusetzen. Die Analyse ergab folgenden Befund: Wasser 12.56, Fett 0.74, Eiweißstoffe 48, Rohfaser 0.41, Mineralbestandteile 14.17, stickstofffreie Extraktionsstoffe, Kohlenhydrate und dergleichen 20.12 Prozent. Es handelt sich um eine eiweißreiche Trockenhefe, die sehr wohl geeignet ist, zur Bereicherung der menschlichen Nahrung an Eiweißstoffen beizutragen. Die Nährhefe gibt den damit hergestellten Speisen einen kräftigen Wohlgeschmack. Durch die Verwendung der Nährhefe wird dem Gait, der an sechs Wochentagen täglich einmal in den Speisehallen der genannten Gesellschaft seine Mahlzeit einnimmt, ein Quantum von ründ 52 Gramm Eiweiß, neben dem in den eingenommenen Speisen enthaltenen natürlichen Eiweiß, zugeführt, ohne daß der Preis der verabfolgten Speisen eine Erhöhung erfährt. Bereits von anderer Seite gemachte Versuche mit der Nährhefe hatten sehr gute Ergebnisse.

Die Opfergleichheit.

Das deutsche Kriegsernährungsamt ist in der Lage, den Preis für Getreide, Graupen und Gerstengröße herabzusetzen, nachdem der Brotpreis schon vor Tagen herabgesetzt worden ist. Nichtsdestoweniger haben die Stadtvertretungen des Deutschen Reiches ernsthafte Klage über die Schwierigkeiten geführt, auf die die Ernährung ihrer Bürger stößt, und fordern von Reich und Einzelstaat noch tatkräftigere Einschränkungen des Erwerbstriebes der Händler wie der Erzeuger. Und auch wir sind weit davon entfernt, die Volksernährung Deutschlands im Kriege glänzend oder auch nur befriedigend zu finden. Sie könnte auch dort geregelter und weniger schmal sein, wenn erstens die Staatsgewalt nicht so vielfältig auf Reich, Einzelstaat, Kommunalverbände und Einzelgemeinden verteilt wäre und wenn zweitens Erzeuger und Händler mehr an die ungeheuren Opfer und Gefahren der Volksgesamtheit als an sich selbst dächten. Reichlich oder auch nur ausreichend kann die Ernährung nirgends sein. Wir sind eben durch die Abschürfung von den großen Nahrungsmittelquellen des nahen Ostens und von Uebersee hauptsächlich in den Zustand einer belagerten Festung verkehrt. Daß wir noch an einige neutrale Staaten grenzen, müßte uns allerdings, wenn das Seerecht aufrecht geblieben wäre, vor diesem Zustand bewahren, da ja das bisherige Völkerrecht einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung ebensowenig gekannt hat wie ein Verbot an neutrale Staaten, über ihre Grenzen jeglichen Handel zu betreiben oder ihre Zufuhren über ein bestimmtes Zahlenmaß auszu dehnen. Wir erleiden alleamt rechtlose Gewalt; aber Klagen über Völkerrechtsbruch stehen uns wenig an, vor allem schon, weil sie nichts fruchten.

Jedermann weiß, daß er mitentbehren soll, aber nicht jedermann muß und will es in gleicher Weise. Und hierin liegt das Problem der Kriegswirtschaft, hinein ihre organisatorische Aufgabe. Schon im Frieden ist es eine alltägliche Erscheinung, daß sich der Unbemittelte mit der Hälfte oder mit dem Drittel dessen sättigt, was der Bemittelte genießt. Das Auslangen findet die Volksgesamtheit gewiß mit einer kriegsmäßigen, also mäßigen Durchschnittskosten und sie kann nur hergestellt werden durch den Verzicht der Begüterten auf Wohlleben. So von der Seite des Verbrauchs. Auf der anderen Seite lehrt schon der Friede, daß der Arbeitende mit dem zehnten und hundertsten Teil des Erwerbs durchkommt, verglichen mit dem Besitzenden. Selbstverständlich soll der Krieg von niemandem als Erwerb Gelegenheit aufgefaßt werden. Die Bourgeoisie huldigt aber so sehr der entgegengesetzten Auffassung, daß man einmal umgekehrt aussprechen muß: Es ist nicht wahr, daß man in der Kriegsnot noch verdienen muß! Diese verkehrte Psychologie ist jedoch so sehr eingerissen, daß allen Ernstes von staatlichen und privaten Volkswirten die Behauptung aufgestellt wird: Die Landwirte müssen verdienen, sonst erzeugen sie nichts! Man hat damit unrecht; wenn man sich die Mühe gäbe, den Landwirten begreiflich zu machen, wozu es sich heute handelt, wir sind überzeugt, daß sich nur wenige zu solch herzloser Auffassung bekennen möchten. Leider aber gibt es allzu viele Leute, die das Ohr der Landwirte haben und die in derselben Weise wie in

Friedenszeiten das Evangelium von den hohen Preisen verkündigen. Und noch schlimmer steht es um die kapitalistische Plusmacherei im Zwischenhandel und in der Industrie.

Das Gefühl, daß man im Kriege weder verdienen müsse, noch solle, kommt leider immer mehr abhanden und darum muß die Staatsgewalt der Selbstsucht Schranken setzen und den Interessenten zurufen: Ihr müßt euch mit geringeren Preisen bescheiden! Hat sie diesen moralischen Mut, besitzt sie das organisatorische Geschick, Erzeugung und Handel wirksam zu regeln, so kann sie eine zulängliche Durchschnittskosten zu erträglichen Preisen sicherstellen, das heißt also das Opfer des Verbrauchers verringern durch ein bescheidenes Mitopfer des Erzeugers.

In diesem Sinne und Geiste hat das reichsdeutsche Ernährungsamt, wenn auch sehr „maßvoll“, gewirkt und den hochbedeutenden Erfolg erzielt, im dritten Kriegswinter den Brot- und Mahlproduktenpreis herabzudrücken: Getreide von 45 auf 28 Pfennig, Graupen und Gröhe von 40 auf 30 Pfennig das halbe Kilogramm, Brot in Berlin von 42 auf 34 Pfennig das Kilogramm. Wenn und da man weiß, daß das vorzüglichste Kriegsmittel der Feinde gerade die Aushungerung sein sollte, so bedeutet diese Herabsetzung einen wirklichen Sieg auch nach außen, nicht nur einen unleugbaren politischen Erfolg der Verwaltung nach innen.

Es ist sehr schade, daß sich unser staatlicher Ernährungsdienst diesen Erfolg hat entgehen lassen, obwohl er im Bereich der Möglichkeit lag. Man erinnert sich daran, daß sich mit dem Eintritt der neuen Ernteperiode im Getreidedienst von selbst eine gewisse Reserve ergab. In der vorigen Periode hatte sich um Sylvester mit Rücksicht auf die Kostspieligkeit des rumänischen Getreides die Nötigung ergeben, mit den Mehlpreisen hinauszugehen, um bei der rumänischen Einfuhr starke Verluste zu vermeiden. Mit der neuen Ernte mußten wir, bei der kriegerischen Haltung Rumäniens konnten wir mit diesen zu teuren Zufuhren nicht mehr rechnen; wir standen also vor der angenehmen Wahl, entweder mit den Mahlproduktpreisen herabzugehen oder aus der Differenz einstweilen eine Reserve anzulegen, um später über sie zu verfügen. Unsere Leser erinnern sich, daß wir damals auf diese Reserve hinwiesen. In so ungewissen Zeiten schaden Reserven nicht. Befäßen wir sie noch, so hätte der österreichische Ernährungsdienst wahrscheinlich jetzt mit dem reichsdeutschen gleichen Schritt halten können. Unsere Regierung, die gerade damals über die Getreidepreise mit den Ungarn verhandelte, obschon eine Minderheit von zehn gegen eine Mehrheit von elf Stimmen des Beirats vor solchen Verhandlungen gewarnt hatte, brachte jedoch aus Budapest eine Erhöhung des Uebernahmepreises mit, den die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt dem Erzeuger zu zahlen hat.

Der Brotpreis, der nunmehr in Berlin erzielt worden ist, hat besonderes Interesse deshalb, weil er, wenn die von der Presse gegebenen Preisberichte zuverlässig sind, den Brotpreis in dem allseits frei zugänglichen London geschlagen hätte. Ende August soll in London das Bierpfundbrot 9½, in der Eisenstadt Birmingham 10 Pence gelöst haben. Auf Kilogramm und Mark umgerechnet kostete sonach in England ein Kilogramm Brot etwa 45 Pfennig gegen 34 in Berlin. Bei uns in Wien beträgt der Höchst-

preis eines Kilogramms Brot 57 Heller oder nach Friedenskurs etwa 48 Pfennig. Man wird fragen, wie so England bei offener See zu so hohen Preisen kommen kann. Das geht zurück erstens auf die Verteuerung der Schiffsfracht, sodann auf den Ausfall der gesamten osteuropäischen Zufuhr (Dardanellenperre) und endlich auf die Mißernte in großen Teilen Amerikas. England vermag jedoch die Schiffsfracht deshalb nicht durch Staatseingriff herabzudrücken, weil es den heimischen Schiffspark größtenteils für militärische Frachten benötigt und auf die neutrale Schifffahrt angewiesen ist, die sie voll bezahlen muß. Eine wahre Flut von Reichtum hat sich daher auf die neutralen Meeres ergossen, vor allem auf die norwegischen. Norwegen besaß seit jeher eine große Handelsflotte und verdiente ohne beträchtliche eigene Aus- und Einfuhr viel als Zwischenhändler. Im Kriege hat es und nicht anders haben die anderen Neutralen die heimische Handelsflotte stark vermehrt. Nach dem Kriege werden die Größenverhältnisse aller Handelsmarinen völlig umgewälzt sein. Trotz alledem aber vermag der Weltverkehr den Ausfall des gewaltigen deutschen Schiffsparks nicht wettzumachen. Und so büßt England den Aushungerungskrieg in gewissem Maße mit.

Der Erfolg des reichsdeutschen Brotregimes lehrt uns, daß wir nicht müde werden dürfen, auf die strammste Vereinheitlichung des Ernährungsdienstes hinzuwirken und die endliche Durchführung der Opfergleichheit ohne Vorbehalt von sogenannten „Verdienstnotwendigkeiten“ zu fordern. Die Notwendigkeit des Lebens geht allen anderen wirklichen und vermeintlichen Notwendigkeiten voran!

Wie kocht man ohne Fett.

Von Laer Hausfrau.

Die Einführung der Fettkarte wird wohl für viele gegen die letzten Tage und Wochen keine fühlbare Beschränkung bedeuten. Ist es doch den Hausfrauen in dieser Zeit oft schwer gewesen, das für den Haushalt notwendige Fettquantum zu beschaffen. Von der Einführung der Fettkarte erhofft man sich, nach bisher gemachten Erfahrungen, daß die vorhandenen Fettvorräte, gleichmäßig verteilt, nunmehr allgemein erhältlich sein werden. Unsere Erfahrungen lehren uns gleichfalls, daß die pro Kopf berechnete Menge eines Nahrungsmittels stets ausreichend ist, denn nicht nur der Statistiker und Volkswirtschaftler, auch der Mann der Wissenschaft wird

der Beurteilung der Aufstellungsmenge zugehen, um dem einzelnen das ihm zu seiner Erziehung unbedingt notwendige Quantum zuzuleisten. Auch bei der Zuteilung der Fettmenge wird dieses Prinzip maßgebend sein. Immerhin aber wird dieses Quantum natürlich geringer sein, als wir es zu Friedenszeiten zu verbrauchen gewohnt gewesen. Da der Verbrauch im Haushalt überdies nicht für jeden einzelnen Tag gleichmäßig festgelegt werden kann, werden für die Hausfrauen des öfteren „fettlose Tage“ kommen, und wir werden uns mit der Frage befassen müssen, wie man das Fett in einer solchen Form zu genießen, daß seine Nährstoffe am vollkommensten ausgenützt werden, zweitens werden wir es lernen müssen, die Folgen zusammenzustellen, die ohne Fett zubereitet werden können.

Um eine fettlose Suppe und ein fettloses Fleisch herzustellen, wird es wohl am einfachsten erscheinen, Rindfleisch nach gewohnter Manier zu kochen. Dieses Prinzip ist jedoch vom Standpunkt der rationellen Ernährung aus nicht richtig. Es ist weit besser, das Fleisch schnell zu braten, und es ist durchaus nicht notwendig, Fett zum Braten zu verwenden, um so mehr, als ja Fleisch an und für sich schon reich an Fettstoffen ist. Wir werden die verschiedenen Röst- und Grillierapparate in Verwendung nehmen, bei denen das Fleisch einfach ohne alle Fettzugabe auf einen Rost gelegt wird. Diese Art der Zubereitung eignet sich für alle Fleischsorten und ist besonders empfehlenswert, da so alle Nährwerte dem Fleischstück erhalten bleiben. Besonders zum Kochen mit Gas sind diese dieser Apparate eingerichtet; die städtischen Gaswerke liefern sie in besonders schöner und zweckmäßiger Ausführung, auch leihweise, nach den bekannten Prinzipien. Für das Kochen am Herde eignen sich die verschiedenen Brat- und Röstpfannen mit doppeltem, durchlöcherstem Boden, die auf dem gleichen Prinzip beruhen und billig erhältlich sind.

Das Braten im Papiersack kennt die Krankenküche seit je. Das gut geflopfte mürbe Fleisch wird hier in einen Pergamentsack gelegt, der gleichfalls im Handel erhältlich ist, und der mit Klammer fest verschlossen wird. Er wird in eine Pfanne gelegt, diese ins Rohr gestellt und das Fleisch so gebraten. Auch hier geht das Braten ohne jede Fettzugabe vor sich.

Bei fetten Fleischsorten, Schweinefleisch, Gänse u., erübrigt sich ja bekanntlich ebenfalls die Fettzugabe. In „fettlosen“ Tagen wird man überdies gewiß auch gern gekochte Fische zubereiten.

Zur Bereitung falscher Suppen ist ebenfalls Fett nicht notwendig. Es ist ohne weiteres möglich, die gewohnte Einbreun nur aus Mehl ohne jeden Fettzusatz herzustellen. Man gibt das Mehl in eine kleine Kasserolle und stellt diese in die Röhre. Unter fleißigem Rühren und Schütteln läßt man dann das Mehl bräunen. Man kann Mehl auch auf Porrot so dextrinieren, und zwar wird es, wenn es kalt in Verwendung genommen wird, mit heißem Wasser, wenn es frisch aus der Röhre kommt, aber mit kaltem Wasser vorsichtig aufgeossen.

Eine andre Art, die falsche Suppe zu verbilden, ist, ihr einige rohe, geriebene Kartoffeln zuzusetzen. Auch zu den künstlichen Suppenmassen wird die Hausfrau jetzt wieder öfter greifen. Ist ihr der Geschmack nicht recht, so verwendet sie eine geringe Menge einer besonders konsistenten Sorte an Stelle der Einbreun, wozu sie sich vermöge ihres großen Gehaltes an Stärkemehl sehr gut eignet, gießt Wasser, in dem ein Rindsuppenwürfel aufgelöst wurde, nach und gibt der Suppe durch Zusatz von Gemüse, Leber- oder Blutwurkfülle, Paradeismark u. dgl. Geschmack und größeren Nährwert.

Die Art der „Einbreunzubereitung“, wie wir sie oben beschrieben, eignet sich auch sehr gut für die Herstellung von Soßen und Gemüsen; auch die Zugabe geriebener roher Kartoffeln kann hier so gut wie bei der Suppe erfolgen, und es bleibt noch eine weitere Art, Soßen und Gemüse eine festere Konsistenz zu geben: das Durchziehen von aufgelöster Gelatine. Bei Gemüse genügt es überdies, sie in ganz wenig Wasser zu dünsten und sodann mit Mehl zu stauben. Das ohne Fett zubereitete Gemüse hat ferner den Vorteil, bei längerer Aufbewahrung nicht sauer zu werden. Es ist zu empfehlen, das Gemüse für den Mittagisch in größerer Menge herzustellen und etwas davon zum Brotaufstrich beiseite zu stellen. Kalte Gemüse schmecken als Brotaufstrich sehr gut.

Schwieriger wird es sein, Mehlspeisen ohne Fett und Butter herzustellen. Einwandfrei vom Ernährungsstandpunkt aus wäre die Verwendung von Milchspeisen, da Milch ja ebenfalls fetthaltig ist. Wir können zu Kondensmilch und kondensiertem Obers greifen, Sago, Maisgrieß einkochen. Ferner ist die Verwendungsart von Nudelsteig, der bekanntlich ohne jede Fettzugabe herzustellen ist, sehr zahlreich, auch Kartoffelmehl und Maismehl wird viel

Die augenblickliche Knappheit und ihre Ueberwindung.

Die rumänische Kriegserklärung und das ungünstige Wetter haben die Aufgaben der Volksernährung etwas ernster gestaltet, als sie vor Erntebeginn schienen, aber gegenüber der Unruhe, die sich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hat, muß ganz entschieden festgestellt werden: Es ist ja unmöglich, daß ein Ausfall sich schon jetzt, unmittelbar nach der Ernte, bemerkbar machen könnte. Der Mangel an Vorräten kann es gar nicht gewesen sein, der die Knappheit der letzten Tage verursacht hat, und deshalb ist die Beunruhigung, die sich in den letzten Tagen gezeigt hat, in diesem Punkte ganz unbegründet.

Sehr berechtigt aber ist der Verdruß darüber, daß es wieder einmal „nicht geklappt“ hat. Freilich hat auch das begreifliche Gründe, wie wir sofort sehen werden. Zum zweitenmal müssen wir die Mahnung an unsere Ernährungsämter richten, sich in solchen Fällen nicht vorerst in tiefstes Stillschweigen zu hüllen, die Verängstigung anwachsen zu lassen und hinterher mit offiziellen Presnotizen auszurücken. Wiederholt haben wir auf das Vorgehen des deutschen Kriegsernährungsamtes hingewiesen, das sich ganz offen, unter seinem Namen, fast alltäglich mit der Bevölkerung auseinandersetzt. Die ganze Öffentlichkeit würde es sofort verstehen, wenn die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in einem Falle wie jenem, den wir jetzt erlebt haben, entweder in der Presse oder, wenn sie schon den Weg für bedenklich hält, durch Mitteilung an die Verschleißer kundmachen würde: Eine Störung von längstens drei, fünf oder zehn Tagen, dann läuft der Dienst wieder normal. Das versteht wahrhaftig jeder, daß es im Kriege etwas gibt, das sich wie eine höhere Gewalt dem sorgfältigsten Plane in den Weg stellen kann. Weiß jeder, woran er ist, so wird er nicht unberechtigter Verängstigung zum Raub. Darüber müßten die Behörden schon nach dem Vorbild des reichsdeutschen Ernährungsamtes sich klar geworden sein, daß sich der Volksernährungsdienst schlechterdings nicht nach der Methode des bürokratischen Amtsgeheimnisses führen läßt.

Nicht eine Vorratsfrage war die augenblickliche Knappheit, sondern eine Waggon- und eine Verwaltungsfrage. Wir litten schon zu Friedenszeit jeden Herbst an Waggonmangel. Jedesmal, wenn die Rübenenernte in die Zuckerraffinerien und die Winterkohle in die Konsumzentren verfrachtet werden sollten, machte sich dieser Mangel fühlbar und rächte sich das alte Verhängnis unserer Eisenbahnverwaltung wie der Volksvertretung. Nun brach der rumänische Krieg aus, der selbstverständlich mancherlei Verschiebungen, auch solche von Sachgütern, zur Folge haben mußte. Dazu kam die starke Inanspruchnahme des rollenden Materials durch die Verführung der Flüchtlinge. Jedermann weiß, daß im Frühherbst die ungarische Tiefebene in der Brotversorgung eine besondere Rolle spielt. Und gerade an jenem Punkte mußte sich der Verkehr anders gestalten. Das versteht jedermann, obschon nicht jedermann daran denkt. Außer dem kommen in diesen Tagen die Familien, die den

Mengbrot aus Ersatzmehlen ist und der Selbstversorger allein Brot aus Edelmehl. Es geht nicht an, daß alle Welt ihr Brot auf Woche und Tag streng rationiert mit Hilfe der Brotkarte ersticht — buchstäblich durch Anstellen ersticht —, während dem Selbstversorger eine Beschränkung und Rationierung gar nicht recht zum Bewußtsein kommt. Mit dem Grundsatz der Ökonomiegleichheit muß endlich voller Ernst gemacht werden! Nur dem Umstand, daß die Selbstversorger beinahe ausschließlich Edelforn verbrauchen, danken wir es, daß die übrige Bevölkerung Brot mit so starker Subvention genießen muß.

Diese Andeutungen genügen wohl, um klarzumachen, daß unter geänderten Voraussetzungen ein neuer, ein anderer Versorgungsplan ausgearbeitet werden muß, und wir erwarten, daß der zentrale Approvisionierungsausschuß diese Aufgabe entschlossen und mit Entschiedenheit in Angriff nimmt.

Ernährungsfragen im Gemeinderate.

Die vielen sorgenvollen Fragen, die im Wirtschaftsleben der Zweimillionenstadt Tag um Tag hervortreten, sind gestern im Wiener Gemeinderate zur Erörterung gelangt. Ueber die in der letzten Zeit empfundene Brotknappheit wurde gesprochen, über das Uebel des Anstehens und geeignete Abwehrmittel dagegen, über die Nichtbeachtung der Höchstpreisverordnungen mit ihren verderblichen Folgewirkungen. Uebereinstimmend kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß Abhilfe dringend geboten erscheint und der Bürgermeister wurde aufgefordert, seinen Einfluß geltend zu machen, um der eingestifteten Regellosigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ein Ende zu machen. Was Dr. Weiskirchner darüber sagte, ist im folgenden Ausschnitt aus dem Sitzungsbericht nachzulesen. Wenn der Bürgermeister — wie er ankündigte — eine Denkschrift an die Regierung ausarbeiten lassen will, ist das gewiß ein löbliches Beginnen, allein mit Denkschriften wird dem Uebel nicht abgeholfen.

Der Bürgermeister sprach zunächst über die **Brotknappheit in Wien.**

Darüber führte Dr. Weiskirchner aus: „Zweifellos herrscht seit Sonntag eine gewisse Brotknappheit in Wien. Ihre Hauptursache liegt darin, daß infolge der Witterungsverhältnisse, des Arbeitermangels auf dem flachen Lande und der gleichzeitigen Notwendigkeit verschiedener landwirtschaftlicher Arbeiten, wie Kartoffelausnahmen, Winterjaatbauern, Grummettschneiden, die Druscharbeiten in Rückstand gekommen sind. Infolge Transporterschwierigkeiten konnte aber auch vielfach die gedroschene Frucht nicht zur Mühle und Mehl aus der Provinz nicht nach Wien geschafft werden. Die Kriegsgetreidewerkstatt sah sich genötigt, die Mehlmengen zu verkürzen, und zwar weniger der Kleinbäcker, als vielmehr der großen Brotfabriken und diese Verkürzung fiel gerade in eine Woche, in der Tausende von Familien mit Rücksicht auf den Schulbeginn nach Wien zurückkehrten und auch eine zwar nicht bedeutende Zahl von Flüchtlinge, die hiesigen Konsumenten vermehrte. Ich habe nicht versäumt, den Ministerpräsidenten, den Leiter des Ministeriums des Innern, den Statthalter auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen, und habe aus den Besprechungen mit diesen verantwortlichen Funktionären die volle Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung mit allem Nachdrucke bemüht ist, die prompte Zuschickung genügender Mehlvorräte nach Wien für die allernächste Zeit schon sicherzustellen. Ich hoffe daher, daß in kurzer Frist die durch die außergewöhnlichen Verhältnisse hervorgerufene Störung in der Mehlerzeugung behoben sein wird. Uehliche Schwierigkeiten haben sich in letzter Zeit auch bei der Kartoffelversorgung ergeben. Ich kann hier nur versichern, daß die Gemeinde im Einvernehmen mit der Regierung und Zentraltransportleitung einen sorgfältigen Plan für die ausreichende Kartoffelversorgung Wiens festgelegt hat, der aber in letzter Zeit durch die abnormen Wetterverhältnisse und Transporterschwierigkeiten vorübergehend gestört wurde. Ich hoffe auch in diesem Falle auf baldigste Besserung und bitte die Bevölkerung um Geduld.“

Dr. Granitsch bepricht in einer Interpellation die Brot- und Mehlnot in Wien und stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, seinen Einfluß mit aller Macht dahin geltend zu machen, daß die Bevölkerung Wiens hinlänglich Brot und Mehl zugeführt erhält?

Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation ist durch meine vorher abgegebene Erklärung beantwortet. Ich kann nur versichern, daß nicht nur ich, sondern auch alle anderen Funktionäre der Gemeinde und die Beamten außerordentlich tätig sind, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mit welchen Schwierigkeiten dabei zu kämpfen ist, wird der Fragesteller wissen.

Die Nichtbeachtung der Höchstpreisverordnungen. — Eine Denkschrift an den Ministerpräsidenten.

Zohner stellt folgende Anfrage: Die Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beobachtet seit geraumer Zeit mit Erstaunen und immer wachsender Erbitterung, daß alle gewiß wohl gemeinten Maßnahmen der Regierung in der Ernährungsfrage zum Schutze der Konsumenten durch die passive und aktive Resistenz der meisten Produzenten und Händler durchkreuzt und zunichte gemacht werden. Kaum ist ein Höchstpreis für irgend ein Lebensmittel oder einen Bedarfsartikel erlassen, ist dieses sofort fast zur Gänze vom Markte verschwunden, wird im Geheimen oft mit enormen Prämien und Trinkgeldzuschlägen gehandelt, während die übrige, namentlich die arme Bevölkerung gänzlich das Nachsehen hat. Die Gesamtheit erwartet angesichts dieser wahrhaft skandalösen Zustände dringende Abhilfe, welche, wie allseitig zugegeben wird, ausschließlich im Wege der Requisition erreichbar wäre. Nachdem die Regierung gutem Vernehmen noch im Begriffe steht, unter kurzem betreffs eines

wichtigen Lebensmittels mit der von den Konsumenten so sehnlichst erwarteten Requisition vorzugehen, so wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Namen des gesamten Gemeinderates bei dem Ministerpräsidenten vorzusprechen und ihm in dringlichster Weise die sofortige Ausdehnung des Requisitionsrechtes auf sämtliche unentbehrlichen Lebensmittel sowie Gebrauchsgüter nahezu legen, ohne welche eine halbwegs genügende Verpflegung der Zweimillionenstadt, welche derzeit so sehr im Argen liegt, zur Kriegszeit nicht erreicht werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde im Sinne des Herrn Fragestellers eine Denkschrift ausarbeiten lassen und dem Ministerpräsidenten überreichen. Mit einer Denkschrift wird wohl dem Uebel nicht abgeholfen. Die Tatsachen sind bekannt und seit Monaten beherrscht das Thema die öffentliche Diskussion. Geeignete Abwehrmaßnahmen stünden zu Gebote; ihre Anwendung unterbleibt aus Gründen, deren Auseinandersetzung leider bisher immer verwehrt worden ist. Der Requisitionszwang kann nur im Einverständnis mit der ungarischen Regierung durchgeführt werden, um die erwarteten Wirkungen zu erzielen.)

Gegen das Anstellen. — Keine ausreichenden Abwehrmittel. — Bei Knappheit nützt keine Rayonierung.

Schlechter stellt folgende Anfrage: In der letzten Zeit nehmen die Ansammlungen von Käufern vor einzelnen Konsumgeschäften einen immer größeren Umfang an und erwecken mit der fortschreitenden Jahreszeit und dem Eintritte schlechten Wetters erhebliche Bedenken. Es sollte daher unter allen Umständen getrachtet werden, diesem Uebelstande abzuwehren. Die Veranlassung zu demselben dürfte namentlich darin gelegen sein, daß beispielsweise Butter von der Zentralstelle aus nur an Großisten abgegeben wird und dadurch die kleineren Detailgeschäfte von dem Verkaufe immer mehr und mehr ausgeschaltet werden. Hierdurch scheint nicht nur das konsumierende Publikum geschädigt, sondern auch eine größere Anzahl von Geschäftleuten, denen ihr Absatz immer kleiner wird und schließlich ihre Existenz gefährdet muß. Es ist wohl bekannt, daß die Öbmannerkonferenz sich wiederholt mit dieser Angelegenheit befaßt hat, ohne mit ihren Vorschlägen durchzubringen, und erscheint es bei der ganzen Sachlage nunmehr dringend geboten, die entsprechenden Maßnahmen einzuführen. Es wird daher erlaubt sein zu fragen, ob der Bürgermeister nicht geneigt sei, dieser Angelegenheit neuerlich näher zu treten, damit ein Uebelstand beseitigt wird, welcher mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden sollte.

Dr. Weiskirchner: Ich kann nur sagen, daß sowohl ich wie die Vizebürgermeister, der Stadtrat, die Öbmannerkonferenz, der Magistrat sich seit Monaten mit dieser Frage befaßt. Alle Vorschläge, die bisher in dieser Beziehung getrachtet wurden, wurden sorgfältig geprüft, es hat sich aber noch keiner als ausreichend erwiesen um dieser Misere zu begegnen. . . . In dem Momente aber, wie das Publikum merkt, bei einer Ware herrscht Knappheit, wenn bei so und so vielen Geschäften die Tafeln „ausverkauft“ ausgehängt sind, bemächtigt sich der Leute eine Panik, die sie drängt, daß sie sich anstellen. Bei Knappheit nützt auch Rayonierung nichts. Wir haben gesehen, wie bei einem Artikel, bei Milch für Kinder unter zwei Jahren, an heißen Tagen hunderte Tausende Liter Milch sauer eingelangt sind. Die Mütter sind mit ihren anspruchsberechtigten Kindern zu den Verschleißstellen gekommen, in deren Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. Der Wagen fährt vor, eine Kanne nach der anderen wird abgeladen, eine Kanne nach der anderen enthält saure Milch. Die Mütter sind mit ihren Kindern dagestanden und haben keine Milch bekommen, aber auch bei anderen Geschäftleuten nicht, weil sie nicht in deren Kundenverzeichnis eingetragen wurden. Es ist das Rayonieren theoretisch eine außerordentlich schöne Maßnahme, praktisch kann man das nur für Artikel durchführen, die haltbar sind und bei denen nicht nur eine genügende Dotierung aller Verschleißstellen möglich ist, sondern gewisse Vorräte in Reserve gehalten werden, damit ich sofort in der Lage bin zu disponieren und nachzuschicken, wo ein Mangel ist. Es ist auch ein Nachteil, daß die jeweilige Tagesration von Tag zu Tag bestimmt werden muß, weil sich die Verteilung dem Vorrate anpassen muß. Wichtig ist, daß die Regierung alles aufbietet um genügende Vorräte herzuschaffen. Die Gemeinde wird es an Mühen und Opfern nicht fehlen lassen und dadurch wird Beruhigung in die Bevölkerung getragen.

Ich habe schon hingewiesen, welche unsinnige Gerüchte geglaubt und verbreitet werden. Es ist Ihre Pflicht, solchen Gerüchten immer auf das entschiedenste entgegenzutreten. Wir müssen die Bevölkerung beruhigen, nicht daß durch solche unsinnige Gerüchte, wie es wird ein brotloser Tag eingeführt, die Bäcker dürfen nur mehr an zwei Tagen backen, die Bevölkerung in eine Panik hineingehezt wird. Also ruhig Blut bewahren und vor allem müssen wir alle trachten, daß die Bevölkerung entsprechend aufgeklärt wird. (Gerade dieser Aufklärung bereitet aber die Zensur Hindernisse. — Red.)

Lebensmitteldiktatur.

Daß der skandalöse Wucher auf allen Gebieten, insbesondere aber der Lebensmittelwucher, bei uns nunmehr unerhörte Dimensionen angenommen hat, ist eine Thatsache, die Niemand leugnen kann. Daß kein einziges Land unter den kriegsführenden Staaten den Wucherern mit Lebensmitteln und sonstigen Produkten so wehrlos und widerstandslos ausgeliefert ist wie wir, ist eine nicht minder evidente Thatsache. Die bodenlose Frechheit der Bande, welcher als Produzenten oder Verschleißer das zeitweilige Verfügungsrecht über die Bedürfnisse des allgemeinen Gebrauchs zur Zeit noch zusteht, kennt keine Grenzen, das Herz dieser Leute kein Erbarmen. Ohne irgend einen triftigen Grund — kühn wagen wir heute diese Behauptung — dreht die abgefeimte Sippe der Kartellisten aller Branchen die Schlinge um den Hals unseres armen, leidenden Volkes immer enger und enger. Das gute, langmüthige Volk aber stöhnt, klagt und hungert. An Seelengröße und Opfermuth überragt unsere heldenmüthige, bemitleidenswerthe Gesellschaft selbst den Maßstab der Rücksichtslosigkeit ihrer gewissenlosen Peiniger. Für das Hab und Gut, für die persönliche Sicherheit und für die Heimath Aller stehen die Söhne, die Väter, die Brüder und die Männer der ausgewucherten, ausgehungerten Millionen nun schon vor dem dritten Winter im Schützengraben im mörderischen Feuer der Gegner. Wozu? Damit sie einer Anzahl von schamlosen Interessengemeinschaften eine sichere Grundlage zur ungestörten Stillung ihrer schändlichen Profitgier schaffen? Hunderttausende müssen verbluten, damit eine Anzahl privilegirter, zum Theile auch des Militärdienstes enthobener agrarischer, industrieller und merkantiler Wucherer eine Million nach der anderen ins Trockene bringen können, indem sie die Familien ihrer heroisch kämpfenden Beschützer bis auf den letzten Blutstropfen aussaugen? Ist das etwa der Zweck des Krieges, dann soll man uns das offen sagen, damit wir uns danach richten können und in unserem naiven, ahnungslos getreuen Patriotismus vor den höhnisch grinssenden Interessentmenschen nicht auch noch lächerlich werden.

Aber das kann wohl nicht so sein. Es ist unmöglich, daß der Staat dieses opferstaudige, achtungswerthe Volk dem Verderben preisgeben will schamlosen Interessengemeinschaften zuliebe, die den Krieg als eine nie mehr wiederkehrende Gelegenheit zum Reichwerden betrachten. Der Staat ist diesen Leuten gegenüber bloß ohnmächtig, er war bis zum heutigen Tag wenigstens ohnmächtig, weil er ihren Raubthiercharakter nicht richtig erkannt hat. Aber jetzt, im dritten Jahre des Krieges, müssen dem Staat endlich die Schuppen von den Augen gefallen sein. Er kann sich einer Erscheinung nicht verschließen, die keine Mißdeutung mehr zuläßt. Die Lage ist eine verzweifelte, Ihr Herren Minister! Unser Volk hungert! Nicht als ob die Speicher nicht voll wären und die Mutter Erde ihre Schuldigkeit nicht gebührend gethan hätte, sondern weil jene, in deren Händen die Produktion und der Waaren-

mehr Thaten und keine Worte. Wir erwarten die Ernennung eines plenipotenten Diktators gegen den ärgsten inneren Feind des Vaterlandes: den Lebensmittel- und Waarenwucherer.

24. IX. 1916

Fleisch- und fettarmer Kriegsküchenzettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holte.

Sonntag: Norddeutsche Naluppe. Hackbraten in der Form (Vorschrift bereits mitgeteilt). Weißer Schmorkohl. Gedünstete Birnen (Vorschrift bekannt).

Norddeutsche Naluppe. Da fast überall Graupen und Brühe jetzt ausgegeben werden, kann man die norddeutsche Naluppe, zu der man mittelfeine Graupen, und zwar 200 Gramm, zwei Stunden nach kurzem Antochen im Spartlocher hat ausquellen lassen, jetzt wohl bereiten. Zu diesen Graupen gibt man 2 Liter aus Brühwürfeln bereitete Fleischbrühe, einen kleinen Kopf in Röschen zerteilten Blumentohl, kleine Wurzel-, Kartoffel-, Sellerie- und Porreestückchen und kocht dies langsam 20 Minuten. Ein kleiner, sauber gereinigter Kal wird ausgenommen, in Stücke geschnitten und danach ebenfalls in die Suppe gegeben, in der er weich kochen muß. Zuletzt schmeckt man die Suppe mit Pfeffer und Salz ab und würzt sie mit gehacktem Estragon und Thymian. Nimmt man einen mittelgroßen Kal und legt noch kleine Mehlklößchen hinein, so ist die Suppe ein ausreichendes Mittagmahl, hinter dem man vielleicht noch eine Fruchtzulz mit Vanilletunke (aus Tunkenpulver bereitet) geben kann.

Weißer Schmorkohl wird ohne Fett bereitet. Man nimmt einen Kopf Weißkohl, schneidet ihn so fein wie möglich und legt ihn abwechselnd mit feinen Apfelscheiben, einigen wenigen Zwiebelscheiben in ein Kochgeschirr, das man zur Hälfte mit Wasser, 1 Glas Apfelwein und $\frac{1}{2}$ Glas Essig gefüllt hat. Als Gewürz kommt das nötige Salz und etwas Zucker daran. Der Kohl muß lange und langsam auf gelindem Feuer gar schmoren, auch gelegentlich umgeschwenkt werden, da er leicht zum Ansetzen neigt. Er kann auch nach halbstündigem Antochen drei Stunden in den Gartlocher gestellt werden. Außer den Apfelscheiben kann man auch reife weiße Weinbeeren zwischen den Kohl schichten und dann den Apfelwein fehlen lassen.

Montag: Krautklöße mit Tomatentunke. Pflaumenbettelmannstuden.

Krautklöße. Zu den Krautklößen gebraucht man zwei kleinere Weißkohlköpfe, von denen man die äußeren Blätter entfernt (zu einer Kohlsuppe benutzen), während man die übrigen Blätter von den dicken Rippen befreit und 10 Minuten in siedendem Wasser abkocht, abtropfen läßt, fein hackt und in etwas Brühe aus Brühwürfeln weich kocht und auf einem Siebe dann abtropfen und erkalten läßt. Unter die kalte Kohlmasse mischt man 1 Ei und 2 Teelöffel Eierparpulver, etwas Pfeffer, geriebene Zwiebel, gewiegte Petersilie und soviel Mehl, daß man einen guten Kloßteig erhält, von dem man mittelgroße Klöße formt. Sie werden in siedendem Salzwasser langsam gekocht, auf heißer Schüssel angerichtet und mit einer Tomatentunke überfüllt.

Pflaumenbettelmannstuden. 750 Gr. Pflaumen entkernt man und kocht sie im eigenen Saft mit etwas Zucker zu Schmorobst, das man in einer leicht mit Fett ausgestrichenen Auflaufform gibt. 500 Gr. Pumpernickel — ohne Brotmarken erhältlich — reibt man, vermischt dies Brot mit 50 Gr. Zucker, einem Teelöffel voll feinem Zimt und 2 Teelöffel voll mit Milch glattgerührtem Eierparpulver und streicht die Masse über die Pflaumen. Man bäckt die Speise eine knappe Stunde bei mäßiger Hitze und bestreut sie beim Auftragen mit Zucker.

Dienstag: Hasergrühsuppe mit Apfelsaft (Vorschrift bekannt). Gedämpfter Fisch auf Paprikakürbisbrei mit Kartoffelbreirand.

Gedämpfter Fisch. Man kann jede Sorte eines fleischigen Fisches zu diesem Gericht benutzen, also Flußfische wie auch Seefische. Man rechnet 1 Kg. Fisch mindestens, richtet den Fisch vor und schneidet ihn in nicht zu große Stücke. Eine Pfanne streicht man am Boden mit Fett aus, gibt $\frac{1}{2}$ Liter Brühe aus einem Brühwürfel, 1 Glas Apfelwein, drei Zitronenscheiben, etwas Pfeffer und Muskatblüte hinein und gibt die Fischstücke, die man mit Salz einreibt, in die kochende Brühe, in der man sie, gut verdeckt, gar ziehen läßt. Inzwischen bereitet man den Paprikakürbisbrei. Zu ihm schneidet man 700 Gramm Kürbisfleisch in Stücke,

koht sie in wenig Wasser weich, läßt sie abtropfen und streicht sie durch. Der Brei wird mit zwei großen geriebenen Zwiebeln, Paprika, Salz, 1 bis 2 Löffel voll weißer Semmelkrumen auf gelindem Feuer heiß gerührt, zuletzt 5 Gramm Butter durchgeschlagen und als Unterlage für die gedämpften Fischstücke auf eine Schüssel gegeben. Um den Fisch gibt man einen Rand von Kartoffelbrei und die mit 3 Löffeln dickem Tomatenbrei verkochte Tunke, die mit Mehl noch etwas gebunden wird, in einer besonderen Schüssel dazu.

Mittwoch: Zwiebelkartoffeln mit Fleischstückchen. Gefüllte Birnen.

Zwiebelkartoffeln. In ein passendes Kochgeschirr legt man abwechselnd kleine, rohe, geschälte Kartoffeln und kleine abgezogene, eben gerührte Zwiebeln, fügt Salz und Pfeffer daran und gießt Wasser mit einem Löffel mildem Essig darüber, mit dem Kartoffeln und Zwiebeln halb bedeckt sein müssen. Sie werden 45 Minuten auf gelindem Feuer gedämpft und beim Anrichten mit 250 Gr. Rindfleischstückchen untermischt. Die Fleischstückchen röstet man unter fleißigem Wenden auf mit etwas Öl bestrichener eiserner Pfanne etwa 5 Minuten, bis sie gar, aber innen noch rosa-farben sind. Sie dürfen in den fertigen Zwiebelkartoffeln auch nicht kochen, sondern sollen nur mit ihnen vermengt werden, also gerade fertig gestellt sein, wenn auch die Kartoffeln gar sind.

Gefüllte Birnen. Man muß dazu saftreiche, aber hart-schalige Birnen nehmen, die man abwäscht, abtrocknet und ungeschält der Länge nach in Hälften teilt. Die Kerngehäuse entfernt man und schabt behutsam mit silbernem Löffel soviel Fruchtfleisch aus, daß die Birnenform noch gewahrt wird. Das Birnenfrucht-fleisch und ebensoviel eingemachte steinlose Sauerkirschen streicht man durch ein feines Sieb, gibt unter den Fruchtbrei 1 Löffel Rum und auf einen Teller voll davon 8 Blatt aufgelöste Gelatine. Wenn die Fruchtmasse steif zu werden beginnt, füllt man sie in die ausgehöhlten Birnen recht hoch an, so daß die Hälften wieder die Form einer ganzen Birne erhalten. Sie werden gegeneinander gelehnt, angerichtet und mit einer kalten Vanilletunke, die aus käuflichem Tunkenpulver bereitet werden kann, zu Tisch gegeben.

Donnerstag: Bunte Gemüsesuppe (Vorschrift bekannt), Gebädene Kirschkartoffelspeise.

Gebädene Kirschkartoffelspeise. Am Tage vor dem Gebrauch kocht man 2 Kg. geschälte Kartoffeln, die man am folgenden Tage reibt und von denen man etwa drei vertiefte Teller voll erhält. Unter diese Kartoffeln mischt man 1 Eiweiß und 4 Teelöffel voll Eierparpulver, 120 Gr. feinen Zucker, den Inhalt eines Literglases eingemachter Sauerkirschen, die man vorher abtropfen muß, etwas Salz, 20 Tropfen Bittermandelextrakt und etwas abgeriebene Zitronenschale. Zuletzt zieht man den steifen Schnee des Eiweiß durch, füllt den Teig in eine vorgegerichtete Auflaufform und bäckt die Speise bei mäßiger Hitze zu goldbrauner Farbe in einer Stunde. Zu der in der Form zu Tisch gereichten Speise gibt man den abgetropften, etwas gebundenen Sauerkirschen-saft als Tunke.

Freitag: Kartoffelläse mit Hering, Bohnensalat.

Kartoffelläse mit Hering. 2 Kg. geschälte Kartoffeln schneidet man in Stücke, kocht sie in Salzwasser weich, gießt sie trocken ab und läßt sie gut abdampfen, so daß sie keinerlei Spur von Feuchtigkeit zeigen, dann streicht man die Kartoffeln durch ein Sieb. Unter die Kartoffeln rührt man 20 Gramm Fett, 2 Eiweiß, 3 Teelöffel mit kalter Fleischbrühe glatt gerührtes Eierparpulver, 1 geriebene Zwiebel, 2 Löffel voll geriebenen Käse, 2 bis 3 entgrätete, würfelig geschnittene Heringe, die man vorher gut und gründlich wässern muß und zuletzt den steifen Schnee der beiden Eiweiß. Man füllt die Masse in eine vorgegerichtete Auflauffschüssel und bäckt sie 40 Minuten. Man gibt sie in der Form zu Tisch und reicht Bohnen-, Gurken- oder Tomatensalat daneben.

Sonntag: Ungarische Sauerkrautsuppe. Gebädener Bratapfelschnee.

Ungarische Sauerkrautsuppe. Zwei vertiefte Teller Sauerkraut spült man mit kaltem Wasser gut ab, drückt es aus, stellt es mit reichlich Wasser zu Feuer, kocht es 15 Minuten und stellt es 3 Stunden in den Spartlocher. In die fertige Sauerkrautsuppe gibt man ein helles Schwitzmehl, drei Löffel voll geschnittene Zwiebelwürfelchen, die man mit 40 Gr. frischen Speck-

würfeln zusammen garbriet nebst ihrem Fett, fügt drei Brühwürfel, in etwas kochend Wasser aufgelöst, daran, würzt mit Pfeffer und wenig gestoßenem Kümmel und kocht zuletzt einige Teelöffel Eierparpulver durch. 500 Gr. Kartoffelstückchen kocht man für sich gar und gibt sie beim Anrichten in die fertige Suppe, die zwar gut gebunden, aber nicht etwa dick sein darf.

Gebädener Bratapfelschnee. Etwa acht große rohe Äpfel legt man in eine heiße Bratröhre, in der sie ganz weich braten müssen, worauf man die Schale entfernt und die Äpfel durchrührt und den Brei mit einer Reibebeule eine Weile rührt, so daß ein lockerer Schaum entsteht. Diesen Schaum süßt man, würzt ihn mit etwas abgeriebener Zitronenschale und mischt den steifen Schnee von 2 Eiweiß durch. Wo dieser fehlt, kann das Doolin-Eiweißpulver an die Stelle treten. Der Bratapfelschnee wird erhöht angerichtet und im Ofen zu goldiger Farbe gebaden.

Post.

Reich-
Ungarns.

Bezugspreise:

Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich	K 8.90
vierteljährlich	11.50
halbjährlich	23.—

Für Oesterreich-Ungarn:

monatlich	K 4.60
vierteljährlich	13.50
halbjährlich	27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:

monatlich	K 3.90
vierteljährlich	11.50
halbjährlich	23.—

Für Deutschland:

vierteljährlich Kreuzbandsendung	K 15.—
----------------------------------	--------

und durch die Postämter laut dort auflegender Postsetzungsliste.

Bänder des Westpostvereines:

vierteljährlich Kreuzbandsendung	K 22.—
----------------------------------	--------

und durch die Postämter laut dort auflegender Postsetzungsliste.

1916 XXIII. Jahrgang

Reichspost

24.

Luft gesprengt.

rumänischer Angriffe bei Ischa.

der Somme.

und mit ihrem Geld von den Erfordernissen sparsamer Kriegswirtschaft loslaufen möchten. Viele gutgemeinte Lebensmittelverordnungen sind bisher zu spät gekommen, wenn schon nichts mehr zu helfen war, einige sind noch vor dem ersten Tage ihrer Wirksamkeit umgestoßen worden, weil sie nicht aus einer genügenden Kenntnis der Landwirtschaft, der Betriebsbedingungen des Gewerbes, der Absatzmöglichkeiten der Märkte, der hundertfältigen Bedürfnisse der Praxis geschöpft waren. Die berühmte Traubenkernverordnung des vorigen Jahres, die pünktlich erschien, als schon die Traubenernte längst vorüber war, die jüngste Bierauschankverordnung, die sich sofort als unmöglich erwies, unzählige Höchstpreisverordnungen, die auf den Rückstoß von Höchstpreisen auf die Zufuhr und auf die Abdrängung einzelner menschlicher Nahrungsmittel zur Viehfütterung verweisen hatten, sind Beispiele dafür, was die graue Theorie anzurichten vermag. In dem ungeheuer rasch fließenden Strome der Marktversorgung kann nur die genaueste Kenntnis der Erzeugungs- und Vertriebsbedingungen richtig das Schiff steuern; sonst verfährt der Rachen die kostbare Fracht.

Zweifellos sind der Verwaltung außerordentlich schwere Aufgaben gestellt worden. Es sprangen plötzlich Probleme auf, von denen man kurz zuvor noch keine Vorstellung gehabt hatte, für die jede Erfahrung fehlte und die auf vielen Posten Männer trafen, die bisher ganz andere Pflichten, Sorgen oder Neigungen gehabt hatten, als sich um Mehl und Kleie, Anbau und Kälbervieh, Hühnerfutter und Schweinemast zu kümmern. Der Bezirkshauptmann, der seinen Bauern geraten haben soll, nur recht viel Gries anzubauen, ist zwar nur eine scherzhafte Erfindung, aber es wäre nicht gar so ein großes Wunder, wenn er es nicht wäre. Wir sind doch bisher mit unserer Verwaltung da und dort dem praktischen Leben sehr, sehr ferne gewesen und haben in unseren Städten die Sorge um Felder und Viehställe nicht ganz ohne ein bißchen Hochmut dem Bauer überlassen. Es mußte jetzt viel mit einem Male nachgelernt werden, um Versäumnisse und namentlich auch die Irrtümer falscher und nun gründlich umgeworfener volkswirtschaftlicher Systeme gutzumachen, und das Schulgeld dafür mußten mitunter alle zahlen. Daß manche Verordnungen mit der Praxis zusammenstießen, war noch nicht das Schlimmste, aber daß selbst Unfug und Verbrechen gegen sie triumphieren konnten, das schuf nachgerade schon bedenkliche Zustände. Es erschienen Vorschriften gegen den Kettenhandel und der Kettenhandel gedieh lustig weiter; Brot- und Mehllarten halten zu festen Rationen an, aber Mazzes wurde waggonweise brotkartenlos öffentlich ausgebaut; es wurde der Obers- und Zoghurtverkauf verboten, aber unter dem Titel „Koshermilch“ kann sich wieder, wer dafür Geschmack und Geld hat, Rahm verschaffen. Dem muß ein Ende bereitet werden. Unsere Bevölkerung hat gezeigt, daß sie an Opferwilligkeit und Sturmut sich von niemandem beschämen läßt, und die Tausende, die täglich geduldig sich vor den Geschäften anstellen, haben bewiesen, wie bei uns auch hinter der Front der eiserne Wille wirkt, sich von den Feinden nicht niederringen zu lassen. Aber die Bevölkerung muß die Ueberzeugung haben, daß Geld keine Enthebung von den

Ein staatliches Ernährungsamt.

Wien, am 23. September.

Ein vereinheitlichendes Neugestalten in der staatlichen Regelung des Ernährungswesens steht bevor. Der ungeheure Umsturz, der mit dem Kriege über die einheimische Volkswirtschaft und Marktversorgung gekommen ist, spottet der Flut von Verordnungen, Vorschriften, Verböten, Drohungen und Strafen, die sich in zunehmender Fülle aus den Amtsblättern und Amtsstuben ergießen. Solange nicht ein großzügiger, vorausschauender und mit den Lebensnotwendigkeiten und Produktions- und Absatzbedingungen zuverlässig vertrauter Geist die Verordnungsgewalt zusammenfaßt und die politische Verwaltung im ganzen Staate auch für die Marktversorgung zu einer absolut sicher arbeitenden einzigen Maschine zusammenschweißt, wird eine Verordnung immer die andere über den Haufen rennen, werden wichtige Vorschriften undurchführbar bleiben, nichts als bedrucktes Papier, das von dem Sturm der großen Ereignisse nutzlos in den Straßengraben gefegt wird. Wir brauchen Verordnungen, die mit der Macht des gewaltigen, von dem Kampf um Leben und Existenz uns auferlegten Gebotes sich wie eiserne Geetze der Verwaltung, der Judikatur, der ganzen Öffentlichkeit einprägen und mit starkem Griff alle ohne Unterschied dem eisernen Muß des Sparens, des solidarischen Zusammen- und Haushaltens beugen, auch diejenigen, die sich gerne drücken

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h.
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Lokal-Verkäufen und Buchhandlungen:
 Wöchentlich K 2.60.

Verkauf und Abgabe:
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—,
 für alle anderen dem Verlagsverein
 angehörenden Länder: Vierteljährlich K 15.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Reichs
 Wienzeile 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 13, Telefon 9191
 II. Bagmanntengasse 59, Tel. 40226
 X. Wollanplatz 6, Telephon 68844
 XIV. Wollanplatz 6, Tel. 81126
 XVI. Klausgasse 84, Telephon 34144
 XVII. Bodnergasse 22, Telephon 17173
 Für die an Fremde Vorkäufer oder
 Verschleiher bezahlten Beiträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind verpfändet.

ting

erreicht.

nachmittags.

Arbeiterzeitung

XXVIII. Jahrgang.

Die Gorge des Haushalts.

So hat sich denn die große Umwälzung unseres wirtschaftlichen Denkens und der Wirtschaftspraxis vollzogen: das, was des Menschen Allerprivatestes war, sein Haushalt, steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der staatlichen Sorge! Die Volkswirtschaft, die sich seit Menschengedenken um Erzeugung und Vertrieb von Waren drehte, hat sich allmählich im Zwange der Kriegsbauer auf den Haushalt eingestellt, ja sie erscheint beinahe nur noch als Volkshaushalt, vermittelt durch Erzeugung und Verteilung. Alles war vormals eingerichtet auf Erwerb, auf den Mann; nun ruht das Schwergewicht auf dem Verbrauch, der bisher der Stille, abgeschlossene, vertraute und beinahe geheime Bereich der Frau war. Sie waltete über Speise, Kammer und Keller und ihr oblag die Rechenaufgabe, den vorhandenen Vorrat auf Wochen und Tage, auf Kopf und Bedürfnis aufzuteilen. Traf sie das, so nannte man sie ein haushalterisches Weib, eine tüchtige Hausfrau.

Im Kriege ist diese Aufgabe der privaten Pflicht der Hausfrauen entzogen und auf die höchste Staatsbehörde, bei uns auf den Ministerrat, übertragen worden! Die Staatsregierung bringt gleichsam alles Korn auf eine Kammer und alles Fett in eine Speise, teilt den Vorrat auf Tage und Köpfe und erkennt jedem seine Tagesration zu. Eine altüberlieferte Frauenfunktion ist da gleichsam öffentlichen Rechtes und zum öffentlichen Dienst geworden. Aber mit dieser Umwälzung ist der Drang ins Defizitliche leider nicht beendet. Die „gute Hausfrau“, die nach des Dichters Wort „drinnen waltet“, muß hinaus auf die Straße, steht vom ersten Morgengrauen, nicht selten sogar von Mitternacht an, vor dem Geschäftsladen, um ja ihre Portionen zu „ersehen“, und der Erfolg ihrer Wirtschaftlichkeit entscheidet sich nicht in der Kammer und am häuslichen Herde, sondern durch hartnäckige Geduld auf dem Bürgersteig! Mehr als der Mann ist da die Frau ein „öffentliches Wesen“ geworden!

Niemand mag sich heute dem aufrichtigsten Mitgefühl, der ehrlichsten Achtung vor den Frauen entziehen, die einen Haushalt führen. Ihre Mühsal ist ohnegleichen und die Umwälzung ihrer bisherigen Schaffensbedingungen so vollkommen, daß eine hohe Anpassungsfähigkeit dazu gehört, sie heil zu überdauern. Das ist das „traute Heim“ gerade nicht, das so vielen Frauen als ihres Lebens und Lebensordnung von der Dichtkunst verherrlicht worden ist. Freilich, was auf Grund langstündigen Ersehens dann auf dem Herde verarbeitet wird, das ist immerhin auch noch ein Kunstwerk, aber nicht mehr die Schöpfung freiwaltender Kochkunst, sondern das listige Kunstwerk zur Begütigung des Gaumens und Magens, nicht mehr die Kunst des Warmmors, sondern jene der Prothese. Nach der erschöpfenden Plage des Ersehens kommt die Qual am Herde, kommt die Enttäuschung auf dem Tische. Nein, die Frauen des Volkes haben es nicht leicht und das Behagen des Heims ist zwar nicht zu den Hunden, wohl aber zu den — Hamstern entflohen. Es ist Krieg, der furchtbarste Krieg der Weltgeschichte auf dem Höhepunkt seiner Wirkungen.

Aber diese schmerzvolle Betrachtung ist nicht da, uns neue Einsichten zu erschließen, sondern unserer Willen aufzuputschen. Die Gesellschaft darf den Frauen und darf dem Haushalt eine solche Würde nicht aufhalsen, darf von der Ausdauer und Anpassungsfähigkeit der Frauen nicht das Unleistbare fordern. Befreit davon sind bloß jene Wohlhabenden, die seit jeher die Lasten des Haushaltens bezahlten Kräften überlassen, die heute zum Teil das private Haushalten aufgeben und sich dem halböffentlichen Haushalt der Gastwirtschaften angeschlossen haben. Bis hoch hinauf in den Mittelstand greift die Bedrängnis, dort teilt sich die Frau mit der Magd in die Arbeit so, daß sie den inneren Dienst übernimmt und der Magd den äußeren überträgt, daß sie am Herde bereitet, was die Magd auf der Straße erstanden hat. Unenträglich, aber noch möglich, das heißt noch menschenmöglich ist die gestellte Aufgabe bei den Unbemittelten, wo nur der Mann in Arbeit

geht — dort ist immerhin noch jemand da, der sich anstellt. Völlig unlösbar ist sie heute im Arbeiterhaushalt. Dort müssen Mann und Weib und erwachsene Töchter in die Arbeit, denn der Krieg hier und die Teuerung dort gebieten das. Dort ist in der Regel zum Anstellen gar niemand da! Dieser Fall hat in den letzten Tagen, wo die Umlegung der Transporte und andere Umstände die Knappheit und die Verärgerung gesteigert haben, die allergrößten und ernstesten Verlegenheiten bereitet, auf die unsere öffentliche Verwaltung nicht gerüstet war!

Es rächt sich sehr, daß in unseren Gemeinden die Arbeiterklasse nicht ausreichend und nicht schon lange vertreten ist, daß die Ämter mit den Bedürfnissen der Massen nicht vertraut genug sind. In der industriellen Arbeit ist nämlich eine auffällige Umschichtung vor sich gegangen: überall herrscht die Frauenarbeit soweit vor wie im Frieden nur in einigen Provinzialstädten mit Textil- und Tabakindustrie. In diesen Städten sind die Lebensmittelgeschäfte meist schon um vier Uhr früh offen (Hainburg!). Die Arbeiterfrauen laufen lang vor Tage beim Fleischer und Grüntrankladen ein und kochen vor Arbeitsbeginn die Hauptmahlzeit. Die Tagesordnung — um diesen Ausdruck in seinem ursprünglichen Sinn zu gebrauchen — ist völlig umgestürzt, ist eine andere als in anderen Orten. Nach diesem Muster hätte eine allgemeine Umlegung der Geschäftsstunden schon lange erfolgen sollen: Die Gastore und die Lebensmittelgeschäfte müssen um 4 Uhr geöffnet werden, der Arbeitsbeginn ist später anzusehen (etwa auf 8 Uhr). Um halb 8 Uhr können die Geschäfte wieder gesperrt werden, sie müssen aber zur Mittagszeit und nach Schluß der Arbeit wieder geöffnet werden. Das verlangt schon die starke Ausdehnung der Frauenarbeit im Kriege. Bei der jüngsten Knappheit haben einige Geschäfts-laden den unerhörten Vorgang gewählt, erst um 9 Uhr und nach 2 Uhr aufzusperren — sie haben die Arbeiterfrauen einfach in die Unmöglichkeit verlegt, einzukaufen. Nichts hat so böses Blut gemacht als diese Willkür und Ungebähr. Vorausschauende Ortsverwaltungen hätten nicht nur das verhindert, sondern die Geschäftsstunden schon längst verlegt! Das Offenhalten von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr bedeutet an sich schon einen ungebührlichen Vorgang für die nichtarbeitenden Frauen und für die bemitteltesten Haushalte! Dieser Vorgang allein zwingt zahllose Frauen, sich vor Morgengrauen anzustellen, nur damit sie schon längstens um halb 7 Uhr damit fertig sind — um 7, halb 8 Uhr müssen sie ja schon in der Arbeit sein oder muß der Mann, der mittags nicht heimkommen kann, seinen Vorrat mitbekommen. Haben alle Geschäfte von 4 bis 7 Uhr offen, so fällt gut die Hälfte der Anstellerei weg!

Die Umstellung der Tagesordnung allein tut es freilich nicht ganz. Man muß die Zubereitung des Vorrats von der Verschleißstelle zum Haushalt als öffentliche Verwaltungsaufgabe behandeln. Das ist das Verwaltungsproblem, so ist es zu stellen, nicht aber, wie man das Anstellen politisch reglementiert und gleichsam das Unästhetische, äußerlich Beunruhigende, Gesundheitsgefährliche des Vorganges beseitigt. Es handelt sich also um eine Ordnung und Bringordnung. Die Rationierung, die Karte selbst, ersetzt sie, wie die Erfahrung bei Brot und Mehl zeigt, lange noch nicht. Man hat von einer territorialen Rationierung gesprochen: Ein bestimmter Häuserblock soll einem bestimmten Geschäft zugewiesen werden. Ein solcher Bestimmungsversuch würde natürlich die Kundenschaft dem guten oder schlechten Willen, dem Fleiß oder Unfleiß des Pserchwarts ausliefern, ein Zustand, der chronische Schwankungen zwischen Diktatur und Rebellion erzeugen müßte. Die Rationierung ist ebenso unbefriedigend wie gefährlich. Etwas anderes ist die Kundenliste oder das Dresdener System: Jeder Haushalt trägt sich auf eine bestimmte Zeit mit der Zahl und dem Bedarf seiner Angehörigen in die Kundenliste des von ihm gewählten Geschäftes

Abonnementsbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h,
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak-Kraut- und Verschleißstellen:
 Monatlich K 2.60.

Provins und Ungarn:
 Monatlich K 2.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—,
 für alle anderen dem Beistellverein
 angehör. Länder: Vierteljährlich K 15.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Reichs-
 Anzeiger 97, und in den Filialen:
 I. Sauterstraße 13, Telefon 9191
 II. Baumgartengasse 30, Tel. 40224
 X. Wielandplatz 5, Telefon 68244
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 28124
 XVI. Marngasse 24, Telefon 24149
 XVII. Sacknergasse 22, Telefon 17175
 Für die an fremde Anstalten oder
 Verleiher bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind portofrei.

Zeitung

Vertrieb

nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Arbeiterzeitung

Programm und Erfüllung.

Zur Errichtung eines Kriegsernährungsamtes.

Eine Ausfendung der Regierung hat letzten Samstag die Mitteilung verbreitet, daß endlich auch bei uns ein Ernährungsamt errichtet werden solle. Die Öffentlichkeit wird die Nachricht ohne sonderliche Ueberraschung aufnehmen, nachdem ja Deutschland schon vor langer Zeit und weiter Rußland, Bulgarien und zum Schluß auch Ungarn vorangegangen sind. Die Errichtung der Anstalt fällt nicht mehr in den Blütenrausch der Hoffnung, sondern schon in den Nachherbst der Enttäuschung. Sollte ihr ein Ernährungsdictator vorgefetzt werden, so wird er sich an des Landnechtes Worte in „Wallensteins Lager“ erinnern fühlen:

Der Kroat es ganz anders trieb,
 Uns nur die Nachleß übrigblieb!

Bevor das Statut des neuen Amtes in der „Wiener Zeitung“ erscheint, ist es vielleicht noch Zeit, einige Erinnerungen anzubringen. Wir wollen mit unserem Rate nicht geizen, vielleicht fruchtet er etwas. Noch kennen wir die Machtvollkommenheiten des künstlichen Ernährungsamtes nicht. Auf sie kommt unendlich viel an. Verordnungen haben wir schon die Fülle, aber die Durchführung versagt auf der ganzen Linie mangels einer tragfähigen Verwaltungsorganisation und mangels jeden Sinnes für strenge Gesetzmäßigkeit in der Bevölkerung. Wenn irgendwo, wäre bei uns diktatorische Gewalt gegen den Sondergeist der Länder und gegen die zünftlerische Interessenpolitik der Gemeinden nötig. Indessen wird man ja darüber näheres hören. Wir vermüssen jedoch, daß in der Botschaft, die die nahe Zukunft verkündigt, auch nicht ein Wort steht von dem Programm, das dem Amte gestellt sein soll. Und dieser Mangel bedrückt uns mehr.

Das deutsche Kriegsernährungsamt wurde mit einem Ausruf an die Volksgesamtheit eingeführt, in dem es heißt: „Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfs-sicherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden.“ Drei Richtpunkte sind da der Tätigkeit des Amtes gestellt: Gleichmäßige Verteilung, Kampf gegen die Preissteigerung und nach Möglichkeit Abbau der Preise.

Ohne Zweifel bleibt auch das deutsche Ernährungsamt weit hinter den Erwartungen zurück, aber bestreiten läßt sich nicht, daß es auf allen drei Punkten Erfolge erzielt hat. Die Vorräte sind draußen weit gleichmäßiger auf alle sozialen Schichten verteilt, und wenn der österreichische, zumal der Wiener Bourgeois von Deutschland mit der düsteren Nachricht heimkehrt, daß es draußen schlechter stehe, so hat er recht: dort hat eben der reiche Mann auch nur eine Fleisch- und Fett- und Eierportion wie der unbemittelte, während sich in Wien der ganze obere Mittelstand und die Klasse

der Reichen nach wie vor soviel davon beschaffen, als die Brieftasche aushält. Man stelle nur einmal das Rechenegempel auf, teile unseren Fleisch-, Fett- und Eierverbrauch durch die Kopfzahl des Volkes und vergleiche dann die Bruchteile! Einzig und allein bei Mehl und Brot haben wir den Grundsatz der Anteil- und Opfergleichheit durchgeführt, bei Zucker, Kaffee und Fett erst so spät, daß die Besitzenden reichliche Gelegenheit hatten, sich einzudecken. Die zweite Aufgabe jedoch, der Kampf gegen die fortwährenden Preissteigerungen, ist leider ohne Erfolg geführt worden, von einem Abbau der Preise aber merken wir nichts. Das deutsche Kriegsernährungsamt lam dagegen für sich anführen, daß viele, sehr viele Lebensmittel in Deutschland tiefer im Preise stehen als bei uns, ja es genießt den Ruhm und hat seinem Vaterland den unvergänglichen Ruhm geschaffen, im dritten Kriegsjahr den Brot-, Mehl- und Wahlproduktenpreis herabgesetzt zu haben.

Durch die zahlreichen Verordnungen, die im Wege der „Interministeriellen Approvisionierungskommission“ auf uns niedergegangen sind, ist mancherlei versucht und „in die Wege geleitet“ worden — wer möchte das leugnen? Manche Verordnungen sind auch recht gut — wie die Milchverordnung. Aber was nützt uns das alles, wenn die Märkte und der Konsum nicht praktisch, tatsächlich, fühlbar umgestaltet werden? Die Preise gehen auf den Märkten oder wenigstens außer Markt ihren Weg nach oben weiter, der Verbrauch aber wird ungleichmäßiger von Tag zu Tag. Das letzte Ziel aller Verordnungen ist verloren oder wenigstens nicht erreicht worden: Anteil- und Opfergleichheit und Abbau der Preise!

Ja wir haben es erlebt, daß andere Ziele, wirtschaftliche Nebenziele, auf einigen Gebieten sich vordrängen und die Aufgaben der Kriegswirtschaft ganz verdunkelt haben. So in der Vieh- und Fleischfrage. Deutschland hat rechtzeitig den Viehhandel in Zwangssyndikate vereinigt und der öffentlichen Buchspflicht unterworfen, die Steilung und Schlachtung wie die Preise geregelt und außerdem die Fleischkarte eingeführt, so daß an dem geringen verfügbaren Fleischvorrat immerhin jeder Haushalt zu erträglichen Preisen teilhat. Wir aber haben bis ins dritte Kriegsjahr — vom Kälberschlachtverbot und von den aus allen wirtschaftlichen Zusammenhängen herausgerissenen Fetthochpreisen abgesehen — den Viehverkehr wie den Fleischkonsum sich entwickeln lassen, wie er wollte. So bis ins dritte Kriegsjahr! Wie wir Sonntag („Die offene Frage der Rinderpreise“) gezeigt haben, verstand es die Militärverwaltung, in den Stappengebieten die Preistreibererei hintanzuhalten, so daß wir ein Ergebnis sehen, das auf den ersten Blick ganz absurd ist: Im Kriegsggebiet, wo der Bedarf am größten ist und sehr hohe Preise am ehesten verständlich wären, ist Vieh und Fleisch billiger als im Hinterland! Man hat nur die Wahl, entweder uns diese Unverständlichkeit zu erklären oder einzubekennen, daß unsere Ackerbauverwaltung das nicht geleistet hat, was zu erwarten war. Das Ackerbauministerium ist ganz umhegt von Beiräten und jogenannten Fachleuten, die auf das Dogma vom alleinigen Segen hoher und höchster Preise eingeschworen sind, diese Beiräte haben in keiner Phase des langen, langen Krieges auf Abbau der Preise eingewirkt, viel eher auf das Gegenteil. Die Preispolitik des landwirtschaftlichen Dienstes war jener des Ernährungsdienstes mit Erfolg entgegen gesetzt. Und so mußten wir es denn erleben, daß in Oesterreich der Uebernahmepreis des Getreides erhöht wurde, kurz bevor der Brotpreis in Deutschland herabgesetzt worden ist.

Wir führen dieses Beispiel an, um den Fachleuten, die das Statut des Ernährungsamtes entwerfen zu zeigen, wie sehr der Ernährungsdienst unter so widerstreitenden Zielsetzungen leiden muß, wie sehr es not tut, ihn von ressortmäßigen Nebeneinflüssen loszulösen.

Endlich im Herbst 1916 schreitet das Ackerbauministerium daran, den Viehverkehr zu regeln. Es findet in den einzelnen Kronländern ganz abweichende

Die Lebensmittelversorgung.

Die Statthalterkonferenz.

Auf Einladung des Leiters des Ministeriums des Innern fand vorgestern, wie bereits berichtet, im Ministerium des Innern eine Konferenz aller Statthalter und Landeschefs statt. Der Konferenz waren die Lebensmittelreferenten der Statthaltereien, Hofrat Baron Fries, Vertreter des Kriegsministeriums und des Armeekommandos zugezogen. Die Konferenz befaßte sich nur mit Approvisionnementen, insbesondere mit der Getreide- und Kartoffelaufbringung, der Organisation des Milch-, Eier- und Butterbezuges und den Maßnahmen, die es bei der gegenwärtigen Fülle der Bestimmungen den politischen Behörden erster Instanz ermöglichen sollen, diese Bestimmungen tatsächlich durchzuführen. Hofrat Baron Fries erstattete die Referate, an die sich eine sehr lebhafte Diskussion angeschlossen. Die Aussprache währte den ganzen Tag.

Das Zentralernährungsamt.

Das Statut des neuen Zentralernährungsamtes, das alle Lebensmittelfragen behandeln soll, ist, wie uns mitgeteilt wird, bereits fertiggestellt. Die interministerielle Approvisionierungskommission, die neben dem neuen Amt wirken wird, wird nach wie vor die legislative Gewalt ausüben; die Exekutive wird aber wesentlich erleichtert sein, da das neue Amt ziemlich selbständig arbeiten wird. Es wird vier Departements umfassen.

Die Brotknappheit.

Die Brotknappheit ist in den letzten Tagen allerdings etwas gemildert worden, aber ganz geschwunden ist sie noch lange nicht. Es handelt sich hier um eine Erscheinung, deren Ursachen sich hier nicht erklären lassen. Die Abhilfe ist leider nicht so leicht möglich. Auch in Friedenszeiten sind wir um diese Zeit auf Bezüge aus dem Auslande, vor allem Ungarn, angewiesen. Die Druscharbeiten beginnen immer erst später, da unmittelbar nach Einbringung der Ernte die Landwirtschaft mit anderen Arbeiten beschäftigt ist. Der jetzige Lentemangel am Lande tut hier sein Übriges, und so kommt es, daß man heuer bei uns mit dem Drusch noch später als sonst beginnen wird. Dabei fehlen die Bezüge aus dem Auslande fast ganz, daher ist die momentane Knappheit erklärlich. Wir können sie aber um so ruhiger ertragen, als wir wissen, daß es nur kurzer Zeit bedarf, bis wir aus eigenen Mitteln Abhilfe schaffen.

Einstellung des Mehlverschleißes durch die Bäcker.

Anlässlich der letzten Mierzuteilung hat das städtische Mehlamt den Bäckern nur mehr das zur Brotbereitung benötigte *Wackmehl* beigegeben und die Mehlverschleißstellen der Bäcker nicht mehr mit Mehl versehen. Offensichtlich geschah dies deshalb, um das Ueberhandnehmen der Herstellung von *Bäckereien* durch die Bäcker abzustellen. Noch mit Mehl versehene Bäcker, die an Zahl aber sehr gering sind, dürfen ihre Vorräte ausverkaufen. Für den Entfall dieser Mehlverschleißstellen soll entsprechend vorgesorgt werden.

Das Brot in den Gastwirtschaften.

Durch die neuen Bestimmungen ist der Brotgenuß, der ohnehin durch die Brotkarte bereits eingeschränkt worden war, für Tausende von unverheirateten Männern, die gewohnt waren, ihre bescheidenen Brotportionen im Gasthause, in dem sie ihre Mahlzeiten nahmen, zu bekommen, ein kleines Problem geworden. Diese Beamten, Angestellten und Arbeiter wurden durch das Brotverbot in den Gast- und Kaffeehäusern plötzlich vor die Frage gestellt, wie und wo sie sich das Stück Brot für den Mittags- und Abendbrot beschaffen sollen, ohne sich bei den Brotgeschäften oder Bäckern anstellen zu müssen. Denn das Anstellen ist bekanntlich eine sehr zeitraubende Sache, abgesehen davon, daß sie bei feuchtem, kaltem Wetter auch gesundheitsschädlich ist. Deshalb wurde auch gleich am ersten Tag des Brotverbotes in den Gasthäusern der Wunsch laut, daß der Brotverkauf gemäß den Portionen der Brotkartenabschnitte (70 Gramm) möglichst dezentralisiert werde. Wenn der Beamte, der vor 8 Uhr früh in sein Amt geht, die Möglichkeit hätte, sich in einem beliebigen Lebensmittelgeschäft oder in einer Delikatessenhandlung, die am Wege liegt, seine zwei oder drei Stücke Brot, die er für den Tag braucht, einzukaufen, dann würde ihm das Brotverbot in den Gasthäusern keine Schwierigkeit bereiten. Andernfalls aber muß er sich sein Tagesquantum Brot durch eine Mittelsperson, zum Beispiel durch seine Hauswirtschafterin,

Bedienerin oder durch einen Amtsdienner, verschaffen lassen und diese Personen für ihre Mühewaltung entlohnen.

Schließlich haben wohl die meisten der von dem Brotverbot in den Schankgewerben betroffenen Wirtschaftsgäste irgendeinen Ausweg gefunden. Die einen haben ihre Brotmarken ihrer Hauswirtschafterin zur Verfügung gestellt und sich dafür nur die tägliche Sicherstellung der notwendigen Brotstücke erbeten, die sie, fein säuberlich in Papier eingepackt, ins Amt oder Geschäft mitnehmen und beim Mittagsessen im Gasthause aus dem Ueberzieherack hervorholen. Auch eigene Brottaschen aus Stoffen sind zur Einführung gelangt, in denen das Brot tagsüber mitgeführt wird. Andere Junggesellen haben mit einem Diener im Amt oder Geschäft eine Art Vertrag abgeschlossen, durch den ihnen täglich eine gewisse Brotquantität auf den Bureautisch gelegt wird. Wieder andere suchen sich den Brotgenuß nach Möglichkeit abzugewöhnen, da es ihnen unangenehm ist, sich täglich an einen dienstbaren Geist zu wenden. Auch kommt es vor, daß solche Junggesellen danach trachten, sich mit einem gelegentlich in einem Laden gekauften ganzen Laib Brot gleich für mehrere Tage zu versorgen. Natürlich wird das Brot aber schon am zweiten und dritten Tage hart und alsbald ungenießbar. Daß dieser Brotverbrauch unrationell ist, liegt auf der Hand. Für solche Junggesellen gibt es eben kaum eine rationellere Brotversorgung als im Gasthause. Denn im Gasthause verlangt er nur das eine Stück Brot, das er gerade zu seiner Mahlzeit braucht.

Kartoffelzufuhren.

Wie das Armeekommando dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner gestern telegraphisch mitteilte, sind aus dem Gouvernement Dublin bereits 150 Waggons Kartoffeln abgerollt, die mit aller Beschleunigung nach Wien inschifft werden. Auf Ansuchen des Bürgermeisters ist die rascheste Abfertigung weiterer 100 Waggons Kartoffeln aus russisch-Polen nach Wien in Aussicht genommen.

Die Kartoffelknappheit, die sich in den letzten Tagen in Wien sichtbar macht, ist, wie uns mitgeteilt wird, auf Ausbringung- und Verladungsschwierigkeiten, nicht aber auf wirklichen Mangel zurückzuführen. In den Produktionsgebieten war es zum Teil infolge Arbeitermangel nicht möglich, die Kartoffeln rasch einzubringen und sie dann bald zum Versand zu schaffen. Die Regierung bemüht sich, nach Kräften hier abzuhelfen.

Eine Nahrungsmittelmesse in Wien.

Der Wiener Handels- und Industrieverein hat bei den maßgebenden Stellen beantragt, eine Nahrungsmittel- und Surrogatmesse in Wien zu veranstalten. Durch diese Messe würden die legitime Industrie und der legitime Großhandel gefördert und der Kettenhandel bekämpft werden; außerdem wäre dadurch den Konsumenten Gelegenheit geboten, eine Uebersicht und ein klares Bild über jene Surrogate zu erhalten, deren Preise und Qualität entsprechen. Die vor kurzem in Leipzig abgehaltene Nahrungsmittel- und Surrogatmesse hatte, trotzdem zu ihrer Vorbereitung nur drei Wochen angewendet worden waren, einen großen Erfolg, und gegenwärtig ist auch in Berlin eine gleiche Unternehmung in größerem Stil im Zuge.

Die neuen Bierpreise und Ausschankzeiten.

Die infolge der Erhöhung der Brauerpreise hinausgehenden Bierpreise, die mit 46 Heller für das Krügel Maß beginnen und je nach dem Range der Gastwirtschaft auf 68 bis 72 Heller für das Krügel Pilsener hinausgehen, haben, wie wir aus Gastwirtekreisen vernahmen, trotz ihres kurzen Bestandes schon eine weitere merkliche Abnahme des Bierkonsums bewirkt.

Der Vorsitzende der Wiener Gastwirtegenossenschaft Gemeinderat Othmar Benz äußerte sich gegenüber einem unserer Mitarbeiter über die durch die Bierpreiserhöhung und die Beschränkung des Bierauschankes für das Wiener Gastwirtegewerbe neu entstandene Situation wie folgt:

Das Publikum hat die neue Bierpreiserhöhung im großen und ganzen ruhig hingenommen, doch ist der Bierabsatz trotz der Beschränkung in der Bierzuweisung, die gegenwärtig kaum 25 Prozent des normalen Quantums beträgt und ab nächsten Monat noch weiter vermindert werden soll, merklich zurückgegangen. Für die Mehrzahl der Gastwirte bedeutet sonst der Bierauschank die Haupteinnahmequelle im Geschäft. Es läßt sich daher denken, daß das Gastwirtegewerbe jetzt nicht auf Rosen gebettet ist. Sehr von Schaden für die Gastwirte ist es auch, daß ihnen die Bestimmungen über die Einschränkung des Bierauschankes diesen nicht individuell nach ihrem Geschäft gestattet. Derjenige, der vormittags Bier schenken will, darf es nachmittags nicht tun, und der nachmittags nicht ausschankt, darf abends zwischen halb 8 und halb 11 Uhr seinen Gästen Bier vorsetzen. Mit dem Bierauschank hat es aber, je nachdem das betreffende Lokal seine Gäste besitzt, eine eigene Bewandnis. Es gibt Geschäfte, in denen vormittags und nachmittags Bier überhaupt nicht flott abgeht und abends der Hauptkonsum stattfindet. Andere Wirtschaftshäuser benötigen zum Aufbrauch des ihnen zustehenden Quantums außer den Abendstunden noch den nachmittägigen Abgang. In solchen Lokalen kommt es jetzt vor, daß abends nach Beendigung der Ausschankzeit noch Bier übrigbleibt, das tags darauf nicht zu verwenden ist. Gastwirtschaften mit ausgesprochener Arbeiterfundschaft wieder brauchen eine Ausschankzeit, die auch auf einen Vormittags- und Mittagsabsatz von Bier berechnet ist, weil abends nach 8 oder halb 9 Uhr die Mehrzahl der Gäste gewohnt ist, das Heim aufzusuchen.

Die einfachste und von den Gastwirten auch bei der Regierung vertretene Lösung dieser Frage wäre es, den Gastwirten angeichts der

ohnedies sehr beschränkten Bierzuweisung die Bestimmung der Zeit des Bierauschankes nach den Bedürfnissen ihres Geschäftes in jedem einzelnen Falle selbst zu überlassen. Die Vertretung der Gastwirte hofft auch, mit diesem berechtigten Wunsche, der noch dazu den Gästen Rechnung trägt, bei den Behörden schließlich durchzudringen. Es liegt im Machtbereich der Statthalterei, diese Verfügung zu treffen, ohne daß eine Abänderung der bezüglichen Verordnung notwendig wäre."

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h.
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Ladau-Verkaufsstellen und Verkaufsstellen:
 monatlich K 2.60.

Provins und Ungarn:
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—,
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehörenden Länder: Vierteljährlich K 15.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:
 I. Schulstraße 13, Telefon 9191
 II. Baumgartengasse 30, Tel. 40223
 X. Wiednerplatz 5, Telefon 58244
 XIV. Wollnerplatz 6, Tel. 83126
 XVI. Knausgasse 34, Telefon 84146
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17176
 Für die an fremde Austräger oder
 Versteher bezahlten Beiträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

ting

sterreich.

hr nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Arbeiterzeitung

dahin wirken, daß das neue Ernährungsamt das Gefährdet der staatlichen Preispolitik herumreißt und von der schiefen Ebene noch auf den geraden Weg zurückbringe.

Man hat viel zu wenig auf den inneren Zusammenhang der Nahrungs- und Futterstoffe geachtet, man hat übersehen, daß in Kriegszeiten selbst Futtermittel Nährstoffe vertreten, daß endlich alle miteinander auf einem Wirtschaftshof wachsen und daher jeder höhere Preis eines Artikels den Anbau einseitig beeinflusst. Der Mann am grünen Tisch sieht natürlich vor allem sein Fach, denkt nur an seinen Artikel und sagt gar nicht, daß sein Artikel, wie etwa das Bier, unter Umständen dem allgemeinen Plan geopfert werden muß. Das Fachinteresse widerstrebt nur allzu leicht dem allgemeinen Interesse. Man hat bei uns die Brotfruchtpreise festgelegt, das war ein heilsamer Schritt, durfte jedoch nicht der einzige bleiben. Da man sich an die Fleischpreise nicht herantraute, stiegen diese ins Ungemessene, die nicht festgelegten Futtermittel stiegen ebenso gewaltig, überholten die Brotfruchtpreise und bewirkten, daß die Landwirte eine größere Bodenfläche mit Futtermitteln bestellten als sonst. Das Milchverhältnis rächte sich noch vielfach anders, die Landwirte fanden nun die Getreidepreise zu niedrig — in Wirklichkeit waren die Viehpreise zu hoch gestiegen, man begann auszugleichen und bei der letzten Ernte erhöhte man die Uebernahmepreise für Brotfrucht!

Oder ein anderes Beispiel. Bei dieser Erhöhung ratschlagte man wie folgt: Die Brotfrucht kann nur mäßig erhöht werden, aber die Braugerste, die ja bloß zum Bierbrauen dient, verträgt doch eine stärkere Steigerung. Gedacht, getan. Nun aber kommt der rumänische Krieg, mit ihm das Vermählungsverbot, die Gerste dient zur Broterzeugung und die Preis-erhöhung belastet den Dienst der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt! Wir sehen: zu wenig Umsicht auf mögliche Zusammenhänge, zu wenig Widerstandskraft wider Interessentenwünsche und Fachinteresse, Mangel an Gesamtübersicht und Außerachtlassung des letzten Zieles, des Abbaues der Preise.

Oder der Zusammenhang zwischen Fett und Fleisch. Man verhängte zunächst Höchstpreise für Fett, trug jedoch nicht die Höchstpreise für Vieh ab Stall nach. Also stiegen Vieh- und Fleischpreise so hoch, daß sie die Fettpreise absurd gestalteten — man begann die Schweine anders auszuschröten, ließ das Fett am Fleisch und verkaufte es zu den höheren Fleischpreisen. Am Ende mußte man auch mit den Fettpreisen hinauf. Ein Preis schraubt den anderen. Will man dem begegnen, so genügt es nicht, so ist der Versuch eitel, das ganze Schraubenwerk an einem Stift festhalten zu wollen, an dem Stift des Höchstpreises für einen Artikel. Man hätte müssen den Abbau oder wenigstens die Hemmung der Preise zum allgemeinen, durchgängigen Programm machen und in beherrschender Gesamtübersicht allezeit aufs Ganze bedacht sein. Wie konnte man das, da doch an dem grünen Tisch nur Leute saßen, die auf ihr besonderes Fach verpflichtet sind?

Genau so geschah es uns mit der Kartoffelversorgung im vorigen Herbst. Der Sektionschef Simonelli erließ eine wohlbedachte Kartoffelverordnung mit niedrigen Preisen. Die wahn- sinnig ansteigenden Viehpreise, die niemand hemmte, machten sie hinfällig. Der Landwirt zog vor, die Kartoffeln zu verfüttern, und machte, indem er Fleisch und Fett gewann, ein ausgezeichnetes Geschäft.

Man kann, wenn man sich selbst zu ruhig erwägender Rückschau über zwei Jahre Ernährungs- dienst zwingt, nur zu einer Folgerung kommen: Der ungleiche Schritt hat uns auf die schiefe Ebene gebracht! Wir sind im Frühjahr 1915 zur staatlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides übergegangen — aber Vieh und Futtermittel haben wir volle zwei Jahre sich selbst überlassen. Wie weit die Nachwirkungen dieses Versäumnisses gehen, erkenne man daraus, daß sie auch die Zuckerpreise beunruhigen. Man erinnere sich an den April dieses Jahres, wo die Zuckermänner unweigerlich eine Erhöhung ihrer Preise forderten, mit der Begründung, daß bei den kolossalen Vieh- und Futtermittelpreisen die Land-

Auf der schiefen Ebene.

Mit klarem Wort zeichnet, wie wir gestern berichtet haben, der Aufruf des deutschen Ernährungsamtes das Programm staatlicher Kriegswirtschaft vor: Anteilgleichheit und Abbau der Preise. Besonders das zweite Ziel muß mit unverrückbarer Festigkeit ins Auge gefaßt, auf dieses eine Ziel müssen alle Verwaltungszweige eingestellt werden. Unsere Erfahrungen in Oesterreich lehren uns, daß das Ziel verfehlt oder einheitlich gar nicht angestrebt worden ist. Hierin liegt der ernste, schwere Vorwurf, den wir an den bisherigen Ernährungsdienst wegen seiner Zersplitterung richten müssen.

Da ein Ernährungsamt endlich begründet werden soll, wird es gut sein, wenn diese Erfahrungen so eingehend als möglich erläutert werden, damit der sachliche Zusammenhang der Dinge aufgezeigt werde. Ueber die stetig ansteigenden Preise zu klagen liegt nahe. Aber die Preise schreien selbst und geschriebenes Wort vermag nicht viel dazu zu tun. Wir wollen jetzt vor allem

Ernährungsfragen: Gesteigerte Sorgen und verschärfte Maßnahmen.

Die durchaus unzulängliche Durchführung der behördlichen Vorschriften sowie der Mangel an Sinn für Geselzlichkeit in der Bevölkerung und an tatkräftigem Eingreifen der Amtorgane machen sich täglich fühlbarer. Die Regierung hat daher eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die das Ernährungsregime verschärfen sollen.

Konferenz der Statthalter.

Montag wurde im Ministerium des Innern eine Konferenz aller Statthalter abgehalten. Der Referent der Approvisionnementkommission Baron Frieß sowie alle Fachreferenten, Vertreter des Kriegsministeriums und des Armeekorpskommandos nahmen teil. Die Konferenz diente der Instruierung der Landesbehörden über die nächstgestellten Aufgaben, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, Kartoffeln, Milch, Butter und Eiern.

Das Anstellen.

Die Beratungen, die bei der Regierung, der Statthalterei und der Gemeindeverwaltung Wiens über das Anstellen abgeführt worden sind, haben noch zu keinem sofort wirkenden Ergebnis geführt. Zunächst ist erst eine Verordnung des Ministeriums des Innern an die Statthalter ergangen, die die Vorschriften an Bezirkshauptleute und Gemeinden weiterzugeben haben. Angeordnet wird:

1. Die Geschäfte sind offen zu halten, solange Ware da ist, die Verschleißstunden dürfen nicht eingeschränkt werden. — Zu wünschen wäre allerdings im Interesse der Arbeiterklasse das Gebot, die Geschäfte zeitlicher früh aufzusperren und unbedingt während der Mittagstunden von 11 bis 2 Uhr sowie abends nach Arbeitschluß offen zu halten.
2. Großhändler dürfen nicht im Detail verschleißen. Zweck der Vorschrift ist, sie zur Warenabgabe an Kleinhändler zu zwingen, damit sich die Kundenschaft auf möglichst viele Verkaufsstellen verteile und das Anstellen verringert werde. Ausgenommen sind natürlich die großen Detailisten, die viele Filialen halten. — Anzuordnen wäre außerdem, daß Geschäfte mit großem Umsatz mehr Verkäufer anstellen und allenfalls mehr und größere Verschleißlokale mieten.

Empfohlen wird für größere Städte die Rayonierung, und zwar die örtliche. Bewohner eines Rayons dürfen ihre Waren nur im Rayon beziehen. Wir warnen davor! Bei unseren Zuständen würden die Vorortbewohner, die doch noch

manches in den besser bedienten, durch leistungsfähigere Kaufleute versorgt in inneren Bezirken austreiben, schon deshalb schlechter daran sein, weil der Detailhandel in den Arbeitervierteln volkswirtschaftlich ganz unzulänglich ist. Das einzige, was versucht werden könnte, ist die Kundenkonstriktion (Kundenbuch und Kundenliste).

Rayonierung und Konstriktion setzen jedoch eine wirklich prompte und gerechte Verwaltung und Zuteilung der Lebensmittel voraus, sonst scheitern beide. Hat ein Geschäft oder ein Rayon zu viel, der andere zu wenig, so kann auch das Publikum durch Auffuchen der Punkte, wo etwas zu haben ist, keinen Ausgleich mehr schaffen. Die meisten Leute würden sich eher auf ihre eigenen Beine als auf die Raschheit und Gerechtigkeit der Verteiler verlassen!

Empfohlen wird weiter die Verteilung durch die Schulen an die Schulkinder. Dieser Ausweg ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Bleibt nur die Möglichkeit doppelter Zuteilung an einzelne, die sich dann sowohl über die Schule als auch durch die Geschäfte versorgen.

Um so lächerlicher wirkt die gleichzeitige Empfehlung des „fahrenden Verkaufsladens“, den man aus bloßer Höflichkeit für die „K. Fr. Pr.“ in die Rathschläge aufgenommen hat. Hätten wir in Wien nicht einen Mangel an Waren, sondern einen Mangel an Geschäftsleuten, nicht eine Anzahl leerstehender Gewölbe und einen Mangel an Fuhrwerk, so könnte man auf solche Auskunftsstellen verfallen. Angesichts der Jahreszeit wäre eher zu raten, daß leerstehende Gewölbe als Waierräume gemietet und geheizt werden. Die Anstellplätze wären, wenn sich das Anstellen doch nicht überwinden ließe, wenigstens notdürftig zu überdachen.

Milchversorgungsstellen.

Der Statthalter hat die Durchführungsverordnung zur Milchverordnung bereits erlassen. Der Wiener Magistrat ist beauftragt, eine Milchversorgungsstelle zu errichten, die Konsumenten sollen dort wenigstens zu einem Drittel vertreten sein. Die Aufkaffung von Milchverschleißstellen wird untersagt, der Milchbezug der Kaffeehäuser kontingentiert.

Die Milchpreise leider erhöht!

Wieder bringt eine behördliche Verfügung die Preiserhöhung eines wichtigen Nahrungsmittels ab 1. Oktober — vom Abbau der Preise ist beklagenswerterweise noch keine Rede! Der Milchgewinner darf frei Bahnhof Wien bis zu 39 Heller verlangen, der Einstellpreis an Kleinverschleißer darf 48 Heller erreichen: die Milchgroßhändler haben also eine Spannung von vier Heller für den Liter zur Verfügung!

Die Schanmilch darf und wird 48 Heller kosten — das gibt also für den Ausschank eine Spannung von 5 Heller! Die Flaschenmilch wird leider noch immer nicht befreit, wohl aber in ihrem Vertrieb strenger kontrolliert; sie wird nun tatsächlich molkereinmähig bearbeitet sein müssen. Für sie dürfen 54 Heller verlangt werden — die Molkereien werden also beim Liter Milch eine Spannung von 15 Heller auf 39 Heller Erzeugerpreis frei Wien ausbeuten können! Nicht einmal das Milchzustellen ins Haus wird verboten, denn es wird eine Zustellgebühr von 2 Heller vorgesehen.

Kein Mehl bei Bäckern!

Eine Maßregel ist billig und notwendig: den Bäckern ist die Mehlabgabe verboten. Damit wird einem Uebel gesteuert, das sich in der letzten Zeit geradezu eingebürgert hat. Die Bäcker haben Mehl, das sie zum Verschleiben gekauft haben, zu Mehlspeisen verboden und diese zu hohen Gewinnpreisen ohne Brotkarten verkauft. Sie haben nicht selten das zum Brotbacken gefakte Mehl nicht verboden, sondern verkauft. Es ist kein Zweifel, daß dieser Unfug eine Hauptursache der Mehlschwierigkeiten schon lange war. Diese Unterschleife erklären auch, warum Wien bisher fast immer beträchtlich mehr Mehl als im Frieden und mehr Mehl, als die Brot- und Mehlskarte auswies, verbraucht hat. Die Kontrolle hätte die Gemeinde in der Hand — aber sie hat seit jeher mehr Gewerbe- als Volksernährungspolitik getrieben und dabei ihren Schützlingen durch die Finger gesehen. Die Behörde sieht sich jetzt gezwungen, diesen Uebelstand abzustellen.

Die Verpflegung der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft, die vom frühen Morgen bis zum Abend in den Fabriken steht, die Frauen eingeschlossen, hat in den letzten Wochen unter den Mängeln der Verteilung fürchterliches gelitten. Die bisher getroffenen und in Aussicht genommenen Maßregeln werden lange noch nicht ausreichen, ihren Haushaltsbedarf zu sichern. Die Arbeiterklasse kann sich bei der weiten Verbreitung der Frauenarbeit einfach nicht anstellen! Nicht nur daß es gerade von ihr nicht zu verlangen ist, sie hat die Menschen nicht, die halbe Nächte und Tage mühsig auf den Bürgersteigen stehen. Milch, Brot, Zucker, Kaffee müssen um 1/27 Uhr früh spätestens auf dem Tische sein, wenn die Arbeitenden nicht nästern in die Fabrik sollen. Auch das Mittagessen muß meist vor Arbeitsbeginn vorgekostet sein — es wird in der kurzen Mittagspause bloß fertiggekostet. Infolge dieser besonderen Umstände muß für sie besonders vorgesorgt

werden. In dieser Sache haben im Auftrag der Gewerkschaftskommission und des Zentralverbandes der Konsumvereine die Genossen Seih, Renner, Wiedenhofer und Korzda Freitag und Samstag mit allen Zentralstellen Rücksprache gepflogen und zunächst zum Ausgleich des Ausfalls der letzten Woche eine einmalige direkte Zuwendung von Mehl, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Fett an größere Fabriksunternehmungen erwirkt. Damit ist zwar die Verlegenheit im Augenblick etwas gemildert, aber eine dauernde Abhilfe kann nur auf anderem Wege stattfinden. Darüber finden im Kreise der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Vertrauensmänner zurzeit Beratungen statt.

Organisation und Aufgaben des Ernährungsamtes.

Es wurde bereits wiederholt über die bevorstehende Schaffung eines Ernährungsamtes für Oesterreich berichtet, das in naher Zeit seine Tätigkeit beginnen soll.

Zum Präsidenten dieses Amtes wurde Sektionschef v. Keller und zum Vizepräsidenten der Hofrat des Ministeriums des Innern Baron Frieß ernannt.

Der Zweck und der Vorteil dieser Systemänderung soll, wie man uns mitteilt, der sein, daß das neue Amt, das dem Ministerium des Innern

untersteht, die Hauptmaßnahmen in bezug auf das Ernährungswesen im Reich zu treffen haben wird. Die Kompetenzen der anderen Ministerien bleiben jedoch gewahrt, aber es ist entsprechend dafür Sorge getroffen, daß die Wahrung dieser Kompetenzen in kürzestem Wege, eventuell telephonisch, erfolgen kann.

Die interministerielle Approvisionierungskommission, die auch als solche bestehen bleibt, wird aus ihrer Mitte einen Ausschuss bilden, dem der Präsident des Ernährungsamtes als Vorsitzender und drei Sektionschefs der in Betracht kommenden Ressortministerien (Ackerbau, Handel und Finanz) angehören werden. Fallweise sollen zu den Beratungen auch Vertreter anderer Ministerien zugezogen werden. Es werden auch die Zustimmungen eines Ressortministers, falls sie sich als notwendig erweisen, auf kürzestem Wege eingeholt werden, so daß eine Uebereinstimmung der Meinungen schleunigst erzielt werden kann. Nur bei einem unüberbrückbaren Meinungsdivergenz würden die Minister zu entscheiden haben, und zwar nicht der Ministerrat, sondern ein hiezu eingesetztes Ministerkomitee, dem die Minister des Innern, des Ackerbaues und des Handels angehören.

Die innere Ausgestaltung des Ernährungsamtes wird derart sein, daß eine Anzahl von Geschäftsgruppen mit einem Vorstand an der Spitze und den notwendigen Beamten errichtet wird. Zwischen dem Ernährungsamt und dem Approvisionierungsbeirat wird ein viel innigerer Kontakt hergestellt werden als bisher, so daß ein wirkliches Zusammenarbeiten dieser Körperschaften, zumindest mit den Sachausschüssen des Approvisionierungsbeirates, möglich sein wird.

Die Aufgaben des Ernährungsamtes sind die Vorbereitung aller legislativen Vorlagen, die von den betreffenden Ressortministern beschlossen werden, eine entsprechende Einflußnahme auf die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel, die Preisbildung und auf die im Ernährungsdienste stehenden Lebensmittelzentralen, weiter eine entsprechende Fühlungnahme mit den politischen Landes- und Bezirksbehörden, das Recht der Erteilung von Weisungen an die politischen Behörden in Ernährungsangelegenheiten und schließlich die Ueberwachung und Kontrolle aller erlassenen Vorschriften. Für den letzteren Zweck wird ein eigener Kontrolldienst, territorial gegliedert, eingeführt werden, an dessen Spitze Kommissäre stehen, die im Vereine mit weiteren Organen die intensive Ueberwachung aller getroffenen Maßnahmen durchzuführen haben werden.

Die Erzeugung der Kindermilch.

Im gestrigen Blatte wurde ausführlich auf die Gefahren hingewiesen, die der § 10 der Statthalterverordnung vom 26. d., der die Verabreichung von Säuglings- und Kindermilch zum Gegenstand hat, in seiner dermaligen Fassung in sich schließt. Wie schwer die Sorgen gewesen sind, von denen die Mütter bedrückt wurden, konnte man gestern vormittags sehen. Ohne sich vorher untereinander besprochen zu haben, fanden sich aus allen Teilen der Stadt zahlreiche Frauen in der Statthalterei ein. Sie wurden von Sekretär Dr. Halbán empfangen, der ihnen die beruhigende Mitteilung machte, daß eine Beratung in dieser Angelegenheit noch am selben Tag stattfinden werde.

Die Statthalterei hat sich den Vorstellungen, die gegen die Bestimmungen des § 10 von Sachleuten gemacht wurden, ebensowenig verschlossen, wie den berechtigten Wünschen der Bevölkerung; die Erwartung, daß eine Abänderung der Bestimmungen erfolgen werde, erwies sich als berechtigt. Die von Dr. Halbán angekündigte Besprechung fand gestern in den Abendstunden in der Statthalterei statt, und zwar waren ihr mehrere Ärzte, ferner Vertreter jener Molkereien, die sich mit der Herstellung von Säuglingsmilch befassen, sowie einzelne Interessenten beigezogen worden.

Die „Korr. Wilhelm“ berichtet hiezu: Am allfällige bis zur bevorstehenden Aktivierung der Milchverorgungsstelle mögliche Störungen in der Versorgung der Kinder mit Milch unter allen Umständen zu vermeiden, hat der Statthalter verfügt, daß der Wirksamkeitsbeginn der die Erzeugung und den Verkauf der Kinder- und Säuglingsmilch betreffenden Bestimmungen des § 10 der Statthalterverordnung vom 26. d. bis zu der in aller nächster Zeit erfolgenden diesbezüglichen endgültigen Regelung aufgeschoben wird. Diese Regelung wird jedenfalls in dem Sinne erfolgen, daß der Bezug von Kinder- und Säuglingsmilch ausschließlich den Kindern bis zu einem bestimmten Alter vorbehalten bleibt und gesichert wird.

Selbstverständlich dürfen die bisher für Kinder- und Säuglingsmilch geforderten Preise keinesfalls überschritten werden. Die entsprechenden Vorkehrungen wegen Sicherstellung insbesondere der auf Grund der Milchkarten zu beziehenden Milchmengen wurden getroffen.

Wiener Fragen.

In der gestrigen Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderatsparteien erstattete Magistratsrat Dr. Ehrenberg einen Bericht über die Abwicklung des Kartoffelgeschäftes der Gemeinde Wien bis zum Juni dieses Jahres, dessen Veröffentlichung vorbehalten wird, sowie über die bis zum heutigen Tag von der Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Kartoffelversorgung getroffenen Maßnahmen. In der Erörterung beantragte Gemeinderat Starek gegen den an den Magistrat ergangenen Antrag der Statthalterei, die in Wien mit der Bahn als Stückgüter einlangenden Kartoffeln zu beschlagnahmen, Vorstellung zu erheben, da diese Art der Veriorauna der Privatwirtschaften zur Entlastung

des Wiener Marktes wesentlich beiträgt. Gemeinderat Steiner stellte den Antrag, es möge an die Statthalterei wegen Aufhebung der Abwehrmaßnahmen der Bezirkshauptmannschaften in der Kartoffelfrage heranketretet und sie ersucht werden, Vorkehrungen zu treffen, daß die verfügbaren Kartoffelmengen aus der Umgebung Wiens mit aller Beschleunigung nach Wien befördert werden. Gemeinderat Dr. Hein beantragte, es möge den Bahnkartoffeltransporten für die Gemeinde Wien ein städtischer Zugbegleiter beigegeben werden und weiter, daß das Verkaufspersonal auf den Märkten vermehrt werde. Diese Anträge wurden von der Obmännerkonferenz zum Beschluß erhoben und der Verfügung des Bürgermeisters zugestimmt, wonach die Beistellung von Landwehrmännern zur Forcierung der Kartoffelernte auf den Gründen der Gemeinde in Leopoldau, sowie die Beistellung von Militärautos zum Transport der Kartoffeln in die Stadt vom Kriegsministerium verlangt wird.

Magistratssekretär Dr. Wanschura berichtete über die Wirkung der am 26. d. erschienenen Verordnung betreffend die Regelung des Verkehrs mit Milch auf die Milchversorgung Wiens. In der Erörterung nahmen alle Redner gegen die Festsetzung von lokalen Milchhöchstpreisen für Wien Stellung. Die Obmännerkonferenz kam zu folgendem Beschlusse: Die Regierung wird aufgefordert, die Milchversorgung Wiens zu sichern. Die Anträge des Gemeinderates Dr. Schwarz-Giller, die Verabreichung von Milch in Kaffeehäusern (eventuell mit Ausnahme der Volkskaffeehäuser) gänzlich einzustellen, die Verabreichung von Milch in Heilanstalten und Sanatorien streng zu überwachen, die Abgabe von Milch an Kranke außerhalb von Heilanstalten zu erwirken, weiter die Einstellung von Milchkuhen in Wien und Umgebung zu heben sowie die Ausscheidung der Milch ausländischer Herkunft von den Bestimmungen über den Höchstpreis, ferner der Antrag Dr. Hein, daß der Aufenthalt im Sanatorium noch kein Recht zum erhöhten Milchbezug in sich schließt, sondern daß dieser an ein amtärztliches Zeugnis geknüpft sein solle, wurde dem Magistrat zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen.

Schließlich berichtete Magistratssekretär Doktor Roskopf über die Fettversorgung Wiens. Die Obmännerkonferenz beschloß in dieser Frage neuerdings beim Ministerpräsidenten vorzusprechen.

Zwetschken im Kleinverkauf.

Der niederösterreichische Statthalter hat gestern eine Verordnung erlassen betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinverkauf von aus dem Ausland eingeführten frischen Zwetschken. Es heißt darin:

Auf Grund der Ministerialverordnung vom 6. d. betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für frische Zwetschken sowie Dörrozweitschken und Zwetschkenmus und betreffend den Verkehr mit Dörrozweitschken und Zwetschkenmus wird angeordnet:

Die gemäß der §§ 1 und 3 der Statthalterverordnung vom 14. d. festgesetzten Höchstpreise für den Kleinverkauf von Zwetschken inländischer Herkunft im frischen Zustande sowie die Bestimmungen der §§ 4 bis 7 dieser Statthalterverordnung haben auch auf den Kleinverkauf von aus dem Ausland eingeführten frischen Zwetschken Anwendung zu finden.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

In Mahrungsfragen.

und einfacher, den Verkauf zu dezentralisieren und jedem einzelnen Gemüseverkaufsstand einen entsprechenden Teil der verfügbaren Kartoffeln zuzuwiesen, damit diese überall erhältlich sind und in kürzester Zeit in die Hände der Käufer gelangen können. Man sagt, das Wort „Dezentralisation“ sei ein leeres Schlagwort. Ja, man müßte aber das Wort zur Tat werden lassen, und wir würden weniger an dem beklagenswerten Mangel praktischer Einrichtungen leiden. Die verfügbare Menge an Lebensmitteln müßte an sämtliche Lebensmittelgeschäfte zur Verteilung gelangen, die ihrerseits angehalten werden müßten, alle diese Waren zum Verkaufe zu bringen, um so für ihre rascheste Verteilung unter der Bevölkerung zu sorgen.

Allerdings hat man in dieser Hinsicht einige schlechte Erfahrungen gemacht. Die Gemeinde Wien hatte vor einiger Zeit größere Quantitäten von Reis aus ihren Lagerbeständen an einige Greisler und Kaufmannsgeschäfte verteilt. Was geschah? Die glücklichen Besitzer dieses so begehrten Artikels beeilten sich, ihn an ihre nächsten Bekannten und Geschäftsfreunde weiterzugeben. Der Greisler lieferte den Reis an den Bäcker, der ihn mit Mehl versorgt, an den Fleischhauer, bei dem er seine Fleischportion einkauft, an den Wirt, von dem er des Abends sein Bier holen läßt — und das große Publikum bekam von der ganzen Menge kein Körnchen zu sehen. Reis war und blieb — trotz der großen Mengen, die zur Ausgabe gelangt waren — ein Artikel, der einfach nicht erhältlich war. Es wäre aber doch traurig, wenn derartigen Mißständen, nun, da die entsprechenden Erfahrungen gemacht wurden, nicht sollte vorgebeugt werden können. Schlimmstenfalls müßte von der Gemeinde selbst eine Anzahl von städtischen Verschleißstellen eröffnet werden; bei dem ausgezeichneten Apparat, der der Gemeinde zur Verfügung steht, bei der großen Zahl ihrer Angestellten müßte sich derlei ohne weiteres durchführen lassen. Will man aber die Kaufleute, die ja unter der Ungunst der heutigen Verhältnisse selbst schwer zu leiden haben, nicht ausschalten und umgehen, so wäre es wohl ein leichtes, sie zum Verschleiß der Lebensmittel heranzuziehen, den sie mit Hilfe und unter Aufsicht der Gemeindefunktionäre durchzuführen hätten. Sicherlich würde sich hier ein Modus finden lassen, der den Kaufleuten frommt und der Bevölkerung in gleicher Weise nützt.

Es ist ja auch gewiß nicht notwendig, daß hundert und aber hundert Menschen sich vor den Ständen der Aktiengroßschlächterei ansammeln. Die Gemeinde Wien läßt nur durch diese Gesellschaft ihre Vorräte an Fett und Margarine zum Verkauf bringen. Unter den heutigen Verhältnissen müßte aber unbedingt eine ganz gewaltige Vermehrung der Verkaufsstände eintreten, selbst auf die Gefahr hin, daß durch Vergrößerung der Spesen der Gewinn beim Fettverkauf sich in einen Verlust verwandelt.

In unserm Blatte wurde vor wenigen Tagen von einer hochgestellten Persönlichkeit zu den vielen Vorschlägen gegen das Anstellen ein neuer hinzugefügt, der gewiß beherzigenswert ist und an den maßgebenden Stellen sicherlich in Erwägung gezogen werden wird. Es hieß in der betreffenden Aufschrift:

Tagtäglich fast liest man von Vorschlägen, welche die Beseitigung des recht unliebsamen Straßensbildes der um Brot, Mehl, Butter, Milch ufm. angestellten Massen herbeiführen wollen. Abwarte dieser Zweck nicht am aller-einfachsten durch die Ausgabe von Nummern an die Kunden erreicht werden, wie sie zum Beispiel bei den Bankhaltern schon längst üblich ist? Der Vorrat, der in den betreffenden Geschäften an einem Tage zum Verkaufe gelangt, ist doch gegeben, ebenso das Quantum, das jeder Käufer erhalten darf; eine einfache Division dieser Größen gäbe die Zahl der Kunden, die an diesem Tage befriedigt werden können. Ist diese Zahl in dem betreffenden Geschäft vor Beginn des Verkaufes ermittelt — sagen wir zum Beispiel sie wäre 300 —, so hätte man das bei allen Geschäften mit starkem Andrang postierte Wachorgan die auf Pappe bedeckt (mit Ausdruck der Geschäftstamptagie) verzeichneten Nummern 1 bis 300 den bereits wartenden und den später kommenden Kunden in der Reihenfolge ihrer Anstellung, beziehungsweise ihres Erscheinens, einzu-

händigen; jeder, der eine solche Nummer erhalten hat, weiß dann, daß er sein Quantum erhält, wann immer er auch am selben Tage kommt, während jeder, der keine Nummer mehr erhält, ebenso sicher weiß, daß alles weitere Warten zwecklos wäre. Wer eine hohe Nummer hat, braucht dann nicht mehr bei jedem Wetter endlos zu warten, bis er drankommt, und kann die so gewonnene Zeit besser verwerten; das vergebliche Warten und die dadurch erzeugte arge Mißstimmung wären damit gründlich beseitigt. Ich kann mir absolut keine nennenswerte Schwierigkeit denken, die einem solchen Vorgang entgegenstehen könnte, durch den viel Zeit erspart und bei Kunden wie auch bei den Verkäufern viel Gerede und Aergernis vermieden würde. Auf einen Versuch könnte man's zum mindesten antworten lassen!

Gegen das entsetzliche „Anstellen“ gibt es aber vor allem ein einfaches Mittel: die Aufteilung der vorhandenen Waren in einer Weise, die nichts zu wünschen übrig läßt. Jeder Kaufmann, der mit Lebensmitteln handelt, müßte alle einschlägigen Artikel führen, selbst dann, wenn die Quantitäten, die man ihm davon zuweisen kann, nur gering sind. Und es müßte dafür gesorgt werden, daß diese Waren gerecht und unparteiisch an den Konsumenten gelangen. Man hat in früheren Zeiten Protektion gebraucht, um eine Anstellung zu bekommen; man bewarb sich um Protektion, um Freibillets ins Theater zu erhalten — heute braucht man Protektion, um „durchs Haustor“ einkaufsen zu dürfen. Der Kaufmann weist die Menschen fort, die seit Stunden vor dem Geschäftslokal stehen, läßt die Kolladen herab und bedient die bevorzugte Stammkundschaft, die durch die Hintertür in den Laden gelangt. Die Familienkarte, die bereits vielfach angeregt und deren Einführung von der Regierung bereits in Erwägung gezogen wurde, würde hier sicherlich wohlthuend Wandel schaffen. Jede einzelne Familie würde sich den Kaufmann wählen, bei dem sie ihre Befordungen machen will, und dieser würde das Nahrungsmittelquantum, das er zur Befriedigung seiner Kundschaft haben muß, auf Grund der vorgewiesenen Familienarten zugewiesen erhalten. Die Dezentralisation müßte sich auf alle die Artikel erstrecken, die zur Bereitung der Mahlzeiten notwendig sind. Die Frau muß Fett und Mehl, Eier und Brot im selben Laden erhalten können, zu dem sie sich den Eingang erobert hat. Es darf nicht mehr geschehen, daß eine Hausfrau von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr auf die Erdäpfel wartet, um 10 Uhr sich vor dem Bäckerladen anstellt, um 12 Uhr in die Reihe der Wartenden tritt, die Kaffee kaufen wollen, dort um 1 Uhr erfährt, daß keiner mehr vorhanden ist, dagegen um 3 Uhr Zucker ausgegeben wird. Sie steht um 2 Uhr wieder da und hört um 4 Uhr, daß auch der Zucker bereits wieder verkauft ist. Was geht da an Zeit, an Arbeitskraft verloren, wie viele verlieren ihre Gesundheit bei diesem ewigen und oft nutzlosen Stehen in Wind und Wetter!

Und immer und immer wieder muß es betont werden: nicht der Mangel an Lebensmitteln ist schuld an diesen bitteren Uebelständen, einzig und allein der Mangel jeder Organisation. Seit kurzem ist nun ein Ernährungsamt geschaffen worden, dessen Hauptaufgabe in der Exekutive liegen soll. Mit berechtigter Erwartung sieht man seinem Wirken entgegen. Sicherlich — der Heroismus, den unsere Hausfrauen bei der Beschaffung der Lebensmittel bewiesen, der unterzogene Eifer, der stille, demütige Verzicht, wenn wieder einmal stundenlanges Warten vergebens gewesen — er reißt sich würdig den heldenmühtigen Kämpfen unserer Soldaten an der Front an. Sie verdienen darum nicht nur das höchste Lob und die herzlichste Bewunderung — sie verdienen, daß die maßgebenden Stellen endlich ihren Leiden und Plagen ein Ende machen, sie verdienen die weitestgehende Unterstützung aller Faktoren, deren Aufgabe die Fragen der Apvovisionierung sind — sie verdienen vor allem — Lebensmittel! Ernst Klebinder.

Englische Ratlosigkeit.

Von

Dr. Hermann Leeb,

Professor an der Universität Heidelberg.

In der „Times“ vom 20. September 1916 hat A. Chadwell einen Brief veröffentlicht, der an Schärfe gegen die englische Regierung und ihre Stellung in der Nahrungsmittelfrage nichts zu wünschen übrig läßt. Chadwell ist kein Unbekannter. Er hat sich durch ausgezeichnete Schriften über die industrielle Organisation einen bedeutenden Namen gemacht. Sein Brief, der mehr einem in wuchtigen Sätze gelleiteten Manifest gleicht, hat deshalb eine besondere Bedeutung. Er beginnt mit den Worten: „Die Regierung spielt mit dem Feuer und beschwört eine Katastrophe. Da die Regierung sich der Gefahr nicht bewußt zu sein scheint und ihre Ratgeber sie entweder nicht informieren oder sie nicht beeinflussen können, so möge es mir erlaubt sein, die Sachlage auseinander zu legen.“ Es wird dann im Laufe des Briefes dargelegt, daß in ganz England ein Gefühl heftigsten Unmuts über die Preissteigerung der Nahrungsmittel herrscht und daß dieses Gefühl der Ungerechtigkeit von dem englischen Volke so schwer empfunden werde, daß auch der Gedanke an den zu gewinnenden Krieg keinen Ausgleich hierfür bedeute. Die Regierung müsse sich nun endlich erklären, ob sie etwas in der Nahrungsmittelfrage unternehmen wolle und könne, auch der letzte Absatz des Briefes.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die englische Ernährungsfrage in letzter Zeit eine besondere Zuspitzung erfahren hat. Das Hauptmoment, das hierzu Veranlassung gegeben hat, ist in der neuerlichen Steigerung der Preise für Brotgetreide und Brot zu suchen. Wir wissen aus einigen in England veröffentlichten Arbeiterbudgets, daß angesichts der in dem letzten Jahr stark gestiegenen Preise für Fleisch, Milch, Butter, Eier und Käse der Brotkonsum bei den englischen Volksmassen erheblich gestiegen ist. Um so schmerzlicher muß es nun für diese sein, daß Brot und Mehlpreise jetzt eine Höhe erreicht haben, welche den bisherigen höchsten Punkt während des Krieges darstellt. Lange Zeit hatte man in der englischen Presse den Versuch gemacht, die starken Lebensmittelsteigerung als durch höhere Löhne während des Krieges zustellen. Zeigten aber schon die zu Anfang des Jahres 1916 veröffentlichten amtlichen Zahlen, daß die Lohnsteigerung pro Woche großen Masse der Arbeiter nur ca. drei bis vier Schilling immer erneuter Angaben und einzelner Untersuchungen herausgestellt, daß die Erhöhung der Löhne und des Einkommens in keiner Weise mit der Erhöhung der Nahrungsmittelpreise Schritt gehalten hat. Die wichtigsten Nahrungsmittel, die in Friedenszeiten etwa 12 Schilling des wöchentlichen Arbeitereinkommens in England beanspruchen, sind während des Krieges allein um das doppelte gestiegen. Dazu kommen die übrigen Nahrungsmittel, deren Preissteigerung ebenfalls 50 bis 100 Prozent beträgt. Immer wieder ist in letzter Zeit in der englischen Presse darauf hingewiesen worden, daß es große Teile der Bevölkerung gäbe, die während des Krieges überhaupt keine Einkommenssteigerung erfahren hätten, so daß es ganz unbegreiflich sei, wie diese überhaupt ihre Existenz fristen könnten, nachdem die Kaufkraft eines Pfundes Sterling auf 12 bis 13 Schilling herabgesunken sei.

Die Wirkung dieser Verhältnisse bestand zunächst in heftigen Protesten. Diese Klagen gingen aus von großen Vereinigungen, wie z. B. der Gewerkschaftsgilde der Frauen oder in letzter Zeit des Gewerkschaftskongresses in Birmingham. Sie finden ferner ihren ständigen Ausdruck in heftigen Zuschriften an die Zeitungen, die vor allem über den hohen Milchpreis, und über die hohen Zuckerpreise in den großen Städten beträgt, und über die hohen Agitation Klagen führen. Den stärksten Anstoß aber hat diese Bewegung wohl in den letzten Tagen durch die Bewegung seitens der Eisenbahnangestellten erhalten, wenn auch Chadwell in seinem Brief mit Recht die englische Regierung davor warnt, in der Beilegung dieses einen Konfliktes eine Lösung der ganzen Frage zu sehen und etwa zu hoffen, daß man durch die Bewilligung der Forderungen der Eisenbahnleute das Volk als Ganzes beruhigen könne. Durch diese ganzen, hier nur angedeuteten Vorgänge ist die englische Regierung in eine überaus schwierige Lage geraten. Der Auf der großen Volksmassen geht nach einer Regelung der Nahrungsmittelfrage, insbesondere einer Festsetzung von Höchstpreisen, weiteres klar, daß die Festsetzung von Höchstpreisen vom englischen Standpunkte aus schwere Bedenken haben muß. Denn Höchstpreise irgendwie dieser Art sind strengstens abgelehnt. Es ist ja auch ohne lähmen ohne weiteres die Einfuhr, auf die England für die große Masse seiner Nahrungsmittel unbedingt angewiesen ist. Vor allem aber wissen wir ja aus bester Erfahrung, daß die Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Regelung des Verbrauches ein überaus gefährliches Mittel ist. Man fragt sich, wie es überhaupt in England möglich sein soll, derartige Maßnahmen zu ergreifen. Wenn die englische Regierung eine Brotgetreidewirt-

Breis- und Vorratspolitik.

In dem gleichen fehlerhaften Zirkel, in dem wir uns seit zwei Jahren bewegen, scheinen wir wieder festzustecken, nur diesmal gründlicher als jemals vorher. Denn wir haben uns bei dem Stechvieh, bei Fett, bei der Milch, bei den Pflaumen festgerannt.

In der Anhoffnung oder Befürchtung künftiger Höchstpreise treiben Erzeuger und Händler zusammen mit jenen Verbrauchern, die vermöge der gutgespierten Briestafche jeden Preis bezahlen, die Preise rasch zu schwindelnder Höhe hinauf. Zu spät greifen wir mit Höchstpreisen ein, die natürlich die Interessenten enttäuschen. Sofort halten sie die Vorräte zurück oder verfrachten sie auf andere Märkte, wo mehr zu holen ist, unsere Märkte sind leer. Aber wir brauchen die Ware unbedingt, also erschlägt die Vorratspolitik, die nunmehr unweigerlich einsetzt, die Preispolitik. Zunächst treten die Leute auf den Plan, die die sogenannte zahlungsfähige Nachfrage vorstellen, und bieten außergeseklich ein verkleidetes und verschämtes Aufgeld: Bald zahlen sie die Verpackung doppelt und dreifach, bald vergüten sie angebliche Nebenspeisen (Warte-, Zehr- und sonstige Gelder), bald kaufen sie irgend einen Schund unter einem Höchstpreis und bald quittieren sie stillschweigend die Höchstpreiskartura, obchon sie das Underthalbfache bezahlt haben. Der Höchstpreis ist ausgehöhlt. Die Behörden sehen sich aus Gründen der Vorratspolitik genötigt, ein Auge zuzudrücken, und binnen kurzem ist der Höchstpreis gestellte Preis. Infolge der Beschaffenheit des Artikels wie bei der Milch nicht durchführbar ist, entsteht eine wachsende Vorratsklemme: Erzeuger und Händler bleiben mit der Ware aus und die Verbraucher, die Städte vor allem, beginnen sie heranzulocken. Man setzt höhere Taxen als Lockpreise an, verschert der Welt, der Erzeuger benötige eines Anreizes, man legitimiert der Nachbarnstadt die Ware weg. So befehlen sich die Stadtverwaltungen seit geraumer Zeit, ihren Milchankieferungsplan zu vergrößern, indem sie die Nachbarstädte überbieten und die Zufuhr von ihnen weg- und zu sich hinenten. Augenblicklich erleben wir das — für Agrarier höchst ergötliche, für den Verbraucher höchst betrübliche — Schauspiel, daß die Stadtvertretungen selbst darüber klagen, daß die Preise für Schweine, für Fett und für Milch zu niedrig seien. An Stelle der Preispolitik ist jetzt die Vorratspolitik, an Stelle der behördlichen Sägung der, ach, so nötige wirtschaftliche Anreiz, an Stelle des Höchstpreises der Lockpreis getreten.

Für den Mann mit der vollen Briestafche mag dieses abwechslungsreiche Spiel bloß interessant sein, die breiten Massen aber bringt es zur Verzweiflung. Zu gegeben, daß die Stadtverwaltungen allem außerstande sind, sich anders zu helfen. Aber welchen Reim soll sich der gewöhnliche Mann auf der Straße auf diese Vorgänge machen? Eine tiefe Erschütterung altüberlieferter Wirtschaftsvorstellungen muß in seiner Seele vorgehen, er muß nachgerade an allem irre werden, was ihm vordem felsenfest schien — und es wird ja doch eine Zeit nach dem Kriege geben, in der wir als Bürger und Staatsgenossen miteinander leben sollen. Vor allem aber wird das Primitivste seines inneren und äußeren Daseins, sein täglicher Haushalt nahezu von Tag zu Tag umgewälzt. Es gibt keinen geordneten Haushalt und keine berechnende Wirtschaftsführung mehr, und die Frau, die den Tisch verwaltet, fühlt sich täglich durch neue Preisnotierungen beunruhigt, aufgeregt, aufgepeitscht, täglich durch den Ausfall von Haushaltsbedürfnissen, die spekulativ zurückgehalten werden, erbittert und verzweifelt. Darum hat bei allen Einsichtigen als ein Hauptziel der Kriegswirtschaft seit jeher die Ständigkeit gegolten: Man müsse trachten, endlich irgend eine gewisse Beruhigung Platz greife. An alles vermag sich schließlich der Mensch zu gewöhnen, wenn ihm zu dieser Gewöhnung nur die Zeit gegönnt ist. Wir aber können nicht zur Ruhe! Wir dürfen das wenige, das wir haben, zu denselben teuren Preisen nicht in Ruhe genießen, wir kommen zu keiner Beständigkeit der Volkswirtschaft und des

H. X. 1906

Ernährungsfragen.

Von Prof. Otto Cohnheim,
Physiologe am Krankenhaus Eppendorf.

Es ist die Pflicht des Fachmannes, nach Mitteln Ausschau zu halten, um Schwierigkeiten in der Ernährung wenigstens in einigen kleinen Punkten zu erleichtern. Zunächst kann er mit gutem Gewissen die Menschen beruhigen: selbst bei einer sicheren Unterernährung, die einige Monate oder selbst länger dauert, wird kein dauernder Schaden angerichtet werden.

Die Physiologie lehrt seit den Untersuchungen von Voit aus den 60er und von Rubner aus den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, daß ein Mensch, je nach seiner Arbeit, eine bestimmte größere oder kleinere Nahrungsmenge zu sich nehmen müsse. Sie drückt diese Nahrungsmenge in Kalorien oder Wärmeinheiten aus. Denn da die Nahrung im menschlichen Körper verbrannt wird, und der Körper mit der Wärmemenge, die bei dieser Verbrennung entsteht, sein Leben bestreitet und seine Arbeit leistet, so kann der Nahrungsbedarf des Menschen in demselben Maße ausgedrückt werden, in dem der Kohlenbedarf einer Maschine angegeben wird. Wie groß dieser Kalorienbedarf ist, das haben Voit und Rubner und ihre Nachfolger nicht etwa theoretisch errechnet, sondern sie haben die wirklich genossene Nahrung von Hunderten und allmählich von vielen Tausenden von Menschen bestimmt gewogen und untersucht, und sie haben daneben in feinsten erfundenen Apparaten die Ein- und Ausatmungsluft des Menschen, seine festen und flüssigen Ausscheidungen und die erzeugte Wärmemenge genau analysiert und daraus auch wieder den Stoffwechsel des Menschen in Kalorien bestimmt.

Es ergab sich eine vollständige Übereinstimmung mit den Kalorienzahlen der Nahrung. Die Physiologie kann daher mit großer Bestimmtheit sagen: Ein erwachsener Mann, der keine besondere körperliche Arbeit leistet, der Kaufmann, der Beamte, der Schreiber, der Kasseier, braucht etwa 2200 Kalorien am Tage, der Mann, der Muskelarbeit verrichtet, je nach deren Größe, 2800 bis 4000 und mehr. Die erwachsene Frau braucht rund 2000 Kalorien, halbwüchsige Knaben und Mädchen um 2500, kleinere Kinder viel weniger, der Säugling 600 bis 800, aber auch Greise nur 1600 bis 1800. Um ein anschauliches Bild zu geben, so sind 2200 Kalorien enthalten in: 900 bis 1100 Gramm Brot oder 2800 Gramm Kartoffeln oder 530 Gramm Zucker oder 280 Gramm Butter oder 700 Gramm Erbsen oder 250 Gramm Speck oder 3,5 Liter Milch.

So kann man von jedem Menschen je nach seinem Alter und seinem Beruf die erforderliche Gesamtmenge der Nahrung angeben.

Nun fragt es aber nicht so, daß diese Zahlen absolut genau sind. Der menschliche Körper ist so vollkommen gebaut, daß er sich mit einer etwas größeren oder geringeren Nahrungsmenge einrichten kann. Wird die für den Menschen erforderliche Nahrung überschritten, so verbrennt der Körper mehr. Erhält er sie nicht vollständig, so vermag er seine Verbrennung etwas einzuschränken. Wäre das nicht der Fall, so würde es genügen, jeden Tag ein Weißbrotchen mehr oder weniger zu essen, um in einem Jahre 15 Pfund zu- oder abzunehmen, und es wäre für den Arzt ein Kinderspiel, Diätvorschriften zu machen, um einen Patienten zum Zu- oder Abnehmen zu bringen. In Wirklichkeit bedarf es einer erheblichen Ueber- oder Unterernährung, um den Bau des gesunden menschlichen Körpers wirklich zu beeinflussen. Die einzelnen Menschen verhalten sich hier nicht gleich, und die Unterschiede, weshalb der eine viel ist und der andere dünn, beruhen zum großen Teil auf der Fähigkeit sich anzupassen, die verschieden entwickelt ist. Aber alle Menschen besitzen sie. Erst in jüngster Zeit hat die Physiologie diese Schwankungsbreite in vollem Umfange zu würdigen gelernt; mit ihr hängt die oft gehörte Behauptung zusammen, sehr viele von uns hätten im Frieden so viel gegessen. Die Möglichkeit der Anpassung gibt uns die Gewähr, daß ein Heruntergehen in der Nahrungsmenge den menschlichen Körper entweder gar nicht beeinflusst, oder nur insofern, als von dem Reserve-material des Körpers, dem Fett, etwas eingeschmolzen wird, und das ist belanglos.

Gefährlicher als eine Verringerung der Gesamtmenge könnte dem Menschen eine falsche Zusammensetzung der Nahrung werden. Seit den ersten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ernährung wissen wir, daß in der menschlichen Nahrung eine gewisse Menge von Eiweiß enthalten sein muß. Warum sie notwendig ist, das wissen wir noch nicht vollständig, aber wir wissen aus zahlreichen Versuchen, daß der Mensch von dem Eiweiß seiner Gewebe zehrt, wenn er nicht genug Eiweiß in der Nahrung erhält. Und da das Eiweiß die Hauptmasse des festen El-

bet in allem lebendigen Gewebe, so ist das kein wünschenswerter Zustand. Die Menge Eiweiß, die der Mensch bedarf, hatte Voit zu rund 100 Gramm im Tage für einen Erwachsenen bestimmt. Frauen und Kinder brauchen weniger, der schwer Arbeitende aber braucht nicht mehr als der mit spärlicher Lebensweise. In den letzten Jahren ist zuerst von amerikanischen Physiologen und dann von dem Dänen H. H. H. die Behauptung aufgestellt worden, die Voitsche Norm von 100 Gramm Eiweiß sei viel zu hoch; der Mensch könne auch mit viel weniger auskommen, und sei dann sogar gesünder und leistungsfähiger. Ich halte die Behauptungen von H. H. H. für unrichtig, aber sie haben zahlreiche Untersuchungen hervorgerufen, um die theoretisch und praktisch gleich wichtige Frage zu entscheiden. Da hat sich denn wieder eine ganz erstaunliche Anpassungsfähigkeit des menschlichen Körpers herausgestellt, insofern er nämlich Fehler und Mängel der Ernährung in unerwartet kurzer Zeit ausgleichen kann. Das gilt zunächst für kurze Zeiträume: Wir haben gerade unmittelbar vor dem Kriege in meinem Eppendorfer Laboratorium Versuche angestellt, bei denen allerschwerste Muskelarbeit bei einseitiger oder mangelhafter Kost geleistet wurde, Versuche, die gerade jetzt Interesse gewinnen mit Rücksicht auf die Marschleistung unserer Soldaten. Wie sich herausstellte, gleicht der Körper Verluste in erstaunlich kurzer Zeit aus, indem er bei der ersten Mahlzeit alles, was er braucht, herausnimmt, und zum Wiederaufbau und Wiederausgleich verwendet. Es gilt aber auch für lange Zeiträume. Ist ein Mensch längere Zeit hindurch zu wenig Eiweiß, so paßt sich der Körper der kleineren Menge an. Er verliert Eiweiß, aber nur ganz wenig und ohne dadurch irgend einen nachweisbaren Schaden zu erleiden. Sobald er wieder mehr Eiweiß zuführt, zeigt er die Fähigkeit, es zurückzuhalten und sofort zu verwerten. Monatslange Eiweißverluste können bei vorübergehender reichlicher Zufuhr in ein bis drei Tagen wieder gedeckt werden.

So kann man mit großer Bestimmtheit sagen, daß selbst eine zeitweilige Einschränkung der Gesamtmenge von Nahrung und der Eiweißmenge nichts Schaden kann. Nur bei kleinen Kindern unter 2 Jahren und bei stillenden Frauen sollte beides nicht herabgesetzt werden, und hier gelten ja auch schon Sonderbestimmungen, die vielleicht noch erweitert werden könnten.

Neben dem Eiweiß sind in unserer Nahrung Stoffe vorhanden, die man Vitamine nennt. Erst in jüngster Zeit ist man auf ihre hohe Bedeutung aufmerksam geworden. Ihr Fehlen kann dem Körper verhängnisvoller werden als ein zu niedriges Maß von Eiweiß. Die Vitamine sind Teile aller pflanzlichen und tierischen lebenden Wesen und wir nehmen sie daher immer dann mit der Nahrung zu uns, wenn wir Stücke von Tieren oder Pflanzen genießen, die einmal lebendig waren und die nicht allzu intensiv zubereitet sind. Sie sind reichlich vorhanden im Fleisch, in den Eiern, in den grünen Gemüsen, im Salat und im Obst, sie fehlen dem Zucker, in manchen Fetten, im feinen kleinfreien Mehl und in Milch, die allzu lange gelocht ist. Durch das Fehlen der Vitamine entsteht der Skorbut, den man heute nicht mehr kennt, der aber auf den langen Reisen der Segelschiffe vorlag, wenn die Besatzung nur von unzuverlässig hergestellten Konserven lebte. Durch das Fehlen der Vitamine können aber auch andere Ernährungsstörungen entstehen, und gerade um ihrem Mangel vorzubeugen, sind Gemüse, Salat und Obst so wichtig. Ihr Nährwert in Kalorien ist gering, ihr Eiweißgehalt entspricht durchaus nicht ihrem hohen Preise, aber sie sind reich an Vitaminen, die auch durch die übliche Zubereitung und durch die heutige Konservierungstechnik nicht zerstört werden. Sie sind deshalb gerade dann von hoher Bedeutung, wenn die vitaminreichsten Nahrungsmittel knapp sind, Fleisch und Ei. Im Sommer, in dem es frische Gemüse und Salat gibt, ist der Mangel an Fleisch am wenigsten bedenklich, der sonst freilich für die städtische Bevölkerung empfindlich ist.

Wenn die Vegetarianer die Entbehrlichkeit des Fleisches behaupten, so haben sie insofern recht, als das Fleisch sicher nicht unbedingt nötig zur menschlichen Ernährung ist. Das beweisen die vegetarisch lebenden Völker, das beweisen unsere Verfahren, die zumal auf dem Lande recht wenig Fleisch aßen. Aber die Vegetarianer haben nicht recht, wenn sie die Zunahme des Fleischverbrauches in den Städten schlechthin als Mißbrauch und Uebel hinstellen. Diese Zunahme hat vielmehr zwei sehr gute physiologische Gründe.

Erstens ermöglicht das Fleisch viel Eiweiß mit wenig Kalorien zuzuführen. Der Nährwert des Fleisches, in Kalorien ausgedrückt, ist nämlich

sehr gering. 100 Gramm Rindfleisch enthalten nur 100 Kalorien, Kalbfleisch noch weniger, Schweinefleisch seines Fettes wegen ein wenig mehr. Da 100 Gramm Brot über 200 Kalorien enthalten, 100 Gramm Käse 400, die billigen Kartoffeln 78, d. h. kaum weniger als Fleisch, so essen wir das Fleisch offenbar nicht wegen seines Nährwertes. Aber das Fleisch enthält 21 Prozent Eiweiß, Brot weniger als 5 Prozent. Mit 100 Gramm Eiweiß nehmen wir im Brot 4600 Kalorien auf, in Kartoffeln noch mehr, im Fleisch dagegen nur 500, und auf dieses Verhältnis kommt es für die Bedeutung der Fleischnahrung wesentlich an. Die Menschen, die schwere körperliche Arbeit zu verrichten haben, und die infolgedessen viel Nahrung brauchen, erhalten in reichlich genossener Pflanzennahrung oder in Milch und Milchprodukten die hinreichende Eiweißmenge mit. Für sie ist der Fleischgenuss angenehm, aber nicht erforderlich. Anders bei den Menschen mit sitzender Lebensweise ohne schwere Muskelarbeit; sie brauchen im Ganzen wenig Nahrung, nicht mehr als die oben genannten 2200 Kalorien. Wollten sie diese mit Brot oder Kartoffeln decken, so bekämen sie entweder zu wenig Eiweiß oder zu viel Nahrung im ganzen, und für sie ist es daher von größter Bedeutung, daß das Fleisch es ihnen ermöglicht, Eiweiß aufzunehmen, ohne gleichzeitig die großen Nahrungsmengen zu essen, die zu ihrer Lebensweise gar nicht passen. Diesen Zusammenhang verkennen Vegetarianer und andere Ernährungsreformer, wenn sie sich darauf berufen, daß man schwere Arbeit verrichten und dabei doch fleischlos leben könne. Gewiß kann man das, und es ist dem Menschen sogar gut und bekönnlich, wenn er in freier Luft lebt, körperlich ordentlich arbeitet und kein Fleisch isst. Aber die Schwierigkeiten beginnen bei den Bewohnern der Stadt, die Beruf und Arbeit den Tag über zu sitzender Lebensweise zwingen. In früheren Zeiten waren das nur wenig Menschen, und im allgemeinen die Wohlhabenden, so daß die, die das Fleisch brauchten, es auch bezahlen konnten. Aus dieser Zeit schreibt sich noch die hohe Verschätzung und der hohe Preis des Fleisches her. Heute aber leben in einer Großstadt viele Tausende von Menschen, die bei langer Arbeitszeit sitzen und nicht körperlich tätig sind, Kaufleute, Schreiber, aber auch Schneider, Näherinnen und manche andere. Auf die Wohlhabenden unter ihnen braucht man im Kriege keine Rücksicht zu nehmen. Sie können durch teure Zufüge aller Art den Fleischmangel ausgleichen. Aber sehr viele von den Leuten ohne schwere Muskelarbeit haben ein mittleres oder kleines Einkommen, oft kleiner als die schwer arbeitenden, deren Muskelkraft gesucht ist und noch bezahlt wird. Soweit bisher der Fleischverbrauch geregelt ist, sind keine Unterschiede vorgeesehen, wie bei den vortrefflichen Zusatzbrotsorten für schwere Arbeit oder für halbwüchsige Kinder. Unterschiede wären aber sehr zweckmäßig, freilich gibt ihre Festsetzung den damit betrauten Behörden schwierige Aufgaben auf und erfordert genaue Kenntnis der Ernährungsphysiologie.

Der zweite Grund, weshalb das Fleisch von der städtischen Bevölkerung so reichlich gegessen wird, ist sein hoher Sättigungswert, und das führt uns zu einem neuen Gesichtspunkt, von dem die Nahrung des Menschen gewertet werden muß, zu ihrer Wirkung auf die Verdauungsorgane. Wir essen ja doch nicht, weil wir etwas von Kalorien und Eiweiß wissen, und sie dem Körper zuführen wollen, sondern wir essen, um satt zu werden und weil es uns gut schmeckt. Unsere Mahlzeiten sind im allgemeinen so eingerichtet, daß der Magen nie, oder nur für kurze Zeit völlig leer wird. Magenleere macht Hunger, macht ein Gefühl von Flaute, und setzt bei vielen Menschen die Leistungsfähigkeit und Frische sofort merklich herab. Darum ist es für die Beurteilung eines Nahrungsmittels so wichtig, zu wissen, ob es lange im Magen liegt und dadurch lange „vorhält“, und für die städtische Bevölkerung ist diese Sättigungsfrage besonders wichtig. Denn im Gegensatz zu dem Bauern, bei dem Wohnung und Arbeitsstätte meist räumlich benachbart sind, sind sie beim Städter vielfach weit voneinander getrennt, und das bedingt beim Städter ganz naturgemäß das Ausfallen der Zwischenmahlzeiten. Wenn ein sehr großer Teil der Großstädtischen Bevölkerung heute nur drei Mahlzeiten am Tage einnimmt, so braucht sie eine Nahrung, die möglichst lange vorhält, die das Hungergefühl nicht so bald wieder aufkommen läßt. Es ist infolgedessen gerade für die Großstädte mitleidlich, daß die beiden Klassen von Nahrungsmitteln heute am schwierigsten zu beschaffen sind, die am längsten im Magen verweilen, das Fleisch und alle Fleischwaren und alle Fette.

Soweit hätte die Physiologie nur die Begründung für etwas gegeben, was jeder schon wußte, daß nämlich die Fleisch- und Fettmangel nicht angenehm ist. Das große Mittel, mehr Fleisch und Fett zu schaffen, ist anderer Aufgabe. Aber der Physiologe, der Fachmann auf dem Gebiete der Ernährungs-

lehre ist, kann einzelne kleine Mittel angeben, um bei gegebenem Vorrat die Sättigungsdauer zu verlängern.

Zunächst kommt die Art des Essens in Betracht. Die Speisen verlassen den Magen schneller, wenn sie in sehr feiner verteilterm Zustande verschluckt werden, als wenn sie wenig gelaut in den Magen gelangen. Darauf beruht die Vorschrift für Leute mit kranke oder schwachem Magen, sie sollten gut kauen. Denn das lange Liegenbleiben im Magen empfindet der Kranke oder Magenschwache als Gefühl von Druck und Völle. Der Magengesunde aber kann davon Gebrauch machen, daß die Speisen länger vorhalten, wenn sie nicht allzu fein gelaut werden. Vor einiger Zeit hat in Nordamerika ein Herr Fletcher gelehrt, man sollte die Speisen viel gründlicher kauen, als es irgendein Mensch bisher getan hat, einen Bissen bis zu hundertmal. Dann brauche man weniger Nahrung als sonst. Fletcher hat in Amerika eine Gemeinde von Anhängern um sich versammelt, und neuerdings wird seine Lehre auch in Deutschland gerade für die Kriegszeit verkündet. Die Angaben Fetters sind indessen unrichtig. Ob man fleckert oder nicht, davon wird weder der Kalorienumsatz berührt, noch wird die Ausnützung der wichtigeren Nahrungsmittel irgendwie erhöht. Ich habe mich durch besondere Versuche noch davon überzeugt, daß gekleckerte Speisen nicht länger im Magen verweilen als andere.

Weiterhin kann man durch die richtige Verteilung der Nahrung die Verweildauer im Magen und damit das Sättigungsgefühl verlängern. Am längsten vorhalten tut immer das Fleisch (einschl. Schinken und Würst), aber Fleisch hat die Eigentümlichkeit, andere Nahrungsmittel, wie Brot und Kartoffeln, die mit ihm zusammen gegessen werden, mit sich im Magen zurückzuhalten, und hier sind schon sehr kleine Mengen Fleisch von erheblicher Wirkung. Das Fleisch, das zur Verfügung steht, wird man also gut tun, auf die Tagesmahlzeiten zu verteilen, statt es auf einmal zu sich zu nehmen. Ganz allgemein erzielt man für Sättigung und damit für das Wohlbefinden mehr, wenn man die gleiche Nahrungsmenge auf kleinere Mahlzeiten verteilt, als wenn man sie auf einmal isst. Soweit es möglich ist, sollte man auch in der Stadt zu der alten Gewohnheit der Zwischenmahlzeiten zurückkehren, denn braucht man weniger Fleisch und Butter. — Zucker und andere Süßigkeiten (das gilt aber nicht für Saccharin) sättigen nicht oder nur kurz, wenn sie nüchtern auf leeren Magen gegessen werden. Sie verlängern aber die Sättigung sehr erheblich, wenn man sie auf eine andere, zumal fleischhaltige Mahlzeit folgen läßt. — Kartoffeln halten länger vor als Kartoffelbrei, noch länger Bratkartoffeln, für die freilich die Fette mangeln.

Ein letztes kleines Mittel bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Festem und Flüssigem. Wenn man in der üblichen Weise Brot zum Frühstück isst und den Kaffee dazu trinkt, so ist das ja keine Mahlzeit, die lange vorhält. Man kann aber die Pause bis zum Wiederauftreten des Hungers etwas verlängern, wenn man das Brot in den Kaffee oder die Milch einbrockt und das Ganze auslöffelt. Es ist vielen von uns ungewohnt, aber man kann sich leicht überzeugen, daß es hilft.

Das alles sind kleine Mittel, aber vielleicht können sie doch dazu beitragen, die Ernährungs-schwierigkeiten zu erleichtern.

5. IX. 1916

Konsumentschutz.

Gut Ding braucht Weile. Seit mehreren Wochen steht bei uns die Schaffung und Einrichtung eines Zentralamtes für Lebensmittelversorgung im Vordergrund des innerpolitischen Interesses. Sobald diese Zeilen im Druck erscheinen, wird man vielleicht schon soweit sein, daß für den Leiter dieses hochwichtigen Amtes die gehörige Person gefunden ist. Und das scheint diesmal eine ebenso schwere als höchst wichtige Aufgabe zu sein. Denn eine Einkure, bei der es für den betreffenden Wirtenträger wenig Arbeit und Verantwortung, aber desto mehr Einfluß und Geldeinkünfte gibt, wird diese Stelle hoffentlich nicht sein. Es ist einer der wichtigsten, mühsamsten und verantwortungsvollsten Verwaltungsposten, die der politische Betrieb des Hinterlandes aufzuweisen hat. Ja, noch mehr: es ist ein ausgesprochenes Kriegsam. Unsere Feinde haben es nicht

nur auf die Niederringung unserer Heeresmacht abgesehen; sie wissen uns wie in einer riesengroßen Kesslung eingeschlossen und spekulieren auf unsere Ausshungerung.

In Deutschland — dem Musterlande der Ordnung, Ehrlichkeit und staatsbürgerlichen Opferwilligkeit — versteht seit Monaten ein edler und rechter Diktator die Agenden der Beschaffung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel. Er genießt die inappellable Machtvollkommenheit eines kriegsmäßig aktiven Feldherrn und man hat nie etwas gehört, daß er oder ein ihm untergeordnetes Organ mit dieser weitreichenden Generalvollmacht irgendwie Mißbrauch getrieben hätte. Die Deutschen haben weniger zu essen als wir, aber es ist dafür gesorgt, daß sich jeder Staatsbürger sattessen kann und keiner auf Kosten des andern Verschwendung treibt, d. h. mehr verbraucht, als ihm zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit notwendig ist. Ferner ist dafür gesorgt, daß die Lebensmittel jedem Verbraucher ohne Unterschied des Standes so leicht wie möglich zugänglich seien und daß die Nährprodukte in tadellosem Zustande, also ungefälscht und unverdorben in Verkehr gelangen. Die Preise sind genau und streng fixiert. Preistreiberi, Nichteinhalten der vorgeschriebenen Tarife, wuchermäßige Ausnützung der Kriegskonjunktur wird mit exemplarischer Strenge als Landesverräterisches Delikt bestraft. Ferner ist auch dafür gesorgt, daß jeder Erzeuger (Produzent) und jeder Verkäufer gezwungen ist, seinen, überschüssigen Vorrat an Verbrauchswaren unbedingt auf den Markt zu bringen. Das „Hamstern“ (gewinnjüchtiges Ansammeln größerer Lebensmittelvorräte) wird gleichfalls als Landesverräter qualifiziert und ebenso streng wie das Erpressen von Wucherpreisen geahndet.

Auf dem Papier ist bis zu einem gewissen Grade für all das Erwähnte auch bei uns seit Jahr und Tag gesorgt. Bis auf die Konzentrierung in einer Hand ist auch bei uns alles in ähnlicher Weise organisiert. Daß das theoretisch tadelloste Werkel elend schlecht funktioniert, hat verschiedene Ursachen. Eine derselben ist eben die Zersplitterung der höchsten vollziehenden Gewalt. Drei, vier Ministerien beherbergen drei, vier Dutzende mehr oder minder moderne Schreibtische. Hinter jedem sitzt irgendein Referent, der das Leben nur aus den Akten kennt und dessen Hauptaufgabe in der Abfassung je zahlreicherer und je komplizierterer Verordnungen besteht. Derartige Verordnungen sind seit zwei Jahren schon in solcher Menge erschienen, daß sie nachgerade den Umfang unseres tausendjährigen Corpus Juris erreichen. Ein Genie, das sich in diesem wüsten Labyrinth von Akten auskennt, ist noch nicht gefunden. Jeder neue Erlass widerspricht soundsoviel anderen, die nicht außer Kraft gesetzt wurden. In der Praxis ist das meiste undurchführbar. Dem Ausbeutertum sind mannigfache Hintertüren offengelassen. Der Konsument wird viel mehr drangsalert als geschützt. Den un-

teren Verwaltungsorganen sind, sofern sie zur Erfüllung ihres Berufes das Verständnis und den guten Willen besitzen, auf alle mögliche und unmögliche Weise die Hände gebunden. Die höheren Zwischenorgane sind abgespannt, verdrießlich, kampfesnüde, der allerhöchste Nothelfer aber, Graf Stefan Tisza genannt, ist vielzuweit und hat vielzuviel andere Sorgen, als daß er sich namentlich um alle Wünsche, Klagen und Beschwerden der ausgewucherten und ausgehungerten Städtebewohner — dieser notorischen Stiefkinder des Landes — kümmern und ihnen zu den gleichen Rechten mit den geschonten und geschätzten Landbewohnern verhalten könnte.

Wir sind ein Agrarstaat. Wer Grund und Boden besitzt, auf dem etwas Genießbares wächst, ist Herr der Situation. Er braucht nicht zu darben, sich ums tägliche Brot nicht zu sorgen, seine und seiner Familie Gesundheit beim „Anstellen“ auf dem Markt nicht zu gefährden. Und versteht er es gar, ein paar fette Lieferungen für's Heer oder für die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft zu bekommen, so kann er sich jetzt bereichern oder zumindest seinen Besitz schuldenfrei machen. Vom Kleinbauern bis hinauf zum Großgrundbesitzer geht es jedem Agrarier besser als je vorher, der städtische Mittelstand und das werktätige Volk der Kulturzentren aber bezahlt die Kosten dieses kraß einseitigen Wohlstandes.

Das soll nun alles anders werden? Man will uns nach deutschem Muster mit einer Lebensmittelzentrale beglücken. Wir aber sagen: Eines schickt sich nicht für alle und wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. In deutschen Witzblättern hat man die Lebensmitteldiktatur scherzweise als „organisierte Hungersnot“ bezeichnet. Gleiches Recht zum Darben und gleiche Entbehrunspflicht für alle. Bei uns müßte, wenn die Lebensmittel ehrlich und gerecht verteilt würden, niemand notleiden. Das Nachahmen der reichsdeutschen Organisation hat aber manche Voraussetzungen, über die sich kein Diktator allzu leicht hinwegsehen kann. Vor allem muß die Gesamtheit der Bevölkerung des Hinterlandes ebenso wie die kämpfenden Truppen in Schützengraben von dem heiligen Pflichtbewußtsein durchdrungen sein, daß jetzt wir alle für den Staat Opfer bringen müssen, nicht aber uns durch die Not des Staates bereichern dürfen. Jeder einzelne muß seinem gewohnten Wohlleben soweit entsagen, daß er dadurch seinen mit Glücksgütern weniger gesegneten Landsleuten die Lebensbedingungen verbessern könne. Die Staats- und Verwaltungsorgane müssen vom Obersten bis zum Untersten die Fähigkeit und den festen Willen besitzen, jetzt für's Gemeinwohl das Beste zu leisten, nicht aber — sei es als Grundbesitzer, Lieferanten, Vermittler oder Handlanger des organisierten Ausbeutertums — ihren eigenen Vorteil zu Gunsten der Allgemeinheit in den Vordergrund schieben.

An die Spitze der ganzen Organisation ge-

hört ein Geistesriese und ein Moral halbgott, wie er bei uns schwerlich zu finden sein dürfte. Und ist er doch auffindbar, so taugt er erst recht nicht für unsere Verhältnisse. Denn hierzulande hat er so viele hohe und höhere Nebenrücksichten zu beobachten, so viele Empfindlichkeiten, Eitelkeiten und Privatinteressen zu schonen, daß er sich binnen kurzer Zeit im fruchtlosen Kampfe aufreiben und entweder sein Amt zurücklegen oder sich dem landesüblichen Schlandrian anbequemen muß.

In Deutschland ist man von der Wichtigkeit des Konsumentschutzes vollauf durchdrungen. Die Konsumenten machen die weitaus überwiegende Mehrheit der Hinterlandsbevölkerung aus, ihr Wohlbefinden wirkt aufrichtend und aneifernd auf die Kombattanten der Front. Bei uns sind in den Approvisionierungsämtern niederer, höherer und höchster Instanz alle möglichen Amts- und Privatinteressengruppen irgendeiner vertreten, nur der arme, vielgeplagte, ausgewucherte und allseits drangsalirte Konsument findet nirgends wirksamen Schutz. Man wirft ihm Disziplinlosigkeit und Mangel an Organisationsfähigkeit vor. Das ist leider im gewissem Sinne richtig. Die Bedeutung des staatlichen Konsumentschutzes ist aber vielzu weittragend, als daß man jetzt, zur Zeit des stadtweise so arg fühlbaren Lebensmittelmangels vom Konsumenten nebst allen möglichen Moraltaendern auch noch die Gabe des wirksamen Selbstschutzes verlangen könnte. Und wehe, wenn er schließlich zum Selbstschutz gezwungen wird.

Ob sich in dieser wichtigen Hinsicht nach der Errichtung eines zentralen Lebensmittelamtes die Lage zum Bessern wenden wird? „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Wir wünschen im Interesse des vielzitierten Durchhaltens, daß wir recht bald eine je gründlichere Berstreuung unserer Besürchtigungen erleben mögen.

Das kommende Wirtschaftsjahr.

Berlin, 4. Oktober. (Drahtbericht.)

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, empfing heute ein Mitglied unserer Redaktion, dem er über die Frage unserer Ernährung im kommenden Kriegswinter sowie im Wirtschaftsjahre 1916-1917 überhaupt, folgende Angaben machte:

Das das Wirtschaftsjahr 1916/17 uns Schwierigkeiten in der Frage der Ernährung bringen wird, ist selbstverständlich und natürlich. Um sie nach Möglichkeit zu bekämpfen und weniger fühlbar erscheinen zu lassen, hat das Kriegsernährungsamt seine Vorkehrungen getroffen, die es nach Bedarf fortlaufend ausbauen wird. Zu hungern brauchen wir im kommenden Jahre nicht, dafür hat die verhältnismäßig günstige Ernte uns die Gewähr gegeben; das schließt aber nicht aus, daß wir die rationelle Verteilung der Lebensmittel noch weiter straff handhaben müssen und den Ausgleich zu finden trachten für die einzelnen Teile des Reiches.

Die heurige Ernte hat uns in den Stand gesetzt, die Brotmenge für die besonders bedürftigen Bevölkerungsschichten, die Jugendlichen und die schwer Arbeitenden so zu erhöhen, daß die jetzt gewährte Zahl mehr ausmacht als eine allgemeine Erhöhung der Kopfquote um 25 Gramm. Wie wir im Vorjahre schon den bei Sommerbeginn auftretenden Kartoffelmangel durch gesteigerte Brotzuweisung überwinden konnten, so sind auch für heuer Anstalten getroffen, für diesen besonderen Zweck eine ausreichende Rücklage an Brotgetreide sicherzustellen, ohne daß damit gesagt ist, daß solche Verhältnisse in der Kartoffelversorgung tatsächlich eintreten müssen wie im vorigen Jahre.

Die Frage der Kartoffelbewirtschaftung im allgemeinen läßt ein abschließendes Urteil nicht zu. Jedenfalls wird dafür gesorgt werden, daß der Bedarf der Bevölkerung gedeckt werden kann. Als Grundlage hierfür wird angenommen eine Kopfmenge von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Pfund pro Tag. In reicheren Gegenden ist der Verbrauch geringer. Die Ergiebigkeit der neuen Kartoffelernte läßt sich zurzeit noch nicht überblicken; von einer besonders guten Ernte ist leider nicht die Rede, deshalb ist die Kartoffelverfütterung auf Schweine und Hühner allein beschränkt. Der Preis der Kartoffeln wurde mit Absicht nicht niedriger festgesetzt, da sonst unter keinen Umständen eine weitgehende Verfütterung zu vermeiden gewesen wäre. Der jetzt geltende Preis wird, wie von vornherein bekannt gewesen ist, ab 15. Februar eine Erhöhung um eine Mark erfahren; eine weitere Erhöhung des Erzeugerpreises ist unter keinen Umständen beabsichtigt. Für die Brotstreckung sind die nötigen Kartoffelzusätze sichergestellt, bis etwa 1. Dezember muß jedoch das Brot noch mit frischen Kartoffeln gestreckt werden, da erst von da an die trockenen Produkte zur Verfügung stehen. Für die Haltbarkeit der Spätkartoffelernte dürfte von wesentlichem Einfluß das Wetter der nächsten Wochen sein. Durch möglichste Förderung der Anlage von Kartoffel-Trocknungs-Anstalten sind Maßnahmen getroffen, daß möglichst alle diejenigen Kartoffeln, die in die Gefahr des Verderbens geraten, zum größten Teil erhalten werden können. Die Viehaufzucht hat erfreulichweise rasche und befriedigende Fortschritte gemacht. So haben seit der letzten Zählung im April zugenommen die Kälber unter drei Monaten um 0,4%, Jungrinder bis zu zwei Jahren um 4,6%, Bullen und Ochsen über zwei Jahre um 0,2%, Kühe und Färsen über zwei Jahre um 0,4%. Das Rindvieh insgesamt hat sich vom 15. April bis 1. September um 416 767 Stück, gleich 2,1%, vermehrt auf 20 338 950 Stück.

Am stärksten ist die Zunahme an Jung-rindern bis zu zwei Jahren, nämlich 277 786 Stück. Sehr erfreulich ist die Vermehrung unseres Schweinebestandes. Es hat zugenommen die Zahl der Schweine bis zu sechs

Monaten um 23,7%, der von sechs bis zwölf Monaten um 48,1%, der über zwölf Monate ran 28,1% und der Schweinebestand insgesamt um 3 923 906 Stück auf 17 261 108 Stück. Das sind 29,4%. Leider sind zurzeit die Schlachtklassen unseres Viehstandes noch verhältnismäßig schwach, so daß allein die Reichsfleischkarte zunächst nicht über das Quantum von 25 Gramm hinauskommt, doch hoffe ich, wenn die Entwicklung unseres Viehstandes inzwischen weiter günstig fortschreitet, daß im Frühjahr eine Heraushebung dieser Produktion möglich sein wird. Es fehlen uns für die Viehmast zwar die ölhaltigen Futtermittel aus dem Auslande gänzlich, die eiweißhaltigen zum größten Teile, aber diese Knappheit an Futter wie im Vorjahre werden wir auf keinen Fall wieder erleben. Es kann sich heuer nicht mehr darum handeln, ob wir unseren jetzigen Viehstand überhaupt durchfüttern können, wenn auch die Mastfütterung, wie gesagt, schwierig bleibt.

Im Zusammenhang mit diesem Punkt ist die Frage des Braukontingents zu behandeln. Ich stehe absolut nicht auf dem extremen Standpunkt derer, die das Bierbrauen jetzt mit einem Schläge möglichst verbieten wollen, ich erkenne vielmehr die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Bierherstellung, den Futterwert der Treber und den Einfluß eines sich in verständigen Grenzen haltenden Biergenusses für die Stimmung im Heere und in der Bevölkerung voll an; für eine Streckung des Brotgetreides nehmen wir die Braugerste jedenfalls nicht in Aussicht; doch sind die Erörterungen darüber noch nicht abgeschlossen, ob das in Aussicht genommene Braukontingent nicht eine gewisse Stützung dadurch erfahren muß, daß Gerste in vermehrtem Maße zur Schweinemast benötigt wird. Das aber würde nur im wirklichen Notfalle in Betracht kommen, was von dem endgültigen Erntergebnis abhängt.

Die Schlachtviehpreise, um deren Ermäßigung der Städtetag eingekommen ist, können, was die Schweine anbelangt, zurzeit auf keinen Fall herabgesetzt werden, wenn wir nicht die Aufzucht gefährden wollen. Für Rindvieh wird dagegen schon in den nächsten Tagen eine, wenn auch nicht bedeutende Preisermäßigung bekanntgegeben werden.

In der für die Großstädte so wichtigen Frage der Fettversorgung wird mit allen Mitteln daran gearbeitet, die Kopfquote von 90 Gramm allgemein aufrechterhalten zu können. Die Auftrufe des Kriegsaussschusses für pflanzliche und tierische Fette und Öle zur Sammlung von Sonnenblumen-, Mohnblumen- sowie Obsternen, ferner von Kastanien und Bucheckern zur Delgewinnung werden, soweit sich das jetzt übersehen läßt, ein gutes Resultat ergeben. Eine merkliche Beeinflussung zugunsten einer besseren Fettversorgung im ganzen ist davon freilich kaum zu erhoffen.

Die Gemüseversorgung der Städte soll nach Möglichkeit ohne Festsetzung von Höchstpreisen durchzuführen versucht werden, weil gerade hierfür bei den sehr verschiedenen Friedenspreisen und Erzeugungskosten zutreffende Preise für das ganze Reich sich nicht festsetzen lassen. Sollten sich jedoch aus diesem Umstände Preistreiberien ergeben, so müßte man doch zu diesem Mittel greifen. Im übrigen werden gewisse Maßregeln erwogen, um der allzu großen Einbedeckungslust größerer Betriebe und kommunaler Verwaltungen entgegenzuwirken.

Ausführlich äußerte sich Präsident von Batocki auch über die Organisation des Kriegsernährungsamtes. So beantwortete er eine Frage, ob nicht eine Vertretung der Städtetage dem Vorstand des Kriegsernährungsamtes angegliedert werden könnte, dahin, daß eine Erweiterung des Vorstandes nicht möglich sei, um diesem seine Beweglichkeit und rasche Entschlußfähigkeit nicht zu nehmen. Die Interessen der großen Städte seien hinreichend wahrgenommen dadurch, daß in dem Vorstände neben zwei Vertretern der Landwirtschaft ein unmittelbarer Vertreter der Städte sitze und die übrigen Mitglieder sämtlich aus Städten, zum Teil unmittelbaren Vertretern der Konsumenten, bestehen. Eine unmittelbare Vertreterschaft des Städtetages würde zweifellos auch Vertretungen sonstiger Interessentengruppen nach sich ziehen, zum Beispiel des Verbandes der ländlichen Kommunalverbände des Deutschen Landwirtschaftsrates usw. Eine derartige Vermehrung der Vorstandsmitglieder kann jedoch aus den angeführten Gründen nicht in Frage kommen.

In der Öffentlichkeit werden ferner zurzeit wieder vielfach die Beziehungen zwischen Reichsamt des Innern und dem Kriegsernährungsamte erörtert. In weiten Kreisen vermißt man „die starke Hand“, die „durchgreifen“ und „sich nicht durch kleinliche Rücksichtnahme auf bundesstaatliche Institute hemmen läßt“. Auch ein als anscheinend offiziös ausgesprochener Wunsch in der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt

sich mit diesem Gegenstand, indem er das Kriegsernährungsamt gewissermaßen in Schutz nahm gegen solche Äußerungen, daß infolge des Hinübergreifens der Einflusssphären des Reichsamtes des Innern nicht freie Bahn für das Kriegsernährungsamt bestehe. Auf eine bezügliche Frage erklärte Herr von Batocki, daß diese Angaben, die auch den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprächen, nicht von ihm ausgingen. Die Zuständigkeit des Kriegsernährungsamtes ist in keiner Weise durch das Reichsamt des Innern beschränkt. Ueber alle Fragen der Lebensmittelbewirtschaftung entscheidet nur das Kriegsernährungsamt. Dem Reichsamt des Innern ist lediglich die P. E. G. unterstellt, weil diese Gesellschaft nicht nur mit der Einfuhr von Lebensmitteln befaßt ist, ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete vielmehr nicht wohl zu trennen ist von ihren übrigen wirtschaftlichen Aufgaben, für die das Reichsamt des Innern verantwortlich ist. Das ist jedoch mit meiner vollständigen Zustimmung geschehen, die Verwendung der eingeführten Lebensmittel ist ebenfalls dem Kriegsernährungsamte vorbehalten.

Wenn man vielfach seit der Errichtung des Kriegsernährungsamtes eine Umgehung oder Aufhebung des bundesstaatlichen Verwaltungsmechanismus erwartete, so war das schon in den Voraussetzungen falsch. Das Reich ist einmal auf dieser Grundlage aufgebaut, und es würde sich sowohl in der gegenwärtigen Frage der Lebensmittelversorgung selbst schon, wie vor allem bei späteren Gelegenheiten rächen, wenn man die Effektivität der lokalen sowie Landesbehörden einschränken oder ihre Verantwortung auf das Reich übertragen wollte. Das Reich ist nicht in der Lage, das zu leisten, was der ausgebildete Apparat der Bundesstaaten auf Grund seiner bestehenden Organisation erreichen kann. Diesen Apparat ausschalten zu wollen, würde zu den schlimmsten Erfahrungen führen.

* * *

Im großen und ganzen sollen wir die Aussichten des Wirtschaftsjahres 1916/17 weder optimistisch noch pessimistisch ansehen. Zu übertriebenem Optimismus kann deswegen kein Grund bestehen, weil wir nach wie vor sparen müssen, um mit unseren Vorräten bis zur nächsten Ernte auszureichen und eine gewisse Reserve für den Fall der Not zu bewahren. Die Maßnahmen des neuen Wirtschaftsjahres werden, geographisch betrachtet, für die Uberschußbezirke Abstriche mit sich bringen, in sozialer Hinsicht für die bestehenden Kreise Einschränkungen erfordern. Das sind die Wirkungen der Rationierung, der niemand entzogen werden soll. Wenn wir so wirtschaften, brauchen wir aber auch unsere Lage nicht pessimistisch zu betrachten; trotz aller Einschränkungen stabilisieren sich die Verhältnisse unserer Lebensmittelversorgung immer mehr, so daß wir gegen alle eventuell eintretenden wirklichen Notlagen hinreichend gesichert sind.

Die Vorwürfe gegen das Dresdner Lebensmittellamt,

die in der letzten Stadtratsbesitzung infolge eines Artikels in der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“, der von „skandalösen Vorgängen“ gesprochen hatte, zu einer dreistündigen Aussprache führten, hatten während mehrerer Tage, namentlich auch unter Mitwirkung tendenziöser Berichterstattungen in der auswärtigen Presse, zu ganz falschen Vorstellungen führen müssen, die das Ansehen der Dresdner Stadtverwaltung gefährdeten, und es war daher denkbar zu begründen, daß in der Stadtratsbesitzung am vergangenen Donnerstag vor breiter Öffentlichkeit die Vorgänge mit größter Offenheit dargelegt worden sind. Die vorerwähnten Verfehlungen und Ungleichheiten bei der Abgabe von Lebensmitteln wurden in keiner Weise bestritten, und mit allem Nachdruck die Verstärkung gegeben, daß ihre Wiederholung in jedem Falle vermieden werden sollte. Als Ergebnis der dreistündigen Aussprache darf die allseitige rückhaltlose Anerkennung der großen Verdienste des Lebensmittelausschusses und insbesondere seines Vorsitzenden, des Herrn Stadtrats Dr. Krüger, festgestellt werden. Mit Recht sprach ein Redner sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß durch den sozialdemokratischen Zeitungsartikel die durchaus schiefen und unbegründeten Auffassungen über Deutschlands Lebensmittelversorgung im feindlichen Ausland genährt und gehärtet würden, und daß man jetzt, wo man mit atemloser Spannung den großen Kampf im Westen verfolgt, gezwungen sei, sich mit solchen Nichtigkeiten zu beschäftigen. Im Mittelpunkt der laugen Erörterungen stand die umfangreiche Rede des Herrn Oberbürgermeisters Blüher, aus der wir noch folgende Einzelheiten wiederholen möchten: In den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Blüher hieß es:

Der Dresdner Lebensmittelausschuss hat von Beginn seiner Tätigkeit an eine seiner Hauptaufgaben darin erblickt, für die Zeiten der Knappheit ein möglichst großes Lager von Lebensmitteln, insbesondere aber von Trockengemüsen, zu beschaffen. In Verfolg dieser Bestrebungen, die zumal in den ersten Kriegsmontaten nicht immer die volle Zustimmung des Großhandels fanden, sind im Laufe der Zeit folgende Waren angekauft worden: rund 16 500 Zentner Reis, 4800 Zentner Granen, 5100 Zentner Sojabohnen, 3100 Zentner Erbsen, 2400 Zentner weiße Bohnen, 900 Zentner Salz. Die Entwicklung der Verhältnisse hat dem Bestreben des Lebensmittelausschusses nach Schaffung eines größeren Vorrats an Trockengemüsen völlig recht gegeben. Als die Zeit der Lebensmittelknappheit hereinbrach, sah sich die Stadt Dresden in der Lage, ihre erheblichen Trockengemübebestände für die gesamte Bevölkerung — ich betone besonders, für die gesamte Bevölkerung — zur Verfügung zu stellen, ohne, wie andere Städte, die sich kein Lager hergeleitet hatten, sich auf die Verteilung der vom Reiche spärlich zugewiesenen Waren nur an die armen Bevölkerungsschichten beschränken zu müssen. Es ist also unrichtig, wenn der Anschein erweckt wird, als ob es sich um Maßnahmen gehandelt habe, die lediglich für die ärmere Bevölkerung bestimmt gewesen seien. Es ist auch unrichtig, wenn, wie im „Berliner Tageblatt“, davon die Rede ist, daß die Waren namentlich mehr für die ärmere Bevölkerung bestimmt gewesen seien. Auf Grund der Befehlsanweisung vom 26. Mai 1915 wurden durch den Kaufmann Felix Wara, der zu diesem Zwecke vom Räte angenommen worden ist, erst sechs, dann im ganzen acht Trockengemübeverkaufsstellen eingerichtet und mit Verkäuferinnen besetzt. Der Geschäftsverkehr spielte sich dergestalt ab, daß die einzelne Verkaufsstelle eine bestimmte Menge der Waren, deren Verkauf der Lebensmittelausschuss jeweilig beschlossen hatte, in Pfundpaketen zugefahren erhielt, sie mit Hilfe einer die Fuhre begleitenden Packerin des Speichers in ihrem Laden unterbrachte und dort an die Käufer gegen Trockengemübestarten verkaufte. Das einkassierte Geld lieferte sie abendlich — an einigen Stellen auch seltener — an Herrn Wara ab. Die Einrichtungen der Verteilung und des Verkaufes haben im Laufe der Zeit aus wohlverstandenen Zweckmäßigkeitsgründen Veränderungen erfahren. Es sind an den einzelnen Verkaufsstellen Trockengemüse geliefert worden im Werte von 638 731 M. 60 Pfg., und die Differenz, die schließlich nach der Gesamtabrechnung sich ergeben hat, belief sich auf 3730 M. 32 Pfg. Diese Differenz wurde im wesentlichen gegeben einmal durch die beiden Beträge, die das Lebensmittellamt nach den Unterlagen als unrichtig ansetzt — das ist der Fall Weise und ein anderer Fall, der gleichfalls nach der Austragung entgegensteht. Aber auch wenn wir diese beiden Beträge mit hereinnehmen, ergibt sich doch nur ein Manko von 0,85 Prozent; und mir ist gesagt worden, daß auch gut eingerichtete große

Geschäfte der gleichen Branche in Friedenszeiten mit einem Manko von 0,5 Prozent rechnen. Ich meine, wenn eine kriegsmäßige Organisation, aufgebaut unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges, aufgebaut unter Zuhilfenahme von Verkäuferinnen, die in das System noch nicht eingearbeitet waren, die mit ihrem Gehe noch nicht zusammenarbeiteten, wenn ein solches System sich ungeschädigt bewährt, wie in Friedenszeiten eine gut eingerichtete, jahrzehntlang bewährte Organisation, dann ist es unverantwortlich, wenn man das mit skandalösen Zuständen oder mit Unzulänglichkeiten oder mit einem ähnlichen Prädikat belegt. Es bestanden gewisse bestimmte Verkaufszeiten und auch Verkaufsstellen. Es zeigte sich aber, daß diese Stellen dem Ansturm nicht mehr gewachsen waren, als im freien Handel die Gemüse nicht mehr oder nur noch in geringem Umfange zu haben waren, und es zeigte sich, daß das System sich nicht mehr bewährte; und deswegen hat der Vorsitzende des Lebensmittelausschusses, Herr Stadtrat Dr. Krüger, angeregt: wir wollen nun zu einem anderen System übergehen, und das ist Mitte Januar verfügt und am 25. Januar in Kraft gesetzt worden. In dieser Uebergangszeit ist es in umfangreichem Maße vorgekommen, daß Waren abgegeben worden sind außerhalb der Geschäftsstellen und außerhalb der Geschäftszeit. Einzelne Verkäuferinnen haben auch außerhalb der Geschäftszeit verkauft. Aber ich lege ganz besonderen Wert darauf: nach den umfangreichen Bestellungen und Erörterungen, die stattgefunden haben, hat sich nichts ergeben dafür, daß eine Abgabe ohne Marken erfolgt wäre, und unter Bevorzugung der besserbemittelten Stände, sondern die Ausnahmen sind mindestens im gleichen Umfange der minder bemittelten Bevölkerung zugute gekommen.

Zunächst ist vom Speicher und von den Abgaben auf dem Speicher die Rede gewesen. Es ist richtig, daß sich auf dem Speicher eine Reihe von Arbeitern befanden, die geltend machten, daß es ihre Zeit nicht erlaube, sich längere Zeit in die Markthalle zu stellen, und daß sie darum bitten, die Waren am Speicher, wo sie einmal waren, abzunehmen. Meine Herren! Ich möchte den von Ihnen sehen, der da sagte: Nein, das geht nicht, Sie müssen sich an die Markthalle stellen und dann stundenlang warten und die Waren an sich vorbeiziehen lassen.

Es ist bei der Speicherverwaltung immer gegen Marken und Bezahlung und unter Buchung abgegeben worden; an die Speicherearbeiter und am Speicher Bedienstete, Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, an dort bedienstete Zollbeamte niederen Grades, an Packerinnen, die beim Kleinverkauf tätig waren, an Angehörige der im Speicher befindlichen Firmen, sowie Beamte und Schreibmaschinenfräuleins usw. Das gleiche ist auch noch an anderer Stelle erfolgt. So hat zum Beispiel bei der Trockengemübeverkaufsstelle Bünaufstraße die Verkäuferin einen größeren Posten Reis auf Veranlassung der Beamten der Ortskrankenkasse zur Verfügung gestellt. Beamte der Ortskrankenkasse haben sich zusammengekauft, die Marken gesammelt und einen größeren Posten Karten abgegeben und die Ware erhalten. So erklärt es sich, daß es sich nur um wenige Pfunde handelt. Wenn 10 bis 20 Beamte sich zusammenfanden, kam ein wesentlich größerer Posten heraus als sonst. Es ist weiter von der Verkäuferin, die in der Verhandlung vom 26. Februar die Hauptrolle gespielt hat, von der Frau Sprössig, der die Verkaufsstelle in der Markthalle auf dem Antonspolke übertragen war, ein solches Hinausgehen über die gegebenen Bestimmungen vorgekommen worden. Ich will einschalten, daß wir bei der Frau Weise, um die es sich bei der Verhandlung vom letzten Sonnabend handelte, etwas Derartiges nicht festgestellt haben, und daß alle diese Sachen, dieses Hinausgehen über die formalen Vorschriften in keiner Beziehung stehen zu dem Fall Weise, daß in all den Fällen, die ich vorgetragen habe und die ich noch weiter vortragen werde, namentlich bei Frau Sprössig, die Abrechnung mit den Verkäuferinnen absolut in Ordnung geht. Frau Sprössig hat, das möchte ich besonders hervorheben, zunächst aus eigener Initiative nach Möglichkeit den bestehenden Schwierigkeiten in der Abgabe der Trockengemüse und des Reises abzuhelfen gesucht. Sie hat insbesondere über die angegebene Zeit hinaus verkauft, nicht nur bis 12, sondern bis 1 Uhr mittags, abends nicht bis 6, sondern bis 8 Uhr. Sie hat einzelnen Personen, denen sie eine besondere Bedürftigkeit oder Armut nachsah, oder die klagten, daß sie nicht warten könnten, Patete reserviert und gesagt, sie sollten wiederkommen und sie abholen. Einer armen Aufwartungsfrau und Arbeiterfrau mit mehreren Kindern, ihrer Hausmannsfrau, einem Bahnarbeiter, der Nachtdienst hatte, hat sie die bestellte Menge in ihre Wohnung mitgenommen und abholen lassen. Sie hat, als sie Waren aus dem Speicher holte, dort an Arbeiter und Arbeiterinnen einige Pfund Trockengemüse verkauft, weil sie keine Zeit und Gelegenheit gehabt haben, in die Markthalle zu kommen. Sie hat dabei alles ordnungsmäßig erledigt. Und ich wiederhole: die Abrechnung bei ihr stimmt. Sie erwähnt ferner, daß ein Geistlicher von ihr Waren für arme Kinder bezogen habe, daß sie für eine Weihnachtsgabe für arme Kinder außerhalb der

Geschäftszeit und der Geschäftsstelle Waren geliefert habe. Ich möchte fragen: Ging die Verpflichtung zur Einhaltung der Geschäftszeit so weit, daß wir der Frau jetzt einen Vorwurf machen, daß sie in dieser Weise bestrebt war, die bestehenden Schwierigkeiten zu vermindern? (Bravo!) — Ich komme nun zu der Verbindung mit dem Rathaus. Es ist richtig, daß der Geschäftsführer Wara der Frau Sprössig verschiedene Kommissionen in das Rathaus notiert hat. Es sind Privatpersonen genannt, die mir nicht bekannt sind. Eine Weinhandlung ist nicht genannt. Eine Pension ist genannt, die einen kleinen Betrag bekommen hat, und es sind eine Reihe von Mitgliedern der städtischen Kollegen und eine Reihe städtischer Beamter genannt, die auf diese Weise Waren bezogen haben. Das ist so gekommen, daß man hier auf dem Lebensmittellamt von Herrn Wara erfahren hat, es bestehe eine Möglichkeit außerhalb der Geschäftszeit und außerhalb der Geschäftsstelle solche Waren zu bekommen. Es sind Aufträge gesammelt worden und hinübergegeben worden entweder an Herrn Wara oder an Frau Sprössig. Frau Sprössig hat unter Umständen nach Wochen — ich weiß von einem Falle, wo es fünf Wochen gedauert hat — die Waren in ihrer freien Zeit entweder ins Rathaus zum Abholen gebracht und auch, mitunter gegen ein besonderes Entgelt, den einzelnen in ihrer freien Zeit in ihre Wohnung gebracht. Es sind bei den Bestellungen, die aus dem Rathaus herübergegeben worden sind, auch Fälle gewesen, wo solche Sachen zu gemeinnützigen Zwecken geliefert wurden, beispielsweise für Frauen, die arme Familien zu versorgen hatten, oder auch für einige Bezirke der Kriegsorganisation. Ich wiederhole, es ist in diesen Fällen stets so verfahren worden, daß nur gegen Abgabe der Marken ausgehändigt worden ist, selbstverständlich auch gegen Kasse, und ich betreibe auch, daß auf diese Weise jemand mehr bekommen hat, als er bekommen haben würde, wenn er sich an der Verkaufsstelle angehalten hätte.

Bei der Beurteilung dieses Verfahrens bin ich nun auf zwei verschiedene Auffassungen gestoßen. Die einen sagen: Nun, warum hätte man sich denn in der damaligen Zeit an diese formalen Vorschriften so streng halten sollen? Es war doch viel besser, man setzte sich darüber hinweg; man befeitigte die bestehenden Schwierigkeiten dadurch, daß man auch außerhalb der Geschäftszeit und auch außerhalb der Geschäftsstelle Waren abgab. Es ist richtig, daß keinem Menschen ein Schaden dadurch erwachsen ist; es hat niemand etwas erhalten, wozu er nicht berechtigt war; es hat aber auch niemand in den städtischen Verkaufsstellen deswegen weniger erhalten, und ich kann weiter sagen, es ist nach dem Material die Annahme nicht berechtigt, daß jemand in den städtischen Verkaufsstellen etwas später erhalten hat. Es ist mir endlich auch für diese Auffassung angeführt worden: Ja, man hat dadurch doch das Gedränge in den städtischen Verkaufsstellen vermindert. Im Gegensatz zu dieser Auffassung weiß ich, daß auch eine andere Auffassung besteht. Diese andere Auffassung sagt: Selbst wenn Schwierigkeiten dadurch beseitigt werden, wir wollen unter allen Umständen, daß gleichmäßig behandelt wird, daß jeder sich in der Markthalle drängen lassen muß, daß jeder in der Markthalle warten muß, daß eine absolute formale Gleichheit besteht. Die Auffassung, ich konstatiere das, ist also verchieden. Es wird sich für die eine Auffassung manches anführen lassen; es wird sich auch für die andere Auffassung manches anführen lassen. Ich gestehe ganz offen, daß ich zum guten Teil in diesen Sachen, wahrheitsgemäß insbesondere wo es sich um die Abgabe an Arbeiter, auch für gemeinnützige Zwecke handelte, ohne weiteres mitgemacht hätte, und hätte mir hinterher den Vorwurf machen lassen, daß ich unter Umständen nicht ganz mit den Formalien im Einklang gewesen wäre. Ich lasse dahingestellt, welche Meinung die bessere und die richtige ist. Die gegenwärtigen Vorgänge haben gezeigt, daß dieses Verfahren einer verschiedenen Beurteilung unterliegt, und ich werde dafür sorgen, daß, wenn wir wieder in die Lage kommen sollten, einen derartigen Gemübeverkauf oder dergleichen vorzunehmen, daß wir dann eine derartige Ungleichmäßigkeit nicht eintreten lassen. Aber ich muß es ablehnen, deswegen denjenigen Stellen, die mit dem besten Willen und mit einer sehr wohl zu begründenden Auffassung hier vorgegangen sind, hinterher eine Mißbilligung oder eine Rüge oder einen Tadel auszusprechen. Das lehne ich unter allen Umständen ab.

Wenn Sie nun das Ergebnis dieser Feststellungen überblicken, was bleibt übrig? Was bleibt übrig von diesem Artikel der „Volkszeitung“, überschrieben: Skandalöse Zustände im Dresdner Lebensmittelausschuss? In weltlich-avancer und großzügiger Weise ist vorgesorgt worden zu einer Zeit, wo man in anderen Städten noch gar nicht daran dachte. Wohin ich auch gehört habe, überall an städtischen und staatlichen Stellen hat man die volle Anerkennung über die Tätigkeit unseres städtischen Lebensmittellamtes ausgesprochen. Ich möchte sagen, Tag für Tag bekommen wir von anderen Städten und bekommen wir von staatlichen Stellen in- und außerhalb Sachsens schriftliche und telegraphische Anfragen mit der Bitte um Auskunft, wie unsere Einrichtungen hier geordnet sind. Meine Herren, wir haben

8./X. 1916

Ernährungsaufgaben des Reiches und der Bundesstaaten.

(Unterredung mit dem bayerischen Staatsminister des Innern Frhrn. v. Soden-Fraunhofen.)

Mit der Einführung der Reichsfleischkarte ist ein weiterer Schritt zur einheitlichen Regelung der Versorgungsverhältnisse des deutschen Volkes getan worden. Die Ernteergebnisse des dritten Kriegssommers liegen schon vor, die Viehzählungen haben stattgefunden. Die leitenden Männer sind also wohl instande, zu übersehen, ob und wie wir für den dritten Kriegswinter eingedeckt sind. Ich wandte mich daher an eine der führenden süddeutschen Persönlichkeiten in der Lebensmittelfrage, an den bayerischen Staatsminister des Innern, Erzellenz Freiherrn v. Soden-Fraunhofen mit der Bitte, mir über die wichtigsten Lebensmittel- und Ernährungsfragen eine Unterredung zu gewähren.

Die Unterredung ging von der Frage aus: Welche Kriegsernährungsmassnahmen sind bis heute zu verzeichnen? Wie haben sie sich bewährt? Die mir auf diese Frage erteilte Antwort läßt sich dahin zusammenfassen:

„Es ist nicht möglich, gleichsam im Handumdrehen alles das anzuführen, was in zwei Kriegsjahren in der Ernährungsfrage verordnet wurde. Zwei Punkte sind im Auge zu behalten:

- 1) Die Massnahmen der bundesstaatlichen Regierungen.
- 2) Die Massnahmen des Kriegsernährungsamtes.

Mit der Einrichtung des Kriegsernährungsamtes und der Berufung des Lebensmittelorganisationsrats hatte das eigene Vorgehen der bundesstaatlichen Verwaltungen in Punkto Ernährung bis zu einem gewissen Grade sein Ende erreicht, die Funktionen und damit auch die Verantwortung waren auf dieses neu geschaffene Amt übergegangen. Es ist eine einfache Feststellung von Tatsachen, wenn betont wird, daß bei Einrichtung des Reichsernährungsamtes Bayern in vielem voran war. Bayern hatte schon vorbildliche Massnahmen getroffen, die vom Reich nur übernommen zu werden brauchten. Die Fleischkarte wurde zuerst in Bayern eingeführt. Voraus war Bayern ferner mit der Regelung des Milchverkehrs und der Molkereierzeugnisse. Längst sind Milch-, Butterkarten in jenen Städten eingeführt worden, die von der Butterzentrale aus beliefert werden.

Nach dieser Einleitung ergab sich die zweite Frage: Was mußte Bayern bis jetzt während des Krieges an das Reich abliefern? Mit anderen Worten: Welchen Umfang nehmen

die Lebensmittellieferungen Bayerns an das Reich

ein?

„Die bayerische Regierung steht,“ so betonte der Minister, „auf dem Standpunkte: Gleiches Maß für alle! Ein gegenseitiges Ausspielen zwischen Nord und Süd ist in diesen Zeiten bedauerlicher denn je. Nord und Süd gehören zusammen und müssen zusammen die Erscheinungen, die ein so schwerer Krieg naturnotwendig im Gefolge hat, hinnehmen und auf gleichen Schultern tragen. Dies mit nachdrücklichster Betonung vorausgeschickt, muß trotzdem gesagt werden: Wir in Bayern wollen zwar nicht mehr haben als die anderen, müssen aber darauf dringen, daß wir zunächst an unsere Ernährung zu denken haben. Das, was uns nach dem allgemeinen Reichsverteilungsplane an Ueberschuß bleibt, haben wir bisher bereitwilligst an das Reich abgetreten und werden es auch in Zukunft weiter so halten. Bayern muß seine An gelegenheiten aber selbst ordnen. Denn die Verhältnisse und Lebensgewohnheiten wie Lebensbedingungen, sind ja nicht überall die gleichen, sind im Norden andere wie im Süden. Es geht einmal bei einem Körper von siebenzig Millionen Gliedern nicht an, die Ernährung dieses Riesenkörpers von einer Zentralfstelle aus über einen Leisten schlagen zu wollen.“

Am gründlichsten ist die einheitliche Regelung auf dem Gebiete der

Brotgetreide- und Mehloversorgung

durchgeführt. Bayern hat da von Anfang an mit Zustimmung der Reichsgetreidestelle eine selbständige Regelung, die etwa dahin zu charakterisieren ist: Dezentralisation an Stelle der Zentralisation! Die Reichsgetreidestelle ist in gewissem Sinne ein einziges großes Getreidemehlgeschäft für das ganze Reich. Von dieser Zentralfstelle aus sollten alle Gemeindeverbände versorgt werden. Das ist ein Riesenapparat mit einer Riesenarbeit. Wir in Bayern haben uns auf den Standpunkt gestellt: Jeder Gemeindeverband soll das Geschäft für sich machen, soll das Getreide in seinem Bezirke aufkaufen und es nach den Weisungen der bayerischen Landesvermittlungsstelle verteilen, den Ueberschuß an jene Gemeindeverbände abliefern, die nach dem allgemeinen Reichsverteilungsplane von sich aus zu wenig haben. Was im Gesamten

stadt und dieses Vordringens sind auch bei dem rumänischen Nordkorps im Raum von Szelety—Udvarhely bereits deutlich zu spüren. In den Kämpfen bei Sarlang sind 43 Geschütze in unserer Hand geblieben. Auch die blutigen Verluste des Gegners und sofortige Gegenangriffe haben den Erfolg gehabt, den Feind zur Räumung des Grubengebiets zu veranlassen, so sehr ihm an dessen Besitz, von der Pash-Strasse selbst ganz abgesehen, offenbar gelegen ist. Die wichtigeren Gruben sind unverfehrt. Als Maßstab für die Marschleistung unserer Truppen in den Kämpfen an der Alt hebe ich hervor, daß bestimmte Einheiten auf ihrem Vormarsch von Pohlaka bei Beginn der Schlacht von Hermannstadt bis zu ihrem Eingreifen in die Kämpfe westlich des Geisterwaldes in rund 5 Tagen an 150 Km. bei ununterbrochenen Gefechten zurückgelegt haben.

Adolf Zimmermann, Kriegsberichterstatter.

Möglichkeiten gegeben sind, dazu kommen, einen Teil der Frischmilch nur noch als Magermilch zu geben, um gleichzeitig durch Abrahmung mehr Fett zu gewinnen. Man wird ohne Zweifel auch dazu übergehen, die Herstellung von Fettkäsesorten noch weiter einzuschränken, alles Massnahmen, die geschehen, um den Städten die nötige Milch zuzuführen und doch gleichzeitig mehr konsistentes Fett zu gewinnen.

Vielleicht wird man auch zur Rationierung des Käses durch Käsearten noch kommen müssen.

Gehen wir nun zur Fleischversorgung in den nächsten Monaten über, so handelt es sich vorwiegend darum, die Anlieferungen an die Kommunalverbände auf jene Höhe zu bringen, daß die Reichsfleischkarte von 250 Gramm pro Woche nicht eine Sperrkarte bleibt, sondern eine Garantiekarte darstellt. Die letzten Viehzählungsergebnisse sind günstig ausgefallen. Eine Verringerung der jetzigen Fleischkarte wird daher wohl nicht vorzunehmen sein.

Wohl der wunde Punkt ist

die Eierversorgung.

Solange die Einfuhr ausbleibt, sie betrug im Jahre 1913 34 Stück pro Jahr auf den Kopf der Bevölkerung, und solange wir nicht die Möglichkeit besitzen, unsere Hennen zu einer auch im Winter vermehrten Vegetabilität bei vermindertem Futter zu bewegen, so lange werden wir uns mit der fühlbaren Eierknappheit abfinden müssen. Die Ausichten für die Eierbeschaffung sind für die nächste Zeit nicht rosig. Wir können nur insofern einigermaßen ausbessern, als wir eine straffe Eiereinsammelorganisation im ganzen Lande ein- und durchzuführen. Alles, was auf dem Lande produziert und dort nicht benötigt wird, muß restlos in die Städte hereingebracht werden. Das gilt auch für die Butter. In Bayern sind bereits die Bezirksamter angewiesen, daß alle Auktäuser und Auktäuserinnen an Butter und Eiern das, was sie in diesen Nahrungsmitteln bei den Bauern aufreiben können, einzusammeln haben; besonders erfolgreiche Sammeltätigkeit wird mit Prämien belohnt. Nachweislich verschuldete Erfolglosigkeit kann die Entziehung der Auktäuserkonzession als Bestrafung zur Folge haben. Die Prämienansetzung ist lediglich im Interesse der Versorgung der Städte geschehen. Die weiteren Massnahmen bestehen darin: Den Geflügelbestand durchzuhalten, was natürlich nur durch Zuteilung von Futter möglich ist. Das ist keine leichte Aufgabe, da uns jegliche Auslandsfuttermittel abgehen. Bayern muß sich damit trösten, daß die Eiernot überall herrscht. Sie hat dazu geführt, daß die Reichseierstelle angeordnet hat, daß jetzt für drei Wochen nur noch zwei Eier gegeben werden dürfen. Wenn der Reichseierverteilungsplan aufgestellt wird, der mit Beginn der neuen Legeperiode wohl oder übel kommen muß, dann wird Bayern zu den Eierüberschußgebieten gehören und wird noch Eier abzuliefern haben. Dann ist auch die Zeit für die Reichseierkarte gekommen.“

J. M. J.

Lebensmitteldiktatur.

Das Lebensmittelamt des Grafen Stephan Tisza soll trotz erheblicher Geburtswehen über kurz oder lang denn doch zum Leben erwachen. Der Ministerpräsident hat es indessen nicht eilig. Er organisiert. So etwas dauert aber bei uns hierzulande lange, denn gut Ding braucht bekanntlich Weile. Seitdem das Projekt einer Lebensmitteldiktatur hier zuerst aufgetaucht ist, sind viele Wochen verflossen und noch immer ist man nicht über den Anfang des Anfangs hinausgekommen. Die Beamten der Ministerien des Innern, des Handels und des Ackerbaus, die sich auch bisher mit den Verpflegungsfragen beschäftigt haben, seien — heißt es — bereits für das neue Amt designiert, doch fehle noch immer der Chef. Aber warum fehlt er noch immer? Warum kann die Regierung über diese Personalfrage nicht hinwegkommen, da es sich doch um die Lösung so überaus dringender Aufgaben handelt, die keinerlei Ausschub vertragen? Die Beamten der Ministerien, die sich auch bisher mit den Verpflegungsfragen beschäftigt haben, auch im neuen Lebensmittelamt zu wissen, ist für die Betroffenen gewiß beruhigend. Aber das Publikum möchte hier doch eher andere, neue Menschen an der Arbeit sehen, solche, die vielleicht noch nicht den Beweis der Unfähigkeit erbracht haben und effektiv etwas zu leisten verstehen. Daß die Regierung bisher nichts Besseres in dieser Frage zustande bringen konnte als die Ueberführung eines Beamtenetats aus dem einen Bureau in das andere, eröffnet nicht viel Ausichten auf eine großangelegte Lösung der Lebensmittelfrage. Wenn die Sachen in diesem Stil und in diesem Tempo weitergehen, so wird dieses so oft enttäuschte, arg heimgesuchte Land wohl um eine neue Enttäuschung reicher sein, aber von einer Verbesserung der Verpflegungsmöglichkeiten wird es noch lange nichts zu spüren bekommen.

Was wir brauchen, dringend brauchen, das ist ein Mann und nicht ein Amt. Und wir brauchen einen ganzen Mann und nicht einen halben. Einen, der nicht nur das volle Gewicht seiner Persönlichkeit und seines Könnens einsetzt, sondern auch den für die zu bewältigenden außerordentlichen Aufgaben speziell erweiterten Wirkungskreis eingeräumt erhält. Das heißt: wir brauchen einen besonders begabten, tüchtigen, energischen Diktator für die Erledigung der Lebensmittelfrage, ausgestattet mit den weitestgehenden Befugnissen und Rechtswirksamkeiten, unabhängig von Regierung und Kapital und einzig und allein dazu erkoren, um in dem wirtschaftlichen Krieg die Einzelnen und die Gesellschaft gegen die Aushungerungstaktik der äußeren und den Aushungerungswucher der inneren Feinde zu beschützen. Diese Aufgabe ist beiseite nicht die eines Bureaukraten. Mit wahrhaft revolutionärem Geist wird der erwählte Mann an die große Arbeit eines Riesenkehrhaus herangehen müssen, um den scheußlichen Augiasstall zu säubern, den zweiundeinhalb Jahre der Kriegslieferungs-, der Bucher- und Kartellbetriebe verunreinigt haben. Dazu ist nicht bloß Klugheit, Kraft und Energie, sondern auch eine nicht gewöhnliche Machtfülle und eine absolute Unabhängigkeit nach allen Seiten hin notwendig. Damit muß diese Stellung mit festen Wällen umgeben und ausgestattet sein, soll von

Post.

reich-Ungarns.

Bezugspreise:

Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich K 8.90
 vierteljährlich 11.50
 halbjährlich 23.—

Für Oesterreich-Ungarn:

monatlich K 4.60
 vierteljährlich 13.50
 halbjährlich 27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärtig:

monatlich K 3.90
 vierteljährlich 11.50
 halbjährlich 23.—

Für Deutschland:

vierteljährlich Kreuzbandsendung K 15.—

und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereins: vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—

und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

916

XXIII. Jahrgang

Uidsiebenbürgen.

id in Osttirol abgeprallt.

Lacht in Frankreich.

Am den häuslichen Herd.

Wien, am 7. Oktober.

Die letzten Tage der großstädtischen Marktversorgung waren voll Schwierigkeiten. Zuerst setzten die Kartoffelzufuhren aus, gleichzeitig zeigte sich Knappheit in Mehl und Zucker, die reichliche Pflaumenernte war wie vom Erdboden verschluckt. Inzwischen haben die reichlichen Kartoffelzufuhren bereits begonnen; jeden Tag gelangten diese Woche schon mehr Kartoffeln auf den Wiener Markt, als der Normalbedarf begehrt, heute allein wurden 42 Waggon Kartoffel den Märkten, 35 den Kleinvertriebsstellen zugeführt, aber die Nachfrage saugt das Warenangebot auf wie trockene Erde den Regen und es wird einige Tage brauchen, bis der Marktbedarf gesättigt worden ist.

In der beengenden Unruhe dieser Woche sind verschiedene Pläne und Vorschläge entstanden, die mit mehr oder weniger radikalen Mitteln in die Lebensmittelversorgung eingreifen wollen. Der weitestgehende dieser Anträge, der von Industriellen vorgebracht wird, geht darauf hinaus, in einer größeren Anzahl von Fabriken für alle Angestellten und ihre Familien die gemeinsame Ausspeisung durchzuführen. Nach den bisherigen Meldungen würde sich diese Massenauspeisung in den Industriebetrieben auf mindestens 100.000 Personen erstrecken, und sobald einmal der Anfang gemacht ist, wird diese Einrichtung unzweifelhaft von Fabrik zu Fabrik sich fortsetzen, so daß man bald mit der Auspeisung der übergroßen Mehrheit der industriellen Arbeiterschaft und ihrer Familien wird rechnen müssen. Denn das Beispiel ist verlockend, die Abschüttelung der harten Pflichten des Eigenhaushaltes unzweifelhaft angenehm, die Versorgung scheinbar sicherer, weil sie auf die starken Schultern der Großunternehmer abgewälzt wird.

Wir stehen vor einem sehr ernsten Problem. Hart drückt des Lebens Notdurst auf das Volk. Die unmenschliche Hungergeißel der Feinde bezwingt uns nicht, aber sie trifft. Die Familienmutter, wenn sie an ihrem Tisch nur für drei, vier Esser zu sorgen hat, tut sich schwer, und wenn sie gar selber in die Arbeit muß und nicht mit Anstellen das Nötigste aufreiben kann, dann ist die Lage eines solchen Haushaltes bittertraurig. Das trifft heute nicht nur einzelne Stände, sondern ganze Bevölkerungsklassen. Daß da Abhilfe geschehen muß, darüber kann es keine Debatte geben, es ist nur die Frage, ob die Einführung der Arbeiterfamilienauspeisung in den Fabriken das richtige Mittel ist. Würde die Unmöglichkeit, auf andere Weise die Bevölkerung ausreichend zu ernähren, den einheitlichen Mittagstisch gebieten, dann müßte man die allgemeine Massenauspeisung annehmen, denn um uns gegen den politischen und wirtschaftlichen Vernichtungsangriff der Feinde zu schützen, muß uns jede zieldienende Anstrengung recht sein. Also wenn dieses Gebot bestünde, dann allerdings dürfte dieses strenge und alle bisherigen Formen des Verkehrs und des Familienlebens umkrempelnde und stürzende Gesetz, diese zwangsweise Aufhebung des häuslichen Herdes, nicht nur einzelne Klassen der städtischen Bevölkerung treffen, dann müßte, wenn schon die äußerste Sparsamkeit zeitweilige Verzicht auf solcher sozialer und ethischer Bedeutung vorschreibt, der einheitliche Mittagstisch, die gemeinsame Auspeisung für alle Großstädter ohne

allgemein vermigt werden. Dem Obersten wurde vom König das Kommandeurkreuz des Schwertordens erster Klasse verliehen. Der König von Dänemark hat dem Obersten das Kommandeurkreuz des Dannebrogordens zweiter Klasse verliehen.

Rückkehr kriegsinvalider Offiziere.

In Sagnis kamen kürzlich folgende austauschinvaliden Offiziere auf der Durchreise in die Heimat an: Hauptmann Aurel Bakala des Infanterieregiments Nr. 5, Leutnant Saszlo Mathi des Infanterieregiments Nr. 85, Leutnant Friedrich Paraso des Honvedinfanterieregiments Nr. 31 und Fähnrich Franz Erdina des Landwehrinfanterieregiments Nr. 12.

Die Welt der Surrogate.

Die bekannte Absperrungspolitik unserer Feinde, welche die Einfuhr wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel einschränkt und zum Teil unmöglich macht, die gesteigerten Bedürfnisse während des Krieges, bedingt durch den gewaltigen Verbrauch des Meeres, endlich die Vorsorge der Bevölkerung für einen längeren Zeitraum haben einen Mangel an gewissen Stoffen, die zur Lebensführung unentbehrlich sind, hervorgerufen und die Nachfrage sowie die Preise für dieselben ganz enorm gesteigert. Der Erfindergeist wurde gerade während des Krieges mächtig angeregt, und auf allen Gebieten ist man bemüht, die fehlenden Produkte durch gleichwertige oder ähnliche Stoffe zu ersetzen. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß heute für fast alle Handelsartikel, deren Verbrauch gestiegen oder deren Beschaffung aus irgendeinem Grund nicht gut möglich ist, Ersatzstoffe erzeugt werden, die freilich sehr oft nur den äußeren Schein des echten Produktes zeigen und auf Täuschung und Ausbeutung des Publikums hinarbeiten. Bei aller Wertschätzung vernünftiger Bestrebungen zur Schaffung billiger Ersatzstoffe muß doch gegen eine sinnlose Vergeudung von noch verwertbaren Stoffen zur Erzeugung schlechter Ersatzmittel Stellung genommen werden.

Der auf allen Gebieten herrschende Konkurrenzkampf hat es mit sich gebracht, daß man schon in frühester Zeit versuchte, alle möglichen Handelsprodukte entweder mit billigen Substanzen zu vermischen — wie man heute sagt, zu „strecken“ — oder dort, wo das gesuchte Material überhaupt nur schwer zu erlangen war, durch nachgemachte billige und leicht zu beschaffende Stoffe zu ersetzen. Es entwickelte sich die Industrie der Surrogate. Fast jeder Handelsartikel hat bereits sein Surrogat, und nicht nur Lebensmittel, sondern Artikel des täglichen Bedarfs, der Industrie und Gewerbe werden durch billige, ähnlich aussehende Kunstprodukte ersetzt. Es sei gleich hier hervorgehoben, daß sich die chemische Wissenschaft mit der Erzeugung derartiger Ersatzstoffe durchaus nicht begnügt. Sie ist schon seit langem bemüht, die chemische Zusammensetzung von Naturprodukten, die einen großen Handelswert besitzen, zu erforschen und den Aufbau dieser Naturprodukte aus ihren Bestandteilen zu ermöglichen. Diese synthetisch erzeugten Stoffe sind dann nicht mehr bloße Nachahmungen, sondern wirkliche Nachbildungen, welche das auf umständlichen Wegen gewonnene Naturprodukt sogar an Reinheit und Brauchbarkeit überreffen.

Doppelte Vorsicht erscheint nun gegenüber jener Gruppe von Ersatzstoffen geboten, die als „Kriegserfindungen“ täglich neu auftauchen und sich unter allen möglichen Anpreisungen und Bezeichnungen dem konsumierenden Publikum als vollwertige Ersatzmittel aufdrängen. Speziell auf dem Gebiete der Lebensmittel kommen Zeugnisse auf den Markt, die mitunter gemeingefährlich sind und daher mit aller Entschiedenheit betämpft werden müssen. Gerade jetzt, da die Fettkarte auch bei uns eingeführt wurde, dürfte es nicht überflüssig erscheinen, auf jene Erfindungen hinzuweisen, welche in Deutschland auf dem Gebiete der Streckung der Fettvorräte gemacht wurden, und die Ersatzmittel für Butter und Fett etwas näher zu beleuchten. Die besten Ersatzmittel für die echte Kuhbutter sind Margarine und Kokosbutter. Da jedoch alle tierischen und pflanzlichen Fette sehr knapp geworden sind, war man bemüht, die Butter zu strecken, und vielfach wurden Mittel empfohlen, welche eine Verbilligung der Butter durch Streckung derselben bezwecken. Die meisten dieser Mittel sind jedoch ganz wertlos, sie vermehren das Volumen der Butter, vermindern aber den Fettgehalt und somit den Nährwert derselben.

Die Untersuchung eines sogenannten „Butterersatzes“ ergab, daß es sich um ein Gemenge verdorbener Butter mit großen Mengen Wasser handelte. Der Wassergehalt betrug 63-95 Prozent, und wurde diese hohe Beimengung dadurch erreicht, daß sie in Form von Stärkekleister zugemischt war. Die „Butter“ war also ein Gemisch von etwa $\frac{1}{4}$ Butter mit $\frac{3}{4}$ Kartoffelstärkekleister, Profitt Maßlosigkeit!

Gesellschaftliche Bewirtschaftung oder freier Marktverkehr?

Von Amtsgerichtsrat Dr. Herz (Harburg-Hannover).

Die Organisierung der Lebensmittelversorgung war nötig, da die Aufrufe an die Bevölkerung zur Selbstbeschränkung nichts fruchteten; sie ist aber den Behörden nicht restlos gelungen. Die Schwierigkeiten, die sich vor diese in Friedenszeiten nicht vorbereitete, ja nicht einmal durchdachte Aufgabe aufstürzten, sind ungeheuer. Zunächst kann der Staat nur die Preise regeln und die Waren verteilen; er hat keine Gewalt über die Erzeugung selbst. Eine Reglementierung der landwirtschaftlichen Produktion ist, wenn überhaupt möglich, zurzeit jedenfalls nicht denkbar. Sie setzt einen genialen Diktator und einen nicht vorhandenen Stab ausgebildeter Beamten voraus, der sich nicht schnell heranzubilden läßt, zumal die auf das notwendige eingeschränkte Zahl der staatlichen und städtischen Beamten schon jetzt die Last der neuen Aufgaben nur mit Anstrengung der äußersten Kraft bewältigen kann. Der einzige Versuch, der gemacht wurde, den Zuckeranbau zugunsten des Weizenanbaues zu beschränken, ist ein Fehlgriff gewesen.

Die Festsetzung von Höchstpreisen genügt nicht; mit dieser Festsetzung verschwindet, wie die Erfahrung lehrt, die Ware vom Markt; sie sucht lohnendere Verwertung. Fleisch wird Wurst, Milch wird verbuttert, Obst und Gemüse wandern in die Konservenbüchsen, Roggen und Kartoffeln werden verfüttert. Das kann nur durch ein lückenloses, in seinen Gliedern wohl gegeneinander abgewogenes Netz von Höchstpreisen verhindert werden. Das ist praktisch nicht unmöglich; der deutsche Rolltarif mit seinen 946 Nummern ist ein Beweis, daß man das Wertverhältnis der einzelnen sich vom Urprodukt immer weiter entfernenden Erzeugnisse ausbalancieren kann. Die Lösung kann aber nicht improvisiert werden. Bleibt die Beschlagnahme oder die Verstrickung der durch Höchstpreise gefesselten Waren. Das geht wohl auch im weiteren Maße, als man ursprünglich glaubte. Als ich beim Beginn des Krieges die Beschlagnahme sämtlicher im Handel und beim Erzeuger vorhandenen Futtermittel und im Herbst vorigen Jahres die Beschlagnahme der für die menschliche Ernährung erforderlichen Kartoffeln forderte, hieß es, das sei unmöglich. Das erste ist leider verabsäumt worden; die Kartoffeln hat man dann im Frühjahr doch beschlagnahmen müssen und können. Wie aber soll man zum Beispiel Eier und Milch, wie das Bild beschlagnahmen?

Eine weitere Schwierigkeit: die Höchstpreise sollen den Verbraucher vor Auswucherung schützen, den Erzeuger aber trotzdem zur Produktion anreizen, denn ohne Profit raucht auch im Kriege kein Schornstein. Wie schwer es ist, den richtigen Mittelweg zu finden, weiß jeder, der die vergeblichen Bemühungen der Wissenschaft zur Feststellung der Merkmale eines „gerechten Preises“ verfolgt hat.

Die gleichmäßige Verteilung der Waren, die nur in unzureichender Menge vorhanden sind! Der schwerfällige bürokratische Mechanismus kann das schmiegsame, anpassungsfähigere Händlerium nie ganz erleben. Die Verteilung geht — verhältnismäßig — leicht bei vertretbaren Waren, wie Getreide, Kartoffeln, schon schwerer bei Waren, deren Zuführen ungleichmäßig sein müssen, wie bei Eiern, Milch. Sie wird um so schwerer, je mehr sich die Erzeugnisse durch Entfernung vom Urprodukt unterschiedlich bewerten, wie zum Beispiel beim Fleisch. Es geht aber auch dort, wie die vorbildliche Regelung zum Beispiel in Bayern zeigt, die auch das Vorbild für die im Oktober eingeführte Reichsfleischkarte abgegeben hat. Bleiben die landwirtschaftlichen Selbstversorger. Dem kleinen Bauern — nicht dem kapitalistisch arbeitenden Großgrundbesitzer — muß eine größere Menge des von ihm selbst erzeugten Fleisches belassen werden, wenn seiner Frau die schwere Mühe der Schweinemast nicht unlohnend erscheinen soll. Das verärgert den Städter, ist aber nötig und keineswegs ungerecht.

Mit der Verteilung der Waren allein ist es nicht getan, sie müssen noch zugemessen werden. Das ist ein Divisionsexempel dort, wo, wie beim Getreide, bei Kartoffeln, der Vorrat bald nach der Ernte festzustellen ist; zur Not läßt sich auch der Mundanteil für Fleisch schätzen, da Viehzählungen in regelmäßiger Wiederkehr eine Grundlage geben. Die Rationierung begegnet dort großen Schwierigkeiten, wo die Verteilung täglich schwankender Zufuhren, wie bei Eiern, Milch, erfolgen muß.

Nach der Verbrauchsbeschränkung bestimmter Dinge sucht der Konsum Erjaß. Das Begehren steigert natürlich die Preise anderer Lebensmittel, bis auch dort der Antriebe durch Höchstpreise gehindert wird. Und dann beginnt das Trauerspiel von neuem: Höchstpreise, Verschwinden der Ware, Verstrickung, Rationierung. Man sieht, die Klippen, durch die eine gesellschaftliche Bewirtschaftung hindurch geklettert werden muß, sind zahllos.

Die Behauptung, daß die Organisationsversuche mißglückt seien, ist falsch. Es ist sehr viel geleistet worden, namentlich wenn man bedenkt, welche Widerstände einflussreicher Interessentengruppen, partikularistischer Wahlen und landwirtschaftlicher Willeien bei jedem Schritt zu überwinden waren. Es kann aber andererseits nicht verschwiegen werden — und wird gerade von den verantwortlichen Stellen am wenigsten geleugnet —, daß schwere Fehler gemacht worden sind. Man ist leider nicht aller Gegenströmungen Herr geworden, man hat in der Annahme, daß der Krieg nicht allzu lang dauern könne, zu spät mit der Regelung angefangen und ist auch dann nur zögernd

vorgegangen; die Regelungen kamen meist erst nach wilden Preistreibern, so daß die dann festgesetzten Höchstpreise meist viel zu hoch wurden. Das ist erklärlich. Das ganze System der gesellschaftlichen Bewirtschaftung bedeutet eine Revolutionierung des wirtschaftlichen Denkens, das auf den Segen und die Unentbehrlichkeit des freien Spiels der Kräfte eingestellt war, ein Umdenken, das bei vielen durch die Ehen vor dem Staatssozialismus noch gebremst worden ist. Daher ist es zu begreifen, daß die Tendenz jeder Höchstpreisfestsetzung: der Preis soll die Erzeugungskosten, ohne Rücksicht auf die Kriegskonjunktur, nur angemessen übersteigen, ganz rein eigentlich nur bei der Regelung in der Textilindustrie und in der Bundesratsverordnung gegen den Kriegswucher zum Ausdruck gekommen ist, daß aber bei den übrigen Regelungen einer der Faktoren der Preisbildung im freien Marktverkehr, die Seltenheit der Ware, einmal mehr, einmal weniger mitgesprochen hat. Hierdurch ist auch der Grundirrtum im Preisbystem zu erklären: die Verschiebung des Preisverhältnisses zwischen dem ausreichend vorhandenen Brotgetreide und dem unzureichend erzeugten Futtergetreide. Das Verhältnis zwischen Roggenpreis und Futtergerstpreis war in den letzten Friedenszeiten wie 174:160, wurde aber bis zur diesjährigen Ernte wie 220:300 festgesetzt. Dadurch wird nicht nur die Schweißarbeit verteuert, sondern auch das natürliche Wertverhältnis zwischen Ernährungswerten und Futterwerten verschoben, eine Entwertung, die zur Verfütterung von Roggen und Kartoffeln verführt und wiederum zur Verteuerung der Kartoffeln genötigt hat, deren Preise zunächst im Interesse der Volksernährung niedrig berechnet waren, dann aber hinaufgesetzt werden mußten, eine Maßregel, die Verunsicherung auf dem Lande, Mißstimmung in den Städten hervorgerufen mußte.

Infolge der Mängel in unserer Lebensmittelverteilung ist in vielen Kreisen erwogen und besprochen worden, ob die gesellschaftliche Bewirtschaftung nicht überhaupt von Uebel sei, Erörterungen, bei denen allerdings nicht selten vergessen wird, daß auch die beste Organisation nicht mehr verteilen kann als da ist, und daß für den letzten Grund der Uebelstände Sir Edward Grey, nicht Herr v. Batocki verantwortlich gemacht werden muß. Zu die Deffentlichkeit getragen sind diese Angriffe gegen das System und die Forderung auf Wiedereröffnung des freien Markt- und Handelsverkehrs gerade aus jenen Kreisen heraus, die sich früher als Gegner des Zwischenhandels, Anhänger großindustrieller Ordnung durch ein den heftigen Zuständen vielfach entprechendes Netz von Einkaufs- und Verkaufsinstituten bekannt haben, die ihr schutzöllnerisches Ideal, das Monopol der Versorgung des Inlandsmarktes, erfüllt sehen und deren politische Weltanschauung die Atomisierung ablehnte.

Daß jene dogmatisch freihändlerischen Ideen gerade von dieser Seite geäußert werden, die sonst von „edem Manchesterium“ und von dem „unproduktiven, verteuernenden, parasitären Zwischenhandel“ redete, entbehrt einer gewissen Pikanterie nicht, ist aber psychologisch erklärlich. Zunächst wird dort, wo man bisher verlangt und erreicht hatte, verächtliches Kind der Wirtschaftspolitik zu sein, eine Stauung privatwirtschaftlicher Ungebundenheit, der auch gewerbliche Erzeuger sich beugen müssen, doppelt hart empfunden, sodann aber, und das dürfte das Entscheidende sein, haben sich landwirtschaftliche Kreise so in die Mission eingelebt, daß die deutsche Landwirtschaft die Bevölkerung fast restlos ernähren könne, daß sie die Ursache der fühlbaren Fehlbeträge der Binnenerzeugung nicht in den natürlichen Ursachen suchen, sondern Fehler des Systems zu finden hoffen.

Selbsterständlich ist die Frage, die zurzeit nicht lautet, kann der Staat in gewöhnlichen Zeitläuften die Preise bilden und die Waren verteilen, sondern: ist unter dem außergewöhnlichen Kriegszustand eine Regelung der Marktverhältnisse nützlich und nötig, keine politische, wobei unerörtert bleiben muß, welche politischen Unterströmungen bei den Angriffen gegen das System mitreiben.

Die Anhänger des freien Marktverkehrs behaupten, daß durch die Regelung die Erzeugung eingeschränkt werde, eine verarbeitete Erzeugung würde stärkeres Angebot und damit billigere und reichlichere Ernährung bedeuten. Es hieße die Landwirte beleidigen, wenn man glauben würde, daß die jetzt erzielten Preise, die den Ersparungen des Betriebes und der Erhöhung der Produktionskosten reichlich Rechnung tragen, ihnen immer noch nicht hoch genug seien, um die Produktion auf die höchste Möglichkeit zu steigern, oder daß die Verärgerung über behördliche Angriffe sie zu einer Art stillen Widerstandes verleiten könnte.

In Wirklichkeit ist während der Dauer des Krieges eine zu Buch schlagende Vermehrung jener landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht zu erzielen, an denen wir jetzt Mangel leiden. Das beweist auch nur ein oberflächlicher Blick auf die Ziffern der Einfuhrstatistik.

Liegen die Verhältnisse so, was würde die Folge eines freien Marktverkehrs sein? Unzureichendes, durch spekulative Zurückhaltung und Ringbildungen sowie durch den Grenzungen für den Erzeuger noch beschränktes Angebot auf der einen Seite, auf der anderen Seite stürmische Nachfrage, deren Dringlichkeit die Preise immer weiter treiben muß. Gätte man, wenn diese Gefahr nicht bestände, ein Kriegsernährungsamt einrichten müssen?

Wir brauchen gar nicht an die Zeiten der Kontinentalperre zu denken, in denen in England die Tonne Weizen durchschnittlich 435 Mark kostete, zeitweise bis auf 700 Mark stieg. Wir haben es auch jetzt erlebt, zuerst beim Getreide, dann beim Reis, bei der Butter, beim Fleisch, zuletzt noch bei Obst und Gemüse, nicht weniger aber auch beim Vieh, bei den im freien Handel noch erhältlichen Futtermitteln, beim Leder, bei den Erzeugnissen des Stahlwerkverbandes usw. Wir haben aber auch

gesehen, wieviel Hausfrauen eingehamstert haben, und wer auf das Land kommt oder nur in den Auktionen der Ueberflusgebiete gewesen ist, konnte beobachten, welche Phantasiereise von wohlhabenden Städtern abboten wurden. Die Preise durch den freien Wettbewerb sich bilden lassen, hieße den Erzeugern übermäßige Gewinne zuschanzen, einer Sicht von Wohlhabenden, die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung klein, aber groß genug ist, um die Vorräte an Eiern, Milch, Fleisch, Fett auch bei einer kleinen Mehrerzeugung aufzunehmen, gestatten, ihre Ernährungs-, richtiger Ueberernährungsgewohnheiten auch in Kriegszeiten zu befriedigen, die große Menge der Bevölkerung aber in eine Notlage bringen, die sie nicht ertragen kann noch will. Also nicht Wiedereröffnung des freien Marktes, sondern verbesserte Regelung der Preise, die auch nicht den Anschein erwecken darf, daß die großen Erzeuger und wohlhabenden Verbraucher begünstigt werden und daß Großstädter und Industriezentren Stiefkinder der Gesetzgebung seien.

Lebensmitteldiktatur ?

— Ein Kriegsbrief aus dem Hinterlande. —

Verehrter Herr Redakteur! Der „W. Grenzboten“ befaßte sich vor ungefähr zwei Wochen mit einer Rede des Abgeordneten Graf Béla Serényi. Dieser war bis zu Beginn des Krieges Ackerbauminister des Kabinetts Tísa und trat vor ungefähr zwei Jahren von diesem Posten zurück. Er tat es angeblich seiner Familienverhältnisse halber, die eigentliche Ursache des Rücktrittes lag aber offenbar in einer tiefen Verstimmung politischer Natur. Seit seiner Abdankung zählte Graf Serényi zu den Unzufriedenen der Nationalen Arbeitspartei, aus der er zwar nicht austrat, die ihn aber fortan nicht mehr zu den verlässlichen Stützen des regierungsfreundlichen Lagers zählte. Vor einigen Wochen trat er aus dem Klub aus. Er begründete diesen Entschluß mit seiner Ueberzeugung betreffend der Notwendigkeit einer Einberufung der Delegationen. In dieser (und wohl auch in manch anderer) Frage hält er es mit Graf Julius Andrássy, während Ministerpräsident Graf Stephan Tísa aus der Ablehnung des Andrássyschen Antrages eine Parteifrage machte. Diesem Gewissenszwang wollte sich Graf Serényi nicht fügen und er benützte dies als offenbar längst gesuchten Anlaß, um der Arbeitspartei mit Anstand und möglichst wenig Eklat den Rücken zu kehren. Seine Rede, worin er den Austritt begründete, war, was auch der „W. Grenzboten“ feststellte, ziemlich sachlich gehalten und enthielt manch bittere Wahrheit, die man sich sowohl auf der rechten, als auch auf der linken Seite des Hauses hinter die Ohren schreiben sollte. Namentlich war sein Memento mori, das er ausnahmslos allen heutigen Parteien zurief, von treffender Wirkung. „Die gegenwärtigen Zustände im Lande und im Parlamente werden nach dem Kriege nicht aufrechtzuerhalten sein. Die Beamten, Arbeiter etc., die alle Leiden des Krieges mitgemacht haben, deren Kinder darben mühen, werden weder uns noch den Anhängern der Unabhängigkeitspartei ihre Stimme geben. Sie werden für Parteien stimmen, die viel weiter links stehen, als jetzt die Karolyi-Partei. Mit dem Wahlrecht allein werden sie sich nicht mehr zufrieden geben.“ Das war der Schlag, mit dem Graf Serényi den Nagel auf den Kopf traf und der ihn jedem objektiv denkenden Zeitungsleser sympathisch erscheinen ließ. In den letzten Tagen hat er diesen günstigen Eindruck zum Teil verwischt, indem er seine Befürworter unter den Wählern mit den eigentlichen Beweggründen seines Austrittes aus der Regierungspartei bekannt machte. In einem offenen Schreiben, das er an dieselben richtete, heißt es, er habe den Verband der Regierungspartei verlassen, weil er seiner Ueberzeugung gemäß für die Einberufung der Delegationen eintreten mußte und weil er „nicht länger ruhig zusehen konnte, wie das Ackerbauministerium, anstatt die Produktion zu unterstützen, sich vollständig in den Dienst des Konsums stellt.“

Verehrter Herr Redakteur! Es wäre ein Preis auszusprechen für die richtige Lösung der Frage, ob Graf Serényi durch diese Motivierung seines Austrittes sich selbst mehr geschadet oder seinem Nachfolger, Baron Emmerich Ghillány, mehr genützt, will sagen unbewußt Reklame gemacht habe. Bisher haben alle Konsumenten von Lebensmitteln — namentlich in den so schändlich behandelten Städten — die feste Ueberzeugung gehabt, daß der zentrale Verwaltungsapparat fast ausschließlich nur zum Schutze der Produzenten funktioniert, die Konsumenten dagegen nur zu drangsalieren versteht und dabei dem agrarisch-merkantilen Wucher Tür und Tor offen läßt, ja ihn zu-

meist sogar unterstützt. Graf Serényi, der selbst Ackerbauminister war und noch heute selbst Landwirt mit Großbetrieb ist, muß es wissen, ob sein von allen Seiten viel angefeindeter Nachfolger mehr oder weniger Agrarier ist als der Vorgänger und ob der jetzige die Interessen der Konsumenten besser oder schlechter zu schützen imstande ist, als es zur Zeit des Grafen Serényi der Fall gewesen. Jeder Konsument (namentlich in den arg mißhandelten Städten) fühlt es am eigenen Leibe und an der eigenen Tasche äußerst empfindlich, daß er den Lebensmittelwucherern agrarischer und merkantiler Sorte in gleichem Maße beinahe schutzlos ausgeliefert ist, und Exminister Graf Serényi mag es trotzdem seinem Nachfolger vorzuwerfen, daß er „sich vollständig in den Dienst des Konsums gestellt habe“. Was für unerhörte Zumutungen müssen Graf Serényi und seine

hochagrarischen Genossen an den Minister gestellt haben, daß selbst er, der verantwortliche Oberagrarier, solche zu erfüllen nicht gewillt oder nicht imstande ist?

O, wenn es doch der Wahrheit entspräche, daß das Ackerbauministerium — sei es auch nicht „vollständig“, aber doch mindestens zu fünfzig Prozent — im Dienste der Konsumenten steht! Dann wäre ja die schreiende Sehnsucht der gebrandschakten Städtebewohner nach einem Lebensmitteldiktator bald gegenstandslos. So aber, wie die Verhältnisse heute stehen, drängt sich einem immer mehr die Ueberzeugung auf, daß uns auch mit der Kreierung eines solchen Postens nicht zu helfen ist. Der „W. Grenzboten“ hat vor Wochenfrist an leitender Stelle ganz richtig bemerkt: „An die Spitze der ganzen Organisation gehört ein Geistesriese oder ein Moralhahlgott, wie er bei uns schwerlich zu finden sein dürfte.“ Diese Auffassung scheint sich vollauf zu bewahrheiten. Die Regierung erhält ein Refus nach dem anderen. Zuletzt stand Alexander Wellerle im Vordergrund des Interesses. Er lehnte dankend ab mit der vielsagenden Begründung, daß er für die Lebensmittelangelegenheiten des bürgerlichen Hinterlandes ohne gehörigen Einfluß auf die Heeresversorgung (wie solchen Einfluß der Lebensmitteldiktator in Deutschland besitzt) die Verantwortung unmöglich übernehmen könne. Wir begreifen vollständig, daß sich bei uns das Heer in punkto Verpflegung nicht der Diktatur eines Nichtmilitärs unterwerfen will, der unter den hierzulande herrschenden Mißverhältnissen durch zahlreiche Rücksichten, Nebeninteressen und Privaterrwägungen von Haus aus beeinflusst, gebunden, in seinen freien Entschlüssen fastgestellt ist. Was in Deutschland selbstverständlich war, nämlich das Zielbewußt-einheitliche Zusammenarbeiten von Heer und Zivil in Verpflegsangelegenheiten, wird bei uns ewig nur ein frommer Wunsch der Diktatoren bleiben.

Nun scheint also auch Wellerle als großer Notthelfer endgültig abgetan zu sein. Wir werden ihm keine Träne nachweinen. Allen Respekt vor den reichen Talenten des fatten Jugendhelden, allein dieser Herr ist Großgrundbesitzer (mit landwirtschaftlichem Industriebetrieb) und Merkantilist, ja Börsenman größtes Stils dazu. Woher soll ein solcher Großkapitalist extremer Obervanz Herz und Sinn für die Bedürfnisse der konsumierenden Nichtlieferanten nehmen? Vor solchen Universalgenies, die doch nur an einer noch strammeren Organisierung des jetzigen Verpflegsjammers ein berufsmäßiges Interesse haben können, möge man uns gebrandschakten Konsumenten ein für allemal vom Leibe bleiben. Was wir brauchen, ist neues Mehl, frischer Speck, frische Milch, frische Eier, junge Erdäpfel usw. Mit neuen Aemtern, mit einer frischen Großmekur und jungen Drangsalierungsmöglichkeiten der städtischen Konsumenten ist uns nimmermehr zu helfen. Gegen den eiserne Interessenring des agrarischen, merkantilen und industriellen Wuchertums brauchen wir aller-

dings eine eiserne Faust, die ist aber nicht zu finden, weil sie sich beim Dreinschlagen nicht selbst wehtun will. Und so bedeutet für uns das vielzitierte „Durchhalten“ leider nur soviel, als Schweigen und Weiterleiden, bis uns die sieghafte Wehrmacht mit Gottes Hilfe von allem Kriegsjammer erlöst haben wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ein Konsument.

zung

sterreich.

er nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Arbeiterzeitung

13.

Das Ernährungsamt ist geschaffen.

Unser Hof- und Staatshandbuch wird künftig eine Neuerung erfahren: hinter dem Ministerium des Innern wird im Schematismus der Aemter und Beamtentum eine eigene Ueberschrift: „A. I. Ministerium des Innern, Ernährungsamt“ folgen. Dieser Name hat sich also soweit durchgesetzt und wie eine amtliche Mitteilung von gestern kundtut, wird dieses Ernährungsamt sogar nach außen hin unter seinem Titel in Verkehr treten. Es hat somit das beachtenswerte Recht, Drucksachen mit dem Ausdruck seiner eigenen Firma herstellen zu lassen und mit der Unterschrift seines Präsidenten oder Vizepräsidenten auszuscheiden. Allerdings heißt es weiter: Die oberste Leitung des Ernährungsamtes ist dem Minister des Innern vorbehalten.

Rundheraus gesagt muß werden: Diese Schöpfung ist das nicht, was die Öffentlichkeit erwartet hat. Wahrscheinlich hat sie sich durch falsche Vorbilder irreführen lassen, in fremden Einrichtungen ein Ideal zu sehen. Ihr schwebte das Muster des deutschen Kriegsernährungsamtes vor, dessen Gewalt über alle Reichsämter und über die Souveränität der deutschen Einzelstaaten merklich erhöht worden ist. Oder das Muster des bulgarischen Amtes, das aus einem parlamentarischen Comité gebildet und über alle Einzelministerien gestellt ist. Oder auch nur das Muster des geplanten ungarischen Ernährungsamtes, dessen Leiter den Rang eines Ministers bekommen und direkte Verantwortung vor dem Reichstag tragen soll. Die österreichische Öffentlichkeit ist möglicherweise verwirrt durch die fremden Methoden. Denn anderwärts hat man den der Bürokratie entnommenen juristischen Leitern Beisassen aus den wichtigsten wirtschaftlichen Berufen und sozialen Klassen gegeben, im Deutschen Reich hat man sogar neben den Abgesandten der Militärgewalt ein Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg, den Sozialdemokraten Dr. Müller, dazu herangezogen. Derlei Sensationen verwöhnen und so wirkt die Bestellung eines Sektionschefs zum Präsidenten und eines Hofrates zum Vizepräsidenten gar nicht sensationell. Der tatkräftige Sektionschef Oskar Ritter v. Keller und der unermüdbliche Hofrat August Freiherr v. Fries werden uns verzeihen, aber sie können nichts dafür, daß sie der Öffentlichkeit ohne aufsehenerregendes Geleit vorgestellt werden.

Immerhin, wir haben den Namen, die Adresse und die Fertigung eines Ernährungsamtes und bald wahrscheinlich auch ein eigenes Büro, das nicht mehr so notdürftig unter dem Dachboden des alten Palais am Judenplatz untergebracht ist. Immerhin — ein Fortschritt. Wahrscheinlich ist es die Schuld der Öffentlichkeit selbst, wenn sie mehr erwartet hat.

Wir erinnern uns jedoch des Auftrages, mit dem die Bekanntmachung des Reichskanzlers in Deutschland das Ernährungsamt eingeführt hat. Diese ganz ungewohnte Einführung eines Amtes durch einen Aufruf an die Staatsbürger hatte ihren tiefen Sinn: Man sagte jedermann, der einem Haushalt vorsteht oder angehört, daß hier ein Amt aufgerichtet werde, das von jedermann tägliche Opfer bei seinem Herde und Tische fordern wird, schwere Opfer, die nur erträglich sein würden durch die allgemeine Ueberzeugung, daß sie gerecht und gleich sein sollen — die Sprache des neuen Amtes setzte sofort schlicht, vollständig und doch bedeutend ein. Verwöhnt durch diesen Vorgang, empfinden wir peinlich die offiziöse Mitteilung, die die Aufgaben des Amtes unter a, b, c und d im echtesten Amtsdeutsch aufzählt.

Aufgabe des Ernährungsamtes ist: a) die Bewirtschaftung (Ausbringung und Verteilung) sowie die Ueberwachung der Preise

(in Deutschland hieß es „Abbau“ der Preise — auf Amtsdeutsch nicht geschulte Leser machen wir aufmerksam, daß er nicht zu beziehen hat „die Bewirtschaftung der Preise“, sondern die Bewirtschaftung der — Artikel) der zur menschlichen Ernährung geeigneten Artikel, nach Umständen die Einflußnahme auf diese Tätigkeit („diese Tätigkeit“ ist jedoch nicht etwa auf das vorangegangene Wort Ernährung zu beziehen, sondern auf jene im Eingang berührte Bewirtschaftung) hinsichtlich der einem anderen Ressort zugewiesenen Artikel (die „Tätigkeit hinsichtlich“ scheint eine spezifische Betätigungsform unserer Bürokratie zu sein!), dann die Durchführung der hinsichtlich des allgemeinen Ernährungsdienstes getroffenen Maßnahmen — der Leser verzeiht uns, daß wir nicht fortfahren. Jemand wie soll doch wohl aus den diesbezüglichen und hinsichtlichlichen Maßnahmen die Fürsorge für die Ernährung der Massen im Kriege herauskommen und wir verraten dem Leser das vorweg, damit er dieses einfache Ziel nicht so mühsam aus dem a) bis d) und aus den Gipsverbänden des Amtsstils herauswickeln muß. Wir versichern also auf Treu und Glauben, daß die ganze Einrichtung irgendwie auf eine zulängliche Ernährung des Volkes hinauslaufen soll.

Dieses Jemand aber birgt die Kernfrage und auf sie erhalten wir sofort eine klare, einfache, schlüssige Antwort:

Die gesetzliche Kompetenz der einzelnen Ministerien wird durch die Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Ernährungsamtes nicht berührt.

Die Kompetenzen sind verteilt und bleiben es: Der Ackerbauminister sorgt für die Interessen des Körnerbaues und der Viehzucht und beharrt auf seiner Kompetenz, die Interessen dessen, der Körner baut, Vieh züchtet, Zuckerrüben oder Braugerste produziert, mit gewohntem Nachdruck zu wahren. Dem Handelsminister sind die Interessen der Zuckerrüben- und Bierbrauer anvertraut und besonders das Kaufmannswohl überantwortet. Die Kompetenz dieser Ressortverwalter bleibt unberührt. Die meisten Artikel gehen also durch die Hand des Ackerbau- und des Handelsministers, bis sie der Präsident des Ernährungsamtes in seine Hand bekommt — nun mag er die Preise „überwachen“.

Doch nein — er kann zwar nicht ab-, aber vorbauen! Dazu dient ihm ein sinnreiches Werkzeug, das wahrhaftig ein bürokratisches Ei des Kosmopoliten ist. Man ruft aus jedem Wirtschaftsamt einen Hofrat oder gar Sektionschef, setzt sie alle um einen langen grünen Tisch — die Einheit des Ortes und der Zeit ist so auf das natürlichste hergestellt —; warum sollte sich die Einheit des Handelns nicht einstellen? Hat doch der Präsident des Ernährungsamtes den Vorsatz. Freilich besitzt er außer dem Recht des Vorzuges nicht mehr als die Kraft seines beredenden Wortes, die anderen aber haben die gesetzliche Kompetenz und die durch sie geheiligte Ueberzeugung, daß sie auch die Fachleute sind, die das Ding wirklich verstehen! Der Fachverstand und die Fachkompetenz sind zwei feste Mauern... Am grünen Tische rinnen und verrinnen die Stunden, eine Einigung ist nicht erzielt. Das ist die „Interministerielle Approvisionierungskommission“ — das langatmige Wort ist ein getreues Abbild der Sache.

Führt die „I. A. K.“ — gepriesen sei die Sigsprache der Geschäftswelt! — zu keinem Ergebnis, so bleibt dem Präsidenten eine Berufungsinstanz, das „Ministercomité in Ernährungsfragen“, ein verkleinerter Ministerrat, der bloß aus den Leitern der Wirtschaftsämter besteht. Dort fällt die letzte Entscheidung. Weil sich aber die volle „I. A. K.“ doch als zu schwerfällig erwiesen hat, tritt jetzt eine Vereinfachung ihrer Geschäftsführung „insofern ein, als in der Regel eine engere, aus den Vertretern der Ministerien des Innern, des Handels und des Ackerbaues in der interministeriellen Approvisionierungskommission bestehende Kommission zusammentreten wird“. Wir sehen hier eine bedenklücke Lücke, weil die Kompetenz der engeren Kommission innerhalb der vollen Kommission von der Kompetenz der vollen Kommission nicht deutlich abgegrenzt und weil die besondere Kommission zur Schlichtung dieses Kompetenzstreites nicht bestimmt ist. Eine Abhilfe bietet vielleicht die anschließende Mitteilung: Die Beschlüsse der I. A. K., „beziehungsweise“ der engeren Kommission, bedürfen der Genehmigung durch das

15. X. 1916

Nr. 527 - Zweite Beilage
Morgen-Ausgabe

Tägliche Rundschau

Sonntag, 15. Oktober
1916

Fleisch- und fettarmer Kriegsküchenzettel mit Kochvorleschriften.

Von Luise Hofle.

Sonntag: Grüne Bohnensuppe. Topfhälfte mit Karrioffelkloben und Apfelbrot.

Grüne Bohnensuppe. Die letzten nicht mehr ganz angedorrten und oft schon härtlichen grünen Bohnen lassen sich an dieser Suppe vorteilhaft verwenden, man gebraucht für 4 bis 5 Personen, für welche die gegebenen Kochvorleschriften berechnet sind — dies als Antwort nebenbei auf einige Anfragen — 500 Gr. Bohnen. Sie werden von den Fäden befreit und in Stücken geschnitten, mit 2 1/2 Liter Wasser, Salz, einem Löffel voll gehacktem Porree und drei feingeschnittenen Wurzeln angelegt und 2 1/2 bis 3 Stunden in den Gartocher gekocht. Die fertige Suppe wird mit etwas glattgerührtem Karrioffelmehl gebunden, zwei Raggis Brühwürfel darin durchgekocht und zuletzt feingeschnittene Petersilie daran getan.

Topfhälfte. Da man in diesem Jahre wohl schwerlich einen gepickelten Haisn braten kann, möchte ich den Leserinnen die Bereitung des Topfhaisn in vereinfachter Form empfehlen: er schmeckt ausgezeichneter. Der Haisn muß fleischig sein, er wird nach dem bekannten Vorrichtigen und häuten man in 10 bis 14 Stücke geteilt. Die Fleischstücke wälzt man in Mehl um, das man mit Salz, Pfeffer, etwas geriebener Mustard und einigen zerbrückelten Wacholderbeeren würzig macht, dann brät man sie scharf mit zwei gehackten Zwiebeln in etwas Fett an, und zwar in einem

möglichst dicht schließenden Kochtopf. Wenn die Fleischstücke schön braun sind, gibt man 1/2 Tische roten Fruchtweins und löstel aus Brühwürfel bereite Fleischbrühe darüber, daß das Fleisch gerade bedeckt ist, bringt alles zum Kochen und verlegt nun den Deckel mit einem mit Mehlrei bestrichenen Papierstreifen. So stellt man den Topfhaas in einen heißen Braten und dämpft ihn 2 1/2 bis 3 Stunden. Seine Lunte wird gebunden, und Karrioffelkloben ohne Ei, wie sie in meinem Kriegskochbuch zu finden sind, dazu gereicht und Apfelsinen in reichlicher Menge nicht fehlen gelassen.

Einfacher Obstkuchen, der am Tage vor dem Gebrauch bereitet werden muß. Eine Tortenschüssel wird mit kleinen Zwiebeln, die markentfrei überall wohl erhältlich sein dürften, dicht bedeckt, und über die eine dicke Schicht geschmorte Zweifeln gebreitet. Aus 1/4 Liter aus Milch bereiteter Milch, 2 Teelöffeln Eierparpulver, etwas Zucker, Vanillezucker und 1 Eßlöffel Karrioffelmehl kocht man einen einfachen Kramel, mit dem man das Obst überzieht. Den abgetropften Obstsaft bindet man mit einigen Blatt roter Gelatine zu Sauc, wiegt sie, wenn sie fest geworden ist und verzehrt damit beim Auftragen den Obstkuchen.

Montag: Wurzelluppe (Vorschrift schon mitgeteilt) mit Mehlsparn. Schwarzbrottopfpudding mit Komatentunke.

Mehlsparn. Aus einem ganzen Ei, 1 Teelöffel Eierparpulver, etwas Salz, 250 Gr. Mehl und etwas Wasser rührt man einen festen Teig, den man auf ein Brett streicht, mit scharfem Messer in feine Streifen schneidet und in Wasser gleiten läßt, das im Augenblick vorher gut kochte. Die Mehlsparn müssen in dem Wasser gar stehen, nicht kochen, da sie sonst fest werden. Man gibt sie in die Suppenkassette und gießt die röhlige, nur leicht ge-

bundene Wurzelluppe darüber. Mehlsparn kann man auch trefflich die Stelle von Nudeln vertreten lassen und sie mit Linsen anrichten.

Mit warmer Kohlpudding. Man nimmt einen mittelgroßen Beifkohlpf, kocht ihn ungeteilt 20 Minuten in Salzwasser, läßt ihn darin auch erkalten und löst dann seine Blätter behutsam, damit sie nicht zerbrechen, einzeln ab. Mit den großen Blättern legt man eine vorgerichtete Puddingform am Boden und den Wänden aus. Das Kohlsieb wird mit 250 Gr. rohem Fleisch durch die Fleischhackmaschine gedreht und außerdem 750 Gr. Kartoffeln geschält und in Scheiben geschnitten und 500 Gr. Tomaten in Stücke geteilt. Man füllt die Form abwechselnd mit Fleisch, Kartoffelscheiben und Tomaten, streut Salz, Pfeffer, geriebene Zwiebel und etwas Kümmel dazwischen und bildet mit einer dichten Schicht großer Kohlblätter den Abschluß. Man kocht den Pudding zwei Stunden im Wasserbade, stürzt ihn dann behutsam und gibt eine Tomatentunke dazu. Zu letzterer muß man 1/4 Liter Tomatenmark und 1/4 Liter Kohlschwasser, in dem man einen Brühwürfel löst, mischen, mit Karrioffelmehl bündig kochen, mit etwas Pfeffer und Zitronensaft schärfen.

Dienstag: Braune Fischsuppe. Griesflöße ohne Ei mit geschmorten Birnen.

Braune Fischsuppe. Die Suppe kann aus allen Fischarten, besonders aber aus kleinen Fischen, und von den Seefischen am besten von den Fischen, die einen nicht zu ausgeprägten Fischgeschmack zeigen, bereitet werden. Man rührt die Fische vor und legt 750 Gr. von ihnen mit 500 Gr. Karrioffelstücken und 200 Gr. feingeschnittenen Suppenwurzeln, etwas Salz und gehackter Petersilie auf. Man kocht die Suppe

RAJEL

1815 Königsstr. 11-14 BERLIN C

nicht bezugsscheinpflichtig

wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt

P P I C H H E

„Schiras“

Größe 175x230 cm.	41.00
Größe 200x300 cm.	62.00
Größe 250x350 cm.	95.00
Größe 300x400 cm.	196.00

*Velours-Teppiche in vielen Mustern

„Basra“

Größe 175x230 cm.	41.00
Größe 200x300 cm.	62.00
Größe 250x350 cm.	95.00
Größe 300x400 cm.	196.00

*Ovaler Zimmer-Teppich
Marke Kirman, mit Fransenscharzer Grund mit Blumen-

15. X. 1916

Freitag, 15. Oktober 1916

ung

: Zeitung.)

er 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzelle 60 J., Abendbl. 7
 Reklamen #2—, Abendbl. #2
 Familienanzeigen #1—, zuzü
 10 % Kriegszuschlag, Platz-
 Daten-Vorschriften ohne Verbin
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an
 Unsere Expeditionen in Frankfur
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerstr. 3
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: A
 Waisenhausstr. 25, München: Pera
 sastr. 5, Offenbach: Bieberstr. 24,
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord
 stadtstr. 62. Uns. übrige Agentur.
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4433.

Die Ernährungspolitik der Stadt
Straßburg.

Ein Musterbeispiel aktiver Stadtwirtschaft.

I.

S. G. In der Fülle neuer schwieriger Aufgaben, die der Krieg den Gemeinden und insbesondere den großen Städten ganz plötzlich zugewiesen hat, steht die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aller Art an erster Stelle. Arbeit und Verantwortung der Stadtverwaltungen ist damit ins Riesenhafte gewachsen. Die Frage der Lebensmittelversorgung bildete bisweilen auch im Frieden schon den Gegenstand ernster Sorge für manche städtische Verwaltung, über schwache Versuche aktiven Eingreifens hinaus war es aber nur in den allerwenigsten Fällen gekommen. Der Krieg ist auch hier ein unerbittlicher Lehrmeister und Erzieher geworden, und was jetzt unter dem harten Zwang der Verhältnisse unternommen werden mußte, wird mit der Rückkehr des Friedens nicht ohne weiteres wieder verschwinden, sondern noch lange in die Friedenszeit hinein nachwirken.

Umso wertvoller mag es sein, aus den Eindrücken eines Besuches in Straßburg zunächst zu schildern, was dort im Kriege in mustergiltiger Weise für die geregelte Versorgung der Bevölkerung geschehen ist, zumal manches davon auf Fundamenten aufgebaut wurde, die schon im Frieden in der Absicht gelegt waren, aktive städtische Ernährungspolitik zu treiben und einen Teil der Versorgung der Bevölkerung selber in die Hand zu nehmen. Das gilt namentlich für Fleisch und Milch, zwei Versorgungsgebiete, auf denen wertvolle Vorräte für die bei Kriegsausbruch dann plötzlich dringend gewordene Regelung bereits geleistet war. Die Regelung der Fleischversorgung unter aktiver Beteiligung der Stadt war sogar bereits soweit gediehen, daß mit der städtischen Regieschlachtung demnächst hätte begonnen werden sollen. Die Verträge über regelmäßige Versorgung der Stadt Straßburg mit Schlachtvieh lagen fertig vor. Da brach der Krieg aus, und auf die Erfüllung der Lieferungsverträge und damit das Wirksamwerden der kommunalen Fleischversorgung mußte wegen der Schwierigkeiten, die sich für den Verkehr mit dem Festungsgebiet Straßburg alsbald einstellen, zunächst verzichtet werden. Das alles sei vorausgeschickt, um zu zeigen, daß es sich bei der Straßburger Kriegsernährungspolitik, wenn auch im wesentlichen um erst im Kriege improvisierte Maßnahmen, so doch dem Geiste und dem Willen nach um Dinge handelt, die durchaus in der Richtung liegen, die dort auch schon für Friedenszeiten als gangbar und empfehlenswert angesehen worden waren. Für die Beurteilung dessen, was jetzt mitten im Kriege in Straßburg an vorbildlicher Regelung der Ernährung geleistet worden ist, ebenso wie für die Richtlinien, die sich daraus für eine spätere kommunale Friedenswirtschaft ergeben, ist diese Feststellung keineswegs belanglos. Denn ob in einer Stadt die Lebensmittelorganisation gut oder weniger gut funktioniert, das hängt, wenn auch keineswegs ausschließlich, so doch zu einem erheblichen Teil von dem Geiste ab, aus dem heraus sie geschaffen ist und fortgeführt wird. Sie wird gut funktionieren, wenn die leitenden Persönlichkeiten von dem Gedanken durchdrungen sind, daß auch im Frieden die Versorgung der städtischen Bevölkerung nicht rechtslos rein anarchisch vor sich gehen darf und kann, vielmehr der Gemeindeverwaltung auch hierbei die Pflicht regeln des Eingreifens obliegt. Sie wird weniger gut funktionieren, wenn diese Ueberzeugung fehlt. Die unter dem Zwange der Verhältnisse geschaffene Organisation wird dann sozusagen nur als leichter Bretterbau aufgeführt, bestimmt, nach Beendigung des Krieges so rasch als möglich dem Abbruch zu verfallen.

Was dem Besucher in Straßburg sofort wohlthuend auffällt, das ist das völlige Fehlen von Menschenansammlungen vor oder in den Lebensmitteläden. Der Verkehr wird sich genau so glatt und geräuschlos ab wie in Friedenszeiten. Jedermann weiß, wohin er zu gehen hat, wenn er kaufen will, und da er die Gewißheit hat, daß er die ihm zustehenden Mengen auch wirklich bekommt, so fehlt dem Verkehr das nervöse Hasten und Treiben, das in so vielen anderen Städten leider immer noch zu beobachten ist. Erreicht ist das alles durch ein wohlbedachtes, wohlgeordnetes Verteilungssystem, auf dessen strikte Durchführung mit aller Strenge geachtet wird. Der Reiche kann nicht bevorzugt, der Arme nicht benachteiligt werden. An Versuchen zu begünstigen und zurückzusehen, zu betrügen und zu hintergehen, hat es in Straßburg ebensowenig gefehlt wie anderwärts, nur daß ihnen dort weniger Erfolg beschieden war, weil wachsame Augen es nicht zuließen und energische Hände

Die Hausfrauentagung.

Wien, 16. Oktober.

Unter sehr lebhafter Beteiligung wurden gestern im Festsale des Gewerbevereines die Verhandlungen der Delegiertenkonferenz der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs fortgesetzt.

Die Vorsitzende, Frau Helene Granitsch, wies in ihrer Eröffnungsansprache auf die Schwierigkeiten hin, die sich mit jedem Tage der Weiterführung einer geordneten Privatwirtschaft entgegenstellen. Namentlich sind es die Städte, die unter dem Rückgange der Gütererzeugung und den Erschwernissen der Lebensmittelverteilung leiden. Profitsucht und Habgier entwickeln sich auf dem günstigen Boden der Kriegskonjunktur ins Grenzenlose und untergraben den wirtschaftlichen Bestand des Bürgertums. Der Privathaushalt des Mittelstandes, dem die Vorteile der leichten Selbstaussgabe bei der Beschaffung der Lebensmittel mangeln und der auch nicht der Wohlfahrtsmaßnahmen teilhaftig wird, die der organisierten Arbeiterschaft durch die Sorge der Gemeinschaftsküchen gewährt werden, ist heute kaum mehr aufrechtzuerhalten. In der Erkenntnis der bedrohlichen Lage des mittelständischen Bürgertums treten heute die Frauen aus den verschiedenen Teilen des Reiches zusammen, um gemeinsam die Maßregeln zu beraten, die zur Erleichterung ihres schweren wirtschaftlichen Kampfes als unumgänglich notwendig erkannt werden.

Die Berichte der Referentinnen.

Die erste Referentin, Frau Marie Hoffmann (Salzburg), wandte sich in aller Schärfe gegen alle Versuche einer Umgehung der behördlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Approvisionnement, da hieraus schwere Schäden für die Allgemeinheit erwachsen. Sie appellierte an die Frauen, die Selbstdisziplin zu wahren, und verlangte strenge Ahndung jeder Vorratsverheimlichung nicht allein durch Geld, sondern auch durch Freiheitsstrafen.

Frau Professor Virginia Brunner (Zürich) verlangte Maßnahmen gegen die Verbreitung von Schundware auf dem Gebiete der Surrogatmittel. Auf ihren Antrag wurde eine diesbezügliche Resolution beschossen.

Die Präsidentin, Frau Helene Granitsch, teilte mit, daß der Handels- und Industrieverein sich an die Reichsorganisation gewendet habe mit der Bitte um Unterstützung einer Ausstellung der Erzeugnisse, in welcher das Gute und das Wertlose geschieden werden soll. Die Ausstellung sei als eine Wanderausstellung gedacht.

Frau Hofrat Aunüller (Graz) besprach die Approvisionierungsverhältnisse in Graz, die nach erfolgter Befreiung einiger Mißstände im allgemeinen leidlich seien. Fleisch, jagte sie, gibt es bei uns genügend. Es ist zwar teuer, 7 K. das Kilogramm. (Schallende Heiterkeit. Rufe: Das ist teuer!) Wir in der Provinz sind an billige Preise gewöhnt.

Dagegen beklagte Frau Olga Mayer (Wödling) die Verhältnisse in den Städten um Wien als sehr ungünstig, da die geringe Produktion Wien zuzufolge.

Frau Wacht (Brinn) erklärte sich gegen die Ausfuhrverbote aus den einzelnen Bezirkshauptmannschaften, weil dadurch die Städte benachteiligt werden. Die Absperrung der Städte wäre nur dann zulässig, wenn damit gleichzeitig die Requisition in den großen Bauerwirtschaften durchgeführt wird. Rednerin verlangte auch die Zuziehung der Hausfrauen zur Marktinsicht.

Frau Ernestine Lausig (Brag) trat für die Einführung der Milchkarte ein und befürwortete die Herstellung des Brotgebäcks in den einzelnen Haushaltungen.

Frau Schulrat Schwarz (Mährisch Ostrau) berichtete über die Verhältnisse im dortigen Industriegebiete, welche durch die Organisation der Arbeiterschaft und der von der Gemeinde

getroffenen Maßnahmen als durchwegs günstig bezeichnet werden müssen. Lebensmittel seien in genügender Menge vorhanden und unter dem Höchstpreise erhältlich. Auch dort koste das Fleisch 7 K. das Kilogramm. Eine Aufhebung des Ausfuhrverbotes aus Galizien würde noch ein weiteres Sinken der Preise im Gefolge haben.

Zum Schluß berichtete Frau Freund-Marcus, Präsidentin der „Rohö“, über die Approvisionierungsverhältnisse Wiens.

Die Resolution.

Die Vorsitzende Frau Granitsch konstatierte, daß die erstatteten Referate ein interessantes Bild über die Verhältnisse im ganzen Reiche geboten haben. Es habe sich gezeigt, daß die Zustände in den einzelnen Teilen oft ganz verschiedenartig seien und es gelte nun, die entsprechenden Maßnahmen für die Verbesserung und für die Vereinheitlichung in Vorschlag zu bringen. Sie beantragte folgende Resolution:

Die vom 14. bis 18. Oktober in Wien tagende Allgemeine österreichische Hausfrauentagung, veranstaltet von der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, Zentrale Wien und alle Ortsgruppen, erklärt als strengste Forderung des beginnenden dritten Kriegswinters die staatliche Zwangsorganisation der gesamten Produktion und des Handels, da nur darin die Gewähr gegeben ist für eine entsprechende Gütererzeugung und gerechte Güterverteilung. Durch diese radikale Maßnahme wird es möglich sein den Abbau der Preise einzuleiten, ohne die Gefahren der Marktent-

blösung herbeizuführen. Gleichzeitig wird die obligatorische Einheitsküche für die Städte gefordert. Auch im Hinblick auf die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen beim Uebergang vom Kriege zum Frieden erscheint diese weitausgreifende Maßregel als eine dringende Notwendigkeit. Die Schaffung eines gemeinsamen österreichisch-ungarischen Ernährungsministeriums, das in einheitlicher Weise die wichtigsten Approvisionierungsmaßnahmen des vereinigten Wirtschaftsgebietes der Monarchie im Einvernehmen mit dem deutschen Ernährungsamt regelt, wird dringend gefordert. Die Zuziehung der Frauen zur Beratung und Durchführung aller wirtschaftlichen Maßnahmen erscheint im Interesse der Gesamtheit unerlässlich. Zum Zwecke der Unterstützung der kommunalen Approvisionierungsarbeiten fordern die Vertreterinnen der „Rohö“ aus allen Kronländern die Zuweisung von Lebensmitteln in einheitlicher Form an ihre Leitungen, durch welche diese in gerechter und rationaler Weise an die Mitglieder verteilt werden. Die Leitungen der „Rohö“ werden allerorts bestrebt sein, durch Aufklärungsarbeit und wirtschaftliche Unterstützung die korrekte Durchführung der notwendigen Regierungsmaßnahmen zu unterstützen und die gebotene Kriegspartiarbeit bei rationeller Verwertung in Haus und Küche einzuführen.

Reichsratsabgeordneter Friedmann führte aus: Ob das neu geschaffene Ernährungsamt, ohne Exekutive, ohne Verfügungsrecht und ohne Kompetenz, den hieran geknüpften Erwartungen entsprechen werde, sei zweifelhaft. Höchstpreise ohne Beschlagnahme hätten keinen Wert. Schließlich betonte Redner die Gemeinsamkeit der Ernährungsfrage für Oesterreich und Ungarn.

Frau Freund-Marcus befürwortete die Annahme der Resolution durch eingehende Begründung. Die Zwangsorganisation in Produktion und Handel sei gegenwärtig eine Notwendigkeit, damit mehr und besser produziert werde und damit die Erzeugnisse ohne Konkurrenz durch freies Angebot und Nachfrage verteilt werden. Es sprachen noch Regierungsrat Friß im Namen der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, Dr. Bleyer und Frau Hoffmann, worauf die Resolution angenommen wurde.

Konsumentenpolitik in Krieg und Frieden.

Anlässlich der Delegiertenkonferenz fand gestern abend im Festsale des Gewerbevereines eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher der Approvisionierungsreferent der Handelspolitischen Kommission, Kammersekretär Dr. Ziegler, über das Thema „Konsumentenpolitik in Krieg und Frieden“ einen Vortrag hielt. Redner gab einen Ueberblick der Konsumentenpolitik vor dem Kriege, die in der Agitation für die Aufhebung der Getreidezölle, für die Ermöglichung der Einfuhr überseeischer Gefrierfleisches und für die Aufhebung der Grenzsperrung für Vieh gegen den Balkan ihren Ausdruck fand. Als zu Beginn des Krieges infolge der Absperrung der Zentralmächte, die stets auf Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande angewiesen waren, das Angebot der gewohnten Anfrage nicht Genüge leisten konnte, setzte sofort eine energische Preissteigerung sämtlicher Lebensmittel ein. Infolge des Uebergewichtes der Vertreter der Produzentenpolitik, insbesondere im Agrarstaate Ungarn, wurde die Aufhebung der Lebensmittelzölle, insbesondere der Getreidezölle, erst in einem Zeitpunkt durchgesetzt, als sie keine großen Wirkungen mehr äußern konnte. Das weitere Steigen der Preise und der spekulative Aufkauf von Lebensmitteln veranlaßte den Staat zu Maßnahmen zum Schutze der Konsumenten, wie die Bestimmungen über Preisstreberei, Festsetzung von Höchstpreisen für wichtige Lebensmittel und die Monopolisierung des Getreideverkehrs, in der richtigen Erkenntnis, daß bei den engen Wechselbeziehungen zwischen Volk und Volkshoer die militärischen Erfolge durch die Zufriedenheit im Hinterlande gesüßt werden müssen. Eine zweckmäßige Konsumentenpolitik muß sich nach drei Richtungen ähnen: Möglichste Steigerung der Produktion, Einflußnahme auf die Preisbildung und endlich gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel. Redner zeigte an einer Reihe von Bestimmungen, daß sie zwar dem momentanen Bedarf, nicht aber der künftigen und bleibenden Produktionsmöglichkeit Rechnung tragen. Er besprach ferner die Ursachen des Versagens der meisten Höchstpreisbestimmungen, die nicht im Prinzip der Höchstpreise an sich, sondern in der unrichtigen Art und Weise der Erstellung zu suchen sind, wie Abbau der Festhöchstpreise ohne gleichzeitige Preisbeschränkung für lebende Schweine, Höchstpreise für Getreide ohne gleichzeitige Feststellung von Futtermittelhöchstpreisen.

Die gerechten Verteilungsmaßnahmen werden oft durch länderweise Bezirksabgrenzungen gestört. Ungenügende Beteiligung der Lebensmittelgeschäfte, teilweise Nichthonorierung der Ausweiskarten — wohl durch vorübergehende Transportchwierigkeiten veranlaßt — hoben gerade in jüngster Zeit die Bevölkerung beunruhigt, was seinen Ausdruck fand in dem Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften, einer sanitär-hygienisch und ökonomisch gleich beklagenswerten Erscheinung. Von den dagegen gemachten Vorschlägen ist wohl der zweckmäßigste die Rayonierung oder richtiger die Anlegung von Kundenzonen, weil nur diese die rechtzeitige und genügende Bedienung der Lebensmittelgeschäfte, eventuell eine gleichmäßige Kürzung aller Kunden ermöglicht: die sogenannte bewegliche Ration. Redner forderte die Zentralisierung der Organisation, aber möglichste Dezentralisierung der Detailabgabe von Lebensmitteln und direkte Beteiligung der Detailgeschäfte durch die Zentralorganisationen. Die größte Ökonomie an Lebensmitteln und auch an Zeit werde

jedoch durch die Spezialisierung der Küchenwirtschaft, durch die Gründung und Ausgestaltung der Kriegsküchen, erzielt werden können. Die maßgebenden Faktoren müssen sich rechtzeitig mit dieser Frage beschäftigen. Schließlich begründete Redner die Zentralisierung des Volksernährungsproblems in dem österreichischen Ernährungsamt und sprach die Hoffnung aus, daß es diesem gelingen werde, mit dem ungarischen Ernährungsamt zusammen eine gleichmäßige Bewirtschaftung beider Reichshälften unter Zugrundelegung gleichmäßiger Rationierung zu erreichen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Welt der Surrogate.

II. *)

Nicht allein Nahrungs- und Genussmittel, auch zahlreiche Bedarfsartikel des Haushaltes sowie Rohstoffe für Gewerbe und Industrie sind durch die Abwehrmaßnahmen unserer Feinde im Preise bedeutend gestiegen und oft überhaupt nicht zu beschaffen. Auch für diese ist die Industrie der Surrogate helfend eingesprungen und hat Ersatzstoffe erzeugt, welche gewiß auch nach dem Kriege uns vom Ausland unabhängig machen werden.

Viele dieser Ersatzstoffe sind längst bekannt und wurden bisher in ihrem Wert verkannt. Die Not hat dieselben wieder zu ihrer wahren Bedeutung emporgehoben. Freilich sind auch hier Auswüchse zu verzeichnen, allein der gesunde Sinn der Konsumenten läßt sich für die Dauer nicht täuschen, und über kurz oder lang weiß auch der Laie den Weizen vom Spreu zu sondern. Es würde zu weit führen, wollte ich alle während des Krieges erfundenen und verbesserten Ersatzstoffe erwähnen; ich will mich mit einer kleinen Auswahl begnügen, welche den Lesern den Wettkampf und die Erfolge auf diesem Gebiete zur Anschauung bringen soll. Es ist bekannt, daß das Problem der Verwertung des Luftstickstoffes zur Erzeugung von Kunstdünger, Kalkstickstoff als Ersatz für den importierten Salpeter und von Rohstoffen für die Sprengstoffindustrie von unsern Chemikern restlos gelöst wurde. Es ist auch bekannt, daß die fabrikmäßige Gewinnung des künstlichen Kautschuks nur noch eine Frage der Zeit ist.

In der Textilindustrie stellte sich schon kurz nach Beginn des Krieges ein Mangel an Spinnstoffen ein und es mußte ein Ersatz für Baumwolle und Jute ausfindig gemacht werden. Es wurde zum Papierstoff gegriffen, und schon nach kurzer Zeit gelang es, aus Holzstoff und altem Papier Ersatz für Wolle, Spagat und Garn zu erzeugen. Diese Ersatzstoffe haben sich vorzüglich bewährt, und man kann heute schon Säcke, Teppiche und Wandbekleidungen sehen, wo früher nur Jute verwendet wurde. Für feinere Gewebe wurde die Brennessel wieder aus der Vergessenheit hervorgeholt. Durch die Versuche des Wiener Gelehrten Professor Dr. Richter wurde die Gewinnung seiner Fasern aus der Brennessel möglich gemacht und auch hier die Unabhängigkeit vom Ausland dokumentiert.

Ueberaus zahlreiche Verfahren zur Erzeugung von Lederersatz sind im Laufe der letzten zwei Kriegsjahre bekannt geworden, und man muß über die Mannigfaltigkeit der Erfindungen staunen, welche dahin zielen, das teure Sohlenleder zu ersetzen.

Das Kunstleder wird mit und ohne Zuhilfenahme eines Gewebes hergestellt. Als Rohstoffe dienen Lederpapier und Lederpappe, hauptsächlich aber präpariertes Vulkanfaser, welches man durch Einwirkung verschiedener Salze, wie Aluminiumchlorid, Chlorzink oder Chlorzinn oder auch verschiedener organischer Säuren auf Zellulose gewinnt.

Auch aus Lederabfällen, asphaltierter Pappe und vielen andern Materialien wurde Sohlenersatz erzeugt, welcher mehr oder weniger seinen Zweck erreicht. Bekannt ist, daß man während des Krieges auch vielfach Holzsohlen verwendet, welche durch Aufnageln kleiner Lederstücke „geräuschlos“ gemacht werden.

Die unterbundene Einfuhr von Fetten und Ölen aus dem Ausland bereitete den Seifenfabrikanten viel Sorge, da diese Fette das hauptsächlichste Rohmaterial für die Seifenherzeugung bilden. Der ungeheure Konsum von Seife, in Deutschland werden pro Kopf der Bevölkerung nahezu zehn Kilogramm Seife jährlich verbraucht, erforderte ebenso große Mengen von Fetten aller Art. Da aber die

*) Siehe „Neues Wiener Tagblatt“ vom 9. Oktober.